DM 6,– Österreich 50,– öS Schweiz 6,– sfr Nr. 4 April 1987 E 8080 E



CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Lee Iacocca:
Monopoli-Spiel mit Unternehmen

Dollar: Weltmacht USA verliert die Glaubwürdigkeit

Weltkonjunktur:
Optimismus vor einer Katastrophe



Frankreich:
Schwelende Staatskrise

Weißes Haus:
Wer ist David Abshire?

Trilaterale Kommission:
Die »Enthauptungs«-Strategie

Banker: Die Jagd nach dem Nazi-Gold



CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (071 52) 260 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan

Layout: Grafik Design Team

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 6,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Anzeigenverwaltung: Access Marketing GmbH, D-6370 Oberursel, Postfach 5132, Telefon (0 61 71) 7 30 71.

Gesamtherstellung: Greiserdruck
Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

ISSN 0171-5542

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 29. April 1987 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.



Lieber CODE-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »CODE« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »CODE« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.***

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Die Netzwerke der Insider«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

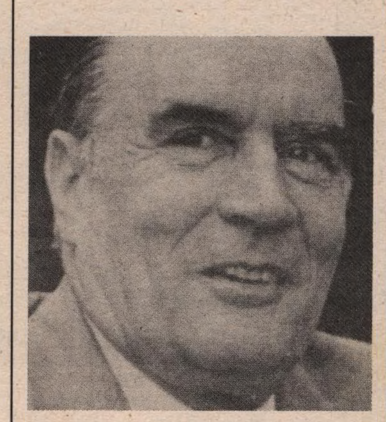
Postleitzahl/Stadt/Land



Exclusives aus Politik und Wirtschaft



Lee A. Iacocca ist Vorsitzender der Chrysler Corporation.



François Mitterrand nannte die französische Verfassung den »permanenten Staatsstreich«.

Internationales

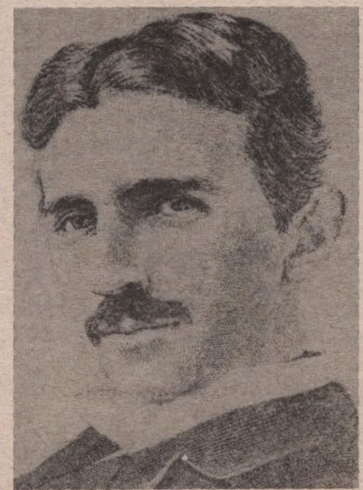


Victor Marchetti, der Autor des Berichts über die Südafrika-Atombombe, war früher ein hoher CIA-Offizier und ist Experte für strategische Waffen und Probleme der Sowjetunion.

Zionismus

Revisionismus

Wissenschaft und Technik



Nikola Tesla (1856 bis 1943) in Kroatien gebürtiger, amerikanischer Elektrotechniker und wenig bekannter Erfinder. Erst heute erkennen die Supermächte die Geheimnisse der Tesla-Technologie.

Ständige Rubriken

Unternehmen

Gefährliche neue Spezies

C. Gordon Tether

Das wirtschaftliche Leben des Durchschnittsbürgers wird jetzt durch die internationalen Aktivitäten von Industrie-Magnaten geprägt, die von dem Entschluß motiviert sind, sich als die unangefochtenen Herrscher multinationaler Handelsimperien zu etablieren, in denen die Sonne niemals untergeht.

Auf internationaler Ebene gibt es zur Zeit eine Fernsehreklame mit zwei bekannten Schauspielern – der eine Amerikaner, der andere Brite –, die versuchen, einander zu übertreffen, indem sie Ausmaße und Bedeutung der Arbeit zweier Industrie-Konzerne auf beiden Seiten des Atlantiks hervorheben. Zum Schluß finden sie heraus, daß es sich bei den beiden Unternehmen, über die sie so prahlen, um die zwei Arme des gleichen internationalen Riesen, die Hanson-Gruppe, handelt.

Höchst aggressive Übernahmepolitik

Zweck dieses Chauvinismus ist es natürlich, das Image des Hanson-Konzerns – und das seines obersten Bosses, Lord Hanson – zu verbessern, indem gezeigt wird, daß er in jeder Hinsicht zum Super-Business zählt.

Vor noch gar nicht allzulanger Zeit in bescheidenen Verhältnissen begonnen, erreichte die Hanson-Gruppe ihre heutige Vorrangstellung durch Verfolgen einer höchst aggressiven Übernahmepolitik. Sie ist daher eine Spezies, die sich von den Riesen, die in früherer Zeit aufgebaut wurden, sehr unterscheidet.

Jene waren gewöhnlich das Produkt anhaltender Bemühungen, in jener Art von Tätigkeit zu expandieren, mit der sie ursprünglich begonnen hatten – der Herstellung von Autos, Stahl, Elektro-Erzeugnissen und so weiter. Die Hanson-Gruppe verdankt ihr Wachstum einer Politik, die darin besteht, in eine Organisation durch Erwerb Firmen einzubringen, die in eine breite Palette industrieller, finanzieller und kommerzieller Geschäfte verwickelt sind. Hanson ist bei weitem nicht der einzige Konzern dieser Art.

Eine beträchtliche Anzahl von Unternehmens-Riesen der heutigen Zeit wird durch Konzerne repräsentiert, die durch derartige Manipulationen ins Leben gerufen wurden. Was an dem Ganzen so wichtig ist, ist die Tatsache, daß die Fortdauer dieses Prozesses in immer höherem Maß schlicht und einfach auf den Ehrgeiz jener Industrie-Magnaten, die über sie herrschen und immer mehr solcher Imperien schaffen wollen, zurückzuführen ist.

Die Philosophie des »immer mehr«, die zu den großen europäischen Imperien des 19. Jahrhunderts geführt hat, ist jetzt offenbar in großem Rahmen bis in die internationale Geschäftswelt vorgedrungen. Und die gleiche Entschlossenheit, die Errungenschaften der Rivalen zu übertreffen – und zwar um jeden Preis –, die im letzten Jahrhundert in der internationalen Politik deutlich wurde, wird jetzt auch hier spürbar.

Für die eigene Krone ein weiteres Juwel

Wie im Falle des damaligen politischen Imperialismus werden beständig Anstrengungen unternommen, um zu beweisen, daß jeder neue Erwerb von Territorium seinen Sinn hat; mit anderen Worten, daß es in wirtschaftlicher, finanzieller oder jeder anderen relevanten Hinsicht gerechtfertigt ist, und daß – weil dem so ist – die ganze Geschichte dem öffentlichen Interesse dient. Doch diese Argumentation verliert mehr und mehr an Boden.

Die Tatsache, die sich mit dem Ivan-Boesky- und dem Guinness-Skandal in aller Deutlichkeit gezeigt hat, daß oft die raffiniertesten Methoden angewandt werden mußten, damit Übernahmeangebote von Erfolg gekrönt waren, macht dies nur allzu deutlich.

Sehr oft läßt sich nur die einzig mögliche Schlußfolgerung ziehen, daß die Motivation für solche Unternehmungen von dem Wunsch des jeweiligen Industrie-Magnaten getragen ist, seiner Krone ein weiteres Juwel hinzuzufügen.

Wie die tatsächliche Kontrolle des Weltwirtschaftssystems immer mehr in die Hände des internationalen »Big Business« gelangte – darüber hat man sich in der Vergangenheit schon Gedanken gemacht. Die Anzeichen, daß dieser Prozeß jetzt in erheblichem Ausmaß von Industrie-Magnaten angeführt wird, die in erster Linie daran interessiert sind, ihr öffentliches Image zu verbessern, gibt um so mehr Anlaß zur Sorge.

Denn es bedeutet, daß einer der Hauptfaktoren hinter der gegenwärtigen Evolution des Weltwirtschaftssystems, die persönlichen Eitelkeiten einer kleinen Gruppe von Leuten, steht, die über die Konzern-Imperien herrschen.

Der Schock, der durch den Boesky- und Guinness-Skandal verursacht wurde, wird wohl in naher Zukunft eine ernüchternde Wirkung auf die von den Industrie-Magnaten so geliebten Übernahmegeschäfte haben – die Entscheidung des britischen Konzerns BTR, sein Gebot für den riesigen Glaskonzern Pilkington zurückzunehmen, bestätigt dies. Doch es wäre dumm, anzunehmen, daß das Schlimmste vorüber ist.

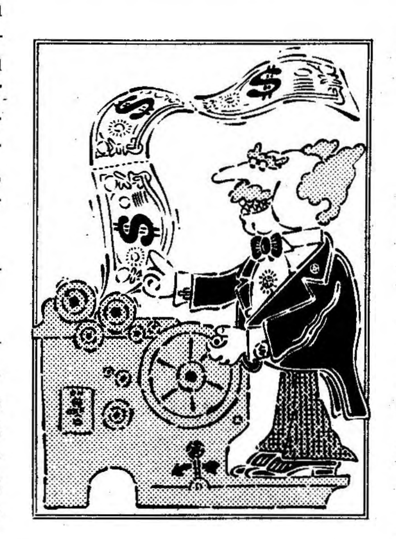
Hypnotisiert und praktisch hilflos

Schließlich hat die Internationalisierung der Kapitalmärkte die Dinge wesentlich vereinfacht. Es ist nicht nur so, daß man heutzutage leichter an zusätzliches Geld herankommt, das die Industrie-Magnaten benötigen, um ihre Unternehmungen zu finanzieren; man kann auch die regionalen Bestimmungen, mit denen solche Operationen reguliert werden sollen, leichter umgehen, wenn man das Geld von woanders herbekommen kann.

Was hier deutlich wird, ist die Tatsache, daß jene amtlichen Stellen, die hauptsächlich dafür verantwortlich sind, sicherzustellen, daß das »Big Business« den öffentlichen Interessen gerecht wird, anfangen, die Situation zu verstehen. Zu lange haben sie sich so verhalten, als seien sie durch die Internationalisierung der Kapitalmärkte und den Verlust der Kontrolle über die Aktivitäten der einheimischen Wirtschaftskonzerne, die in der Folge entstanden, hypnotisiert und praktisch zur Hilflosigkeit verurteilt.

Vor einiger Zeit wurde in den führenden Industrienationen allgemein erkannt, daß jegliche Anstrengung unternommen werden sollte, um von dem »großen Bruder Staat« wegzukommen, und zwar aufgrund der Tendenz, daß er mittels einer ständig wachsenden Bürokratie arbeitet, die ihrem Wesen nach zu groß und weit verzweigt ist, um überhaupt noch mit der Öffentlichkeit in Berührung zu kommen, der sie eigentlich dienen soll.

Was jetzt zu passieren scheint, ist, daß die Kontrolle über die wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten der Menschen auf Formen des »Big Business« übergeht, die zwangsläufig genau jene Schwächen aufweisen, die den »Bruder Staat« so in Verruf gebracht haben. □





Weltkonjunktur

Optimismus vor einer Katastrophe

Folger Addison

Die Weltkonjunktur weist viele Belastungspunkte auf, von denen jeder einzelne genommen normalerweise Grund für höchste Alarmstufe wäre. Doch die Kassandrarufe, in denen behauptet wird, die Situation sei unhaltbar und die Konjunktur würde zusammenbrechen, werden von Experten und dem Durchschnittsbürger gleichermaßen zurückgewiesen, die alle überzeugt sind, daß »nichts passieren kann«.

Was ist der Grund für diesen Optimismus? Um das vollständig verstehen zu können, müssen wir zunächst kurz die verschiedenen Aspekte untersuchen, die die Weltwirtschaft und vor allem die amerikanische Wirtschaft bedrohen.

Die Verschuldung der USA

Die zwei größten Bedrohungen für die Konjunktur der Weltwirtschaft und vor allem der der Vereinigten Staaten sind die Defizite in der Handelsbilanz der USA und im amerikanischen Bundeshaushalt die öffentliche Verschuldung. Das deutlichste Maß für den Außenhandel, die Kontokorrent-Bilanz, die den Handel nicht nur in Waren, sondern auch in Dienstleistungen, Investitionen und Bargeldtransfers mißt, lag Ende 1986 bei 140 Milliarden Dollar.

Im Jahr 1981 betrugen amerikanische Investitionen in Übersee 140 Milliarden Dollar mehr als die Auslandsinvestitionen in den Vereinigten Staaten. Fünf Jahre später hat sich das Ganze umgekehrt und die ausländischen Investitionen in den USA liegen jetzt um 250 Milliarden Dollar höher als die amerikanischen Investitionen im Ausland. Ein großer Teil dieses ausländischen Geldes ist in Staatspapieren angelegt und dient der Finanzierung der überwältigenden amerikanischen Bundesdefizite, die derzeit 174 Milliarden Dollar betragen.

Diese 250 Milliarden Dollar sind die Außenschuld der USA, die damit zweieinhalb Mal so hoch ist wie die Brasiliens, der Welt zweitgrößtes Schuldnerland.

Die Tatsache, daß dieses ausländische Geld in Staatsanleihen fließt und dazu verwendet wird, die Regierungsgeschäfte in den USA am Laufen zu halten und staatliche »Dienstleistungen« zu liefern, bedeutet, daß das Geld nicht in Industrie-Investitionen geht, jene Investitionen, die Arbeitsplätze und wahren Wohlstand schaffen. Damit gelangt auch die amerikanische Industrie in ausländische Hände.

Die Regierung Reagan hat wiederholt gesagt, daß der Fluß von Dollars in die Vereinigten Staaten bedeutet, daß die restliche Welt Vertrauen in die US-Wirtschaft hat.

Das stimmt, doch was passiert, wenn diese Geldmittel aufhören zu fließen? Inzwischen wird die öffentliche Verschuldung durch Anleihe-Aufnahmen, die durch diese Auslandsgelder finanziert wird, trotz der Gramm-Rudman-Haushaltskürzungs-Gesetzgebung in den USA unvermindert fortgesetzt.

Zügellose Spekulation am Aktienmarkt

Das Defizit des letzten Jahres wurde als eine Anomalie hingestellt. Die Dinge werden sich bessern, erzählt man der Öffentlichkeit, während sich der amerikanische Kongreß daran macht, die von der Gramm-Rudman-Gesetzgebung vorgeschriebenen Defizitkürzungen zu erfüllen. Und doch präsentierte die Reagan-Regierung dem Kongreß einen Haushaltsentwurf für das Jahr 1988 mit Ausgaben in Höhe von 1,0243 Billionen Dollar.

Dieses größte Budget in der Geschichte der USA und das erste, das eine Billion Dollar überschreitet, wird die Forderungen nach Defizitkürzungen erfüllen, so sagt man der Öffentlichkeit, und zwar mit Hilfe eines landesweiten Ausverkaufs. Das heißt, die amerikanische Regierung wird einige ihrer Vermögenswerte verkaufen wie beispielsweise Amtrak, das staatseige-

Weltkonjunktur

Optimismus vor einer Katastrophe

ne Personenzug-Verkehrsnetz, Conrail, das Eisenbahnfrachtnetz, die strategischen Ölbestände und eine Anzahl staatseigener Kreditplanfonds.

Diese Palette zeigt, wie verzweifelt die amerikanische Regierung ist. Der Verkauf öffentlicher Vermögenswerte zum Zweck eines raschen Geldzuflusses, um damit kurzfristige Haushaltsziele zu erfüllen, ist offen gestanden lächerlich. Darüber hinaus ist die Schaffung von an Stelle von Zinsen ausgegebenen Obligationen, die den Steuerzahler langfristig dreimal so viel oder gar noch mehr kosten werden als er bar erhält, kriminell.

Die amerikanische Regierung wehrt jedoch einen großen Teil der Kritik, die sie für diese Vorschläge bekommen, ab, indem sie derartige kapitalistische Absahntricks in einen ideologischen Aspekt von »freiem Markt« kleidet und behauptet, der Staat sollte sowieso in solchen Bereichen nichts zu tun haben; sie sollten sich ordnungsgemäß in »privater Hand« befinden.

Obwohl der Aktienmarkt Rekordhöhen erreicht hat – was die Preise und die Aktivität angeht –, gibt es ein altes Sprichtwort, was hier zutrifft: alles, was hochsteigt, kommt auch wieder herunter. Das ist nicht nur so eine dahingesagte Bemerkung; sie wird gestützt durch unheilvolle Trends, die sich vor kurzem auf dem Aktienmarkt entwickelt haben, von denen der hervorstechendste die zügellosen Spekulationen sind, die beim Anstieg der Aktienpreise eine wichtige Rolle gespielt haben.

Spekulierende Computer

Obwohl alle geschäftlichen Investitionen im Grunde spekulativer Natur sind, war es üblich, daß die geplante Abzahlung für eine geschäftliche Investition in Jahren gemessen wurde. Investitionen in eine neue Fabrik, Anlage oder Ausrüstung machten sich durch langsame aber sichere Erträge auf der Grundlage der Leistungen aus diesen tatsächlichen Investitionen bezahlt. Jetzt jedoch konzentriert sich spekulative Investition auf Geschäftemachen und nicht auf Produktivität.

Die Fusionsmanie führte zu vermehrter Unternehmensverschuldung, da die Firmen eifrig Gelder aufnehmen, um entweder Konkurrenten aufzukaufen oder feindliche Übernahmen abzuwehren. Jede Fusionstätigkeit treibt die Aktienpreise automatisch in die Höhe, da die Firmenaktien das Eigentum repräsentieren und von beiden Seiten in einem Übernahmekampf in die Höhe getrieben werden.

»Investitionen« oder vielmehr Spekulationen in risikoreichere Kreditinstrumente wie Termingeschäfte und Aktienindices sind enorm angestiegen und Kapitalsammelstellen wie Pensionskassen sind auf diesen Markt vorgedrungen. Die mehrere Millionen Dollar schweren Portefeuilles dieser Kapitalsammelstellen können mit diesen Instrumenten täglich Tausende von Dollar Profit machen, doch sie können im gleichen Zeitraum auch ebenso ansehnliche Verluste verzeichnen.

Kapitalsammelstellen, die einst zu den Konservativsten an der Wall Street zählten, sind jetzt zu den Spekulativsten geworden, die hohe Risiken eingehen.

Diese Situation wird noch verschlimmert durch Handelstätigkeit, die mit Computern ausgestattet sind. Die Computer überwachen die Aktienpreise und erteilen automatisch Anweisungen zum Kauf oder Verkauf, indem sie auf die noch so kleinsten Preisschwankungen reagieren. Die Verwendung von Computern hat zu Abnahmen um 85 Punkte und Zunahmen um 52 Punkte in diesem Markt geführt.

Es ist durchaus vorstellbar, daß sich im schlimmsten Fall ein Börsenkrach der Größenordnung des Jahres 1929 erzeugt von Computern ereignen könnte, während die Händler und Investoren hilflos danebenstehen.

Abgesehen von der Tatsache, daß die Firmen Schulden auf sich nehmen, um feindliche Übernahmen abzuwehren, häufen sie heutzutage auch einfach »aus Prinzip« Schulden an. Das durchschnittliche Verhältnis Schulden zu Reinertrag ist von 0,7 Prozent im Jahr 1977 auf 0,9 Prozent im Jahr 1986 angestiegen; wobei sich die Gesamt-Unternehmensschuld in den letzten drei Jahren um 300 bis 400 Milliarden Dollar erhöht hat.

Verwundbarkeit durch hohe Schulden

Es existiert eine Denkweise im amerikanischen professionellen Management, daß die US-Unternehmen es traditionell vermieden haben, so viel Schulden, wie sie leicht handhaben könnten, aufzunehmen, und daß sie sich mehr nach dem Vorbild der Europäer und Japaner richten sollten, die oft unterhalb eines Schulden-Eigenkapital-Koeffizienten von 90 Prozent oder mehr arbeiten. Die Schuldenhöhe der Unternehmen wird im Amerikanischen als »exposure« bezeichnet, was soviel bedeutet wie Bloßstellung, Enthüllung, ein passender Begriff, denn je größer die Schulden sind, um so höher ist die Verwundbarkeit bei plötzlichen Preiszusammenbrüchen oder einem Anstieg der Zinssätze und um so unbeständiger ist der Aktienpreis.

Die amerikanischen Verbraucher sind ebenfalls hoch verschuldet und zwar mehr als zu irgendeiner anderen Zeit in der Geschichte. Die traditionelle Abneigung, sich für den Kauf von Möbeln, Haushaltsgeräten und Autos zu verschulden, ist beinahe völlig verschwunden. Die Verbraucher sind sogar bereit, Zinssätze von 21 Prozent auf ihre Kreditkartengebühren zu zahlen, obwohl der Leitzinssatz derzeit bei rund 5,5 Prozent liegt.

Die hohe Verschuldung bei Privatpersonen macht diese auch höchst verwundbar bei plötzlichen Konjunkturverschiebungen, wie den oben erwähnten oder den Verlust des Arbeitsplatzes oder eine Gehaltsreduzierung.

Hohe Arbeitslosigkeit ist die Regel in vielen Wirtschaftsbereichen, die aufgrund von Billigimporten arg mitgenommen sind. Die Schwerindustrie, Autoindustrie, Elektronik-, Bekleidungs-, Schuh- und Ölindustrie und viele andere haben Millionen von Arbeitern entlassen. Andere Industriezweige sind nach Übersee gegangen und ließen in den USA lediglich einen Firmenmantel zurück, um Billigarbeitskräfte in den Ländern der dritten Welt auszunutzen.

Dann ist da noch die amerikanische Landwirtschaft. Hier ist der Familienbetrieb in Gefahr. Der Familienbetrieb, die produktivste und leistungsfähigste Agrareinheit, die den Menschen bekannt ist, ist dem Sinken der Bodenpreise und der Preise für die Agrarerzeugnisse sowie den hohen Zinssätzen zum Opfer gefallen, und er wird von landwirtschaftlichen Konzernen verschlungen, die für die amerikanische Nahrungsmittelversorgung nichts Gutes bedeuten.

Diese Konzerne werden nicht zögern – ebenso wie die Industrie –, ihre Produkte aus Übersee zu importieren, wenn das billiger ist, als sie hier zu produzieren, was die Vereinigten Staaten bezüglich der Nahrungsmittel-Versorgung vom Ausland abhängig macht.

USA auf dem Weg in die dritte Welt

Trotz der Tatsache, daß eine Beherrschung der US-Binnenmärkte durch das Ausland offensichtlich schlecht für Amerika ist, denn es trägt in hohem Maße zu Arbeitslosigkeit und einem reduzierten Lebenstandard bei, werden die Großbanken und ihre »konservativen« und liberalen Verbündeten alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Vereinigten Staaten daran zu hindern, protektionistische Maßnahmen zu ergreifen, um der Flut von Importen Einhalt zu gebieten.

Der Grund ist einfach: Die Länder der dritten Welt, die bei den Banken hoch verschuldet sind, müssen exportieren, um die harten Währungen zu verdienen, mit denen sie die Zinsen auf ihre Kredite bezahlen können. Die Vereinigten Staaten – der größte einzelne Markt auf der ganzen Welt – sind das einzige Land, das reich genug ist, um die Riesenmengen an Konsumgütern aufzunehmen, die von diesen hoch verschuldeten Ländern produziert werden.

Wenn die USA einst ausgeblutet sein werden und ihre Reichtümer vor allem an die Banken

verteilt worden sind, werden sie auch ihren Platz unter den Ländern der dritten Welt einnehmen können. Anzeichen dafür sind bereits vorhanden.

Viele japanische Firmen haben Produktionsstätten in den Vereinigten Staaten gebaut, nicht nur, um ihre Produkte dort zu verkaufen, sondern um die Fertigerzeugnisse wieder zurück nach Japan zu schiffen. Der jüngste Verfall des Dollars im Verhältnis zum japanischen Yen und ein paar anderen Währungen hat dieses Vorgehen noch attraktiver gemacht, da es die amerikanischen Lohntarife mehr mit denen anderer Länder in Einklang bringt, beziehungsweise sie sogar manchmal noch darunter liegen.

Neue Industrien, auf die Amerika Hoffnungen gesetzt hatte, wie die Telekommunikation, Computer und High-Tech, haben sich nicht als besonders ergiebig erwiesen. Das Land hat seine Wettbewerbsfähigkeit in vielen Gebieten verloren, teilweise weil das früher für Forschung und Entwicklung zur Verfügung stehende Geld statt dessen dazu benutzt wurde entweder eine feindliche Übernahme zu finanzieren oder sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Warum wirft der »durchschnittliche« amerikanische Lohnempfänger angesichts all dieser schlechten Nachrichten dann also nicht das Handtuch? Nun, einmal haben viele Durchschnittsbürger nachteilige Auswirkungen noch nicht zu spüren bekommen. Dollars aus dem Ausland fließen weiter in die USA und finanzieren den Staat und verleihen damit den Anschein, wenn nicht gar die Substanz für Normalität. Der Aktienmarkt ist nicht zusammengebrochen, er ist sogar auf hohem Niveau und das Vertrauen der Investoren ist gleichermaßen ungebrochen.

Vertrauen durch Ronald Reagan

Einige Experten führen dieses Vertrauen angesichts der drohenden Katastrophe auf die starke Persönlichkeit Ronald Reagans zurück. Einige Marktbeobachter sagen, der gegenwärtige Boom sei der letzte »Wurf« der Investoren in Reagans zur Neige gehenden Präsidentschaftszeit.

Eine große Unsicherheit schwebt über der Zukunft dieser Märkte nach Reagans Ausscheiden aus dem Amt. Der übereilte Optimismus des amerikanischen Präsidenten, sein Charisma, seine bildwirksame Persönlichkeit haben alle dazu beigetragen, die Furcht in der Öffentlichkeit zu beschwichtigen und haben ein falsches Vertrauen in die Fähigkeit der Vereinigten Staaten geschaffen, weiterhin normal zu funktionieren.

Auch viele Finanzexperten sind nicht der Meinung, daß die beunruhigenden Anzeichen ernster Probleme in der Wirtschaft Unheil verkünden. Eine Expertenschule sagt sogar weiterhin einen geregelten und profitablen Aktienmarkt voraus, selbst nach Reagans Ausscheiden aus dem Amt, sowie eine niedrige Inflationsrate und geringere Zinssätze.

Die Kiplinger Foundation zum Beispiel, Herausgeber eines einflußreichen Finanz-Rundbriefes, sagte eine rosige wirtschaftliche Zukunft für die USA und damit für die Weltwirtschaft voraus, mit stabiler Beschäftigung, weiterhin sinkenden Zinssätzen und dem Auftauchen neuer Wachstumsindustrien, die neue Arbeitsplätze bieten.

Dieser Beurteilung schließt sich das »Wall Street Journal« an und auch eine Reihe Wirtschaftswissenschaftler in der amerikanischen Regierung, angeführt von Paul Volcker, dem Vorsitzenden des Federal Reserve Systems.

Volckers Optimismus überrascht kaum angesichts der Tatsache, daß Banken in unserer Kultur hohes »Vertrauen« besitzen, eine Tatsache, in die das Reserve System stillschweigend miteinbegriffen wird.

Andere Optimisten schreiben die gegenwärtigen Schwierigkeiten einfach »Verlagerungen« zu, die sich aus der Umwandlung von einer Produktionswirtschaft in eine Dienstleistungsgesellschaft ergeben.

Die Wahrheit ist, daß Sie für jeden Experten oder Propheten, der Ihnen das eine erzählt, einen anderen finden können, der genau das Gegenteil behauptet. Was man daraus lernen kann ist offensichtlich: Vertrauen Sie keinem Experten. □

Protektionismus

Gut für alle – schlecht für die Banken

Martin Burns

Immer stärker wird darauf gedrängt, die Vereinigten Staaten und die Europäische Gemeinschaft mögen eine protektionistische Wirtschaftspolitik verfolgen. Der Grund dafür ist einfach: um Arbeitsplätze und Produktionskapazität zu erhalten.

Wenn wir alle unsere Waren – Autos, Kleidung, Haushaltsgeräte – von ausländischen Herstellern kaufen und nur Dienstleistungen als Austausch erzeugen, werden wir bald überhaupt nichts mehr produzieren. Dienstleistungen sind der Produktion von Waren untergeordnet.

Die falsche Vorstellung von Wachstum

Wenn Sie die Produktion abschaffen, wird der Dienstleistungssektor schließlich verschwinden. Dann sind wir ein unterentwickeltes Land. Das ist »unvermeidlich«, da die anderen Länder genauso eifrig darauf aus sind, ihren eigenen Dienstleistungssektor zu boomen, wie sie es damit waren, Arbeitsplätze in der Produktion zu bekommen.

Eine Hauptrechtfertigung dafür, daß wir so viele der tatsächlichen Waren importieren, die wir verbrauchen, ist, daß wir zumindest den unterentwickelten Ländern bei ihrem Fortschritt helfen. Profitieren Mexiko und Brasilien, Nigeria und Bangladesh nicht davon, daß sie ihre Erzeugnisse im Ausland verkaufen können? Wie sonst können sie Wachstum erzielen und ihre Außenschuld bezahlen als durch Exporte?

Die Antwort lautet, daß viele Exporteure von Fabrikwaren auf Kosten ihres eigenen Volkes exportieren, das diese exportierten Waren liebend gerne kaufen würde.

Viele Exporteure von Agrarerzeugnissen – die leicht verkäuflich sind wie Kaffee und Tee, Zucker und Sisalhanf – nehmen erstklassiges Agrarland dafür in Anspruch, anstatt dieses für Nahrungsmittel für den Inlandsmarkt zu benutzen. Zwischen 1960 und 1980 sind viele Länder Schwarzafrikas von reinen Nahrungsmittel-Exporteuren zu reinen Nahrungsmittel-Importeuren geworden.

In den sechziger Jahren ist zunächst die Lebensmittelerzeugung in Schwarzafrika um 7 Prozent gefallen; in den siebziger Jahren fiel sie um 15 Prozent. Nahezu 45 Prozent sämtlicher Nahrungsmittel in Schwarzafrika werden heute importiert. Das Bruttosozialprodukt von Zaire fiel zwischen 1960 und 1981 um 32,7 Prozent.

Betrachten Sie sich die alltäglichen Waren, die in jedem Kaufhaus in Westeuropa und Amerika zum Verkauf angeboten werden und wo ausländische Erzeugnisse die einheimischen verdrängt haben: Schuhe aus Brasilien, Lederwaren aus Mexiko, Fernsehgeräte von den Philippinen, kleinere Haushaltsgeräte aus Taiwan und Korea, Kleidung aus ganz Asien und Lateinamerika und vieles mehr.

Es geht nur um die Zinsen

Befinden sich diese Waren in unseren Läden, weil die Bürger der dritten Welt alles Materielle haben, was sie brauchen? Natürlich nicht. Diese Waren werden den Arbeitern, die sie herstellen, oft sogar verweigert. Statt dessen werden sie exportiert gegen Zahlung in Devisen, die

Protektionismus

Gut für alle – schlecht für die Banken

dann an die Zentralbank ausgehändigt werden.

Wer hat den ersten Anspruch auf diese Devisen? Die internationalen Banken, die die Hand aufhalten für den monatlichen Scheck über die Zinszahlungen.

Dies ist vielleicht leichter verständlich, wenn wir das Problem im Zusammenhang mit Polen diskutieren, dessen tapferes Volk unter einem tyrannischen kommunistischen Polizeistaat zu leiden hat.

Aus zuverlässigen Quellen wird berichtet, daß der Vorfall, der die Streiks des Jahres 1980 einleitete, darin bestand, daß polnische Eisenbahnarbeiter Waggonladungen voller Schinken und Wurst in Kisten mit der Aufschrift »Farbe« entdeckten, die für die Olympischen Spiele des Jahres 1980 in die Sowjetunion verschickt werden sollten, um für die ausländischen Athleten und Besucher eine Fassade des Wohlstandes zu schaffen.

Dies führte zur Bildung der Gewerkschaft Solidarität und zu ihrem Scheitern 18 Monate später, während der Westen ruhig dabei zuschaute. Schwarze Armbinden und Kerzen in den Fenstern konnten es mit dem Standrecht nicht aufnehmen.

Die internationalen Banker waren die stillen Partner der Sowjets. Polen schuldet den Banken über 30 Milliarden Dollar. Polen ist bei weitem das am höchsten verschuldete und ärmste Land unter den sowjetischen Satelliten in Mitteleuropa. So wie polnischer Schinken und polnische Wurst den Polen im Jahr 1980 verweigert wurden, so sind heute alle Arten polnischer Erzeugnisse für den Export bestimmt und unerreichbar für den Durchschnittspolen – selbst für den Arbeiter, der sie herstellt.

Viele Fabriken in der dritten Welt sind Tochterfirmen multinationaler Unternehmen in Amerika und Westeuropa. Dies bringt eine zusätzliche Bürde für die Wirtschaft der »Schwellenländer«, denn über die Zahlungen für den Schuldendienst hinaus, die das Unternehmen leisten muß, trachten die ausländischen Besitzer danach, ihre im Land gemachten Profite in Hartwährung nach Hause zu holen. Und sie streben außerdem einen höheren Investitionsertrag an als bei Investitionen zu Hause.

Das Risiko trägt das Entwicklungsland

Eine Faustregel für eine amerikanische Firma, die in ein Projekt in den Vereinigten Staaten investiert, ist, daß ein Gewinn von 14 bis 18 Prozent vor Steuern dabei herauskommen sollte, um lebensfähig zu sein. Projekte in »sicheren« Industrieländern wie beispielsweise Kanada, Australien und Westeuropa sollten Erträge vor Steuern von 16 bis 25 Prozent ergeben und Projekte in stabilen »Schwellenländern« wie Südkorea oder Singapur 22 bis 28 Prozent vor Steuern.

Doch Projekte in instabilen »Schwellenländern« in nahezu ganz Asien und Afrika und Lateinamerika sollten Gewinne in Höhe von 25 bis 32 Prozent vor Steuern erbringen, bevor ein ausländischer Investor das Projekt für rentabel hält.

Die Kosten für diese besonders hohen Profite sind für das »Schwellenland« enorm. Nehmen wir an, ein Unternehmen verlangt und bekommt auf den Philippinen einen Profit von 25 Prozent anstatt 15 Prozent, was für die Vereinigten Staaten angemessen wäre. Das bedeutet eine 67prozentige Steigerung der Profite für den multinationalen Investor. Ein 30prozentiger Ertrag führt zu einer 100prozentigen Profitprämie.

Diese Profite kommen aus dem Gastland und es sind Gelder, die nicht mehr für den lokalen Verbrauch oder Reinvestitionen zur Verfügung stehen. Viele »Schwellenländer« haben diese seit langem herrschende Situation, die wohlbekannt ist, als Grund benutzt, die Rückführung von Profiten zu begrenzen und manchmal sogar ausländischen Besitz zu verstaatlichen.

Geht der multinationale Investor hier nicht ein ungeheueres Risiko ein? Es sieht schlimmer aus, als es ist. Zunächst einmal wird die Investition selbst oft von dem Gastland als Schutz gegen eine Verstaatlichung garantiert.

Zweitens wird der Verlust – falls er eintreten sollte – durch die zuvor gemachten Profite abgeschwächt, und drittens führt der »Verlust« zu Steuervergünstigungen zu Hause und steht profitablen Investitionen andernorts gegenüber.

Nein, das wahre Risiko hat das Entwicklungsland. Zusätzlich zu den Zinsen auf seine Auslandsanleihen muß es Devisen aufbringen, um den ausländischen Investoren Superprofite zu zahlen, oder es läuft Gefahr, das Vertrauen der Investoren zu verlieren, und wird in der Folge von dem Establishment der internationalen Geschäfts- und Bankenwelt geächtet. Das ist eine rechte Zwangslage.

Was könnte die dritte Welt tun? Sie könnte eine wirkliche protektionistische Politik betreiben, wie es auch die Vereinigten Staaten und die Europäische Gemeinschaft tun sollten. Wenn ein Dritte-Welt-Land ein Halbfertigprodukt wie Kupfer oder Kaffee exportiert und den Erlös einer Bank als Zinsen zahlt oder an ein multinationales Unternehmen als zusätzlichen Profit, so sind diese Gelder im Land nicht mehr verfügbar.



Um Zinsen ging es auch bei den Streiks in Polen 1980, die zur Gründung der Gewerkschaft Solidarität führten.

Nur die Banker würden verlieren

Wenn es erzeugte Waren ins Ausland exportiert und ebenfalls den Erlös hergibt, so verweigert es nicht nur dem eigenen Volk die Gelder, sondern auch die Möglichkeit, die im Land hergestellten Produkte selbst zu kaufen – so wie die polnischen Arbeiter im Jahr 1980 keinen Schinken kaufen konnten, der für die Sowjetunion bestimmt war.

Einfach ausgedrückt, in ihrem eigenen Interesse und auch im Interesse der westlichen Industrienationen könnte die dritte Welt ihre Außenschuld zurückweisen und den Export aller inländisch gefertigten Waren verbieten, außer sie überschreiten den einheimischen Bedarf. Die Bürde der Zinszahlungen in Devisen wäre ihnen sofort genommen und es gäbe eine größere Auswahl von Waren in den einheimischen Läden.

Das einzige Risiko, das das säumige Land eingehen würde, wäre die Beschlagnahme seiner Vermögenswerte im Ausland, was nur ein Bruchteil seiner Außenschuld wäre.

Wären die Länder vom internationalen Handel abgeschnitten? Ja, aber nicht ganz. Die erste Welt – Westeuropa und die Vereinigten Staaten – würde immer noch wichtige Importe benötigen und könnte dafür mittels Tauschgeschäft zahlen. Nigeria könnte Japan, wo kein Öl gefördert wird, Öl für Fernsehgeräte und Toyotas geben. Brasilien könnte den USA für Elektronik- und Kommunikationsgeräte zum Beispiel Kaffee liefern.

Die Länder der dritten Welt können der Bevölkerung des Westens einen großen Gefallen tun, wenn sie ihre Außenschuld nicht zurückzahlen und eine restriktive Exportpolitik einführen. Die westlichen Nationen müßten dann protektionistisch werden und nur die Banker würden verlieren. □

Furore um Guinness

Jammes Harrer

Eine Gruppe millionenschwerer Wall-Street-Spekulanten, die sich stark mit Israel und dem Simon-Wiesenthal-Zentrum solidarisieren, ist von FBI-Beamten mit dem »Guinness-Skandal« in Zusammenhang gebracht worden, bei dem es um Preisabsprachen und Betrug an der Londoner Börse ging und der ganz Großbritannien erschütterte.

Meshulam Riklis, die Gebrüder Belzberg und Ivan Boesky, der bereits des Aktienschwindels in Milliardenhöhe beschuldigt wird, stehen wegen ihrer Rolle in der Guinness-Affäre erneut unter strafrechtlicher Untersuchung. Die Londoner »Financial Times« beschrieb den Skandal als den »schlimmsten Finanzskandal, der Großbritannien je in einer Generation heimgesucht hat«.

Geheime Allianz wegen Guinness-Aktien

Wie Wall-Street-Quellen enthüllen, wird auch die New Yorker Investmentbank Drexel Burnham Lambert, die für Boesky und andere Spekulanten, die derzeit in den USA unter Verdacht stehen, Milliarden an Fremdmitteln besorgt zu haben, wegen ihrer angeblichen Verbindungen zu dem sich über den Atlantik hinweg ausweitenden Aktienbetrug von der amerikanischen Börsenaufsichtsbehörde und dem US-Justizministerium überprüft.

Die Furore um die Guinness-Affäre ergab sich aufgrund von Enthüllungen, daß eine geheime Allianz von britischen, amerikanischen und Schweizer Investoren illegale Preisabsprachen bezüglich Guinness-Aktien getroffen hat, die auf jedem größeren Finanzmarkt gehandelt werden.

Quellen zufolge, die über die laufenden Untersuchungen gut im Bilde sind, sollten die Preisabsprachen, bei denen es um fast eine Milliarde Dollar ging, es Guinness, einem riesigen Bier-, Spirituosen- und Nahrungsmittelkonzern, möglich machen, Distillers Corp., Schottlands führende Whisky-Absatzorganisation, zu übernehmen.

Der Fall begann im Jahr 1982, als Ernest Saunders Vorsitzender und Vorstandsmitglied von Guinness wurde. Bis dahin als schwerfällige Brauerei mit einem vorsichtigen Management bekannt, ging es von jetzt an rasch bergauf. In fünf Jahren augenfälliger Expansion verzwanzigfachte er nahezu die Kapitalisierung von Guinness von etwa 175 Millionen auf 4 Milliarden Dollar. Dabei bewerkstelligte er Übernahmen und Erwerb anderer Firmen durch Kauf, was Guinness eine bedeutende Position auf den Spirituosen-, Nahrungsmittel- und Dienstleistungsmärkten für Nahrungsmittel einbrachte.

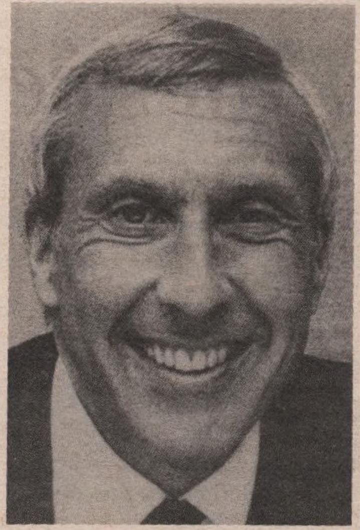
Diesen Quellen zufolge mobilisierte Saunders im Frühjahr 1986 die finanziellen Mittel für seine ehrgeizigste Attacke: die Übernahme von Distillers Corp., die führenden Abfüller und Exporteure von schottischem Whisky.

Der Trick war zunächst erfolgreich

Auch die Argyll-Gruppe wandelte schon einmal auf den Spuren einer Übernahmeattacke bei Distillers, einem begehrten Besitz. Die Argyll-Gruppe ist eine andere Getränke- und Lebensmittelkette von großer Bedeutung. Um Distillers aus Argylls Klauen zu befreien, machte Saunders ein verschwenderisches Angebot auf die Aktien der Whisky-Firma. Es bestand aus einem Drittel Bargeld und zwei Drittel Guinness-Aktien.

»Wenn man genau hinsieht, wird klar, daß die Größe des Angebots, das Saunders auf Distillers gemacht hat, von dem Preis der Guinness-Aktien abhing«, sagte Alastair Pennington, ein britischer Finanzautor. »Das war offenbar die Haupttriebfeder des nachfolgenden Plans.«

Der Plan oder Trick, wie es amerikanische Juristen bezeichneten, bestand darin, den Preis der Guinness-Aktien durch umfangreiche Käufe über ein geheimes Konsortium von Investoren in die Höhe zu schrauben. Verschiedene bedeutende Geldinstitute, unter ihnen angeblich Morgan Grenfell und das Ansbacher House, Londons führende Handelsbank, waren Mitverschwörer.



Ivan Boesky war am Guinness-Skandal beteiligt. Guinness überwies dem Boesky-Fund 103 Millionen Dollar.

Die Partner in Sachen Preisabsprachen – so die Informanten – gaben zwischen 800 Millionen und 1 Milliarde Dollar aus bei ihren Bemühungen, die Guinness-Kurse künstlich in die Höhe zu treiben. Der Trick erwies sich kurzfristig als erfolgreich. Guinness-Aktien stiegen stark an und Saunders bootete Argyll im Wettstreit um die Übernahme von Distillers aus.

Argyll konnte diese Niederlage schließlich dadurch wettmachen, daß es die 120 Läden umfassende reiche Supermarkt-Kette erwarb, die in Großbritannien der Safeway Corp. gehört.

»Bei dem Geschäft wurden offenbar eine Reihe von Sicherheitsgesetzen verletzt«, sagte Arthur Hagopian, ein Wall-Street-Experte, der sich besonders bei Getränke-Aktien auskennt. »Doch im Augenblick sind illegale, abgesprochene Marktmanipulationen und einige Betrügereien in diesem Zusammenhang die Hauptpunkte in diesem Skandal.«

Die Ermittlungen haben erst begonnen

Ein Bericht von britischen Behörden darüber, daß der Ivan-Boesky-Fund und Schenley-Distillers, die Riklis gehören, an Marktmanipulationen von Guinness-Aktien in der Größenordnung von nahezu 200 Millionen Dollar verwickelt seien, gab den Anstoß zu Ermittlungen in den USA.

Im Gegenzug überwies Guinness 103 Millionen Dollar an den Boesky-Fund nach der erfolgreichen Übernahme der schottischen Whisky-Firma und Schenley-Distillers erwarben die Exklusivrechte zum Vertrieb von Dewar's Scotch in Nordamerika, einer führenden Marke, die jetzt Guinness gehört.

»Niemand wurde einer gesetzeswidrigen Handlung beschuldigt«, sagte ein Informant, der über die Untersuchung in den USA recht gut im Bilde ist, »vor Gericht wurden keinerlei Beweise für unerlaubte Handlungen erbracht. Andererseits haben die Ermittlungen gerade erst begonnen.«

Guinness hat inzwischen Saunders gefeuert und der Verwaltungsrat hat ein neues Spitzenmanagement ernannt, das den Konzern aus der Krise führen soll. Neuer Generaldirektor wurde Anthony Tennant, bisher der zweite Mann bei Grand Metropolitan, einem Mischkonzern mit Hotel- und Konsuminteressen, wo er die Spirituosen- und Weingruppe International Distillers und Vintners leitete. Finanz- und Verwaltungschef wird Michael Julien, stellvertretender Generaldirektor bei dem britisch-französischen Kanalprojekt Eurotunnel. □



Spekulationen mit Unternehmen

Lee Iacocca

Wenn er sonst nichts getan haben mag, so hat Ivan Boesky zumindest die Diskussion angeheizt über den Wert von Firmen-Attacken und Arbitrageuren. Sind diese Burschen wirklich Robin Hood und seine Getreuen, was sie von sich behaupten? Oder sind sie eher vergleichbar mit Dschinghis-Khan und seinen mongolischen Horden?

Alles, was ich weiß, ist, was ich sehe und was ich nicht sehe. Ich sehe, daß Milliarden Dollar in Firmenschulden gebunden sind, um die Attackierer in Schach zu halten, während die Forschung und Entwicklung betteln gehen muß. Ich sehe, wie Milliarden von den potentiellen Zielfirmen an die Attackierer gezahlt werden, um diese zu veranlassen, ein feindliches Übernahmeangebot zu stellen. Dieses Geld sollte dem Bau neuer High-tech-Fabriken dienen.

Bestechung auf vornehme Art

Ich sehe, daß das Vertrauen in die Integrität der Wall Street geringer ist als je zuvor seit dem großen Börsenkrach. Ich sehe auch, daß ein großer Teil der besten Management-Talente Amerikas in Übernahmespielen verschwendet wird, die sich eher der Stärkung der industriellen Basis des Landes widmen sollten.

Doch ich sehe nicht, daß mit den Attacken Arbeitsplätze geschaffen werden. Ich sehe nicht, wie die Produktivität dadurch erhöht wird, und was am schlimmsten ist – ich sehe nicht, wie sie auch nur im geringsten dazu beitragen, Amerika in der Welt wettbewerbsfähig zu halten.

Ich höre ihre Propaganda über »Unternehmen leistungsfähiger machen«, »Kapitalverflüssigung«, »Schutz der hilflosen Aktionäre«. Doch etwas Lustiges passiert mit diesen selbstlosen Missionaren, sobald ein wenig



Lee Iacocca ist Vorsitzender der amerikanischen Autofirma Chrysler. Für ihn ist Ivan Boesky kein Robin Hood.

Geld durch ihre Hände gegangen ist: sie gehen.

Daran gibt es nichts zu rütteln: die Gelder, die sie für Übernahmeangebote von ihren potentiellen Zielfirmen gezahlt bekommen, sind nichts anderes als Bestechung der vornehmsten Art.

Wenn diese Leute tatsächlich daran interessiert sind, die amerikanische Wirtschaft von inkompetentem Management zu befreien, wo waren sie dann im Jahr 1980, als Chrysler am Boden lag? Über eines brauchte ich mir damals keine Sorgen zu machen: es würde zu keiner Firmenattacke kommen, denn Chrysler war es nicht wert, geplündert zu werden.

Das typische Übernahmeziel ist nicht eine Firma in Schwierigkeiten. Es ist eine Firma mit einer soliden Vermögensgrundlage, wenig Schulden, kontinuierlichem Gewinn und ein paar Mark auf der Bank für Diversifizierungszwecke oder um durch die nächste Flaute hindurchzukommen.

Das heutige Freiwild

Als ich noch in die Schule ging, nannten wir das »gutes Management«. Heute wird man damit zum Freiwild. Wenn man die Fabrik modernisiert anstatt die Dividende zu erhöhen, so weist das vielleicht auf einen guten Geschäftssinn hin, doch es ist auch, als würde man frisches Blut ins Wasser geben: es zieht die Haie an.

Die amerikanischen Geschäftsleute werden oft kritisiert, daß sie nicht weiter schauen würden als über die nächste vierteljährliche Gewinnaufstellung hinaus. Wir schauen so kurzfristig, weil die meisten unserer Aktien großen Investoren gehören, die ihr Interesse daran verlieren in dem Augenblick, wo diese Aufstellung in die roten Zahlen kommt.

Das ist hart genug für einen Manager, doch wenn dann auch noch die Firmenattacken und Arbitrageure hinzukommen – jene Leute, die große Aktienmengen kaufen, sie ein paar Wochen oder ein paar Tage halten und nach unerwarteten Gewinnen Ausschau halten –, dann werden die Probleme noch größer. Man ist plötzlich gezwungen, Dinge zu tun, die geschäftlich überhaupt keinen Sinn haben, nur um am Leben zu bleiben.

Mein Interesse an all diesen Dingen wurde im vergangenen Herbst plötzlich ganz hautnaher Natur, als sich zwei von Chryslers größten Lieferanten, USX und Goodyear, selbst »im Spiel« befanden.

Die Bedeutung von Lieferanten kann in meinem Geschäft nicht



Meshulam Riklis befaßt sich auch mit Konzernaufkäufen an der Wall Street, wenn er nicht mit seiner Frau Pia Zandora tanzt.

genug betont werden, insbesondere jener, die den Stahl und das Gummi liefern. Es sind wirkliche »Partner«. Ein Lieferant, der seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, kann bewirken, daß all unsere Fabriken innerhalb von wenigen Tagen schließen müssen.

So wurde ich natürlich unruhig. Ich wußte nicht, was das Ziel dieser Attacken bei meinen Partnern war. Wollten sie sich einfach die Vermögenswerte schnappen und dann abhauen? Wollten sie den Forschungs- und Entwicklungsetat einheimsen?

Scherten sie sich auch nur ein bißchen darum, mich zu beliefern? Wußten sie überhaupt etwas über mein Geschäft und wie wichtig diese Lieferanten für mich sind?

Ein echtes Monopolyspiel

Und vielleicht die wichtigste Frage von allen: Würden sie mich zwingen, Material in Übersee einzukaufen, das ich lieber von Arbeitern in Amerika produziert sehen würde?

Die Antworten kenne ich heute noch nicht.

Goodyear hat die Attacke überlebt. Es hat sie lediglich 2,6 Milliarden Dollar gekostet. Sie werden einfach ein paar Tochterunternehmen verkaufen, ein paar Werke schließen, ein paar Leute auf die Straße setzen müssen und ihre Bilanz mit neuen Schulden belasten. Kein großes Problem.

Ich weiß nicht, ob sie mir bessere Reifen liefern werden. Sie haben vorher gute Arbeit geleistet.

Inzwischen sagte mir Sir James Goldsmith, der Bursche, der den Robin Hood spielt: »Ich werde hocherhobenen Hauptes aus dieser Sache herausgehen«, nachdem diese Attacke scheiterte. Vielleicht halfen ihm die lockeren 90 Millionen Dollar, die er als »Bestechungsgeld« bekommen hat, dabei den Kopf hochzuhalten.

Das ist also ein echtes Monopolyspiel mit echtem Geld. Wenn das so weitergeht, wird sich die Wall Street ihr eigenes Nest beschmutzen, und wir werden alle die Verlierer sein.

Mit dem amerikanischen Wertpapiermarkt wird unsere gesamte Wirtschaft in Gang gehalten. Wir können es uns nicht erlauben, ihn mit zu vielen Bestimmungen zu ersticken, doch wir können es uns ebenfalls nicht erlauben, ihn von Leuten manipulieren zu lassen, die auf schnelles, schmutziges Geld aus sind.

Boesky hat dafür gesorgt, daß sich der amerikanische Kongreß näher mit der Wall Street befassen wird. Es ist an der Zeit, zumindest kürzer zu treten. Eine gute Idee, von der ich gehört habe, ist, eine Wartezeit einzuführen, bevor Aktien wieder verkauft werden können. Die Leute müßten nach dem Kauf dann sechs Monate warten, bevor sie ihre Aktien weiterverkaufen können.

Die meisten Attackierer würden ihr Geld nicht so lange binden wollen. Sie lieben in Wirklichkeit nicht das Risiko, sondern setzen nur auf sichere Sachen.

Pflichtgetreu sprechen sie davon, die amerikanische Wirtschaft leistungsfähiger machen zu wollen, doch das, was sie wirklich im Sinn haben, ist Raub. Und das macht die Geschäftsleute zu nervös, als daß sie über legitime und vernünftige Neuerwerbungen und Fusionierungen nachdenken könnten, die den Firmen wirklich helfen könnten, produktiver und wettbewerbsfähiger zu werden.

Ich weiß es, denn wir haben bei Chrysler versucht zu diversifizieren. Wir haben vier Neuerwerbungen getätigt und halten nach weiteren Ausschau. Doch wir werden niemanden kidnappen, um Teil unserer Familie zu werden.

Firmen sind heutzutage paranoid, und man kann ihnen daraus keinen Vorwurf machen. Die Vorstandsmitglieder versuchen im voraus zu planen, während ihnen jene Leute über die Schulter blicken. Einige von ihnen verbringen mehr Zeit damit, die Attacken abzuwehren, mit denen ihre Firmen übernommen werden sollen, als die Japaner und Deutschen abzuwehren, die ihre Märkte übernehmen.

So kann man kein Unternehmen führen und so kann Amerika ganz sicher nicht wettbewerbsfähig bleiben. □

Trilaterale Kommission

SDI darf Sowjets nicht vor den Kopf stoßen

James P. Tucker

Die volle Unterstützung von Präsident Ronald Reagans gewinnversprechender Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI), die bei den Frühjahrstreffen 1986 der Bilderberger-Gruppe und der Trilateralen Kommission gegeben wurde, ist in diesem Jahr gefährdet. Eine mächtige Gruppe innerhalb dieser geheimen, internationalen Absprachegremien führt einen Feldzug zur Änderung der Positionen der absoluten Unterstützung.

Die von dieser Gruppe befürwortete Position, die auf den kommenden Treffen der Bilderberger und der Trilateralen präsentiert werden wird, verlangt im Grunde, daß man sich an den Profiten aus der »Sternenkriegs«-Forschung freut, während man gleichzeitig sicherstellt, daß die Sowjetunion nicht vor den Kopf gestoßen wird.

Profitabel und schmackhaft

Die vorgeschlagene Änderung der Bilderberg-Trilateralen-Politik über SDI kam von einem relativ neuen Zweig der Weltschattenregierung, die unter dem patriotisch klingenden Namen »Ausschuß für Nationale Sicherheit« arbeitet. Zu seinen Führern gehören Alton Frye, der Washingtoner Direktor des CFR; Andrew Young, Bürgermeister von Atlanta, ehemaliger UN-Botschafter unter Präsident Carter und ein Trilateraler; Raymond Grathoff, studiert im letzten Semester Außenpolitik an der Brookings Institution und hat bei Bilderberger-Treffen in der Vergangenheit Reden gehalten; Sharon Percy-Rockefeller, Frau von Senator Jay Rockefeller. Jay ist ein Neffe von David Rockefeller und strebt nach dem Amt des US-Präsidenten.

Weitere Mitglieder des Ausschusses sind Paul Warnke, ehemaliger Direktor des US-Amts für Waffenkontrolle und Abrüstung; Richard Barnett vom linken Institut für Politische Studien; William Colby, ehemaliger CIA-Direktor; Robert Drinan, ein ehemaliger Kongreß-Abgeordneter des linken Flügels; der liberale Autor Norman Cousins und die Schauspieler Paul Newman und Ed Asner, beide seit langem aktiv auf dem linken politischen Flügel und in Friedensangelegenheiten.

In einem 45-Seiten-Bericht verlangte der Ausschuß, daß nur solche SDI-Forschung betrieben werden solle, die die Sowjetunion nicht vor den Kopf stoßen würde, sondern deren Verlangen akzeptiert, daß nichts »Durchführbares« stationiert wird. Sein Bestreben, das Programm profitabel und auch noch für die Sowjets schmackhaft zu machen, wird wie folgt zusammengefaßt:

Sowjetische Interessen nicht bedrohen

»Wenn Tests von ›Killersystemen‹ im Weltraum gegen Objekte strikt verboten sind, während Tests von Sensoren keinerlei besonderer Beschränkung unterliegen, dann kann die langfristige Durchführbarkeit von SDI in angemessener Form untersucht werden, ohne die lebenswichtigen Interessen der Sowjets zu bedrohen.«

»Die lebenswichtigen sowjetischen Interessen nicht zu bedrohen« – das ist oberste Priorität im ganzen Bericht:

»Generalsekretär Michail Gorbatschow versteht besser als seine Vorgänger die Notwendigkeit eines Ausgleichs beiderseitiger Sicherheit, bei der keine Supermacht in Furcht vor einem Angriff durch die andere lebt.«

Gorbatschows Wunsch nach einer Welt frei von Furcht vor einem Angriff durch den anderen wurde vom Ausschuß angenommen und ohne einen Hinweis auf die anhaltende Besetzung Afghanistans, die Expansion des Sowjetreichs über die vergangenen vier Jahrzehnte hinweg oder die Milliarden von Dollar an sowjetischen Waffen in Kuba und Nicaragua. □

Trilaterale Kommission

Die »Enthauptungs«-Strategie

Victor Marchetti

Die Vereinigten Staaten besitzen eine ungeheuere strategische Nuklear-Schlagkraft, bestehend aus einer »Triade« sich ständig verbessernder Waffen: ICBMs (Interkontinentalraketen), U-Boot-gefeuerte Raketen und Langstreckenbomber mit Cruise Missiles. Der verkündete Zweck dieses Arsenals besteht darin, die Sowjetunion davon abzuschrecken, gegen die USA oder ihre Verbündeten Krieg zu führen. Doch Amerikas Atommacht steht für mehr als das; sie soll im Fall eines sowjetischen Angriffs oder Erstschlages ein Kriegsgewinn-Potential liefern.

Der Schlüssel zum Kriegsgewinn-Aspekt der amerikanischen Nuklearstreitkräfte ist die »Enthauptungs«-Strategie, ein Plan zur Enthauptung des sowjetischen Regierungsoberhauptes, sollte der Kreml jemals eine totale Offensive wagen.

Theorie zur Tötung vieler Millionen

Diese »Enthauptung« erfordert die Zerstörung der Führungsmannschaft der Sowjetunion und ihrer politischen Befehlsstruktur durch Beseitigung des Politbüros, Parteisekretariats und des Zentralkomitees mit seinen 300 Mitgliedern sowie jedes regionalen kommunistischen Parteihauptquartiers in der Sowjetunion – alles dies zusätzlich zur Zerstörung aller wichtigen industriellen und militärischen Einrichtungen.

Die »Enthauptungs«-Theorie dient auch der Tötung vieler Millionen sowjetischer Staatsbürger – insbesondere der ethnischen Russen, die die kommunistische Partei beherrschen und die Regierung kontrollieren.

Ironischerweise wurde diese Strategie während der Regierungszeit von US-Präsident Jimmy Carter erdacht und schließlich formuliert und zwar unter der Leitung des früheren nationalen Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski. Mit einer kaum bekannten Anweisung, dem Präsidentenerlaß 59, der gegen Ende der Amtszeit Carters Ende 1980 herausgegeben wurde, hat man den Generalstab angewiesen, sich mit den verschiedensten nuklearen Konfrontationen zu beschäftigen – von begrenzten Engagements bis zum Kampf und Gewinnen eines sich in die Länge ziehenden Krieges.

Im letzteren Fall sind »Enthauptungs«-Schläge gegen die Sowjetführer und die Befehlsstruktur auszuführen.

Wissenschaftlern zufolge, die als strategische Militärberater in der Regierung Carter tätig waren, war Brzezinski besessen, die »Russen zu töten«. Diese Informanten sagten, der Präsidentenberater habe einmal einen Beamten des amerikanischen Generalstabes gefragt, der ihn über den voraussichtlichen Schaden aufklärte, den ein potentieller amerikanischer Nuklearschlag gegen die Sowjetunion verursachen würde, wieviele Russen getötet würden. Er bekam die Antwort, daß über 100 Millionen Sowjets in einem solchen Angriff sterben würden.

»Nein, nein«, meinte Brzezinski, »ich will wissen, wieviele russische Russen.«

Die Subkultur eines Auswanderers

»Brzezinski ging es nicht um den Tod von Ukrainern oder anderen sowjetischen Minderheiten. Es waren die ethnischen Russen, die etwa die Hälfte der Bevölkerung der UdSSR ausmachen, die den Feind repräsentierten. Es waren die Russen, die in der Sowjetunion an der Macht waren, die die Partei kontrollierten, das Militär kommandierten.

Das war die Stimme 600jähriger, verärgerter polnischer Geschichte, die hier sprach«, meinte jener Beobachter.

Jimmy Carter hat das Militärdenken in den Vereinigten Staaten durch das Vorantreiben der »Enthauptungs«-Strategie ungeachtet des Drängens und der Weisung seines nationalen Sicherheitsberaters deutlich geprägt. Und dahinter steckt eine seltsame Geschichte.

Carter wurde von Brzezinski nahezu hypnotisiert. »Woody (Brzezinski wurde von Carters Genossen aus Georgia und Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsstabes im Weißen Haus scherzhaft Woody, der Specht, genannt) wußte seinen Boß zu nehmen. Jimmy wollte immer alles mit ihm abklären.«

Ein Informant beschrieb Brzezinski als »Carters Svengali«. Und da mag etwas dran sein. Brzezinski entdeckte Jimmy Carter, nahm sich seiner an und formte den Erdnußfarmer aus Georgia, einen ehemaligen Marineoffizier und Gouverneur, unter der Anleitung von David Rockefeller und der Trilateralen Kommission zu einem Präsidentschaftskandidaten.

»Brzezinski ist einer jener markanten europäischen Auswanderer – wie Henry Kissinger –, die innerhalb des nationalen Sicherheits-Establishments eine Subkultur entwickelt haben und die im Verhältnis zu ihrem wahren Wert einen überdurchschnittlich großen Einfluß haben«, sagte ein einflußreiches Mitglied von Rockefellers Council on Foreign Relations (CFR), der mit beiden ehemaligen nationalen Sicherheitsberatern eng zusammengearbeitet hat.

Jimmy Carter bei einer Stegreif-Konferenz mit seinen Top-Beratern in der Außenpolitik: US-Außenminister Cyrus Vance (links) und Zbigniew Brzezinski (rechts).

Rockys Jungen

Brzezinski hat in Harvard studiert wie Kissinger und eröffnete später sein eigenes Forschungsinstitut für Sowjet-Angelegenheiten an der Columbia-Universität mit dem Geld von Rockefeller. Er war Rockefellers Schützling und stieg rasch auf im innersten Kreis des nationalen Sicherheitsrates des Establishments.

Als der CFR als Folge des lange andauernden Vietnam-Debakels und des explosiven Watergate-Fiaskos (seine Mitglieder waren in beide Affären stark verwickelt und deshalb zeitweise in Mißkredit geraten) auseinanderzubröckeln begann, schuf Brzezinski die Trilaterale Kommission mit dem Geld von David Rockefeller.

Die Trilaterale Kommission sollte ein alternatives Netz der Regierungs-Beeinflussung bilden, solange der CFR in Ungnade gefallen war. Und sie machte ihre Aufgabe sehr gut. Sie entdeckte Jimmy Carter und machte ihn zum Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Brzezinski schrieb in seinem Buch über die Erfahrungen im Weißen Haus – es trägt den Titel »Power and Principle«: »Ich traf Jimmy Carter erstmals bei einer der ersten Zusammenkünfte der Trilateralen Kommission, die ich Anfang der siebziger Jahre leitete. Ich erinnere mich, wie ich seine Mitgliedschaft mit zwei wichtigen Kollegen, Gerard Smith und George Franklin, diskutierte.

Wir wollten einen nach vorn schauenden demokratischen Gouverneur, der mit der Perspektive der Trilateralen übereinstimmen würde. Einer der beiden bemerkte, daß Jimmy Carter, der neu gewählte Gouverneur von Georgia, couragiert auf dem Gebiet der Bürgerrechte und Berichten zufolge ein brillanter und aufstrebender Demokrat, daran interessiert sei, Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem gemeinsamen europäischen Markt sowie Japan zu entwickeln.

Dann sagte ich: Nun, er ist offensichtlich unser Mann.« Und damit begann Carters schwindelerregender Aufstieg.

In der Folge nahm Brzezinski Carter unter seine Fittiche. Er lehrte dem künftigen Präsidenten die Methoden der Geopolitik und des internationalen Freihandels, sagen informierte Quellen. Er stellte ihn den Drahtziehern der amerikanischen Politik vor: den Bossen von wichtigen Fernsehstationen, einflußreichen Zeitungen und Magazinen, den mächtigen Vorstandsvorsitzenden großer Banken und Firmen und den Spitzengewerkschaftsführern. Es war für den jungen Politiker eine schwindelerregende neue Erfahrung.

Zunächst wollte Carter das amerikanische Atomwaffenarsenal auf 200 Sprengköpfe reduzieren, die theoretisch genügen würden, der Sowjetunion schweren Schaden zuzufügen.

Brzezinski und seine trilateralen Kollegen in der amerikanischen Administration überzeugten den neuen amerikanischen Präsidenten jedoch allmählich davon, die Dinge so zu sehen, wie sie es taten, und zählten dabei teilweise auf seine Ausbildung als Marineoffizier.

Andere Pentagon-Experten behaupten, die Furcht vor einem nuklearen Vernichtungsschlag durch die USA sei die treibende Kraft hinter der Kreml-Propaganda zur Abschaffung der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI).



David Rockefeller ist Finanzier und der eigentliche Kopf der Trilateralen Kommission.

»Moskau betrachtet SDI als das, was es wirklich ist: ein Schild zum Schutz der amerikanischen offensiven Nuklear-Streitkräfte. Das ganze Gerede davon, daß SDI das amerikanische Volk vor einem sowjetischen Raketenangriff schützt, wie der Präsident und die Raumfahrtindustrie behaupten, ist einfach öffentliche Propaganda«, meinte eine bestinformierte Quelle.

Egal wie diese »Enthauptungs«-Strategie entstand oder warum sie geschaffen wurde, die Sowjets sind sich ihrer voll bewußt; davon sind ehemalige Pentagon-Beamte überzeugt, die mit der Strategie und der Kreml-Reaktion darauf zu tun hatten.

»Es läßt sie durchdrehen, wenn sie sich vorstellen, wir würden tatsächlich planen, sie alle zu töten, wenn sie jemals anfangen würden, irgendwelche Schwierigkeiten zu machen«, sagte ein Beamter, der oft mit den Sowjets über internationale Vereinbarungen verhandelt hat. »Doch das bringt sie eher dazu, ehrlich zu bleiben.« □

Trilaterale Kommission

Pläne für die Zukunft

James P. Tucker

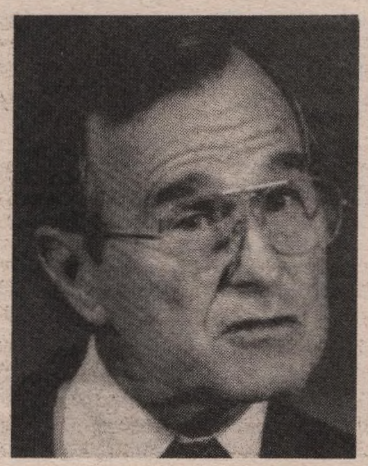
Die Vorbereitungen für die jährlichen Frühlingsgipfel der Welt-Schattenregierung sind in vollem Gange und Berge von »Arbeitspapieren« weisen auf zwei Ziele hin: Erstens, weitere Handelsexpansion mit Rotchina auf Kosten von Amerikas Verbündeten Taiwan, und zweitens, Export von mehr Geheimtechnologie an die Sowjetunion und die Länder des Ostblocks, um großer Profite willen.

Das Hauptarbeitspapier über die Ausbeutung eines potentiell riesigen Marktes in Rotchina wurde von der Brookings Institution auf einem geheimen Treffen, das von Rockefeller-Interessen finanziert wurde, erarbeitet.

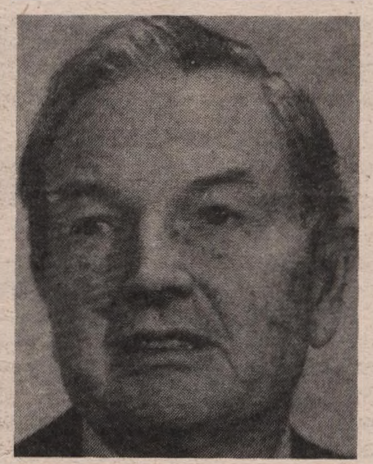
Vize Bush sehr im Nachteil

Die Dokumente, in denen verstärkter Technologiehandel mit dem Sowjetreich befürwortet wird, und die noch Entwurfscharakter besitzen, wurden von einer Zentralorganisation von Internationalisten zusammengestellt, die von der National Academy of Science zusammengerufen wurde, also auch mit finanzieller Hilfe David Rockefellers.

Führer sowohl der Brooking Institution und der National Academy of Sciences sind stark vertreten in der Trilateralen Kommission (TC) und der Bilderberger-Gruppe (BG), die in ihrer Führung selbst miteinander verflochten sind. Rockefeller beherrscht die Trilateralen, die sich Ende März in San Francisco treffen werden. Er teilt sich die Macht in der Bilderberger-Gruppe, die sich im Mai trifft, mit den Rothschilds aus Europa.



George Bush hat sein Ansehen in der Öffentlichkeit vor allem wegen der US-Waffenverkäufe an den Iran verloren.



David Rockefeller beherrscht die Trilateralen und bei den Bilderbergern teilt er die Macht mit den Rothschilds.

Beide geheimen Absprachegremien internationaler Finanziers, Banker und Politiker treffen sich hinter verschlossenen Türen und die Türwächter und Teilnehmer sind zur Geheimhaltung verpflichtet. Ihr Weltordnungsplan wird dann oft von Leuten, die auf beiden Treffen anwesend sind, beim jährlichen Wirtschaftsgipfel der »sieben Industrienationen« – die Vereinigten Staaten, Italien, Großbritannien, Japan, Bundesrepublik Deutschland, Kanada und Frankreich – präsentiert.

Eine interessante Debatte über die Unterstützung von George Bush hinsichtlich dessen Ernennung zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten wird in diesem Jahr auf dem Treffen erwartet, Bush, ein Trilateraler, der während seines Präsidentschaftswahlkampfes im Jahr 1980 kurz »zurücktrat«, als er von seinen Rivalen – einschließlich Ronald Reagan – wegen seiner Mitgliedschaft in der Trilateralen Kommission herausgefordert wurde, kehrte als amerikanischer Vizepräsident zurück und erhielt die Unterstützung beider Gruppen im Jahr 1985.

Der Verlust des Ansehens von George Bush in der Öffentlichkeit – vor allem wegen der Waffenverkäufe an den Iran, doch auch paradoxerweise wegen seines öffentlichen Eintretens für die Ansicht der Absprachegremien, daß die Ölpreise erhöht werden sollten – könnte die Bilderberger und Trilateralen veranlassen, sich nach einer Alternative umzuschauen.

Sie sind es gewohnt, einen der ihren im Weißen Haus zu haben. Die Präsidenten Jimmy Carter und Gerald Ford waren jeweils ein Trilateraler beziehungsweise ein Bilderberger. Walter Mondale, Carters Vizepräsident war ebenfalls ein Trilateraler. Fords Vizepräsident natürlich niemand anderes als Nelsons Rockefeller.

Bush, ein Trilateraler, wurde im Jahr 1980 mit dem Anti-Trilateralen Reagan zusammengebracht.

Ein weiteres Thema auf der Tagesordnung beider Gruppen, so sagen Informanten, ist eine fortgesetzte Kampagne für die Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI), die astronomische Profite verspricht. Ein größerer Druck allerdings wird auf umfangreiche Verträge zwischen den USA und den anderen westlichen Industriestaaten erwartet. Großbritannien hat bereits einen Forschungsauftrag im Wert von mehreren Milliarden Dollar vom US-Verteidigungsministerium erhalten.

Andere Probleme, die diskutiert werden, sind die Stabilität der Philippinen und die kommunistische Expansion in Lateinamerika, insbesondere Nicaragua. ☐

Brasilien und das Beispiel Peru

James Sibbet

Obwohl die Meldungen über die Schulden Lateinamerikas in der letzten Zeit nur spärlich kamen – es lag an dem Aufschub der Zahlungsfristen –, wandte sich keines dieser »Abkommen« an die grundlegenden Wirtschaftsprobleme. Alles, was sie taten, war, den Tag der Abrechnung zu vertagen. Außerdem verschlimmerten sie die Lage nur noch durch Erhöhung der Gesamtschuld durch die Höhe der nicht gezahlten Zinsen. Die Nachricht von der Einstellung sämtlicher Zinszahlungen für 90 Tage durch die brasilianische Regierung jedoch machte die Schuldenkrise wiederum hochaktuell.

Es hat allerdings durch die geringfügige Herabsetzung der Zinssätze eine gewisse Erleichterung gegeben. Doch nichts davon schien bis hinunter zu den Massen durchgedrungen zu sein, die weiterhin unter einer untragbaren Inflation – wie wir es bezeichnen würden – leben.

Die Öffentlichkeit revoltiert

Dazu eine Meldung über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Brasiliens aus São Paulo: »Die brasilianischen Gewerkschaften planen für morgen einen beispiellosen Streik, in dem bis zu 40 Millionen Arbeiter gegen die Preiserhöhungen protestieren werden und die Nichteinhaltung der Zahlungen für die 109 Milliarden Dollar schwere Außenschuld des Landes verlangen sollen.

Der Hauptzweck des eintägigen Streiks, der von den beiden führenden Gewerkschaften des Landes organisiert wurde, besteht darin, die Wiederaufhebung des Erlasses über die hohen Preisanstiege bei Getränken, Zigaretten, Autos, Benzin und anderen Gütern vom letzten Monat zu erreichen.

Die Regierung will die Schuld erneut begeben. Am kommenden Sonntag halten die westlichen Gläubigerländer, die dem Pariser Club angehören, ein wichtiges Treffen ab, um über Brasiliens Antrag zu beraten.«

Dies illustriert treffend die Tatsache, daß die Zustände für das Volk in Brasilien immer schlimmer werden, anstatt sich zu verbessern. Die Preise sind in Brasilien über Nacht angestiegen. Bei Benzin um 60 Prozent, 25 Prozent für Strom und Telefon. Für Zigaretten, Getränke und andere Luxusgüter wurden sie verdoppelt, um den »Konsum zu strafen«.

Die brasilianische Regierung hofft, durch diese Preiserhöhungen – von denen die meisten Steuereinnahmen sind im Wert von 11,4 Milliarden Dollar – das Defizit der öffentlichen Hand zu decken, und daß noch ein wenig für die Finanzierung einiger öffentlicher Investitionen übrigbleibt. Doch was wirklich damit erreicht wird, ist eine öffentliche Revolte.

Gouverneure beklagen sich

Der Grund dafür, warum die Regierung dies getan hat, war, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) oder vielmehr dem Pariser-Club-Treffen zu gefallen. Dieser neue brasilianische Plan trägt den Namen Cruzado II.

Mit Cruzado I soll die Inflationsrate auf nur zehn Prozent gesenkt worden sein. Jetzt ist der Direktor des Amtes für Statistik zurückgetreten. Er will nicht mehr länger verantwortlich sein für offensichtlich falsche Zahlen.

Obwohl die Inflation bei zehn Prozent gelegen haben soll, konnte man viele Dinge nicht zum offiziellen Preis kaufen. Somit bildete sich ein riesiger Schwarzmarkt mit Preisen, die doppelt so hoch waren wie die offiziellen.

Die Zinsen für geschäftliche Zwecke betragen 100 Prozent im Jahr für einen einjährigen Kredit und 200 Prozent für persönliche Kredite. Die Zinssätze geben Aufschluß über die tatsächliche und erwartete Inflationsrate, denn der Kreditgeber muß den Wertverlust des Geldes, das er verleiht, in Betracht ziehen.

Das neue Sanierungsprogramm, Cruzado II, hat weitere Bereiche der brasilianischen Wirtschaft verstimmt. Drei der vor kurzem gewählten Gouverneure, die mit dem Versprechen ins Amt gewählt wurden, nichts zu verändern, eilten zu einem Treffen mit dem Präsidenten Jose Sarney, um ihm vorzuschlagen, mit der Außenschuld nach Art des peruanischen Präsidenten Alan Garcia zu verfahren, was offenbar keine nachteiligen Auswirkungen hatte – anstatt die gegenwärtigen harten Änderungen vorzunehmen.

Waldir Pires, der gewählte Gouverneur des Staates Bahia, forderte, die Schuldenrückzahlung »auf maximal 15 oder 20 Prozent des Wertes der Exporte zu beschränken«.

Paras Gouverneur, Helio Quiroz, stellte die Frage direkter: »Wenn Peru aufgehört hat zu zahlen, warum tun wir das nicht auch?«

Paranas Alvaro Dias schlug vor, alle Zahlungen aus der Außenschuld auf vier Jahre aufzuschieben, um die Einsparungen in die Modernisierung der Industrie zu investieren, wie Peru es tat.

Ein hochrangiger brasilianischer Regierungsbeamter bemerkte, daß er keine Alternative sähe als die Alan Garcias, und meinte damit die Behauptung des peruanischen Präsidenten, das wirtschaftliche Wohlergehen habe höhere Priorität als die Schuldenzahlungen.

Diese Dinge gelten nicht allein für Brasilien. Mexiko und all die anderen großen und auch kleinen Schuldnerländer werden jetzt auf die Brasilianer ein Auge haben und schauen, was sie tun.

Die Sache ist die, daß das Schuldenproblem Lateinamerikas wahrscheinlich wieder aktuell wird, und zwar sofort. Sollten sie alle Peru kopieren, dann werden die Banken der westlichen Industrieländer, insbesondere die Bank of America, sehr schlecht dastehen. Letzte trägt offenbar den größten Anteil an den Schulden in Lateinamerika.



Laufend steigende Preise und die hohe Außenschuld treiben die Menschen auf die Straße und brasilianische Soldaten müssen für Ordnung sorgen.

Die Entscheidung Brasiliens, aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten den Schuldendienst für drei Monate einzustellen, das heißt, keine Zinsen zu zahlen – von Tilgungen auf 109 Milliarden Dollar Auslandsverbindlichkeiten ganz zu schweigen –, hat die Banker endgültig aufgeschreckt und zwingt sie wohl nun, das Problem von Grund auf zu lösen, um nicht von Krise zu Krise zu schlittern. □

Jagd nach dem Nazi-Gold

Tom Valentine

Ian Sayer und Douglas Botting zufolge, zwei Journalisten der Londoner »Sunday Times«, die eine ausführliche Untersuchung über den »Goldschatz der Nazis« durchgeführt haben und ein Buch mit dem gleichen Titel herausbrachten, hat die deutsche Reichsbank einen Goldhort angesammelt, vergleichbar dem berühmten und offenbar verschwundenen Schatz von Fort Knox. Indem sie Dokumente zitierten, aus denen hervorging, daß das siegreiche deutsche Militär Gold von mehreren eroberten Ländern nach Hause brachte, unter anderem von Ungarn, Frankreich, den Niederlanden und der UdSSR, schreiben die Autoren, daß die Goldreserven der Reichsbank in Berlin auf der »Höhe der Nazi-Eroberungen in Europa« 500 Millionen Dollar betrugen, was im Jahr 1983 einem Wert von 7,5 Milliarden Dollar entspricht.

Die Zahl von 7,5 Milliarden Dollar entspricht dem, was das US-Finanzministerium im Londoner Gold-Pool-Fiasko der sechziger Jahre verloren hat. Mit dem Londoner Gold-Pool-»Absahntrick« hat der internationale Club der Zentralbanker Fort Knox offen und auf legale Weise geplündert.

Die Clique der Zentralbanken

Sayer und Botting erzählen eine interessante Geschichte über den Diebstahl des Nazi-Vermögens – das in die Millionen ging – durch amerikanische und britische Besatzungsmächte nach Hitlers Niederlage im Jahr 1945. Doch sie gehen hinweg über die riesige Menge an Goldreserven, die sich fast auf 7,5 Milliarden Dollar belief und von General Pattons 3. Armee in einem Bergwerksschacht in Merkers entdeckt worden ist.

Dieses riesige Goldlager wurde stillschweigend das Eigentum der Zentralbanken-Clique einschließlich des amerikanischen Federal Reserve Systems und wurde ebenso stillschweigend in die weltweiten Manipulationen des Goldes und der Volkswirtschaften einbezogen.

Während sich die beiden britischen Journalisten auf den Diebstahl von vielleicht 10 oder 20 Millionen Dollar an Gold, Noten und Münzen konzentrieren, wird nichts darüber erwähnt, ob die Goldreserven Ungarns, Italiens und der UdSSR jemals an diese Zentralbanken zurückgegeben wurden, obwohl diese sich nicht von dem internationalen Club der Banker unterscheiden.

Der Punkt ist: Die Establishment-Medien einschließlich solch populärer Taschenbücher wie »Nazi-Gold« ziehen mit Vorliebe die »kleinen Leute« zur Rechenschaft, die ein paar Millionen an deutschem Gold von deutschen Soldaten gestohlen haben, die versucht hatten, es in den bayerischen Bergen für einen künftigen deutschen Staat beiseite zu schaffen. Sie erwähnen jedoch nichts von den riesigen Goldmengen, die in den Kellergewölben der »Zentralbanken-Gesellschaft« lagern.

Zentralbanken-Gesellschaft ist ein Name, den ich für die Clique der Zentralbanken geprägt habe, die weltweit das Geld und die Volkswirtschaften kontrollieren.

220 Tonnen an Nazi-Gold

Die Zentralbanken sind es, denen das »ganze« Gold gehört und sie sind es, die »alle« Schaltstellen der Macht kontrollieren. Sie könnten der Welt Frieden bringen, doch sie ziehen den Profit vor, den sie aus Konflikten, Verwirrung und Intrigen ziehen.

»Nazi-Gold« ist ein gut dokumentiertes Buch und während eine solch gründliche Dokumentation oft lange Abschnitte langweiligen Lesens verheißt, gibt dies auch ausreichend Gelegenheit, zwischen den Zeilen zu lesen. Da gibt es beispielsweise eine »Augen öffnende« Geschichte in dem Buch:

»Der Platz war so knapp, daß Valuta und andere Wertgegenstände, die zwischen Mitte Juli und Anfang September 1945 wieder in Besitz genommen wurden, in anderen Reichsbanken in der amerikanischen Zone aufbewahrt werden mußten, bis im ›FED‹ Platz geschaffen werden konnte.

FED steht für Foreign Exchange Depository (Devisendepot), nicht für Federal Reserve System, doch die Ähnlichkeit ist durchaus gegeben. Das FED befand sich in den Gebäuden der Hauptverwaltung der berühmten IG-Farben in Frankfurt, das ›wie durch ein Wunder‹ den Bomben der Alliierten entgangen war, während das restliche Frankfurt und andere Städte dem Erdboden gleichgemacht worden waren.«

Wenn wir weiterlesen, erfahren wir folgendes: »Der gesamte Wert des Vermögens in den Gewölben des FED wurde auf weit über 500 Millionen Dollar geschätzt. Bis zum Oktober 1946 wurden in Nachforschungen durch die Alliierten über 220 Tonnen an Nazi-Gold in Deutschland ausfindig gemacht und beschlagnahmt und weitere 50 Tonnen in der Schweiz und sieben Tonnen in Schweden lokalisiert.

Bis dahin hielt man die im FED konzentrierten Vermögenswerte für die größte einzelne Sammlung an Reichtum auf der Welt, wobei höchstens Fort Knox eine Ausnahme bildete – doch niemand schien ganz sicher zu sein, welcher Schatz von den beiden der größere war.«

Ein unermeßlicher Schatz

Man kann von der Annahme ausgehen, daß irgend jemand die genauen Bestände nicht nur im FED in Frankfurt und Fort Knox in den USA kannte, sondern auch die in den Kellergewölben von New York, London, der Schweiz und Hongkong.

Diese sogenannten »öffentlichen« Gelder sind genausowenig öffentlich wie die Fort-Knox-Gewölbe, deren Leere dank der kontrollierten Medien vertuscht worden ist. Es hat niemals eine konzertierte, internationale Rechnungslegung darüber gegeben, wem was gehört, trotz der Tatsache, daß praktisch jedes Land eine Zentralbank in Privat-

US-General George S. Patton inspiziert seine Truppen vor der Einschiffung von England nach Frankreich am 22. April 1944.

besitz und unter privater Kontrolle besitzt, die die Volkswirtschaft des jeweiligen Landes lenkt.

Um zu zeigen, wie gründlich die Vertuschung der tatsächlichen Goldmenge und des falschen Papiergeldes – jede Währung ohne Deckung ist eine Fälschung, doch hier meine ich anderes Papiergeld als das der Zentralbanken-Gesellschaft – gewesen ist, wird der Rest dieses Abschnittes aus dem Buch »Nazi-Gold« zitiert:

»In den Kellergewölben des FED im IG-Farben-Gebäude befanden sich unter anderem: Fächer mit Kästen geschliffener Diamanten (17 000 Karat, Wert 10 Millionen Dollar), höchst edle Metalle wie Platin, Iridium, Palladium und Rhodium, die Kronjuwelen der ungarischen und der Hohenzollern-Dynastie und gefälschte englische Pfundnoten (von fünf Pfund bis 100 Pfund) im Wert von 8 Millionen Dollar, alle schön gestapelt und mit einem Streifband versehen, als wären sie geradewegs von der Druckerpresse gekommen und – Experten der Bank von England zufolge, die sie untersucht haben – kaum von echten zu unterscheiden.

Wieviel all dieses Zeug in den Kellergewölben des FED wert war, wußte keiner, weil sowieso niemand wußte, wieviel sich genau darin befand. Ursprünglich diente das FED einfach als Lager. Eine genaue Inventur des Riesenvermögens im FED zu machen, war eine äußerst abschreckende Aufgabe, die über die Grenzen des FED-Personals bei Kriegsende hinausging.

Um den Schatz in seiner Gesamtheit aufzuschreiben und zu katalogisieren wären Experten nötig gewesen, und dafür gab es einfach nicht genug und hätte es wahrscheinlich auch nie genug geben können.«

Schweigen über wichtige Fragen

Bei der Lektüre des Buches wird man feststellen, daß die Autoren nicht sagen, für wen der Schatz in den FED-Gewölben gelagert wurde, doch es besteht kaum Zweifel daran, daß es für die Zentralbanken-Gesellschaft war, die zweifellos die ökonomische Tatsache noch immer bedauerten, daß Hitler im Jahr 1933 eine völlig geplünderte Reichsbank übernommen hatte und bis zum Jahr 1939 die ausgebrannte deutsche Volkswirtschaft einschließlich der Goldreserven wiederaufgebaut hatte, noch bevor die Eroberungen zu Beginn des Zweiten Weltkrieges hinzukamen.



US-Truppen fielen am 9. Januar 1945 auf die philippinische Insel Luzon ein, auf der die Japaner einen Goldhort im heutigen Wert von einer Billion Dollar zurückließen.

Es war auch schwer, eine richtige Inventur des ganzen, von der US-Armee gekaperten Vermögens vorzunehmen. Da niemand wußte, was sich vor einer Prüfung in dem Depot befunden hat, war es unmöglich festzustellen, was über einen bestimmten Zeitraum hinweg hereingekommen war.

Somit konnten viele Millionen Dollar an Gold und anderen Wertgegenständen von unbedeutenderen Dieben als der Zentralbanken-Gesellschaft geraubt werden und somit war es auch möglich, die geschichtliche Aufmerksamkeit zu verschieben und die geringfügigen Diebstähle hochzuspielen, was in den Buch »Nazi-Gold« sehr gut vollbracht wird.

Was die Sensationalisierung der unbedeutenderen Diebstähle nach Ende der Kampfhandlungen in Deutschland betrifft, so haben die Autoren gute Dienste geleistet. Doch über die wichtige und wesentliche Frage nach der Rolle der Manipulatoren der Zentralbanken-Gesellschaft fällt kein Wort.

Hatte Marcos den japanischen Goldschatz?

Als Ferdinand Marcos vom US-Außenministerium verraten und als Präsident der Philippinen abgesetzt wurde, folgte unmittelbar danach eine großangelegte Propaganda-Kampagne über sein ungeheueres Vermögen, das dem »philippinischen Volk zurückgegeben werden sollte«. Doch es gibt einige bedeutende Tatsachen über diesen Reichtum von Marcos und seinen Sturz, die in der Berichterstattung durch die Establishment-Medien keine Erwähnung finden.

Erst einmal stammt das Marcos-Vermögen nicht daher, daß das Volk beraubt wurde, wie die Establishment-Medien glauben machen möchten. Marcos war vielmehr einer der Hauptbeteiligten, die einen japanischen Schatz aus dem Zweiten Weltkrieg ausfindig gemacht haben. Zweitens wußte Benigno Aquino, der verstorbene Ehemann von Corazon Aquino, von dieser Entdeckung.

Diese Informationen wurden in den siebziger Jahren bekannt, doch von den amerikanischen und philippinischen Medien rasch in die Kategorie »reine Erfindung« verwiesen.

Jeder der darüber hinaus glaubt, die internationalistische Kabale, mit der Corazon Aquino an die Macht gekommen ist und die sie derzeit an der Macht hält, würde größeres Vermögen an das philippinische Volk »zurückgeben«, läßt sich etwas vormachen.

Mehrere Personen spielen in der Geschichte um den gefundenen japanischen Schatz eine Schlüsselrolle. Einer davon ist ein schwedischer Ingenieur und »Psychologe« mit Namen Olof Jonsson. Ein weiterer ist Bob Curtis, der Erfinder eines Raffinierungsverfahrens, mittels dessen die Herkunft des Goldes verschleiert werden kann.

Dazu zur Erklärung: Alle abgebauten Minerale weisen sogenannte »Warenzeichen« auf, das heißt, sie enthalten bestimmte Spurenelemente, aufgrund derer ihre Herkunft festgestellt werden kann. Mit Curtius' Verfahren konnte man das Gold wieder »neutralisieren« und damit wurde es schwieriger festzustellen, woher es kam, was wiederum seine Einführung auf dem Weltmarkt durch Dritte erleichterte.

Jonsson ist ein bekannter »psychologischer« Goldsucher. Er wurde in der Vergangenheit immer wieder von Schatzjägern zu Rate gezogen, um ein gesunkenes spanisches Schiff ausfindig zu machen, das einen Schatz bergen sollte. Und er hat es gefunden. Seine Fähigkeiten wurden mit den Fähigkeiten von Leuten verglichen, die mit einer Wünschelrute Wasser finden können.

Eine große Geschichte

Das ist der Hintergrund: Im Zweiten Weltkrieg haben die siegreichen japanischen Truppen erobertes Gebiet mit alten Schätzen, insbesondere China und Südostasien, systematisch ausgeplündert. Aus unerklärlichen Gründen beschlosssen sie, dieses Raubgut auf den Philippinen zu verstecken.

Als die Philippinen dann von den Vereinigten Staaten befreit wurden, ließen die Japaner einen Schatz zurück, der nach dem Urteil von Schatzjägern auf dem

Gold

Jagd nach dem Nazi-Gold

heutigen Markt in die Billionen geht.

Dreißig Jahre später erhielt ich mit der Post ein Foto von einem guten Freund, der neben Marcos stand. Eine kurze, geheime Notiz war dem Bild beigefügt. Darin hieß es: »Tom, halt dies geheim. Eines Tages könnte dies eine große Geschichte für dich werden.« Sie war unterschrieben mit »Olof«.

Jonsson hatte dabei geholfen, den verlorenen japanischen Schatz ausfindig zu machen. Doch die Tatsachen blieben weitere drei Jahre verborgen. Im Jahr 1978 wurde ein großer Teil der Geschichte in der englischsprachigen »Philippine News« in San Francisco veröffentlicht. Kurz danach wurde sie auch von der Las Vegas »Sun« aufgegriffen.

Danach startete das Establishment eine Desinformations-Kampagne. Die Los Angeles »Times« schrieb: »Es gibt keinen Asien-Schatz, der von den Japanern auf den Philippinen versteckt worden ist.«

Das wurde schließlich auch die offizielle Version der Geschichte.

Es schien so, als hätten die Internationalisten ein Auge auf den Goldhort geworfen. Inzwischen wurden kleine Mengen des Goldes durch verschiedene dritte Personen auf den internationalen Goldmarkt geworfen. Es wurde vermutet, daß der CIA dabei seine Hand im Spiel hatte, doch das läßt sich nicht nachweisen.

Der Schatz von Teresa

Das Konsortium von »Glücksjägern« umfaßte neben Marcos, Jonsson und Curtis zwei reiche Japaner (deren Namen wurden niemals bekannt), einen Unternehmer mit Namen Norman Krist (er half bei der Organisation der Suche nach dem geheimen Schatz) und den philippinischen General Fabian Ver.

Jonsson schildert: »Ich fuhr mit Ver und ein paar anderen in eine kleine Stadt mit Namen Teresa, etwa 50 Meilen von Manila entfernt.« Dort hatten die Japaner Lastwagen voller Goldbarren und teilweise auch andere Schätze in eine große Höhle an einem Bergabhang gebracht und dann absichtlich einen Erdrutsch verursacht, um den Eingang unsichtbar zu machen. Die Goldjäger wußten allerdings, daß die Japaner gleichzeitig einen geheimen Eingang geschaffen hatten.

Jonssons Aufgabe war es nun, diesen geheimen Eingang ausfindig zu machen. Er fand ihn nur zweieinhalb Meter vom zugeschütteten Eingang entfernt. Der Suchtrupp, angeführt von Curtis, schuf sich einen Weg etwa 40 Meter in den Berg hinein und stieß dann schon auf die Höhle.

»Es befanden sich darin über 1200 Skelette und 23 Lastwagen«, erzählte Jonsson. »Bei den meisten Toten handelte es sich offenbar um Kriegsgefangene.« Doch dazwischen lagen Skelette japanischer Soldaten in Uniform.

Offiziellen Berichten und Aussagen von Augenzeugen wie Jonsson und Curtis – die noch am Leben sind, sich jedoch aus Angst um ihr Leben an unbekannten Orten aufhalten – zufolge waren die Lastkraftwagen in erster Linie mit Tonnen von Goldbarren beladen sowie einige mit Münzen und antiken Kunstgegenständen.

Seit der Bergung dieses Schatzes von Teresa macht die Geschichte die Runde, daß bis zu einer halben Milliarde an Goldunzen nach und nach auf den Weltmarkt gebracht worden sind. Der angebliche Goldhort im amerikanischen Fort Knox beläuft sich lediglich auf 274 Millionen Unzen. Der Anteil des philippinischen Schatzes, der in Teresa geborgen wurde, beträgt mehr als doppelt soviel.

In einem kürzlich geführten Interview mit dem Chicagoer Rechercheur Sherman Skolnick und einem anderen, unabhängigen Informanten, erfuhr ich, daß Gold von den Philippinen in diesen Monaten in die Vereinigten Staaten gebracht wird. Offensichtlich hat die neue Macht-Clique auf den Philippinen zumindest einen Teil von Marcos' Anteil am ursprünglichen Fund ausfindig gemacht.

Nach Dokumenten des US-Außenministeriums, deren Wahrheitsgehalt vor vielen Jahren von Curtis bestätigt worden ist, wurden 2200 Tonnen Gold von den Philippinen auf den Weltmarkt gebracht. Bei den aktuellen Preisen von rund 400 Dollar pro Unze beläuft sich diese »vorläufige Lieferung« auf über 26 Milliarden Dollar.

Kein Wunder, daß Marcos gehen mußte

Weiß die philippinische Präsidentin Corazon Aquino von dieser Geschichte? Darauf kann man wohl wetten. Ebenso wie ihr ehemaliger Verteidigungsminister Juan Enrile die Fakten kennt.



Corazon Aquino trifft sich mit den Vertretern des internationalen Währungsfonds für Asien.

Die internationale Machtelite hat nahezu zehn Jahre gebraucht, um ein Szenario zu schaffen, mittels dessen Marcos entfernt und eine gefügigere Person an dessen Stelle gesetzt werden konnte. Doch offensichtlich ist der Machtkampf noch lange nicht vorbei.

Dieser Goldhort stellt eine Gefahr dar für das Kartell, das den größten Teil des Goldes auf der Welt kontrolliert. Kein Wunder, daß Marcos gehen mußte.

Die Katze ist aus dem Sack bezüglich des »japanischen Schatzes« auf den Philippinen. Und sofort ging das Gerangel los, um alles darüber zu vertuschen bei den einen und um »Investoren« zu schnappen bei den anderen.

In den wichtigen westlichen Medien ist die Geschichte bisher mit Schweigen übergangen worden, während in einer kürzlich von Jack Anderson gemachten Enthüllung nicht die ganze Wahrheit gebracht wird. Er meint, es könnte sich hierbei um einen »Köder« handeln, um unbedachtsame Investoren herauszulocken.

Anderson berichtete auch, daß eine neue Gruppe amerikanischer und philippinischer Schatzsucher mit Präsidentin Corazon Aquino von den Philippinen einen »Vertrag unterzeichnet« hätten, in dem die philippinische Regierung ihnen – sie behaupten, etwa 800 Tonnen vergrabenes japanisches Gold gefunden zu haben – ihren »Schutz« zugesichert.

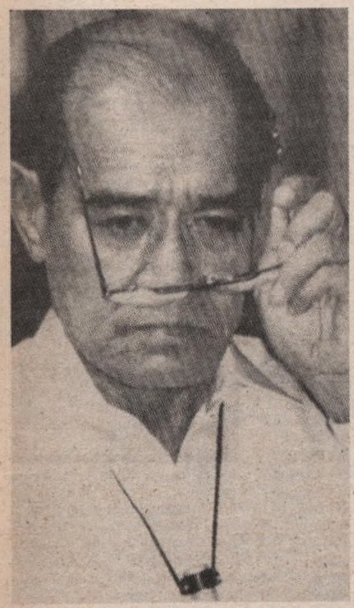
Offenbar ist mehr als genug Gold auf der ganzen Insel vergraben, um die Philippinen von einem armen Land in ein zahlungsfähiges Land zu verwandeln. Wenn die Japaner insgesamt 44 000 Tonnen Gold auf den Philippinen vergraben haben, wie manche Quellen behaupten, so hätten diese heute einen Wert von über 500 Milliarden Dollar.

Anderson zufolge nannte Mrs. Aquino den Vertrag »das zweite Wunder« (ihr Aufstieg zur Präsidentin war das erste) und für sie ist die Bergung des Schatzes die Lösung für die leeren Staatskassen.

Die »800 Tonnen«, die aus vier Verstecken in den Korallenrif-

fen der Calatagan-Bucht, 70 Meilen von Manila entfernt, geborgen werden sollen, würden bei den heutigen Preisen über 10,5 Milliarden Dollar bringen; und dabei soll es sich hier nur um eines von 172 Schatzverstekken handeln.

Nicht nur das internationale Gold- und Platin-Kartell ist besorgt über die Möglichkeiten, daß diese Riesenmenge Gold ihre Pläne zum Scheitern bringen könnte, sondern auch die ganze Politik auf den Philippinen dreht sich darum, was über den Schatz bekannt ist, und das »Goldfieber« könnte ein destabilisierender Faktor bei diesem strategisch wichtigen amerikanischen Verbündeten werden.



General Fabian Ver, ein enger Verbündeter von Marcos, konnte einen Teil des Goldes der Japaner an sich bringen und auf der Insel verstecken.

Schmiergeld für Mrs. Aquino

Selbst wenn nicht alles von dem angeblich vorhandenen Gold gefunden und geborgen wird, ist die philippinische Volkswirtschaft durch die mit »geheimen japanischen Landkarten« bewaffneten Unternehmen, die amerikanische und japanische Investoren reihenweise ausnehmen, ganz schön angekurbelt worden.

Bergungsaktionen kosten eine Menge Geld, und Schatzsucher sind durch die Bank stets pleite. Einem Informanten zufolge, der eine Zeitlang auf den Philippinen verbrachte und persönlich beobachtet hat, wie Schätze an Bergungsorten gehoben wurden: »Jeder leicht zwielichtige General oder Oberst der philippinischen Armee hat ein geheimes Versteck, in dem ein Schatz vergraben ist, zu verkaufen.«

Andersons Kolumne, in der den Lesern von dem Vertrag zwischen einer von dem Erfinder Al Meyers angeführten Gruppe – mit dessen Geräten das Gold lokalisiert wurde – und der Aquino-Regierung berichtet wurde, hat einer Welle neuer Betrügereien Tür und Tor geöffnet, in denen Investoren für dumm verkauft und viel Geld in Bergungsaktionen gesteckt werden, bei denen kein Schatz zu holen ist.

»Das ist in den vergangenen Jahren eines der besten Geschäfte auf den Philippinen gewesen.«



Juan Ponce Enrile, von Mrs. Aquino entlassener Verteidigungsminister, wußte ebenfalls um die Geschäfte mit dem Gold.

Die Einzelheiten des Vertrages, über die Anderson nichts erzählt hat, zeigen auch den wahren Charakter der derzeitigen Führung auf den Philippinen. Die »Aufteilung« der Beute (75 zu 25) war ungewöhnlich, obwohl das philippinische Gesetz lediglich 50 zu 50 zwischen Regierung und den Bergungsleuten verlangt.

Wie aus zuverlässiger Quelle zu erfahren ist, bekommt Mrs. Aquino von den 25 Prozent des Anteils der Schatzsucher und Finder ein 7,5prozentiges Schmiergeld. Auch Juan Ponce Enrile, der ehemalige philippinische Verteidigungsminister, soll 5 Prozent erhalten, wodurch der Gruppe der Amerikaner nur noch 12 Prozent bleiben. Natürlich sind 12 Prozent von 10 Milliarden Dollar immer noch 1,2 Milliarden.



Das heißt, daß die uneigennützige Mrs. Aquino persönlich über 700 Millionen Dollar verdient, wenn die Aktion erfolgreich verläuft. Es war keine Rede davon, daß andere Beamte etwas davon abbekommen. Nach halbgeheimen Dokumenten des amerikanischen Außenministeriums wurden 47 300 Tonnen reinen Goldes von japanischen Soldaten im Zweiten Weltkrieg entweder in philippinischen Boden vergraben oder vor seiner Küste im Meer versenkt.

Nach den gleichen amerikanischen Unterlagen sind noch rund 18 000 Tonnen unaufgefunden, die eifrige Schatzjäger anlocken.

Ein großes Geschäft

Im Jahr 1978 wurde berichtet, daß Präsident Ferdinand Marcos insgeheim 2200 Tonnen des japanischen Schatzes verkauft hätte und versuchte, noch mehr davon zu verkaufen.

Heute gibt es überall, vor allem in den Vereinigten Staaten, Investoren, die Geld in Gruppen von Schatzjägern stecken, die schwören, eine »authentische japanische Schatzkarte« zu haben, mit der man eine erfolgreiche Suche beginnen könne.

»Eines der größten Geschäfte auf den Philippinen in den letzten Jahren«, so ein Amerikaner, der dort war, »besteht darin, Geld aufzubringen, um eine Bergungsaktion durchzuführen. Der Spitzenorganisator ist dabei ein Filipino mit Namen Cesar Loran.«

Die in Frage stehenden Bergungsplätze aufgrund des Vertrages zwischen Frau Aquino und Al Meyers befinden sich in der Bucht von Calatagan. Mit Spezialausrüstungen, die von Meyers erfunden wurden, ist man auf vier Verstecke gestoßen, und es sind derzeit Operationen zur Bergung von rund 800 Tonnen Gold in der Bucht im Gange.

»Nicht nur durch die Ausrüstung, sondern auch durch einen Augenzeugen des tatsächlichen Goldverstecks – einen philippinischen Bediensteten eines japanischen Generals – wird die Richtigkeit des Fundortes bestätigt«, meint ein Informant.

»Die Japaner haben Löcher in das Riff gesprengt, das Gold darin versteckt, die Löcher wieder zuzementiert und die Korallen wieder darüber wachsen lassen, um alles zu verdecken«, erzählte der Amerikaner. »Jeder Beteiligte ist überzeugt, daß man mindestens 800 Tonnen Gold finden wird.«

Überzeugt und zuversichtlich sein kommt auf dem Gebiet der Schatzsuche selten vor. Viele Male haben Leute in Bergungsaktionen sich mit hohen Geldsummen von Investoren in die Erde eingegraben oder sind tief ins Meer hinabgetaucht, nur um zwar ein scheinbares Versteck zu finden, doch eines, das seines Inhaltes bereits beraubt war.

»Japanische Schatzsucher haben sich schon eine Menge von diesem Gold zurückgeholt«, erläuterte der Filipino-Amerikaner. »Sie wußten, wo es vergraben war und kamen ins Land unter dem Vorwand, einen Film zu drehen. Genau über dem Versteck richteten sie alles her und taten so, als würden sie filmen, während sie das ganze Gold ausgruben Mit allen ihren Sondergenehmigungen, die sie hatten, schafften sie es dann aus dem Land, und keiner hatte etwas bemerkt. Marcos und General Ver kapierten schließlich und rissen die Schatzsucherei Anfang der siebziger Jahre an sich.«

Alle Informanten sind sich darin einig, daß Ver, der das Land zusammen mit Marcos verlassen hat, als letzterer abgesetzt wurde, mindestens 220 Tonnen Gold persönlich für sich irgendwo auf der Insel versteckt hat.

»Das ist eines von jenen offenen Geheimnissen«, meinte der US-Informant. □

Die Serie über Gold wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt.

Europäische Gemeinschaft

Zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution

Bernard Antony

Ende des letzten Jahres reichte der französische Europa-Abgeordnete einen Entschließungsantrag gemäß Artikel 47 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution ein. Bernard Antony ist Mitglied des Europa-Parlaments in der Parlamentsgruppe der »Europäischen Rechten«, wozu alle zehn Abgeordneten der französischen Nationalen Front, einschließlich LePen, gehören. Antony ist Gründer und Leiter der äußerst aktiven Gruppe »Chrétienté-Solidarité«, die sich insbesondere für die christlichen Volksteile im Libanon einsetzt. Als Schriftsteller schreibt er unter dem Pseudonym Romain Marie.

Der Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution hat folgenden Wortlaut:

Das Europäische Parlament,
A. unter Hinweis darauf, daß einige Regierungen Feiern zum Gedenken der Französischen Revolution vorbereiten und insbesondere die französische Regierung einen hohen Würdenträger des Grand Orient de France mit der Vorbereitung der Gedenkfeiern beauftragt hat;

Grundlage für den Totalitarismus

B. unter Hinweis darauf, daß alle großen totalitären Diktatoren und Massenmörder der jüngsten Geschichte dieser grausamen Revolution ein begeistertes Andenken widmeten: Lenin, Trotzki, Hitler, Stalin, Mao und nicht zu vergessen der Kambodschaner Pol Pot, der an der Sorbonne seine Bewunderung für Robespierre entdeckte, dem er weitgehend nacheiferte;

C. in der Erwägung, daß die Französische Revolution unter dem Vorwand, die Gesellschaft darauf aufbauen zu wollen, daß seit der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte das Individuum auf der einen und der Staat auf der anderen Seite stehe, die programmatische Grundlage für den Totalitarismus geschaffen hat;

D. unter Hinweis darauf, daß die Revolution nach den Regeln ihres geistigen Vaters Jean-Jacques Rousseau und seiner jakobinischen Nachfolger systematisch alle natürlichen Gemeinschaften und alle gesellschaftlichen Zwischenstufen zerstören wollte;

E. unter Hinweis darauf, daß sie im Namen der theoretischen Freiheit eines abstrakten Individuums all das abschaffen wollte, in dem der reale Mensch wurzelt und fortschreitet;

F. unter Hinweis darauf, daß sie auf diese Weise die Grundlagen für neue Ordnungen geschaffen hat, die auf der absoluten Abhängigkeit des Individuums vom Staat aufbauen, so in gewisser Weise die »Sonnenfinsternis« herrscht, die in dem großen Buch von Arthur Koestler geschildert wird;

Als die Bastille gestürmt wurde, war das Gefängnis leer und völlig unbewacht.

G. unter Hinweis darauf, daß dieses Phänomen der totalitären Logik der Revolution von so verschiedenen und großen Denkern wie Bonald, Maistre und Donoso Cartes, Tocqueville und Bainville, Orwell und Huxley, Péguy und Bernanos, Maurras und Simone Veil, Henri Charlier, Solschenyzin und Schafarewitsch, dem sowjetischen Mathematik-Nobelpreisträger, analysiert worden ist;

Die Legende vom Sturm auf die Bastille

H. in der uneigennützigen Erwägung, daß der jakobinische Mythos einer Elite von tugendsamen und uneigennützigen Bürgern, die dem Staat bedingungslos dienten und die Aufgabe hatten, den kollektiven Willen auszudrücken und die Freiheit aufzuerlegen, stets zur Diktatur von Einheitsparteien und Nomenklatur-System geführt hat;

I. unter Hinweis darauf, daß die Französische Revolution im wesentlichen und in erster Linie antichristlich war; daß sie sich erst nach der Weigerung Ludwigs XVI., die religionsfeindlichen Maßnahmen noch weiter zu treiben, gegen die Monarchie richtete;

J. unter Hinweis auf die erfundene Legende vom Sturm auf die Bastille, einem leeren und völlig unbewachten Gefängnis, das von betrunkenem Pöbel, Dieben und Landstreichern aller Art gestürmt wurde, die vom Herzog von Orléans, dem ersten Großmeister des Grand Orient, bezahlt wurden, der wie viele Revolutionäre andere guillotinierte, bevor er selbst dem Fallbeil zum Opfer fiel;

K. unter Hinweis darauf, daß man ganz im Gegensatz zur Legende der Nacht des 4. August, nach der schon lange überholte Privilegien abgeschafft wurden, in Wirklichkeit die Wiederauferstehung des römischen Rechtsbegriffs vom absoluten Eigentum erlebte, daß dies die Vervielfachung der Privilegien einer Bourgeoisie zur Folge hatte, die das Vermögen des Klerus und die Früchte der Arbeit des Volkes an sich riß;

L. unter Hinweis auf die September-Massaker, die, wie, aus den revolutionären Texten die-

ser Zeit hervorgeht, im Namen pseudo-spartanischer Ideale begangen wurden, um Außenseiter und Schwache zu beseitigen;

M. unter Hinweis auf die systematische Ermordung mehrere tausend Priester und Nonnen durch das Fallbeil oder Ertränken und die Deportation von Zehntausenden anderer Menschen;

N. unter Hinweis auf die an sehr vielen Orten, insbesondere in der Gegend um Lyon und in Südfrankreich begangenen Gemetzel, die Verschleppung der Bewohner mehrerer baskischer Dörfer, und vor allem, auf den ungeheuren Völkermord in der Vendée und den westlichen Provinzen;

Gerbereien mit menschlichen Ausgangsstoffen

O. unter Hinweis darauf, daß dieser Genozid vom Konvent kaltblütig und berechnend beschlossen und Tag für Tag ausgeführt wurde, daß er die Ermordung von drei- bis viertausend Männern, Frauen und Kindern zur Folge hatte; daß er von so sonderbaren Neuerungen begleitet war wie der Gründung von Fettschmelzen und Gerbereien, die mit menschlichen Ausgangsstoffen arbeiteten;

P. unter Hinweis darauf, daß neben anderen schrecklichen Begebenheiten mehrere Dutzend Dörfer von den Todeskolonnen des Generals Turreau vernichtet wurden, daß deren Einwohner in den Kirchen bei lebendigem Leibe verbrannten, ferner darauf, daß die Massen-Ertränkungen von Nantes, die von dem schrecklichen Carrier begangen wurden, sich monatelang hinzogen;

Q. unter Hinweis darauf, daß die Revolution auf sozialem Gebiet, wie es der Gewerkschaftsführer Léon Jouhaud selbst sagte, in erster Linie bewirkte, daß der Arbeiter der Ausbeutung durch seinen Herrn schutzlos ausgeliefert war;

R. unter Hinweis darauf, daß das Le-Chapelier-Gesetz (1791) noch verschärft durch die Allarde-Dekrete, die Vereinsfreiheit völlig unterbindet, daß, wie es Marx im Manifest der Kommunistischen Partei ausdrückte, alle so teuer errungenen Freiheiten erbarmungslos zerstört wurden und daß alle Gesetze, die bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts erlassen wurden, soziale Repressionen beinhalten; der französische Arbeiter, seiner vertraglichen Vereinbarungen im Rahmen der Zünfte verlustigt, der starken Solidarität der von da an systematisch verfolgten Gesellenstände beraubt, sich nicht mehr wie früher frei zur Arbeitsbörse auf der Place de Grève in Paris begeben und seinen »Tarif« frei aushandeln konnte und immer mehr proletarisiert wurde, bis er schließlich während des gesamten 19. Jahrhunderts ohne seelischen Rückhalt die ideale Beute von revolutionären »Überlegungen« wurde.

Erst die Neuorganisation der legitimistischen Rechte und des Sozialkatholizismus, nach Edouard Herriot »unermüdliche Anwälte der Sache der Arbeiter«, ermöglichte wieder ein Arbeitsrecht und Gesetze, die Gerechtigkeit und Solidarität zum Inhalt hatten.

S. unter Hinweis auf die Zerstörung des französischen Schulwesens: erst Anfang des 20. Jahrhunderts gab es wieder genauso viele Schulen wie 1788.

Unkenntnis statt Bewunderung

Darum möge das Europäische Parlament beschließen: Feiern zum Gedenken der Hunderttausende von Opfern der Französischen Revolution und der Hunderte von Millionen Toten, die den bolschewistischen und nationalsozialistischen Revolutionen – ihren entsetzlichen Töchtern – zum Opfer gefallen sind, zu veranstalten.

Das Europäische Parlament soll jede Regierung auffordern, die sich unter Mißachtung des Gedenkens der Toten und damit der menschlichen Würde bemüßigt fühlen sollte, den 200. Gedenktag einer derart verabscheuungswürdigen Revolution vorbereiten zu müssen, ihre Entscheidung zu überprüfen, die, wie zu hoffen ist, eher aus Unkenntnis denn aus Bewunderung getroffen wurde.

Das Europäische Parlament beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung der Kommission, der Europäischen Gemeinschaften und dem Ministerrat zu übermitteln. □

Frankreich

Schwelende Staatskrise

Beat Christoph Bäschlin

In diesem Jahr feiert Frankreich sein tausendjähriges Bestehen. Mit der französischen Revolution von 1789 wurde dem seit 800 Jahren herrschenden Geschlecht der Kapetinger und ihrer Nachkommen die Befugnis zur Machtausübung abgesprochen. Frankreich hat aber seither nie mehr eine dauerhafte Art der Machtausübung gefunden. Seit 200 Jahren wird das Land von politischem Fieber geschüttelt und taumelt durch die Weltgeschichte, indem es immer neue und immer erfolglosere Regierungssysteme ausprobiert.

Vor 30 Jahren hat General de Gaulle ein fünftes republikanisches Experiment gewagt, um die Glaubenssätze der französischen Revolution mit den Erfordernissen einer tatkräftigen Staatslenkung in Einklang zu bringen. Dem »Präsidenten« wurden Aufgaben und Befugnisse übertragen, wie solche bis 1914 sozusagen allen europäischen Monarchen zukamen: Entscheidung über Krieg und Frieden, Oberbefehl über die Streitkräfte, Oberaufsicht über die Außenpolitik, Recht nach freiem Ermessen einen Ministerpräsidenten zu bestimmen und das Recht zur Auflösung des Parlaments sowie schließlich die Inkraftsetzung der Gesetze und Dekrete, was logischerweise das Recht beinhaltet, diese Inkraftsetzung auch verweigern zu können.

General de Gaulle als Monarch

Solange diese königlichen Machtbefugnisse mit republikanischer Etikette versehen sind, schauen die Polit-Ideologen dem Spiel zu, ohne daß sie Zetermordio schreien. In Frankreich war die Vierte Republik (1946 bis 1958) so kläglich untergegangen, daß selbst die rabiatesten republikanischen Eiferer die Rückkehr zu monarchischen Machtgebilden als unumgänglich hinnahmen.

Nur ein einziger Politiker hat sich mit sozusagen hysterischer Wut gegen de Gaulles Grundgesetz aufgelehnt - auch als die beiden Nachfolger, Pompidou und Giscard d' Estaing die Geschicke der Fünften Republik bestimmten. Dieser endlos keifende war François Mitterrand. Er hat diese Verfassung den »permanenten Staatsstreich« genannt. Aber im Augenblick, wo er selber mit königlichen Machtbefugnissen ausgestattet wurde, ist sein republikanisches Gewissen plötzlich ganz ruhig geworden. Er singt heute in allen Tonarten das Lob des de Gaulle'schen Grundgesetzes. Man erkennt daraus, daß selbst heute noch Wunder geschehen.

Seit seiner Wahlniederlage vom 16. März 1986 verwendet Mitterrand nun die Verfassung als Waffe zur Verteidigung sozialistischer Machtpositionen sowie zur Demütigung seines Ministerpräsidenten Jacques Chirac. Natürlich geschieht das alles in der landesväterlichen Pose des um das Wohl des Volkes besorgten Monarchen.

Strafe für das undankbare Volk

Seit der sozialistischen Wahlniederlage vom März 1986 ist Mitterrand gezwungen, mit einem bürgerlichen, liberalen Ministerpräsidenten zu kutschieren. Dabei gebärdet er sich keinesfalls als über den Parteien stehender Landesvater. Im Gegenteil: Er ist und bleibt der Führer der Linken, ja er scheut sich nicht einmal, als Führer der Opposition zu wirken.

Mehr noch: Mitterrand ist der gekränkte »Volksfreund«, dessen anmaßender Regierungsstil und dessen miserable Staatsführung in den Wahlen vom Frühjahr 1986 vom Volk gerügt und »bestraft« worden ist. Demokra-

Frankreich

Schwelende Staatskrise

tisch-republikanischer Logik zufolge hätte Mitterrand gleichzeitig mit der sozialistischen Parlamentsmehrheit das Feld räumen müssen, ungeachtet des Umstandes, daß ihm noch eine Amtsdauer von zwei Jahren zustand.

Leute, die mehr politische Klugheit besitzen als Chirac, hatten vorausgesagt, daß es eine fromme Illusion sei, wenn eine bürgerliche Regierung unter der Fuchtel eines mit königlicher Machtbefugnis ausgestatteten sozialistischen Monarchen brauchbare Arbeit leisten wollte. Die im demokratischen Parteiwesen enthaltene Ideologisierung schafft unversöhnliche Spannungen, sobald zwei gegensätzliche Machtinhaber einander gegenüberstehen, die beide aus Volkswahlen hervorgegangen sind.

Aber noch schwerer fällt ins Gewicht, daß es unmöglich ist, mit einer Figur wie Mitterrand ehrliche Zusammenarbeit anzustreben. Denn Mitterrand ist einerseits von grenzenloser Bitterkeit erfüllt über das undankbare Volk, das die menschheits-beglückende Mißwirtschaft der Sozialisten nicht freudig bejahte. Andererseits ist der französische Staatschef ein Genie des Ränkelspiels und der Heimtücke.

Vorsätzliche Behinderung der Regierung

Chirac hatte sich eingebildet, er wäre dem viellistigen Intriganten Mitterrand gewachsen. Daß er sich schwer getäuscht hat, ist ein Beweis von Chiracs politischer Unzulänglichkeit. Mitterrand hat nun im Lauf der ersten zwölf Monate die Regierung Chirac zwanzig Mal in ihrer Tätigkeit behindert, indem er sein Veto gegen Verfügungen und Gesetze einlegte, die verfassungsmäßig zustandegekommen waren.

Wenn man bedenkt, daß zum Beispiel Fürst Franz Joseph II. von Liechtenstein im Laufe seiner 40jährigen Herrschaft bloß ein einziges Mal sein Veto gegen die Inkraftsetzung eines Gesetzes ausgesprochen hat, dann erscheint Mitterrands »landesväterlicher« Stil im wahren Licht: seine Veto-Praxis ist reine Schikane, die er mindestens alle 14 Tage ausübt - zwanzig Mal in neun Monaten.



Charles de Gaulle erhielt königliche Machtbefugnisse, die nur eine republikanische Etikette trugen.



François Mitterrand nannte diese Verfassung den »Permanenten Staatsstreich«, heute lobt er sie.

Als Begründung hat Mitterrand folgende Vorwürfe gegen die Tätigkeit der Regierung Chirac ausgesprochen: Verfassungswidrigkeit, Verstoß gegen das nationale Interesse, Verstoß gegen »unabdingbare soziale Errungenschaften«, Unvereinbarkeit mit den Grundsätzen eines parlamentarischen Systems.

Neben den zwanzig sichtbaren Angriffen auf Chiracs Amtsführung gibt es die zahlreichen heimtückischen Beeinträchtigungen. Die meisten erfolgen so diskret und um viele Ecken herum, daß kaum jemand nachweisen kann, woher der erste Anstoß erfolgte. Aber Mitterrands Handschrift ist auch im Ungeschriebenen erkennbar.

Die bürgerkriegsähnlichen Streiks

Es konnte wahrlich nicht überraschen, daß Mitterrand ganz offen für die Aufwiegler und damit gegen »seine« Regierung Stellung bezog. Beim Studenten- und Schüleraufstand hat die Parteinahme des Staatschefs Formen angenommen,die eine »landesväterliche« Ermunterung zur Gehorsamsverweigerung und zum offenen Kampf gegen die vom Staatschef selber eingesetzte Regierung darstellte.

Noch waren die »Studentenunruhen« für weite Teile der Bevölkerung ein irgendwie interessantes Ereignis, das wenig störend wirkte. Mitterrand strapazierte folglich seine Parteigänger nicht, wenn er da ganz eindeutig zugunsten der Aufrührer Stellung nahm.

Ganz anders war es beim Streik der Eisenbahner inklusive Pariser Untergrundbahn und der Elektrizitäts-Angestellten. Die ordnungswidrige und unrechtmäßige Blockierung dieser Dienste löste im Volk helle Empörung aus.Trotzdem hat Mitterrand sich nicht gescheut, zu Beginn der Ereignisse eine kommunistische Eisenbahner-Abordnung zu empfangen und öffentlich zu erklären, daß er die Eisenbahner für besonders liebe Leute halte.

Das alles bedeutet, daß die französischen Sozialisten die pluralistische Demokratie rücksichtslos zuschanden reiten, sobald eine Volksmehrheit ihre Ideologie- und Regierungstätigkeit verwirft. Ein Staatswesen, in dem die oberste politische Instanz alle erdenklichen Mittel einsetzt, um die Tätigkeit der eigenen Regierung zu erschweren oder zu verunmöglichen, ist unheilbar krank.Wenn Mitterrand und Chirac so weitermachen, taumelt Frankreich unweigerlich in eine neue Staatskrise, wie Ende der fünfziger Jahre, als die Strukturen der Vierten Republik barsten. □

Neues EG-Programm gegen Arbeitslosigkeit

In der EG soll der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit angesichts der rund 16 Millionen Erwerbslosen in den zwölf Mitgliedstaaten in diesem Jahr noch verstärkt werden. Ein Aktionsprogramm umfaßt gemeinsame Maßnahmen der zwölf EG-Regierungen zur Förderung von Investitionen, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage, zur beruflichen Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen sowie zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in das Erwerbsleben. Bis zum Mai sollen die EG-Kommission beziehungsweise die Mitgliedstaaten dem Ministerrat Vorschläge für die Durchführung des rund 40 Maßnahmen umfassenden Programms vorlegen.

Im Mittelpunkt des Programms steht die Förderung kleiner und mittlerer Betriebe, einschließlich Genossenschaften und örtlicher Beschäftigungsinitiativen. Außerdem sollen neue Beschäftigungsmöglichkeiten – wie zum Beispiel Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit – sowie Teilzeitarbeit weiter ausgebaut werden.

Ebenso werden Programme für die berufliche Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen sowie für Langzeitarbeitslose ausgearbeitet. Diese Programme sollen die Bereiche Handel und Industrie einbeziehen und besondere Maßnahmen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Behinderte enthalten. □

Maßnahmen gegen Krebs

Ein Aktionsprogramm gegen den Krebs in der EG umfaßt 75 Maßnahmen in den Bereichen Vorsorge, Aufklärung und Forschung und wird 1989 in ein »Europäisches Jahr der Information über den Krebs« münden.

Nach Auffassung der europäischen Sachverständigen könnte die Sterblichkeitsrate in der Gemeinschaft bei Krebs bis zum Jahr 2000 um 15 Prozent gesenkt werden, wenn die Mitgliedsländer gemeinsam vorgingen. In dem von der EG-Kommission vorgelegten Programm steht die Vorsorge an vorderster Stelle.

Zur Verhütung von Krebskrankheiten schlägt die Kommission einen Kampf an drei Fronten vor: Gegen Tabak, ungesunde Ernährung und Gefahren am Arbeitsplatz. Zielscheibe Nummer eins ist der Tabak, da er in der EG für ein Drittel der Krebskrankheiten mit Todesfolge verantwortlich ist. Die Kommission fordert deshalb eine Angleichung der Steuern an die derzeit höchsten Steuersätze. Ferner verlangt sie ein Verbot der äußerst gesundheitsschädlichen Zigaretten mit hohem Teergehalt und der zollfreien Verkäufe von Tabak auf Schiffen, Flughäfen und in Flugzeugen.

Im Ernährungsbereich sollen weniger Fett, dafür mehr Obst und Gemüse empfohlen werden. Außerdem ist an die Einführung eines europäischen Etiketts für Nahrungsmittel gedacht, das über Zusammensetzung und Nährwert der Produkte Auskunft erteilen soll.

Weitere Maßnahmen zielen auf die Verhütung berufsbedingter Krebskrankheiten ab. Hiervon sind besonders Arbeiter bedroht, die mit gefährlichen Chemikalien wie Asbest und Benzol in Berührung kommen. □

Sichere Versorgung durch norwegisches Gas

In der EG wird auch in den kommenden 30 bis 35 Jahren kein Mangel an Erdgas herrschen. Von 1993 bis 2020 wird Norwegen 450 Milliarden Kubikmeter nach Deutschland, Belgien, Frankreich und in die Niederlande liefern. Als letztes der vier EG-Länder unterzeichnete jetzt Frankreich einen entsprechenden Liefervertrag.

Seit der ersten Ölkrise im Jahr 1973 ist die Bedeutung von Erdgas für die Energieversorgung der EG ständig gewachsen. 1971 noch deckte die Gemeinschaft nur 9 Prozent ihres gesamten Energiebedarfs mit Erdgas. Dieser Anteil beträgt derzeit 18 Prozent. Mit 181 Millionen Tonnen Rohöleinheiten erreichte der EG-Verbrauch 1986 einen neuen Rekord.

Die Gemeinschaft verfügt selbst über beträchtliche Erdgasvorkommen, insbesondere in den Niederlanden. Dies reicht jedoch nicht aus. 1985 deckte die EG fast ein Drittel ihres Erdgasbedarfs durch Einfuhren aus Drittländern. Nach Schätzungen der EG-Kommission werden die Importe 1990 auf 40 Prozent ansteigen, bis zum Jahr 2000 aber wieder auf 36 Prozent sinken.

Gewöhnlich kauft die Gemeinschaft bei den drei größten Förderländern, – Algerien, Norwegen und der Sowjetunion. 1986 lieferten die drei Staaten 16, 22 und 21 Prozent der EG-Einfuhren. Dank der jetzt geschlossenen Verträge werden im Jahr 2000 über 26 Prozent der EG-Importe aus Norwegen stammen. Diese norwegischen Lieferungen werden aus zwei großen, noch unerschlossenen Vorkommen in der Nordsee – Sleipner und Troll – kommen. □

Keine Mehrwertsteuer mehr für Bücher?

Auf dem Weg zu einem wirklichen gemeinsamen Markt müssen die Mehrwertsteuer-Sätze in der EG schrittweise harmonisiert werden. Ob es dabei künftig eine Steuer für Bücher geben wird, ist gegenwärtig noch unklar. In Brüssel forderten jetzt die europäischen Verleger eine Mehrwertsteuer-Befreiung für Bücher, wie sie derzeit schon in Großbritannien, Irland und Portugal gilt.

Im vergangenen Jahr verhinderten die britischen Verleger einen Versuch der Londoner Regierung zur Einführung der Mehrwertsteuer auf Bücher. Die Verleger aller EG-Länder fordern eine Befreiung von der Mehrwertsteuer, da Bücher für Kultur und Erziehung unersetzlich seien und deshalb für alle Bürger erschwinglich werden müßten.

Die europäischen Herausgeber bringen jährlich rund 200 000 verschiedene Titel auf den Markt. Allein in Deutschland erscheinen über 47 000 neue Titel pro Jahr, gegenüber nur 41 000 in den Vereinigten Staaten. Großbritannien zählt 33 000, Spanien fast 20 000 und Frankreich 12 000 Neuerscheinungen pro Jahr. □

Tabak und Alkohol Hauptursache für Krebs

Noch immer gilt Rauchen und Trinken in weiten Bevölkerungskreisen als chic. In den zwölf EG-Ländern ist Tabak jedoch die Hauptursache von 15 Prozent bis 30 Prozent aller Krebserkrankungen. Bei Lungenkrebs beträgt dieser Anteil sogar 80 Prozent. In den USA sind rund 30 Prozent aller Krebserkrankungen mit Todesfolgen auf das Rauchen zurückzuführen.

Wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge führt die Kombination von Tabak und Alkohol besonders häufig zu Mund- und Speiseröhrenkrebs. Sie ist für 75 Prozent aller Krebserkrankungen des Mundraums verantwortlich. Alkohol für sich genommen gilt als Verursacher von 36 Prozent aller Krebserkrankungen der Speiseröhre. Treten beide Laster gemeinsam auf, erhöht sich diese Rate auf 70 Prozent. □

Europa verliert Spitzenkräfte an die USA

Nicht nur die Entwicklungsländer haben unter der Abwanderung von Spitzenkräften in die USA zu leiden. Auch die Europäische Gemeinschaft verliert ständig Wissenschaftler und Ingenieure an die Amerikaner. Angaben der »American National Science Foundation« zufolge kamen 1984 14 Prozent (1388) der in die Vereinigten Staaten eingewanderten Wissenschaftler und Ingeneiure aus den zwölf EG-Ländern.

Europa-Journal

Nach Ansicht der EG-Kommission kann hier die Schaffung einer Europäischen Technologie-Gemeinschaft Abhilfe schaffen, da sie die EG-Forschungs- und Entwicklungspolitik stärken würde. Besondere Bedeutung komme in diesem Zusammenhang ihrem Aktionsplan 1985 bis 1988 zu, der die Grundlage für ein »Europa der wissenschaftlichen Forschung« bilden solle.

Der Plan fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Teams und Forschern. Seit seiner Verabschiedung im Jahr 1985 kamen solche Kontakte bei insgesamt 235 Vorhaben zwischen 750 beteiligten Forschungsstätten zustande. □

Bedrohlicher Treibhauseffekt

Im 21. Jahrhundert wird das Leben auf der Erde voraussichtlich zunehmend von Klimaveränderungen bedroht werden, die zur Überschwemmung tiefgelegener Küstengebiete und Verwüstung derzeit noch fruchtbarer Landstriche führen können. Dies ist nicht die düstere Prophezeiung eines Neuzeit-Nostradamus, sondern die einhellige Ansicht von 60 europäischen und amerikanischen Wissenschaftlern.

Auf einem von der EG-Kommission veranstalteten Symposium über die vom Treibhauseffekt ausgelösten Klimaveränderungen äußerten sie die Befürchtung, daß die wachsende Ansammlung von sogenannten »Treibhausgasen« – insbesondere Kohlendioxyd – im Verlauf des kommenden Jahrhunderts zu einschneidenden Klimaverschiebungen führen wird.

Die Wissenschaftler konnten keine genauen Voraussagen über die Klimaverschiebungen in den einzelnen Regionen machen. Für die Gemeinschaft ist es jedoch lebenswichtig, zu wissen, ob zum Besipiel Veränderungen bei Niederschlägen als Ankündigung langer Trockenperioden zu werten sind. Gegenmaßnahmen könnten unter anderem in Energieeinsparungen bestehen sowie in einer Abkehr von fossilen Brennstoffen zugunsten erneuerbarer Energiequellen, die keine negativen Auswirkungen auf das Klima haben. Als vorbeugende Maßnahmen kämen Aufforstung, bessere Verwaltung der Wasserreserven sowie Verbesserung der landwirtschaftlichen Anbauverfahren und des Bodenschutzes in Betracht. □

Das Tier und die EG-Bankkarte

In einigen Jahren soll auch in der Europäischen Gemeinschaft das Bargeld endgültig aus den Taschen der Bürger verschwinden. Die alten Banknoten, die vor Jahrhunderten an die Stelle von Taler und Groschen traten, sollen nun ihrerseits den Plastikkarten weichen. Ende 1985 waren bereits mehr als 31 Millionen davon in der Gemeinschaft im Umlauf, das heißt, auf jeden zehnten Bürger – vom Säugling bis zum Rentner – kam eine Bankkarte.

Mit diesen Karten kann man Dienstleistungen und Waren bezahlen sowie bei Banken und verschiedenen Wechselstuben Geld abheben. Seit einigen Jahren dienen sie auch als Schlüssel zu automatischen Geldverteilern. Viele Geschäfte – große Kaufhäuser, Supermärkte und Tankstellen – haben Terminals an ihren Kassen, wo der Kunde mit seiner Bankkarte zahlen kann.

Nach Schätzungen der EG-Kommission wird sich die Zahl der Kreditkarten in den kommenden zehn Jahren auf 80 Millionen und die der Terminals auf 400 000 erhöhen. Damit ist nach den Vereinigten Staaten auch in der Europäischen Gemeinschaft die Kontrolle der Bürger perfekt.

Bargeld hinterläßt keine Spuren wie Schecks und Kreditkarten. Damit wird es den nationalen europäischen Regierungen leichter, Steuern auf Transaktionen jeglicher Art oder als Einkommen definierte Einkünfte zu erheben und einzutreiben. Außerdem bleiben Schecks und Kreditkarten jeweils innerhalb des Bankensystems und sind als Reserven verfügbar, um eben dieses System zu unterstützen, während Bargeld in Form von Banknoten, die unter den Leuten im Umlauf sind, dem Zugriff der Banken entzogen ist.

Der Krieg gegen das Bargeld zugunsten einer größtmöglichen Computer-Kontrolle der Bürger beginnt nun auch in der Europäischen Gemeinschaft. Es wird nicht lange dauern, dann wird jeder Europäer, der größere Bargeld-Transaktionen durchführt, automatisch als Drogenhändler, Steuerhinterzieher oder Geldwäscher oder möglicherweise aller drei Dinge gleichzeitig verdächtigt.

Die EG-Kommission will zunächst die Öffentlichkeit, aber auch Banken und Geldinstitute sowie die nationalen Behörden, für ihr Vorhaben gewinnen. Sämtliche Terminals in der Gemeinschaft müßten so aufeinander abgestimmt werden, daß sie mit jeder in der EG ausgestellten Bankkarte zu bedienen sind. Und natürlich so eingestellt werden, daß der Großcomputer in Brüssel mit dem vielsagenden Titel »Das Tier« Zugriff zu allen Daten und damit zu den Lebensgewohnheiten jedes einzelnen Bürgers hat.

Eine Privatsphäre wird es dann auch in Europa nicht mehr geben. Selbst der ehrlichste Bürger, der jeden geschuldeten Pfennig an Steuern zahlt, der nur seine finanziellen Angelegenheiten vielleicht neugierigen Freunden, Verwandten und Geschäftsleuten vorenthalten will, wird dann »durchsichtig« sein.

Die EG-weite Verwendbarkeit der automatischen Zahlungskarten ist ein weiterer Schritt über die Kapitalbewegungen hin zur Weltkontrolle. Bis zum Jahr 1992 soll diese Aktion in allen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft abgeschlossen sein. □

Aluminium-Mine bedroht Delphi

Die arme Pythia hat wirklich nichts zu lachen. Wie sehr sie auch klagen mag, niemand will mehr auf sie hören. Die Prophetin des antiken Griechenlands ist in Vergessenheit geraten. Delphi – einst berühmte Stätte ihres Orakels und ein Zentrum der alten Welt vom siebenten bis zum fünften Jahrhundert vor Christus – soll auf dem Altar des Fortschritts geopfert werden.

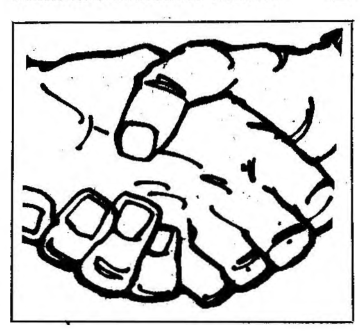
Mehrere Euro-Abgeordnete haben sich jetzt in einer Anfrage an die EG-Kommission besorgt darüber geäußert, die geplante Ausbeutung einer Aluminium-Mine könnte die archäologischen Schätze Delphis zerstören. Sie befürchten nämlich, daß die antike Stätte das gleiche Schicksal ereilen könnte wie das ebenso berühmte Eleusis, das heute mit seinen Raffinerien und Zementwerken eher einer Dependance von Dallas ähnelt. Für die Verantwortlichen habe das Leichtmetall Aluminium offenbar mehr Gewicht, als die unschätzbaren Kulturgüter, die zum Teil noch unentdeckt in der Erde ruhen, klagen die Parlamentarier. □

Frankreich größter EG-Stromexporteur

Die Europäische Gemeinschaft führt mehr Elektriziät von außerhalb der EG ein, als sie in die Nachbarländer verkauft. Dennoch machen die Energieeinfuhren netto weniger als ein Prozent des gesamten Elektriziätsbedarfs aus. Frankreich ist der größte Elektrizitätsexporteur mit 28,8 Milliarden Kilowattstunden.

Die Stromversorgungsnetze in nahezu allen EG-Mitgliedsländern sind mit denen der Nachbarstaaten verbunden, auch wenn diese nicht dem Europa der zwölf angehören. Nur Irland verfügt im Augenblick über ein Stromversorgungsnetz, das völlig autonom ist.

1985 war Großbritannien noch in derselben Situation, doch inzwischen ist das Inselreich durch ein Unterwasserkabel mit Frankreich verbunden, das von der Europäischen Investitionsbank mitfinanziert wurde. □



Wer ist David Abshire?

Martin Mann

Der US-Botschafter bei der NATO, David Abshire, 60, der unter Washingtoner Insidern seit langem bekannt ist als eine zwielichtige, aber einflußreiche Person im innersten Kreis der Reagan-Regierung und als eifriger Verfechter der Interessen Israels, war gerade bei seinem täglichen Spaziergang in Paris, als er am 24. Dezember 1986 erfuhr, daß man ihn zum »Schadenskontroll«-Koordinator des Weißen Hauses im iranischen Waffenskandal ernannt hatte.

Die Nachricht kam über das Funkgerät, das einer der drei Leibwächter bei sich trug, die zu den strengen Sicherheitsmaßnahmen gehören, die den US-Gesandten in Europa umgeben. Eine andere Maßnahme besteht darin, Abshire mit einer Perükke, gepolsterten Kissen und anderen Hilfsmitteln auszustatten, sobald er sich zu Fuß in die Öffentlichkeit begibt.

Der Fuchs im Hühnerstall

Die sorgfältigen Schutzmaßnahmen sind veranlaßt durch die Befürchtung, daß der amerikanische NATO-Botschafter, der als ein »Meister intellektueller Intrige« und als »ein einflußreicher Agent Israels« bezeichnet wird, diplomatischen Nahost-Quellen zufolge ein Ziel für gewalttätige Aktionen von Arabern werden könnte.

Die Gewalt verabscheuend, brachten Delegierte und Geheimdienstbeobachter islamischer Nationen im UNO-Hauptquartier in New York lediglich Sorge und Furcht darüber zum Ausdruck, daß Abshire, den sie für den wichtigsten Architekten der Washingtoner pro-israelischen Politik halten, dazu berufen wurde, einen sich ausweitenden Skandal unter Kontrolle zu bekommen, dessen Hauptverursacher mit dem Mossad, Israels Geheimdienst, in Verbindung standen.

»Es ist ein klassisches Beispiel dafür, den Fuchs im Hühnerstall Wache schieben zu lassen«, sagte ein langgedienter arabischer UNO-Diplomat, von Beruf Politik-Wissenschaftler. »Abshire trägt ein hohes Maß an Verantwortung für die Politik der US-Regierung, die insgesamt den Interessen Israels untergeordnet ist.

Ein großer Teil dieser Politik hat sich darüber hinaus als verheerend erwiesen. Abshire sollte eigentlich eher selbst ein Ziel dieser Iran-Untersuchung sein und nicht der Krisenmanager des Weißes Hauses.«

Hinter den Kulissen der Inszenierung

Um ihre Anschuldigungen zu belegen, zitierte dieser kenntnisreiche Diplomat und andere Quellen mit guten Kontakten die folgenden Tatsachen:

Im Jahr 1962 gründete Abshire das Georgetown University Center für Strategic and International Studies (CSIS), ein Washingtoner Denk-Tank, der sehr bald zum Sprungbrett wurde für die Absicht der Doppelt-Loyalen, die amerikanischen Verteidigungsbehörden, das Auswärtige Amt der USA und andere nationale Sicherheitsbehörden zu durchdringen.

Ein amerikanischer Armeeoffizier, der jetzt selbst als Wissenschaftler in einem anderen Washingtoner Denk-Tank tätig ist. »Aus dem CSIS kamen Edward Luttwak, Walter Laqueur, Michael Ledeen, Robert Kupperman und Daniel Pipes, alles engagierte Verfechter der Interessen Israels, die sich allesamt bald als stretegische Schlüsselberater und Politik-Planer im Pentagon, dem US-Außenministerium, oder dem Weißen Haus breit gemacht haben.

Einzeln waren sie vielleicht berechtigt, jede Position, die sie haben wollten, innezuhaben, doch insgeamt genommen kann der Einfluß von Abshires Zöglingen auf die amerikanische Politik als subversiv bezeichnet werden.«

Andere Experten stimmten mit dieser Einschätzung überein. »Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre rangierte der Name des Gründers Abshire nur wenige Zentimeter hinter dem



David Abshire, ein geheimnisumwitterter Mann, der sich privat nur verkleidet in der Öffentlichkeit bewegt.

von Ledeen im Impressum des ›Washingtoner Quarterly‹, der Zeitung des CSIS, deren Herausgeber Ledeen war«, bemerkte Roger de Murville, ein französischer Diplomat, der jetzt als Journalist tätig ist und die Washingtoner Szene kennt.

»Das war, wie wir jetzt wissen, in den Jahren, als Ledeen Verbindungen hatte zum Mossad und einem umstrittenen Zweig in der italienischen Spionage. Die Tatsache, daß Ledeen sein bevorzugter Schützling war, sollte Abshire jetzt für die Koordinierung der Irankrise im Weißen Haus disqualifizieren. Ledeen ist bekannt dafür, daß er bei der Inszenierung des geheimen Waffengeschäfts mit dem Iran eine fragliche Rolle gespielt hat.«

Doch die Rolle, die patriotische nationale Sicherheitsexperten Amerikas und Nahost-Diplomaten in ihrer Kritik Abshires besonders hervorheben, ist seine Aktivität hinter den Kulissen als Direktor des sogenannten Übergangsteams für nationale Sicherheit der USA, das für den Kurs der Reagan-Regierung im Jahr 1980 verantwortlich ist.

»Die meisten der antinationalen, verfassungswidrigen, interventionistischen Richtlinien, die alle eher Israel dienen sollten als Amerika und die Präsident Reagan geplagt haben, sind auf die Entwürfe aus diesem ›Übergangsteam‹ zurückzuführen, das unter Abshires Leitung stand«, sagte der Militär-Wissenschaftler.

Subversive Machenschaften

»Es setzte sich aus einer beispiellosen Ansammlung von Doppelt-Loyalen und israelischen Agenten zusammen. Neben den Alumnen aus dem CSIS wie Luttwak, Ledeen und Laqueur bestand das Team aus alten Verfechtern des Kleinstaates in Nahost: Joseph Churba, Robert Tucker, Jeane Kirkpatrick und Richard Pipes. Sie alle halfen, die künftige republikanische Regierung der USA in die richtige Richtung zu lenken, nämlich Israel.

Diese ›Berater‹ haben der US-Strategie einen irreparablen Schaden zugefügt. Der iranische Waffenskandal ist das jüngste Symptom für ihre subversiven Machenschaften.«

Die knappe offizielle Biographie, die vom Weißen Haus veröffentlicht wurde, gibt kaum Hinweise über Abshires Vorgeschichte. Sie verkündet seine Ernennung als Sonderberater des Präsidenten für die Koordination der Iran-Untersuchung, das heißt, um »Antworten auf Anfragen aus dem Kongreß und von anderen Stellen zu liefern«.

Aus der Biographie geht hervor, daß Abshire – geboren in Chattanooga, Tennessee – ein Absolvent der US-Militärakademie ist, der im Anschluß daran im Foreign Intelligence Advisory Board und in einem Planungsausschuß der Marine tätig war, und es heißt, er sei verheiratet und sei der Vater von fünf Kindern. Doch in dieser offiziellen Version ist keine Rede von dem einflußreichsten Produkt des neuen Beraters des Weißen Hauses« den brav pro-israelisch ausgerichteten politischen Richtlinien, die er ins Leben gerufen hat. □

Nahost

Nukleare Bedrohung durch US-Armee

Warren Hough

Die drei US-Marine-Kampfgruppen, die vor einigen Wochen mit Ziel Libanon zusammenkamen, haben neue Atombomben und andere Nuklearwaffen nach einem streng geheimen, strategischen Muster zur »taktischen« Nuklear-Intervention dabei, wie aus kenntnisreichen Quellen des Washingtoner Verteidigungsministeriums zu erfahren ist.

Die strategische Doktrin, die nach Nuklearisierung der traditionellen Kriegswaffen – Feldartillerie, Infanterieraketen, Schiffskanonen, Panzerabwehrwaffen, Wasserbomben – verlangt, wurde von einem Konsortium doppelt-loyaler Pentagon-Berater entworfen, deren Ziel – die Befürchtung eines jeden amerikanischen Berufsoffiziers – es ist, die Reagan-Regierung einem Krieg immer näher zu bringen.

Die USA in den Nahostkrieg verwickeln

Indem sie diese Besorgnis bestätigen, erzählten diplomatische UNO-Experten, daß die schmerzliche Rolle der Reagan-Regierung im iranischen Waffenskandal – eine Folge von Rückschlägen und Frustrationen – scheinbar ebenfalls von hochrangigen Agenten des Mossad, Israels Geheimdienst, und doppelt-loyaler Washingtoner Bürokraten als Teil eines Planes inszeniert worden ist, der dazu dienen soll, die Vereinigten Staaten in einen Nahostkrieg hineinzuziehen.

Diese Tatsachen entstammen einem Geheimdienstbericht von Experten des Gulf Cooperation Council (GCC), dem regionalen Bündnis zwischen Saudi-Arabien, Kuwait und vier kleineren ölproduzierenden Nachbarländern.

Wir erhielten Zugang zu den Details des alarmierenden GCC-Berichts sowie über andere Entwicklungen hinter den wachsenden Spannungen in Nahost, als arabische Diplomaten, die an einer Krisensitzung des islamischen Ausschusses im UNO-Hauptquartier teilnahmen, sich bereit erklärten, mit uns über diese Krise zu reden.

»All diese Erklärungen zu der unerfreulichen Affäre, daß man den Gemäßigten im Iran helfen wollte und die Befreiung der Geiseln im Sinn hatte, waren Unsinn und die Israelis wußten das«, sagte ein algerischer Diplomat, der mit dem Hintergrund des Skandals vertraut ist.

»Wenn sie mit der Khomeini-Regierung verhandeln wollten, so haben die Vereinigten Staaten es falsch angefangen, indem sie israelische Doppelagenten und zwielichtige Waffenhändler als Mittelsmänner benutzten.

Das war nicht der richtige Weg, um an die frommen und sittenstrengen Führer des Iran heranzutreten. Warum hat es das Weiße Haus nicht mit direkten Verhandlungen versucht? Die Antwort lautet: Israel und seine amerikanischen Agenten haben Präsident Ronald Reagan angelogen. Israel wollte seine Waffenverkäufe steigern; verbesserte Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran wären das Letzte, was sie wollten.«

Das Ziel der israelischen Manöver war aus der Sicht der arabischen Beobachter nicht Frieden, sondern ein langer und eskalierender Konflikt. »Der Mossad und der CIA lösten den Golfkrieg dadurch aus, daß sie dem Irak falsche Geheimdienstberichte zuspielten, die darauf schließen ließen, daß man mit dem Iran leichtes Spiel haben würde.«

Mossad und CIA lösten Golfkrieg aus

Ein marokkanischer Journalist, der Leiter für öffentliche Angelegenheiten ist in der Delegation seines Landes bei der UNO: »Als der Krieg einmal angefangen hatte, hielt Israel ihn dadurch am Laufen, daß es einerseits dem Iran verbotene amerikanische Waffen verkaufte und andererseits in ägyptische Waffenfabriken investierte, womit Militärlieferungen an den Irak sichergestellt wurden. Ein Teil des produzierten Materials entsprach den Spezifikationen der im Irak eingesetzten Waffen sowjetischen Ursprungs.

Derzeit tritt Israel in die dritte Phase seiner Kriegsstrategie ein: militärische Aktionen mit voller Unterstützung der USA, die Israel zum Beherrscher des Nahen Ostens machen werden.«

Zahlreiche Washingtoner Quellen aus dem Bereich der nationalen Sicherheit der USA stimmten mit diesen arabischen Kritikern überein.

»David Abshire, der Reagans Übergangsteam der nationalen Sicherheit im Jahr 1981 anführte, ist Zeit seines Lebens ein Verfechter der militärischen Hegemonie Israels«, sagte ein amerikanischer Armeeoffizier, der jetzt Mitglied in einem Washingtoner Denk-Tank ist.

»Unter seinem Patronat wurden Verteidigungsexperten mit engeren Verbindungen zu Israel als zu Amerika, Pentagonberater wie Edard Luttwak, Joseph Churba und Uri Teldsch sowie ein ehemaliger israelischer Fallschirmoffizier, der beide Staatsbürgerschaften besitzt, angeheuert, um die sogenannte Luft-Land-Kampf-Doktrin des Pentagons in eine Strategie für gemeinsame amerikanisch-israelische Operationen umzuformulieren.«

Während sich die republikanische Regierung in Washington etablierte, schuf das Beispiel von General Ariel Sharon und seiner sogenannten langfristigen Abriegelungskampagne des Suezkanals im Jahr 1973 einen völlig neuen Ansatz für die amerikanische Militärplanung.

Atomwaffen für den Libanon

Unter der Leitung von Beratern, die in Sharons Lehre gegangen waren, wie Luttwak beispielsweise – ein ehemaliger Israeli, der niemals eine amerikanische Uniform getragen hat –, wurde die neunte Division der US-Armee in eine sogenannte »Division zum raschen Eingriff« verwandelt, ausgestattet mit Hightech-Waffen, allerdings mit Unterstützungs- und Nachschubeinrichtungen für eine Kampfdauer von nur 72 Stunden.

Eine weitere strategische Änderung infolge israelischen Einflusses, die Nahost-Diplomaten mit Sorge betrachten, ist die »taktische Nuklearisierung« der amerikanischen Fronttruppen im Mittelmeer und im Indischen Ozean.

Washingtoner Geheimdienstquellen haben bestätigt, daß die drei amerikanischen Marinekampfeinheiten mit Ziel Libanon mit einer breiten Palette leichter, taktischer Atomwaffen ausgestattet sind. Den sogenannten B-71-Mark-II-Atomsprengkopf gibt es jetzt in vier Größen mit einer Sprengkraft von 50 bis 200 Kilotonnen; er kommt sowohl bei der Artillerie als auch bei Schiffsraketen zum Einsatz.

Auch die bekannten faßförmigen Wasserbomben der Marine, die in der U-Boot-Bekämpfung und bei Unterwasserexplosionen eingesetzt werden, gibt es jetzt in Nuklearversion. Unter dem Namen B-56-Mark-III-Nuklearanlagen besitzen sie eine Durchschlagskraft von einer bis 15 Kilotonnen.

Selbst die amphibische Truppe an Bord des Kampfeinheitsträgers ist mit neugestalteten Acht-Zoll-Haubitzen für W-33-Mark-A-Atomraketen sowie den neuen W-79-Mark-B-Neutronensprengkopf ausgestattet. □

Waffenhandel

Riesige Profite aus dem Golfkrieg

Martin Mann

Israels profitable Geschäfte mit amerikanischem Militärgerät seit dem Jahr 1980, das illegal mit hohen Preisaufschlägen an den Iran verkauft wurde, ist kein Geheimnis mehr. Was die amerikanische und europäische Öffentlichkeit nicht weiß ist die Tatsache, daß im gleichen Zeitraum der Kleinstaat im Nahen Osten auch eine Schlüsselrolle gespielt hat bei der Lieferung von Munition und Waffensystemen im Wert von mehreren Milliarden Dollar an den Irak, die andere Seite im Krieg am Persischen Golf.

Daß die Todeshändler des Kleinstaates Israel es fertiggebracht haben, ihre Geschäfte mit den beiden Kriegsteilnehmern jahrelang zu verbergen, ist um so bemerkenswerter als ein drittes Land, Ägypten, an den Exporten in den Irak beteiligt war. Es diente als Produktionsstätte und Bereitstellungsraum für die von Israel organisierten und finanzierten Militärgeschäfte.

Die Spur geht bis 1974 zurück

Bei der Rekonstruktion des geheimen Plans des israelischen Waffenhandels in einer Reihe vertraulicher Interviews mit Geheimdienstquellen und diplomatischen Kontakten in Nahost, kam heraus, daß die Spur bis zum Jahr 1974 zurückreicht, als eine Anzahl wohlhabender Golfstaaten sich mit Ägypten zu einem gemeinsamen Entwicklungsprogramm unter der Bezeichnung Arab Industrial Organization (AIO) zusammenschloß.

Die AIO entstand aus dem plötzlichen Wohlstand, der über die Golfstaaten – Kuwait, Saudi-Arabien, Qatar, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate – gekommen war, nachdem das erfolgreiche Ölembargo des Jahres 1973 die Preise für Rohölexporte in die Höhe schnellen ließ. Mit seinem Hauptsitz in Kairo sollte die AIO eine gemeinsame arabische Bemühung sein, den technologischen Fortschritt anzukurbeln und insbesondere Produktionsmöglichkeiten für Militärgerät in der Region zu entwickeln.

Die Golfstaaten ließen Milliarden in die AIO fließen als beste Möglichkeit, um die eigenen Rüstungsindustrien anzukurbeln, Fabriken und andere Einrichtungen zur Herstellung eigener Waffensysteme, die von den ständig wachsenden Armeen der arabischen Nationen benötigt wurden.

In Partnerschaft mit führenden französischen Rüstungsfirmen wie Aerospatiale, Thomson and Dassault stieg die Waffenproduktion der Araber bis zum Jahr 1978. Doch im Jahr 1979 stieg die ägyptische Regierung aus der Allianz mit den arabischen Brüdern aus und schlug sich durch die Unterzeichnung des sogenannten Camp-David-Abkommens auf die Seite Israels.

Ägyptens Glückssträhne

Die Golfstaaten reagierten durch Abbruch der Beziehungen und Abzug von allem, was von den Investitionen in Ägypten abgezogen werden konnte. Über ein Jahr lang war die AIO lahmgelegt. Die brandneuen Werke

Waffenhandel

Riesige Profite aus dem Golfkrieg

und Lagerhäuser waren zwar vorhanden, doch nachdem sämtliches Geld der Golfstaaten abgezogen worden war, fehlten sowohl die Finanzierung als auch die Exportmärkte. Beides war im Jahr 1980 wieder vorhanden, als der Irak den Iran angriff und damit den langen Golfkrieg in Gang setzte.

Ab dem Jahr 1981 flossen neue Investitionen in die AIO und die Produktionsstätten in Ägypten bekamen neue Ressourcen, um die stillstehenden Fließbänder erneut in Gang zu setzen. Doch die plötzliche Glückssträhne blieb der Welt verborgen. Ägypten behält seine Rüstungsproduktion und Militär-Exportstatistiken für sich – insbesondere die letzteren.

»Unsere Kunden verlangen Geheimhaltung«, schrieb Ägyptens Staatsminister Ibrahim al-Sayyied im Jahr 1983 an eine UNO-Kommission, die damit befaßt war, Daten über Waffentransfers in der ganzen Welt zusammenzutragen. »Wir können über Waffengeschäfte keine detaillierten Angaben machen.«

Fünf Jahre lang hatte die hartnäckige Geheimhaltung der ägyptischen Regierung über ihre Waffenexporte bestanden. Als in der »Business Week«, einem führenden Wirtschaftsblatt des US-Marktes, vor kurzem ein Bericht über die Waffenexporteure veröffentlicht wurde, die den Golfkrieg belieferten, wurde Ägypten nicht einmal erwähnt.

Doch mit Hilfe einer hochrangigen diplomatischen Quelle aus dem Nahen Osten, die im UNO-Hauptquartier in New York seit langem als wertvoller Kontakt angesehen wird, kam heraus, daß im Jahr 1981, als Ägyptens Rüstungsindustrie wiederbelebt wurde, 71 Prozent der neuen Gelder entweder direkter Finanzierung durch ein Konsortium entstammten, das sich aus führenden israelischen Rüstungsfirmen zusammensetzte, oder der Beteiligung von US-Investoren durch Vermittlung Israels.



Der israelische Premierminister Menachem Begin und Ägyptens Präsident Anwar Sadat umarmen sich, während US-Präsident Carter Beifall klatscht.

Hinter den Kulissen lieferte Israel auch technologische Ressourcen und Engineering zur Reaktivierung von Ägyptens angeschlagener Rüstungsindustrie. Dies geht aus vorliegenden Unterlagen hervor. Der nächste Schritt war die Verbesserung der Beziehungen zwischen Ägypten und dem Irak.

Hierbei spielte die Chase Manhattan Bank des Rockefeller Clans eine Schlüsselrolle, die im gleichen Jahr zur führenden Bank des Irak wurde.

Im Jahr 1982 – in überraschend kurzer Zeit – steigen Ägyptens Militärverkäufe an den Irak in die Höhe und erreichen in diesem Jahr einen Wert von 1,2 Milliarden Dollar. Ein französischer Experte, der diese Angaben inoffiziell bestätigte, gab zu, daß dies »für die ägyptische Wirtschaft eine ungeheuere Leistung war, die in jeder anderen Hinsicht äußerst schlecht dasteht«.

Der Waffenhandel expandiert weiter

Ägyptens plötzlicher Erfolg als Lieferant der Kriegsmaschinerie des Irak, die weitestgehend sowjetischen Urprungs ist, wird jedoch weniger unglaublich, wenn der unsichtbare Faktor – die Beteiligung Israels – miteinbezogen wird, räumte der französische Experte ein.

»Die Israelis und Ägypten konzentrierten sich auf die Neubestückung der gesamten Produktionseinrichtungen, die ursprünglich unter der AIO in Ägypten eingerichtet worden waren, um Munition, Bomben und Raketen herzustellen, die für sowjetische Artillerie-Komponenten und Abschußanlagen geeignet sind«, erläuterte der französische Experte, ein pensionierter Armeeoberst, der jetzt in New York als Vertreter der Regierung in einem französischen Rüstungskonzern arbeitet, der auch Beziehungen zu Ägypten hat.

»So bekamen sie ihren Fuß zwischen die Tür. Der Irak besaß eine Menge Kanonen sowjetischer Herkunft, doch als der Kampf mit dem Iran immer heißer wurde, war es schwierig, raschen Nachschub aus Moskau zu erhalten. Der Irak kam in die Situation, dringend mehr Munition zu benötigen, und hier sprang die ägyptische Rüstungsindustrie – aktiviert durch den stillen Partner Israel – in die Bresche.«

Seit dem Jahr 1982 sind die Munitionseinkäufe des Irak beim israelisch-ägyptischen Konsortium allerdings etwas zurückgegangen. Nach den vorliegenden Unterlagen betrugen die Waffentransfers im Jahr 1983 weniger als 670 Millionen Dollar. Doch angetrieben durch den unbarmherzigen Druck der Israelis, Waffen zu verkaufen, haben die ägyptischen Firmen Diversifizierungen vorgenommen und produzieren nun hochtechnisiertes Militärgerät, um den Golfkrieg am Laufen zu halten.

Im Golfkrieg geht es um Profite

Inzwischen steht fest, daß Ägypten für den Export an den Irak jetzt seine eigene Version des sowjetischen ZU-23-Artilleriesystems herstellt sowie die SAM-7-Rakete; die ägyptische Version trägt den Namen »Sakr Eye«.

Ägypten produziert auch eine Nachbildung des Militärflugzeugs Tucano-312, das ursprünglich in Brasilien konstruiert wurde, doch jetzt als ein Modell von ägyptischen Bändern läuft, das mit den sowjetischen Bodenstützsystemen, die bereits im Irak installiert sind, kompatibel ist.

Die Informationen aus diplomatischen Quellen stimmen darin überein, daß der grausame und destruktive Golfkrieg schon seit Jahren zu Ende wäre – schon allein aufgrund der Erschöpfung der kämpfenden Parteien –, wenn es nicht die »Gier Israels (wie es ein arabischer Delegierter nannte) gäbe, die Kriegsmaschinerie beider Seiten mit mehr und mehr Kriegsgerät immer wieder zu erneuern, eine Einmischung mit dem alleinigen Ziel, Profite einzuheimsen«. □



Geiselnahme als Rache an US-Politik

Charles M. Fischbein

Einem führenden Araber zufolge, der aus dem Libanon zurückgekehrt ist, werden Amerikaner dort gefangengehalten als direkte Folge offener Militäraktionen durch die Vereinigten Staaten gegen das libanesische Volk. Das haben libanesische »Geiselnehmer« – wie sie sich selbst nennen und nicht »Kidnapper«, wie es in der Presse heißt – einem arabisch-amerikanischen Führer während dessen Besuch im Libanon berichtet.

Dr. Mohammad Mehdi, dem leitenden Direktor des Nationalrats für islamische Angelegenheiten, zufolge, der direkt mit Personen gesprochen hat, die derzeit amerikanische Bürger gefangenhalten, hängt die Freilassung der Amerikaner von der Reaktion der USA auf die weitreichenden Forderungen der libanesischen Geiselnehmer ab, was mit den Waffenlieferungen an den Iran in keinem Zusammenhang steht. In einem Interview in New York erzählte Mehdi, daß bei seinem Zusammentreffen mit den libanesischen Geiselnehmern eine Reihe von Forderungen diskutiert wurde, doch der geheime Waffelhandel mit dem Iran sei nicht darunter gewesen.

Der wahre Grund für die Radikalisierung

Mehdi zufolge steht die Entführung der Amerikaner im Libanon direkt in Zusammenhang mit der Rolle, die die USA beim Tod von über 20 000 libanesischen Bürgern spielt sowie die Verwundung von über 30 000 weiteren Libanesen.

Dieses Blutbad, das fast ausschließlich mit amerikanischen Waffen und durch israelische Terroristen erfolgte, plus der starke Beschuß libanesischer Städte und Dörfer durch die »USS New Jersey«, sind der wahre Grund für die Radikalisierung, die zu dem Geiseldrama geführt hat.

Mehdi wörtlich: »Die Vereinigten Staaten müssen sich die Zeit nehmen zu untersuchen, warum die Geiseln festgehalten werden.

Alle Greuel wurden mit US-Waffen begangen

Es gibt eine schlechte Angewohnheit in diesem Land: ›Wir wollen Lösungen ohne das Problem zu kennen‹. Wir müssen verstehen, daß Menschen nicht als Geiselnehmer und Terroristen geboren werden. Die Umstände veranlassen sie, solche Dinge zu tun. Mein Besuch im Libanon hatte den bedeutenden Zweck, die Geiselnehmer anzuhören, und was sie uns erzählt haben, hört man nicht im amerikanischen Fernsehen beziehungsweise liest man nicht in den Establishment-Zeitungen.«

Bei einem Treffen Auge in Auge mit verschiedenen Geiselnehmern erfuhr Mehdi die wahren Gründe für die Krise:

»In den Augen der Geiselnehmer«, so Mehdi, »ist Amerika verantwortlich für den Tod ihrer Familien und Freunde. Einige der Geiselnehmer haben auch ihre Kinder verloren. Ein weiterer Grund für die schlecht beratenen Aktionen der Geiselnehmer ist die Zerstörung von Besitz und ganzen Städten in der Größenordnung von über zwölf Milliarden Dollar.

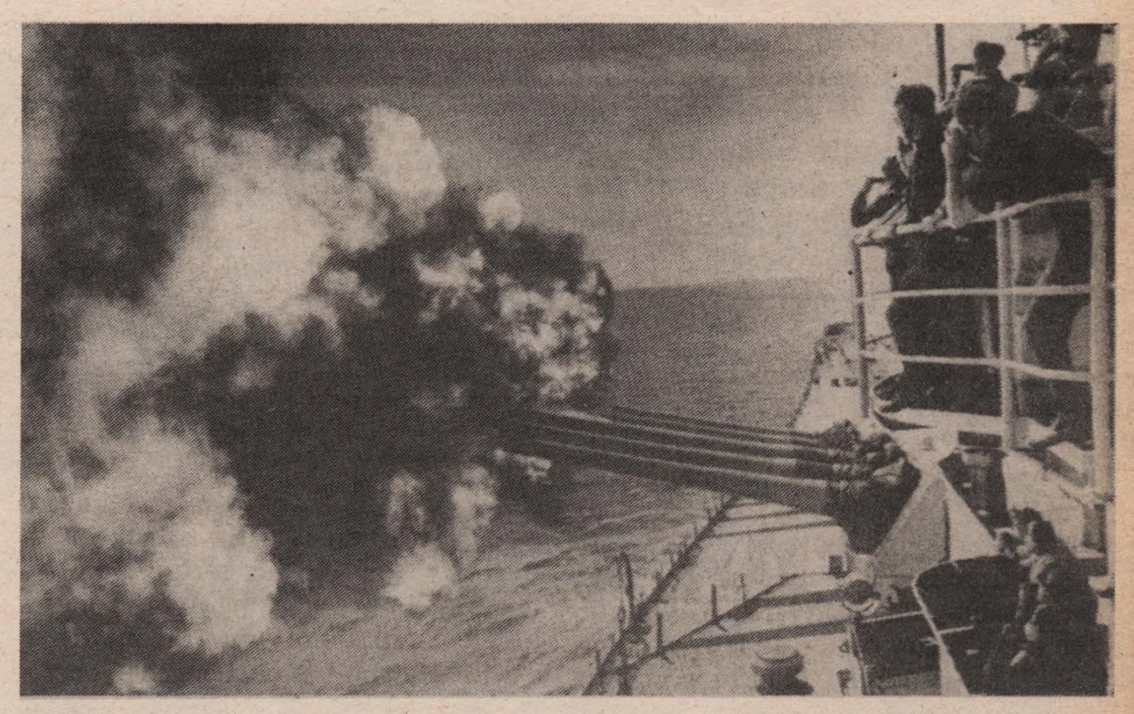
Diese Greuel wurden mit amerikanischen Waffen begangen, die an Israel geliefert worden sind.

Im Jahr 1982 fiel Israel in den Libanon ein – mit amerikanischen Panzern sowie mehreren hundert amerikanischen Flugzeugen und Tausende von Tonnen amerikanischer Bomben. Wenn ein Volk über 20 000 seiner Bürger aufgrund von amerikanischen Waffen verliert, können schon einige von ihnen ›durchdrehen‹ und versuchen sich zu rächen.«

Mehdi meinte weiter, die Geiselnahme stehe deshalb im direkten Zusammenhang mit der amerikanischen Unterstützung des israelischen Angriffs im Libanon. Er erinnerte sich daran, wie einer der Geiselnehmer die Beteiligung der »USS New Jersey« erwähnte, die direkt mit der Tötung von Libanesen zu tun hatte, als sie an israelischen Operationen teilnahm und kleine Städte und Dörfer in den Hügeln um Beirut bombardierte, wo Hunderte von Kindern »auf israelischen Befehl« hin getötet wurden.

Mit den Worten einer der Führer der Geiselnehmer: »Ganze Familien sind getötet worden.« Die Kinder einiger der Geiselnehmer wurden bei der Beschießung von der »New Jersey« aus und durch amerikanische Napalmbomben getötet.

Mehdi sagte, die amerikanischen Bemühungen zur Freilassung der Geiseln durch Waffenhandel mit dem Iran erzürnt die Geiselnehmer und vermittelt ihnen das Gefühl, als würden sie für Handlanger des Iran gehalten, die ohne eigenständige Motive oder eigene Ziele arbeiten. Mehdi beschreibt die Geiselnehmer als »hartnäckige, selbständige Leute, deren Handlungen von der Tragödie im Libanon und nicht von politischen Bewegungsgründen in Richtung Iran« getragen werden.



Das amerikanische Schlachtschiff »USS New Jersey« schießt auf zivile Ziele im Libanon.

»Diese Leute interessieren sich nicht für Waffen an den Iran,

Libanon

Geiselnahme als Rache an US-Politik

wie Reagan und seine Regierung behauptet haben. Die Geiselnehmer sind äußerst eifrig, äußerst enttäuscht und möglicherweise ein bißchen paranoid – doch vor allem sind sie äußerst verbittert über die amerikanische Außenpolitik.«

Töten von unbewaffneten Studenten

Bei einem Gespräch von Angesicht zu Angesicht mit einem der Geiselnehmer sagte man Mehdi: »Sie sind hierher gekommen, um die Freilassung der Geiseln zu erlangen, doch Ihre Regierung in Amerika macht sich weiterhin lustig über unsere Bemühungen, indem sie für den israelischen Terrorismus gegen die palästinensischen Studenten stimmt, und es ist das einzige Land, das Israel wegen der Tötung dieser Studenten nicht verurteilt.

Uncel Sam – wie er leibt und lebt – handelte wie ein Hund, der sich in den eigenen Schwanz beißt, nämlich Israel.«

Mehdi sagte, diese Enthaltung könnte einer, wenn nicht gar allen Geiseln die Freiheit gekostet haben, denn er war der Meinung, daß er und seine Kollegen einer Vereinbarung über die Freilassung sehr nahegekommen waren.

Den Geiselnehmern zufolge ist nicht unbedingt eine vollständige Wende in der amerikanischen Politik erforderlich, damit die Geiseln freigelassen werden, doch zumindest einige Hinweise darauf, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, Israel für die jüngste Tötung von unbewaffneten Studenten auf dem Universitäts-Kampus am Westufer und dem Gazastreifen zu verurteilen.

Drei Tage nach dem Treffen mit den Geiselnehmern und zwei Tage nach der amerikanischen Stimmenthaltung bei den Vereinten Nationen berichtete Mehdi, daß amerikanische Kriegsflugzeuge, die von Israelis geflogen wurden, »den Norden des Libanon angegriffen haben und acht Zivilisten, einiges Vieh getötet und Häuser zerstört haben. Für die Geiselnehmer genügt die Tatsache, daß amerikanische Flugzeuge in diesen Einsätzen zum Angriff benutzt wurden, um davon auszugehen, daß Amerika den Norden Libanons angreift.«

Mehdi meinte, wenn es durch die Waffenlieferungen an den Iran tatsächlich zu Freilassungen von Geiseln gekommen ist – was er bezweifelt –, so war das ein schlechter Handel, denn es wurden weitere Geiseln genommen.

Der Bombenanschlag am 4. März 1985 einer geheimen CIA-Einheit im Libanon tötete acht unschuldige Passanten.



Mehdi hat das Gefühl, daß der Iran nur wenig Kontrolle über die Geiselnehmer hat wegen der Anzahl verschiedener Organisationen, die in dem Geiseldrama verwickelt sind.

Mehdi: »Es gibt mindestens drei Organisationen und jede von ihnen ist sehr klein; sie hat jeweils nur zehn oder zwölf Mitglieder.«

Auf die Frage, ob bestimmte Forderungen für die Freilassung der Geiseln gestellt worden seien, sagte Mehdi, der Schlüssel sei ein Zeichen von der US-Regierung, daß man bereit ist, den direkten oder indirekten Angriff zu stoppen.

Der Preis für die Freundschaft mit Israel

Die Geiselnehmer sind auch der Meinung, die Vereinigten Staaten sollten teilweise für den Schaden aufkommen, der durch ihre Bomben und Kanonen verursacht wurde.

Mehdi betonte, daß die amerikanische Regierung ihre Glaubwürdigkeit bei sämtlichen arabischen Regierungen verloren habe, und daß diese Regierungen etwa 150 Millionen Menschen in der arabischen Welt repräsentieren und fast eine Milliarde in der moslemischen Welt, was insgesamt fast ein Viertel der menschlichen Rasse ausmacht.

»Die Amerikaner schreiben diese Leute ab für eine Freundschaft mit dem Staate Israel und mit seinen rund drei Millionen Bewohnern«, sagte Mehdi.

Er meint auch, daß die Reagan-Regierung in Westeuropa an Boden verloren hat aufgrund ihrer Atkionen gegen das arabische Volk. Er möchte alle, die ihn hören, daran erinnern, daß »das arabische Volk – obwohl sie zu 100 Prozent gegen den Zionismus sind – zu 200 Prozent gegen den Antisemitismus sind«.

Mehdi meinte, der »Antisemitismus« gibt dem Zionismus die Munition, die er braucht, um zu wachsen und zu gedeihen, und daß die Antisemiten »zwar keine Freunde der Araber sind, doch die besten Freunde der Zionisten.« □



Zivilisten sehen sich den Schaden an, der durch die israelischen Luftangriffe auf die libanesische Stadt Sidon verursacht wurde.

Libanon

Probleme der Glaubwürdigkeit

Charles M. Fischbein

Die Vereinigten Staaten haben Jordaniens König Hussein zufolge ein großes Problem der Glaubwürdigkeit in der gesamten islamischen Welt. In Paris sagte Hussein zu einer Gruppe von Journalisten: »Amerikas Glaubwürdigkeit im Nahen Osten ist fast auf dem Nullpunkt.«

König Hussein nahm Bezug auf das gegenwärtige politische Klima in der islamischen Welt, das von der amerikanischen Politik durch den Waffenhandel mit dem Iran geschaffen wurde, während man sich öffentlich gegen den Handel mit Terroristen aussprach.

Waffenhandel wichtiger als Geiseln

Unterdessen wird Dr. Mohammed Mehdi, der Leiter des amerikanischen Nationalrates für Islamische Angelegenheiten, getadelt, daß er erneut nach Beirut reiste, um den Dialog mit jenen Leuten fortzusetzen, die amerikanische Geiseln in ihrer Gewalt haben.

Mehdi äußerte sich dazu, daß seiner Ansicht nach »die US-Regierung die Geiseln fast ganz vergessen habe. Sie scheint mehr daran interessiert zu sein, die Probleme des Waffenhandels mit dem Iran zu behandeln.«

Mehdi meinte, daß zu einer Zeit, wo Amerika versuchen sollte, seine Glaubwürdigkeit in der islamischen Welt zu erhöhen, um die Befreiung der Geiseln zu erreichen, das amerikanische Außenministerium und das Weiße Haus sich statt dessen bei den Israelis öffentlich dafür entschuldigen, daß sie die »Beteiligung am iranischen Waffenskandal ans Licht gebracht haben«.

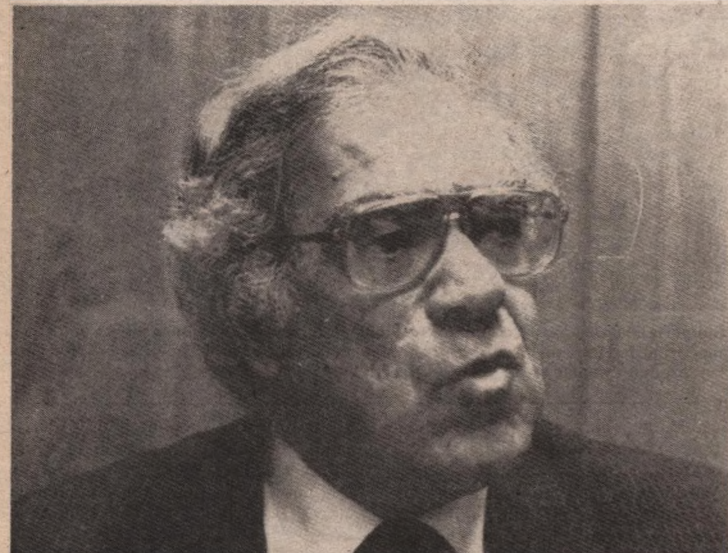
Mehdi: »Mit Ausnahme des Nationalrates für Islamische Angelegenheiten versucht niemand in Amerika, keine kirchliche Gruppierung, keine politische Organisation, kein unabhängiger Ausschuß, die Freilassung der Geiseln zu erreichen.

Blankounterstützung für Israel

CIA und US-Außenministerium erzählen den Familien der Geiseln, sie sollen sich nicht an die Öffentlichkeit wenden.

Es ist so, als wollten sie, daß jedermann diese Leute vergißt, denn wenn man an ihre Notlage erinnert wird, könnten die Leute anfangen, nach den Wurzeln für das Geiselproblem zu suchen, und das würde geradewegs zu Amerikas kaputter Politik in Nahost und deren Blankounterstützung Israels führen.«

Medhi forderte darum die Amerikaner auf, sich der Geiseln zu erinnern, doch vor allem, nach den grundlegenden Ursachen für das Problem zu forschen. □



Mohammed Medhi meint, daß der Waffenhandel mit dem Iran nichts mit dem libanesischen Geiseldrama zu tun hat.

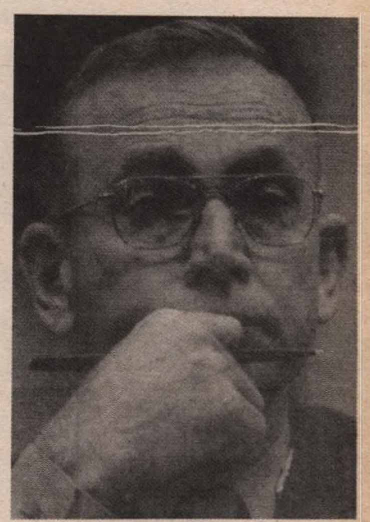
Terrorismus

Israels Politik im Libanon

Martin Mann

Israel hat den Sprengstoff – er wurde wahrscheinlich in den Vereinigten Staaten hergestellt – geliefert, der in dem Kamikaze-Bombenangriff verwendet wurde, bei dem am 23. Oktober 1983 241 US-Marinesoldaten in ihrem Beiruter Lager ums Leben kamen. Dies wurde aus Nahost-Geheimdienstquellen bekannt, die die Vorgeschichte zu diesem schrecklichen Geschehen kennen.

Es ist bewiesen, daß der Sprengstoff amerikanischer Herkunft war und für militärische Zwecke nach Israel geschickt worden ist. So wurden 241 amerikanische Marinesoldaten wahrscheinlich durch Sprengstoff getötet, der in den USA hergestellt und an Israel geliefert worden ist. Obwohl es schwierig ist, genaue Zahlen zu bekommen – sie sind teilweise geheim –, sagen kenntnisreiche Quellen, Israel sei der Hauptabnehmer militärischer Sprengstoffe aus den USA in der ganzen Welt.



Paul X. Kelley bezeichnet die Explosion als die »größte nicht-nukleare« in der Geschichte.

Der Mossad ist der Organisator

Auf die Frage, wie der Kleinstaat seine ungewöhnlich hohe Nachfrage nach RDX, Thermit, Plastiksprengstoffen, TNT und verschiedenen Nebenprodukten, die in speziellen Geschützladungen Verwendung finden, rechtfertigt, erläuterte ein Pentagon-Beamter, der anonym bleiben wollte, daß es in den israelischen Anfragen heißt, es bestünde die Notwendigkeit, einen »ungeheuer großen strategischen Vorrat« an solchen Materialien zu haben.

Der Marinekommandant Paul X. Kelley beschrieb den Anschlag vor kurzem als »die größte nicht-nukleare Explosion in der Geschichte«. Er meinte, daß Geheimdienstdaten zufolge sich 12 000 bis 18 000 Pfund hochexplosiven Sprengstoffes auf einem 19-Tonnen-Lkw befanden, der von jemandem gelenkt wurde, der in der Explosion umkam und nie identifiziert wurde.

Ein kenntnisreicher und hochplazierter islamischer Informant, der Anfang der achtziger Jahre unter den libanesischen militanten Gruppen eine Schlüsselrolle gespielt hat: »Es besteht jetzt kein Zweifel mehr daran, daß der Mossad den Sprengstoff für diese Operation in den Libanon geschickt hat.«

Der Informant, der von mir in einem New Yorker Stadtteil interviewt wurde, das von islamischen Immigranten bewohnt wird, wollte lediglich als ein »Organisator des anti-imperialistischen Widerstandes im Libanon« zitiert werden. Andere Quellen jedoch bezeichnen ihn als maßgebenden Sprecher für den nationalen Unabhängigkeitskampf der schiitischen Militanten im Libanon, von denen

Terrorismus

Israels Politik im Libanon

einige Führer über zahlreiche US-Kontakte verfügen.

Der derzeitige Schiitenführer, Nabih Berry, hat auch einmal in den gleichen Straßen New Yorks gelebt, wo mein Interview stattfand, und er soll noch immer einen amerikanischen Paß besitzen.

Taktiken zur Destabilisierung

Dieser Informant meint weiter: »Israel hat zwischen 1973 und 1983 rivalisierende libanesische Gruppierungen mit Maschinengewehren, Munition und Sprengstoff beliefert, um religiöse und politische Minderheiten mehr und mehr gegeneinander aufzuwiegeln.

Diese Taktiken dienten einer langfristigen Politik zur Destabilisierung des Libanon und dessen Umwandlung in einen gehorsamen Klientenstaat.«

Die versteckte israelische Invasion in den Libanon mit dem Ziel, das kleine demokratische Land in einen Hexenkessel sich bekämpfender Gruppen zu verwandeln, begann Anfang der siebziger Jahre.

Der erfahrene Beobachter äußerte sich weiter: »Die Israelis begannen damit, indem sie zwei rivalisierenden maronitischen Streitkräften Militärausrüstung lieferten; die einen angeführt durch den früheren Präsidenten Camille Cahmoun, die anderen organisiert durch Pierre Gemayel. Die Männer der ersten Gruppierung waren bekannt unter der Bezeichnung Tiger; Gemayels Miliz wurde die Falange genannt.

Mit brandneuer Kampfausrüstung, verteilt von Mossad-Agenten, hatten sich die beiden Organisationen bald in den Haaren.«

Als die Waffen- und Sprengstoff-Lieferungen aus Israel unvermindert anhielten, war politische Gewalt plötzlich an der Tagesordnung in diesem blühenden Land.

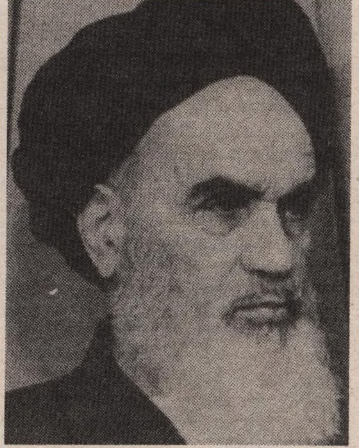
Tony Franjieh, der Sohn des früheren Präsidenten, starb mit seiner Frau und seiner kleinen Tochter zusammen mit 31 Gefolgsleuten in einem Bombenanschlag, der der Gemayel-Miliz zugeschrieben wird, und über 300 Falangisten wurden Mitte der siebziger Jahre in Vergeltungsanschlägen durch Bomben getötet.

»In jenen Tagen dachte niemand daran, den Iran, Libyen oder gar Syrien hinter diesen Terrorakten zu vermuten«, erinnerte sich der islamische Informant. »Niemand hatte einen Zweifel daran, daß die Gewehre und die Sprengstoffe aus Israel kamen.

Rivalisierende Kriegsherren und einander bekämpfende Privatarmeen wetteiferten um die Unterstützung durch den Mossad, denn ein Handel mit den israelischen Agenten bedeutete vermehrte Waffenlieferungen.«



General Ariel Sharon, ehemaliger israelischer Verteidigungsminister, traf sich heimlich mit Bashir Gemayel.



Als Khomeini die Monarchie im Iran ablöste, kamen Mossad-Agenten mit tödlichen Waffen in den Libanon.

Im Jahr 1979, als die Monarchie im Iran durch islamische religiöse Eiferer gestürzt wurde, ist der Libanon von Mossad-Agenten mit tödlichen Waffen »überflutet« worden, wie Wilbur Crane Eveland, ein ehemaliger CIA-Agent, meinte, der in dieser Zeit dort Dienst tat.

Die Spirale der Gewalt

Im Juni 1982 gipfelte die jahrzehntelange israelische Strategie der Destabilisierung des Libanon und Reduzierung des Landes auf eine Feuerzone sich bekriegender Miliz in einem totalen Militärangriff durch die israelischen Streitkräfte. Zusammen mit der Invasion verstärkten sich die Mossad-Taktiken der Terrorverbreitung im Libanon.

Am 1. September 1982 trafen sich – gut informierten Geheimdienst-Quellen zufolge – der israelische Premierminister Menachem Begin, sein Verteidigungsminister General Ariel Sharon (»der Schlächter«) und ein dritter Berater insgeheim mit Bashir Gemayel, dem Kommandierenden der Falange, den sie zum Marionetten-Präsidenten Israels im eroberten Libanon auserkoren hatten.

Doch in einer unerwarteten Wende bot Gemayel den israelischen Führern die Stirn und wies deren Forderungen nach der Unterwerfung des Libanon zurück. Das mitternächtliche Treffen endete mit einem wütenden Wortwechsel.

Zwei Wochen später, am 14. September, um 16.08 Uhr, wurde das fünfstöckige Hauptquartier in Ost-Beirut von einer Explosion erschüttert, in der – wie in anschließenden Untersuchungen festgestellt wurde – vier Bomben hochgingen. Gemayel, den die israelischen Führer jetzt als Abtrünnigen und Verräter betrachteten, starb bei der Explosion zusammen mit über 50 Anhängern.

»Den Sprengstoff für diesen Massenmord lieferte der Mossad«, behauptete der islamische Informant und brachte damit eine Meinung zum Ausdruck, die von den meisten Geheimdienst-Experten geteilt wird.

»Der Anschlag setzte eine Spirale von Gewaltakten in Gang. Überall explodierten Bomben in Autos und Lastwagen. Der Libanon versank in einer selbstmörderischen Welle von Terrorismus, möglich gemacht durch die ungeheueren Vorräte an Bomben, die vom Mossad an die verschiedenen Gruppierungen verteilt wurden.«

Der Bombenanschlag auf die Kaserne der US-Marine in Beirut war eine Folge dieses »Klimas der Gewalt«, darin waren sich die meisten von mir interviewten Informanten einig. Es war übereinstimmend für Geheimdienst-Experten die Arbeit einer fanatischen Gruppe, »zum Wahnsinn getrieben durch das Blutvergießen, die mörderischen israelischen Luftangriffe, das ständige Töten«, wie ein früherer amerikanischer CIA-Agent meinte, der zwei Dienstperioden im Libanon verbrachte.

Israels Lkw-Bombe

Als ihnen zugesichert wurde, daß ihre Anonymität gewahrt bliebe, gaben einige amerikanische Geheimdienst-Sachverständige zu, daß der islamische Informant Recht hat mit der Auffassung, daß die apokalyptische Lkw-Bombe beim Angriff auf die Marinestellung aus Sprengkörpern gemacht war, die von Israel stammten.

»Das Material, das in dieser Explosion verwendet wurde, bestand grob aus 55 Tonnen RDX, einem starken militärischen Sprengstoff, etwa 20 Prozent C-4, einer Hochgeschwindigkeits-Plastikladung, und wahrscheinlich aus TNT«, sagte ein ehemaliger militärischer Sprengstoff-Experte, der jetzt für eine private Firma in Washington arbeitet.

»Die Sprengladung wurde offenbar verstärkt durch eine Reihe Flüssigsauerstoff-Behälter auf dem Lkw. Allem Anschein nach waren die Bestandteile dieser Superbombe zuvor durch israelische Agenten in den Libanon eingeschleust worden.«

Die Ursprünge des Sprengstoffs dieser Lkw-Bombe, mit der amerikanische Soldaten in Beirut getötet wurden, sind nicht nur deshalb bedeutend, weil Israel darin verwickelt ist, sondern wegen des Lichtes, das sie auf die verborgenen Hintergründe dieser Katastrophe werfen. □

Blamage in Moskau

Victor Marchetti

Die wichtigste Feldstation des CIA, jene, die von der amerikanischen Botschaft in Moskau aus operiert, ist durch Verrat erheblich zu Schaden gekommen. Der Verräter war ein Marinesoldat, der dort von 1984 bis 1986 stationiert war.

Der 25 Jahre alte Sergeant Clayton Lonetree befindet sich derzeit in Einzelhaft auf dem Marinestützpunkt in Quantico im amerikanischen Bundesstaat Virginia. Seine Gerichtsverhandlung wird unter strengster Geheimhaltung hinter verschlossenen Türen stattfinden.

Den Zwischenfall herunterspielen

Wenig Informationen über den Fall sind an die Öffentlichkeit gelangt, im wesentlichen, weil US-Verteidigungsministerium und CIA sich bemühen, den Zwischenfall herunterzuspielen. Die amerikanische Regierung hat den Mann darüber hinaus unter Druck gesetzt und verlangt, daß er nichts über seine Situation an die Öffentlichkeit kommen läßt.

Lonetree war an den bekannten Rechtsanwalt F. Lee Bailey herangetreten und hatte diesen gebeten, ihn zu vertreten. Als Bailey jedoch darauf einging, sagte ihm Lonetree, er habe seine Meinung geändert und beschlossen, mit dem vom Gericht bestimmten Militäranwalt vorliebzunehmen. Baileys Beteiligung hätte unerwünschte Publizität in den Fall gebracht.

Lonetree, ein Winnebago-Indianer aus Minneapolis, war Mitglied des Elite-Wachbataillons der amerikanischen Marine, das für den Schutz der US-Botschaften auf der ganzen Welt verantwortlich ist. Er war so hoch angesehen bei seinen Vorgesetzten, daß man ihn auserwählte für die Mannschaft, die US-Präsident Ronald Reagan im Jahr 1985 beim Genfer Gipfel schützen sollte.

Während er jedoch in Moskau stationiert war, hatte er eine Liebesaffäre mit einer sowjetischen Staatsbürgerin, die als Übersetzerin in der US-Botschaft arbeitete. Die Frau, die jetzt als KGB-Agentin identifiziert ist, überredete den jungen Marinesoldaten dazu, für die Sowjets zu spionieren.

Wie es in der Anklage heißt, ließ Lonetree insgeheim zu, daß KGB-Agenten in der Botschaft Abhörvorrichtungen installierten. Es handelte sich dabei nicht um normale Wanzen, sondern um höchst ausgeklügelte Geräte, die die Geräusche von Schreibmaschinen aufnehmen konnten, die dann mit Hilfe von Computern so entschlüsselt wurden, daß man herausfand, was auf der Schreibmaschine geschrieben wurde.

CIA-Personal muß ausgetauscht werden

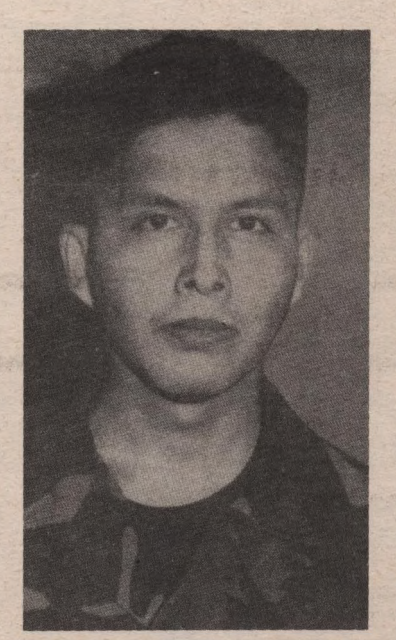
Lonetree wird auch beschuldigt, die Namen von sowjetischen Staatsbürgern, die auf der Gehaltsliste des CIA stehen, preisgegeben zu haben, doch das ist höchst unwahrscheinlich. Geheimagenten treffen sich mit ihren Kontaktleuten nicht in der Botschaft und Lonetree hatte sicher keinen Zugang zu CIA-Unterlagen. Die Anklage zeigt jedoch die Sorge des CIA, daß der Marinesoldat indirekt in der Lage war, dem KGB bezüglich einiger Geheimagenten des CIA in Moskau die richtige Richtung zu weisen.

Als ein Mitglied der Botschaft, besonders auf einem so harten Posten wie Moskau, wurde Lonetree recht vertraut mit dem Personal und konnte wahrscheinlich schließlich jene identifizieren, die CIA-Agenten waren. Diese Informationen waren es wohl, die er dem KGB geliefert hat.

Die Sowjets, die somit wußten, wer die CIA-Beamten waren, konnten sie dann bei ihren Reisen in und um Moskau genau beobachten und waren somit schließlich in der Lage, deren sowjetische Kontaktpersonen zu identifizieren.

So muß nun der CIA-Stützpunkt in Moskau völlig neu aufgebaut werden. Das gesamte Personal wird durch Leute ersetzt werden müssen, die dem KGB unbekannt sind. Das ist eine besonders schwierige und zeitraubende Aufgabe, denn die Personen können nicht auf der üblichen Basis einfach einer für den anderen ausgetauscht werden. Ihre Tarnpositionen, die sie in der Botschaft innehatten, sind jetzt bekannt; für die neuen Leute müssen neue Aufgabenstellungen gefunden werden. Der Prozeß könnte zwei oder drei Jahre dauern. Er würde eine völlige Neubesetzung der amerikanischen Botschaft verlangen einschließlich des Außenamtspersonals, Wartungs- und Instandhaltungsleuten und eine neue Wachmannschaft.

Doch Sergeant Lonetree hat nicht nur die Deckung des Moskauer CIA-Stützpunktes enttarnt; er hat seinen Verrat auch auf seinem nächsten Posten an der US-Botschaft in Wien wiederholt, wohin er im vergangenen Jahr versetzt wurde, und wo er die Liebesaffäre mit seiner sowjetischen Freundin fortsetzte, die ebenfalls dorthin geschickt worden ist – eine Gefälligkeit des KGB.



Clayton Lonetree hat als Spion für den KGB in der US-Botschaft in Moskau und Wien gearbeitet.

Strafe nur für ein kleines Vergehen

In Geheimdienstkreisen ist man der Ansicht, daß der Schaden, den Lonetree in Wien und besonders in Moskau den CIA-Aktivitäten zugefügt hat, größer ist als jene aufsehenerregenden Enthüllungen, die der CIA-Abtrünnige Philip Agee Mitte der siebziger Jahre gemacht hat. Agee gab dem kubanischen Geheimdienst und damit dem KGB damals die Namen mehrerer Agenten preis, die zu der Zeit in Lateinamerika operierten.

»Doch der CIA will nicht, daß die Öffentlichkeit davon erfährt, selbst wenn die Sowjets offenbar Bescheid wissen«, äußerte ein ehemaliger Sowjetexperte dieser Behörde.

»Während der Fall Lonetree für das Marinecorps äußerst peinlich ist, reflektiert er auch gleichzeitig die Art der Sicherheit, die wir in vielen Botschaften haben«, sagte der Informant. »Wir hängen zu sehr von ausländischen Staatsangehörigen ab. Diese sind ein großes Sicherheitsrisiko, insbesondere in feindlicher Umgebung.«

Das sind einige der Gründe dafür, warum CIA und US-Außenministerium versuchen, den Zugang zu Informationen über die bevorstehende Gerichtsverhandlung Lonetrees zu beschränken. Weil das Bestreben, den Fall herunterzuspielen, so groß ist, sind Geheimdienstexperten der Meinung, daß man dem Marinesoldaten einräumen wird, sich für geringfügige Vergehen schuldig zu bekennen, und er wird dann sogar weniger Zeit im Gefängnis verbringen als normalerweise für einen derartigen Landesverrat vom Militär verhängt wird. □



KGB

Kommandos in westlichen Uniformen

Mike Blair

Die Fähigkeit von Kommando-Teams aus der Sowjetunion und anderen Ländern des Warschauer Pakts, regelmäßig tief in westeuropäische Länder zu infiltrieren, ruft bei den westlichen Geheimdiensten große Besorgnis hervor. Kleine Kommando-Einheiten – viele getarnt als Seeleute, Touristen und Lkw-Fahrer – dringen regelmäßig in Westeuropa ein, um strategische Militärziele auszukundschaften und sich mit dem Gelände vertraut zu machen.

Die Sowjetunion macht sich den starken Lkw-Verkehr aus Ländern des Sowjetblocks nach Westeuropa zunutze, der es den Roten ermöglicht, sich über die militärischen Aktivitäten des Westens auf dem laufenden zu halten. Nach Angaben aus Bonn gehen rote Kommandos her und fotografieren Brücken, Militärhauptquartiere, Munitions- und Treibstofflager sowie Telefonzentralen. Die ausgedehnten Handelsbeziehungen zwischen Ost- und Westeuropa machen es den Kommandos relativ leicht, ihre Ziele in Friedenszeiten auszukundschaften. Man muß nur wissen, daß jedes Jahr 350 000 Lastkraftwagen aus dem Warschauer Pakt in den Westen fahren.

In der Zeit von Warschauer Pakt-Manövern nimmt der Verkehr von Osteuropa nach Westeuropa zu Lande und zu Wasser deutlich zu, woraus sich schließen läßt, daß die Kommandos ihre Operationen manchmal mit denen der konventionellen Kräfte koordinieren. Sowjetische Fischerboote sind allesamt mit hohen Antennen ausgerüstet.

Die Sowjetunion hat 8000 Kommandos

Die Sowjetunion besitzt schätzungsweise bis zu 8000 Kommandos, die in Gruppen von 4 bis 14 Leuten operieren. Polen, Ostdeutschland und die Tschechoslowakei haben vermutlich eine vergleichbare Anzahl an Kommandos hinter den Linien.

Der Führer jeder Kommando-Einheit erhält eine spezielle Sprachschulung und wird westdeutschen Geheimdienstquellen zufolge mindestens einmal in den Westen infiltriert, um sich mit den in Frage stehenden Zielen vertraut zu machen. Die Truppen werden angeblich aus hoch motivierten kommunistischen Familien ausgewählt, die oft Verbindung zu höchster Ebene in der Kommunistischen Partei haben.

Die ostdeutschen Kommandos, die mit den Westdeutschen eine gemeinsame Sprache haben, besitzen in einer Vorkriegssituation einen besonderen Vorteil, weil sie sich unter die Bevölkerung mischen können, ohne daß eine große Chance besteht, entdeckt zu werden.

Kommandos tragen NATO-Uniformen

Der westdeutsche Geheimdienst ist besorgt darüber, daß die Kommando-Einheiten des Warschauer Paktes, die dem sowjetischen Kommando untergeordnet sind, in einer Vorkriegssituation ins westliche Europa infiltriert würden, um die Kommunikationslinien zu zerstören, Alarm zu verbreiten und politische Schlüsselfiguren oder Militärführer zu entführen oder zu ermorden. Die Sondergruppen des Warschauer Pakts »werden auf etwas geschult, das eine Art Terrorismus ist«.

Die Geheimdienst-Informationen weisen darauf hin, daß viele der Kommandos westdeutsche und andere NATO-Uniformen tragen würden, um ihre Sabotagebemühungen hinter den Linien zu unterstützen.

Im vergangenen Jahr gab das westdeutsche Verteidigungsministerium während der Warschauer Pakt-Manöver Textpassagen einer mitgehörten Radiomeldung von einer Einheit des Warschauer Pakts heraus, aus denen hervorging, daß eine sowjetische Panzerdivision Namen von westdeutschen Städten verwendete – Hannover, Braunschweig, Peine und Hildesheim – bei einem Scheinvorstoß ins westliche Europa hinein.

Die Sowjetunion verfügt über Spezial-Operationskräfte, deren wichtigste den Namen »Spetsnaz« trägt. Sie werden von der Hauptspionageleitung (GRU) des sowjetischen Generalstabs geführt und sind für die Durchführung einer Vielzahl höchst heikler Aufträge geschult – unter anderem auch Geheimaktionen hinter den feindlichen Linien.

In Friedenszeiten übernimmt GRU die sorgfältige Koordinierung von Aufklärungsprogrammen, die die geheimdienstlichen Forderungen für sowjetische Kriegsstreitkräfte erbringen sollen. In Kriegszeiten würden Spetsnaz-Einheiten längere Zeit weit hinter den Feindeslinien operieren, wo sie an vielen militärischen und politischen Zielen Aufklärungs- und Sabotagearbeit leisten könnten.

Nach Meinung des amerikanischen Verteidigungsministeriums hat der KGB, der sowjetische Geheimdienst, unter der Führung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei die Gesamtverantwortung für die Betriebsplanung, Koordination und politische Kontrolle über Spezialtruppen mit Sonderaufgaben, die in Friedenszeiten im Ausland operieren. □



Im Juli 1984 kam ein »diplomatischer« Lkw der Sowjets mit einer mysteriösen Ladung in Bonn an.



Panzer der Warschauer Pakt-Staaten bei einem Manöver mit dem Namen »Waffenkameradschaft«.

Rote Armee

Kanada gewährt Asyl

Philip Goode

Es ist jetzt sieben Jahre her, daß die Sowjets in Afghanistan eingefallen sind, und sie haben diesen schmutzigen kleinen Krieg noch immer nicht gewonnen. Soviel zur prahlerischen Macht des Kommunismus und der großen roten Maschinerie.

Festgefahren in Guerilla-Kämpfen gegen die leidenschaftlich ungestümen Freiheitskämpfer dieses Gebirgslandes, sind die Sowjets – Auge in Auge mit den opferbereiten, selbstlosen Mujahedeen – bisher leer ausgegangen. Die Roten mit allen ihren Waffen und Kampfflugzeugen können den Widerstand oder den Willen des afghanischen Volkes nach Unabhängigkeit einfach nicht brechen.

Darüber hinaus fordert der lange, düstere Krieg seinen Tribut auf seiten der Sowjettruppen. Sie haben angefangen, Schwarzmarkt-Geschäfte zu betreiben, Drogen zu nehmen, zu desertieren und sogar zur anderen Seite überzulaufen.

Fünf sowjetische Soldaten, Veteranen des Krieges in Afghanistan, sind vor kurzem in Kanada aufgetaucht, zusammen mit einer Gruppe russischer Emigranten, und die kanadische Regierung hat ihnen politisches Asyl gewährt. Es handelte sich um junge Soldaten aus der sowjetischen Arbeiterklasse, alle um die 20 Jahre alt. Zwei von ihnen waren Elektriker von Beruf, zwei Fabrikarbeiter und einer Matrose auf einem Handelsschiff.

Sie gaben zu, daß die Erfahrungen in Afghanistan sie ziemlich mitgenommen hätten, und daß einige von ihnen wie viele andere Sowjetsoldaten in diesem abscheulichen und seltsamen Krieg sich angewöhnt hätten, afghanisches Haschisch zu rauchen, um die Belastungen und die Aufgaben halbwegs tragbar zu machen.

Ein paar von ihnen betrieben ein wenig Schwarzmarkt-Geschäfte und verkauften sowjetische Waffen an die Rebellen. Schließlich beschlossen sie alle, zu den Mujahedeen überzulaufen und sich aus dem Krieg davonzumachen.

Jetzt im sicheren Kanada rückte einer der Überläufer ihre Situation in Afghanistan in die richtige Perspektive:

»Jeder von uns hat scheußliche Dinge geschehen sehen. Auf ungeschützte Dörfer wurden Bomben abgeworfen und Frauen und Kinder verbrannten.«

Nikolay Golovin (links) und Igor Kovalchuck, zwei sowjetische Soldaten, die zu den afghanischen Freiheitskämpfern überliefen.



»Man kann nicht dort gewesen sein, ohne diese Grausamkeiten gesehen zu haben«, sagte Vladislav Naumov, 24 Jahre, ein Scharfschütze, der in einem Angriffs-Regiment von Fallschirmjägern diente. »Deshalb sind wir auf die andere Seite übergewechselt. Wir haben alle die Bombardierungen miterlebt. Wir haben die verwundeten Frauen und Kinder gesehen.«

Die Behörden in Ottawa zögerten anfangs, die sowjetischen Überläufer in Kanada aufzunehmen. Bei ihrem ersten Versuch im Oktober 1984 wurden sie von den kanadischen Behörden zurückgewiesen und zu den Guerilla-Einheiten in Afghanistan, zu denen sie übergelaufen waren, zurückgeschickt.

Doch russische Emigrantengruppen in Kanada und den Vereinigten Staaten verwendeten sich bei der kanadischen Regierung dafür, die Soldaten einreisen zu lassen, und die kanadische Presse schloß sich ihnen an. Schließlich gab Ottawa nach, erlaubte den sowjetischen Flüchtlingen die Einreise und gab ihnen die Möglichkeit, sich permanent in Kanada niederzulassen.

Als die kanadische Regierung ihre Entscheidung bekanntgab, traten die sowjetischen Überläufer bei einer Pressekonferenz in Toronto in die Öffentlichkeit. Wenige Stunden zuvor jedoch hatte die sowjetische Botschaft um Gelegenheit gebeten, mit den ehemaligen Soldaten sprechen zu dürfen. Die Bitte wurde gewährt.

Zwei sowjetische Beamte der Botschaft trafen sich mit den Überläufern in der kanadischen Einwanderungsbehörde. Ihre Bemühungen, die Ex-Soldaten dazu zu überreden, in die Sowjetunion zurückzukehren, »indem sie ihnen versprachen, daß sie keine Repressalien zu erwarten hätten, und sie davor warnten, daß sie mit der Zeit Heimweh bekommen würden«, waren Beobachtern der Szene zufolge nicht von Erfolg gekrönt.

Befragt, wie sie sich über ihr Überlaufen und die mögliche permanente Trennung von ihren Familien fühlen würden, antwortete der 26jährige Igor Kovalchuck, ein ehemaliger Infanterist, schulterzuckend: »Das sehen wir gelassen.« □

Vorsprung der Sowjets bei Weltraum-Waffen

John Bishop

Während die Debatte über US-Präsident Ronald Reagans sogenannte Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI) – auch als »Krieg der Sterne« bezeichnet – in den Vereinigten Staaten weitergeht, wird der Tatsache wenig Aufmerksamkeit geschenkt, daß die Sowjets dabei sind, ihr eigenes SDI-Programm zu entwickeln.

US-Experten sind sich darin einig, daß die Sowjets mit den Vereinigten Staaten in der Grundtechnologie von Lasern und Partikelstrahlen auf gleicher Stufe sind oder sie sogar übertreffen, und daß sie vielleicht sogar in Führung gegangen sind bei der Umwandlung der exotischen Technologie in tatsächliche Waffen.

Weitaus umfangreicheres Laserprogramm

Gleichzeitig glaubt man allerdings, daß sie bei Computern, Sensoren und anderen unterstützenden Geräten für den Bau eines wirksamen Raketenabwehrsystems im Weltraum hinterher sind. Dies erklärt vielleicht den Wunsch der Sowjets, die amerikanische Technologie auf diesen Gebieten mit praktisch allen Mitteln zu bekommen.

Die wachsamsten US-Experten fürchten, daß die Sowjets große Durchbrüche erzielt haben, welche bald zu Waffen führen könnten, die nicht nur für die Verteidigung gegen amerikanische Raketen eingesetzt werden, sondern auch, um offensive Energieblitze aus dem Weltraum auf die Erde zu schleudern.

Soviel ist bekannt: CIA- und DIA- (Defense Intelligences Agency) Experten sind der Meinung, daß sowjetische Wissenschaftler seit Ende der fünfziger oder Anfang der sechziger Jahre umfangreiche Forschungen über die sogenannte »pulsed power« (Schwingkraft) betrieben haben. Von den vier exotischen »Krieg-der-Sterne«-Technologien – Laser, Partikelstrahlen, Mikrowellen und kinetische Energievorrichtungen – benutzen die ersten drei Schwingkraft, die aus intensiven Energiestößen besteht.

Experten des amerikanischen Verteidigungsministeriums zufolge ist das sowjetische Laserprogramm weitaus umfangreicher als die Anstrengungen der USA und umfaßt über 10 000 Wissenschaftler und Ingenieure sowie über ein halbes Dutzend größerer Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und Testfelder. Ein großer Teil der sowjetischen Forschungsarbeit wird im Raketentestzentrum von Saryshagan in der Nähe des Balkaschsees betrieben. Das liegt rund 400 Meilen von Taschkent entfernt.

Man vermutet, daß die Sowjets in Saryshagan verschiedene Laser für die Luftverteidigung besitzen, mit denen Komponenten von Weltraumsatelliten zerstört werden können sowie einen Laser für Raketenabwehrtests. Ein vergleichbares System in den Vereinigten Staaten würde schätzungsweise eine Milliarde Dollar jährlich kosten.

Die Sowjets experimentieren derzeit mit drei Arten von Gaslasern, die bei Waffen eingesetzt werden könnten. Es handelt sich dabei um gasdynamische Laser, den Laser mit elektrischer Entladung und den chemischen Laser. Was ihre Leistung angeht, sind die Experimente der Sowjets mit diesen Lasern eindrucksvoll.

Die sowjetischen Experten wissen auch um das Militärpotential von sichtbaren Lasern und Lasern mit sehr kurzer Wellenlänge. Sie machen Untersuchungen mit ionisierten Gaslasern, freien Elektronenlasern und Röntgenlasern, und sie entwickeln seit mehr als einem Jahrzehnt Argon-Ion-Laser.

Sie könnten bis zum Ende der achtziger Jahre über Prototypen für Bodenlaser zu Verteidigungszwecken (Raketenabwehr) verfügen und Anfang der neunziger Jahre mit Tests für Bauteile zu einem umfangreichen Stationierungssystem beginnen.

Wenn sich die Technologie-Entwicklungen als erfolgreich erweisen, könnten die Sowjets Mitte bis Ende der neunziger Jahre mit der Stationierung von Anti-Satelliten-Lasern im Weltraum anfangen.

Seit Ende der sechziger Jahre befassen sie sich mit der Erforschung von Weltraumwaffen unter Einsatz von Partikelstrahlen. Experten des US-Verteidigungsministeriums schätzen, daß sie vielleicht schon Ende der neunziger Jahre einen Prototyp der Partikelstrahlenwaffe zur Zerstörung der Satellitenelektronik testen könnten.

Eine Waffe zur tatsächlichen Zerstörung des ganzen Satelliten würde zu einem späteren Zeitpunkt kommen. Noch viele weitere Jahre der Forschung wären wohl erforderlich, um eine Waffe zu produzieren, mit der Raketenantriebe oder Sprengköpfe direkt zerstört werden können.

Tatsache ist, daß die Bemühungen der Sowjets bei den Partikelstrahlen und insbesondere der Ionenquellen- und Funkfrequenz-Quadrapole-Beschleunigern für Partikelstrahlen beeindruckend sind. Viel von dem, was die Vereinigten Staaten darüber wissen, wie Partikelstrahlen in praktische Verteidigungswaffen verwandelt werden können, basiert in der Tat auf sowjetischer Arbeit auf diesem Gebiet, die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre gemacht worden ist.

Waffen mit kinetischer Energie

Die Sowjetunion hat Forschung betrieben durch Einsatz von starken Funkfrequenz-Signalen, die die kritischen Elektronikbauteile von Raketensprengköpfen oder Satelliten beeinträchtigen oder zerstören können. Sie könnte in der Lage sein, am Ende des nächsten Jahrzehnts eine Funkfrequenzwaffe im Teststadium zu haben, mit der sich Satelliten zerstören lassen.

Sowjetische Wissenschaftler haben auf dem Gebiet der Waffen mit kinetischer Energie zahlreiche Forschungsprogramme laufen, bei denen die Kollision einer kleinen Masse mit dem Ziel bei hoher Geschwindigkeit als Killer-Mechanismus eingesetzt wird. In den sechziger Jahren entwickelten die Sowjets ein experimentelles »Gewehr«, mit dem schwere Metallpartikelströme wie Wolfram oder Molybdän bei Geschwindigkeiten von fast 15,5 Meilen pro Sekunde in die Luft geschossen werden konnten.

Langstreckensysteme aus kinetischer Energie im Weltraum für Verteidigungszwecke gegen Raketen können von den Sowjets wahrscheinlich erst Mitte der neunziger Jahre oder später entwickelt werden. In naher Zukunft könnten sie allerdings ein Kurzstreckensystem im Weltraum stationieren, das für Satelliten oder Weltraumstation-Verteidigungszwecke oder einen Angriff durch einen beweglichen Satelliten nützlich wäre. Mit den sowjetischen Lenk- und Kontrollsystemen können effektive Waffen kinetischer Energie sehr wohl gegen Objekte im Weltraum eingesetzt werden.

Die meisten SDI-Experten behaupten, die Vereinigten Staaten seien in der Lage, die Sowjets einzuholen und sie zu übertreffen. Wahr ist allerdings, daß die Sowjets mehr Geld in ihre SDI-Forschung stecken als der US-Kongreß bereit ist, den amerikanischen Bemühungen zuzugestehen. □

ANC

Herzlicher Empfang für Tambo

James P. Tucker

Kräfte innerhalb des amerikanischen Außenministeriums, das der Sowjetunion schon lange dabei hilft, ihr Imperium auf dem ganzen Erdball zu erweitern, leisteten der Tyrannei einen weiteren Gefallen, als ein selbsternannter Terrorist und Führer einer südafrikanischen, kommunistisch beherrschten Terroristengruppe eine beispiellose Audienz bei US-Außenminister George Shultz erhielt, nachdem er zuvor von der Presse in den Vereinigten Staaten als Held gefeiert worden war.

Oliver Tambo, Führer des sowjetisch gestützten African National Congress (ANC), wurde begeistert beschrieben als die »einzige vereinigende Kraft der Schwarzen Südafrikas«, als er im National Press Club in Washington hundert Journalisten vorgestellt wurde.

Mit aller Ehrerbietung

In seiner Rede und einer daran anschließenden Fragestunde gab Tambo offen zu, daß sein ANC ein Zufluchtsort für Kommunisten sei, bestätigte, daß er Unterstützung von den Sowjets bekommt, sagte, daß er den Südafrikanern weiterhin Gewalt zufügen würde, auch den Zivilisten, und befürwortete die Foltermethode der »Halskrause«.

Die Halskrause ist die grausame Praktik für die Schwarzen in Südafrika, die verdächtigt werden, die Regierung in Pretoria gegenüber dem Blutbad und Chaos zu befürworten, das – der Geschichte nach zu urteilen – folgen würde, wenn der ANC den Sieg davonträgt. Die Halskrause besteht aus benzin-getränkten Reifen, die um den Hals gelegt und dann angezündet werden. Oft werden dem Opfer vorher noch die Arme abgeschlagen.

Nachdem Tambo respektvoll empfangen und ihm von Washingtoner Journalisten Beifall gespendet wurde, sprach er fast eine Stunde lang mit US-Außenminister Shultz und erhielt die Ehrerbietung, die einem Staatsoberhaupt entgegengebracht wird. Tambo hatte sich damit gerühmt, daß er in seiner offiziellen Rolle als Kopf einer Terrororganisation von vielen Staatsoberhäuptern empfangen worden sei, unter anderem von Michail Gorbatschow am 10. Oktober 1985.

Tambo wurde vorsichtig gefragt – wie eine Mutter ein kleines Kind fragt, was es vom Weihnachtsmann haben möchte –, ob der ANC militärische Hilfe von den Vereinigten Staaten benötigen würde. Er entgegnete, daß er im Augenblick ausreichend Militärhilfe erhielte und zwar von »den sozialistischen Staaten«, doch er forderte die Vereinigten Staaten auf, den marxistischen Regierungen von Afrika bei ihren Operationen gegen die Regierung in Pretoria zu helfen. Militärhilfe von den Vereinigten Staaten könnte in der Zukunft benötigt werden, sagte er. Auch dies wurde von der Presse freundlich aufgenommen.

Nach dem Treffen mit Shultz sagte Tambo, er habe »große Bereiche der Übereinstimmung« mit dem Außenminister gefunden. Tambo forderte Shultz auf, die wirtschaftlichen Sanktionen, die der US-Kongreß Südafrika auferlegt hat, um gegen die Apartheid zu protestieren, zu erweitern und andere Länder dahingehend zu beeinflussen, das Gleiche zu tun.

Bereiche der Übereinstimmung

Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums sagte, Shultz habe Tambo gesagt, daß er Gewalt mißbillige.

Als Tambo bestätigte, daß der ANC von Kommunisten beherrscht werde, verglich er dies mit »Martin Luther King jr., der auch eine Organisation führte, in der auch Kommunisten waren« und sagte, er zitiere Senator Edward Kennedy mit den Worten: »Jene, die eine friedliche Revolution unmöglich machen, machen gewalttätige Revolution unvermeidlich.«

Oliver Tambo wird vom amerikanischen Außenminister herzlich in Washington begrüßt.

Kennedy ist ein führender Verfechter von Sanktionen gegen Südafrika und hat die geächteten ANC-Führer besucht, die von Nachbarländern aus operieren.

Als er es ablehnte, die Foltermethode »Halskrause« zu verurteilen, sagte Tambo, es sei nötig, die Leute wissen zu lassen, daß einem noch Schlimmeres passieren könne, als von der Polizei getötet zu werden.

Am Tag vor seinem historischen Treffen in Washington erzählte Tambo einem Publikum an der Georgetown Universität, daß der Reichtum der Weißen unter den Schwarzen in Südafrika verteilt würde, wenn Apartheid jemals enden sollte, um »den verarmten Lebensstandard für Millionen in unserem Volk zu erhöhen«.

Mit Druck der Amerikaner einschließlich Sanktionen gelang es, das pro-amerikanische und stark anti-kommunistische Rhodesien zu Fall zu bringen. Jetzt Zimbabwe genannt, ist es ein sowjetischer Satellit mit einer totalitären Regierung und einem Ruf weitverbreiteter Brutalität.

In Angola, Mozambique, Afghanistan, Kuba, Nicaragua, Israel und anderswo haben die Karrieristen im amerikanischen Außenministerum gegen die Interessen der westlichen Sicherheit gearbeitet, um den Weltkommunismus und die sowjetische Expansion voranzutreiben.

Sanktionen bedeuten Not für die Schwarzen

Inzwischen hat die südafrikanische katholische Bischofskonferenz ihre Meinung geändert und stellt in einer neuen Studie fest, daß die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Südafrika gescheitert sind. Andernorts stimmen viele Quellen, insbesondere William Raspberry von der Washington »Post«, ein »Schwarzer«-Kolumnist und Apartheidgegner jetzt mit dem überein, wovor seit Jahren gewarnt wurde, nämlich, daß Sanktionen die Schwarzen in Not bringen, die dann ihre Arbeitsplätze verlieren, doch der starken anti-kommunistischen Regierung und pro-amerikanischen Regierung von Südafrika keine ernsthaften Schwierigkeiten bereiten werden.

Während Tambos sadistische Ansichten von der Establishment-Presse und dem amerikanischen Außenministerium warm aufgenommen wurden, blieb ihm doch eine Frage erspart, die die Befürworter von Sanktionen nicht konfrontieren wollten. Die Fragen der Journalisten werden auf Karten geschrieben, weitergegeben und ein Presseclub-Funktionär greift dann jene heraus, die er beantwortet haben möchte. Bei der Karte mit gesagter Frage runzelte er die Stirn, guckte nervös herum und legte sie dann beiseite. Die Frage an Tambo lautete: »Würden Sie auch ›Sanktionen‹ gegen die Sowjetunion wegen Unterdrückung ihrer Bürger befürworten?« □

ANC

Geisteskind der Zionisten

Leon Dobbs

Oliver Tambo, Präsident des African National Congress (ANC), kam von seinem Londoner Exil nach Washington, um zusammen mit den Freunden und Förderern der Organisation in Amerika den 75. Jahrestag der ANC-Gründung zu feiern.

Die Botschaft der gerade nicht aufmunternden Rede von Oliver Tambo vor weniger als 1500 Menschen kam an: der Frieden wird kommen für Afrikas 50 Millionen Schwarze – auf friedliche Weise, wenn möglich, doch auf gewalttätige Weise, wenn nötig. Es wurde klar, daß es zwar Kompromisse hinsichtlich Methode, doch nicht hinsichtlich des letztendlichen Ziels geben könnte.

Aufrechterhaltung der rassischen Instabilität

Anti-Apartheid-Aktivisten aus den gesamten Vereinigten Staaten drängten sich in der New Bethel Baptist Church, deren Pastor Reverend Walter E. Fauntroy ist, der Washingtoner Abgesandte im amerikanischen Repräsentantenhaus.

Nachdem sie Tambos 50minütige Rede angehört hatten, zogen sich viele seiner Anhänger für ein vertraulicheres Gespräch mit ihm ins Untergeschoß zurück. Unter ihnen befand sich eine Delegation von zwölf schwarzen amerikanischen Hebräern unter der Führung von Dr. Haraymiel Ben Shaleak, dem Leiter der Gruppe für öffentliche Angelegenheiten.

Man saß etwa zehn Minuten zusammen, als Ben Shaleak ein Thema ansprach, das die gesamte Versammlung sprengen sollte.

Ben Shaleak schlug vor, der ANC und die amerikanische Bewegung für ein »Freies Südafrika« sollten sich einmal der Verbindung der politischen Zionisten mit der Apartheid annehmen, die dem ganzen System zugrunde liegt.

Die Zionisten arbeiten an der Aufrechterhaltung rassischer Instabilität, um die Quelle billiger Arbeitskräfte, die durch die Entrechtung der Schwarzen geschaffen wurde, aufrechtzuerhalten, sagte er. Um die amerikanischen Bemühungen einer gerechten Außenpolitik im Hinblick auf Südafrika zu blockieren, fördern zionistische Propagandamacher die Rassentrennung.

»Die Wirtschaft der Apartheid ist das Geisteskind der Zionisten, die die Diamant- und Goldminen kontrollieren, die Banken und die multinationalen Unternehmen. Sie liefern der südafrikanischen Regierung über 70 Prozent ihrer Einnahmen ab und Israel gibt Südafrika unbegrenzte militärische Unterstützung«, sagte Ben Shaleak.

Haraymiel Ben Shaleak stellte Fragen nach der Zusammenarbeit zwischen ANC und Zionisten.

Die Intrigen der Zionisten

Shaleak fügte weiter hinzu, Israel liefere der südafrikanischen Regierung auch technologische und politische Unterstützung auf internationaler Ebene, »indem es dafür sorgt, daß es zu keinen umfassenden Sanktionen gegen die Botha-Regierung kommt oder daß sie kaum verwirklicht werden, sollten sie tatsächlich auferlegt werden«.

Während niemand Ben Shaleaks Aussagen in Abrede stellen konnte, wurde deutlich, daß keiner in leitender Position bereit war, das internationale zionistische Establishment zu konfrontieren. Statt dessen begegnete man Ben Shaleaks Bemerkungen mit einem verlegenen Hin- und Herschurren mit den Füßen.

Die Zionisten unter ihnen, die sich reichlich unter die Leute gemischt hatten, was sie bei schwarzen Gruppen immer tun, saßen da mit hochrotem Kopf und einem Gesichtsausdruck, als seien sie in eine Falle geraten, während sie von den übrigen plötzlich mit einem neuen Bewußtsein über die Doppelzüngigkeit der Zionisten angestarrt wurden.



Sowjetführer Michail Gorbatschow unterstützt den kommunistisch beherrschten ANC.

Randall Robinson, Präsident von Trans-Africa – einer afrikanisch-amerikanischen Lobby und Investmentfirma mit Sitz in Washington – und Anführer der Bewegung für ein freies Südafrika in den Vereinigten Staaten, stand nach ein paar unangenehmen, peinlichen Minuten des Schweigens auf und vertagte die Zusammenkunft.

»Mr. Tambo hat heute noch nichts gegessen. Warum belassen wir es an dieser Stelle nicht dabei«, sagte er und beendete die Sitzung abrupt, die mindestens zwei Stunden hätte dauern sollen.

Die Zuhörer waren über die Wende der Ereignisse eindeutig verblüfft, weil viele über weite Entfernungen hinweg hierhergekommen waren, um in direkten Kontakt mit dem Führer des ANC zu kommen, und das Treffen hatte nun lediglich zwölf Minuten gedauert.

Ein enger Freund Robinsons stimmte Ben Shaleaks Bemerkungen zu. »Das wahre Hindernis im Kampf gegen die Apartheid sind die wirtschaftlichen Interessen und politischen Intrigen der Zionisten«, sagte er. Er brachte auch seinen Ärger über den abrupten Abbruch der Sitzung zum Ausdruck sowie über das völlige Versagen, die ganze Frage zionistischer Beteiligung an der Aufrechterhaltung und Stärkung der Apartheid und Schwächung seiner Gegner zu behandeln.

Ein Anwesender bemerkte, daß Tambo zum Essen ging, während sich die übrigen von ihren Gedanken nähren durften. □



Südafrika

Geheimnis um die Afrikaner-Atombombe

Victor Marchetti

Bereits am Neujahrstag kündigte der südafrikanische Präsident P. W. Botha seinen Landsleuten in einer landesweit ausgestrahlten Fernsehrede für Mai 1987 – also zwei Jahre früher als geplant – die Ausschreibung von Neuwahlen an. Botha deutete an, daß er und seine National Partei in einer Wahlkampf-Plattform ihren Patriotismus zum Ausdruck bringen werden, der alle Weißen vereinigt und im Kampf gegen inländischen Terror und Einmischung aus dem Ausland zusammenschließt.

Beobachter der südafrikanischen Szene interpretieren Bothas überraschenden Schritt als Beginn der neuen »Laager«-Kampagne, eine metaphorische Anspielung auf die kreisförmige Aufstellung ihrer Wagen als Wagenburg, die in den Zeiten der Vorfahren üblich war.

Die Zuversicht besteht aus der Atombombe

Bei den beiden vorhergehenden Malen, als die National Partei bei Wahlen auf eine »Laager«-Kampagne baute – im Jahr 1977 und erneut im Jahr 1981 –, gewann sie haushoch. Die politischen Weisen sagen für die bevorstehenden Wahlen bereits wieder einen hohen Sieg voraus.

Bothas Beharrlichkeit und Zuversicht verwundert die Medien des Establishments und jene, die nach einer raschen Lösung für Südafrikas einzigartige und komplexe Rassenprobleme suchen. Doch die Botha-Regierung operiert aus einer Machtposition heraus und ist sich sicher darin, daß sie die Mittel hat zu überleben, während sie sich mit den internen Schwierigkeiten zur gegebenen Zeit und in der geeigneten Weise befaßt.

Der Schlüssel für Südafrikas Zuversicht und Stärke ist die Tatsache, daß das kampfgeschüttelte Land eine Nuklearwaffe – eine Atombombe – entwickelt hat und vielleicht vierzig Stück davon derzeit in ihrem geheimen Arsenal liegen.

Dies ist die vorsichtige Schätzung von amerikanischen Wissenschaftlern, die die Entwicklung in Südafrika auf dem Nuklearsektor in den vergangenen Jahren genau beobachtet haben.

Wie gut informierte Quellen weiter behaupten, ist den Weltmächten einschließlich der Sowjetunion das Nuklearpotential Südafrikas wohlbekannt, obwohl es von der südafrikanischen Regierung niemals bestätigt worden ist. Diese Tatsache wird von diesen mächtigen Nationen miteinbezogen, wenn sie es mit den Südafrikanern zu tun haben.

Verräterischer Lichtstrahl

Am Samstag, dem 22. September 1979, um 3 Uhr in der Frühe, verzeichnete ein amerikanischer Aufklärungssatellit über dem Atlantik vor der Westküste Südafrikas einen eigenartigen doppelten Lichtstrahl. Der Satellit mit dem Code-Namen Vela kommt aus dem wissenschaftlichen Labor von Los Alamos, einem der ersten nuklearen Forschungs- und Entwicklungszentren in den Vereinigten Staaten, und wurde vom amerikanischen Amt für Marineforschung betrieben.

Die Aufgabe von Vela: Orten von Nuklearwaffen in der Atmosphäre. Was von der wißbegierigen Weitwinkelkamera des Satelliten in diesen frühen Morgenstunden photographiert worden ist, wurde niemals offiziell verifiziert, doch die Merkmale des verräterischen Doppelblitzes waren unverkennbar. Es gab zuerst einen gleißenden Feuerstoß (Feuerball), der kurzzeitig – infolge des Luftdruckes – schwächer wurde, und dann folgte langandauernde Helligkeit – die sich ausbreitende Hitzewelle –, die allmählich abnahm.

Vela hat offensichtlich gute Arbeit geleistet: er hatte eine nukleare Detonation in der Atmosphäre geortet.

Drei Tage später, am Abend des 25. September, warnte Botha anläßlich einer Zusammenkunft von regionalen Parteifunktionären der National Party, von der kaum Notiz genommen wurde und die im Rathaus von Kapstadt stattfand, Südafrikas ausländische Feinde davor, daß das Land »hinreichend Waffen produzieren könnte und würde, um dem wachsenden Terrorismus im Inland und dem steigenden Druck von feindlich gesinnten Kräften im Ausland entgegenzutreten«.

»Wenn es Leute gibt, die sich überlegen etwas zu tun, so schlage ich vor, daß sie es sich zwei Mal überlegen. Sie könnten vielleicht feststellen, daß wir militärische Waffen haben, von denen sie nichts wissen«, warnte Botha.

Nach der Versammlung über seine herausfordernden Kommentare befragt, lehnte der »konservative« Führer es ab, sich darüber auszulassen. Doch Geheimdienstexperten in Washington und wahrscheinlich auch jene in Moskau wissen genau, was Botha damit meinte: Südafrika hat die Atombombe.

Vorbereitungen in der Kalahari

Die Sichtung des verräterischen Doppelblitzes durch Vela war nicht der erste Beweis dafür, daß Südafrika über ein Atomwaffen-Entwicklungsprogramm verfügt. Zwei Jahre zuvor, im August 1977, hatten sowohl amerikanische wie sowjetische Spionagesatelliten Anzeichen für umfangreiche Vorbereitungen zu Atomtests in der Wüste Kalahari im Nordwesten von Südafrika photographiert.

An dem Zweck der zahlreichen Türme, Bunker, Bohrlöcher, Kabel und Instrumente, die über diesen Ort in der verlassenen Wüste verstreut waren, gab es keinen Zweifel.

Moskau war es allerdings, die als erste der Welt die Atomtestvorbereitungen enthüllten und Südafrika beschuldigten, sie würden die Vernichtung ihrer marxistischen Nachbarn Mozambique, Zimbabwe und Sambia planen.

Die südafrikanische Regierung wies die Anschuldigung als kommunistische Propaganda zurück. Die Briten, Westdeutschen und Amerikaner stimmten jedoch bald in den Protest ein.

Schlimmer jedoch drohte der damalige US-Präsident Jimmy Carter mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Südafrika, falls die Regierung ihre Bemühungen auf dem Sektor der Atomwaffen-Entwicklung nicht einstellen würden.

Carter behauptete später triumphierend, er habe Pretoria das Versprechen entlockt, daß Südafrika »niemals eine Atombombe auf seinem Boden testen« würde.

Zwei Jahre später – als es seine Bombe über dem Atlantik getestet hat – erkannte Carter, daß man ihm einen Streich gespielt hatte. Interessanter jedoch war zu der Zeit, daß die südafrikanische Regierung die Beschuldigung nie zurückgewiesen hat, niemals nach Beweisen verlangte und sich niemals entschuldigt hat.

Ein Beamter der südafrikanischen Botschaft sagte mir: »Ihr Amerikaner habt uns im Stich gelassen. Warum sollten wir uns darum kümmern, was Ihr denkt?«

Dieser Informant meinte weiter: »Bei dem indischen Atomwaffentest im Jahr 1974 habt Ihr

Südafrika

Geheimnis um die Afrikaner-Atombombe

nichts gemacht. Damals kam es zu keinem internationalen Zwischenfall. Damals hattet Ihr äußerst wenig zu sagen. Und Ihr nahmt deren scheinheilige Erklärungen hin, daß es kein Atomwaffentest gewesen ist, sondern lediglich eine atomare Explosion zu friedlichen Zwecken.

Und was ist mit Israel? Ihr habt über deren Bomben seit Jahren Bescheid gewußt und nichts gesagt oder getan.«

Experten plädieren für Naturphänomen

Nach dem Vela-Vorfall berief Präsident Jimmy Carter – immer Humanist – einen Sonderausschuß ein, der die Angelegenheit untersuchen sollte. Aus dem Bericht des Ausschusses ging hervor, daß es sich bei dem, was Vela gesehen hatte, nicht um eine Nuklearexplosion gehandelt hat.

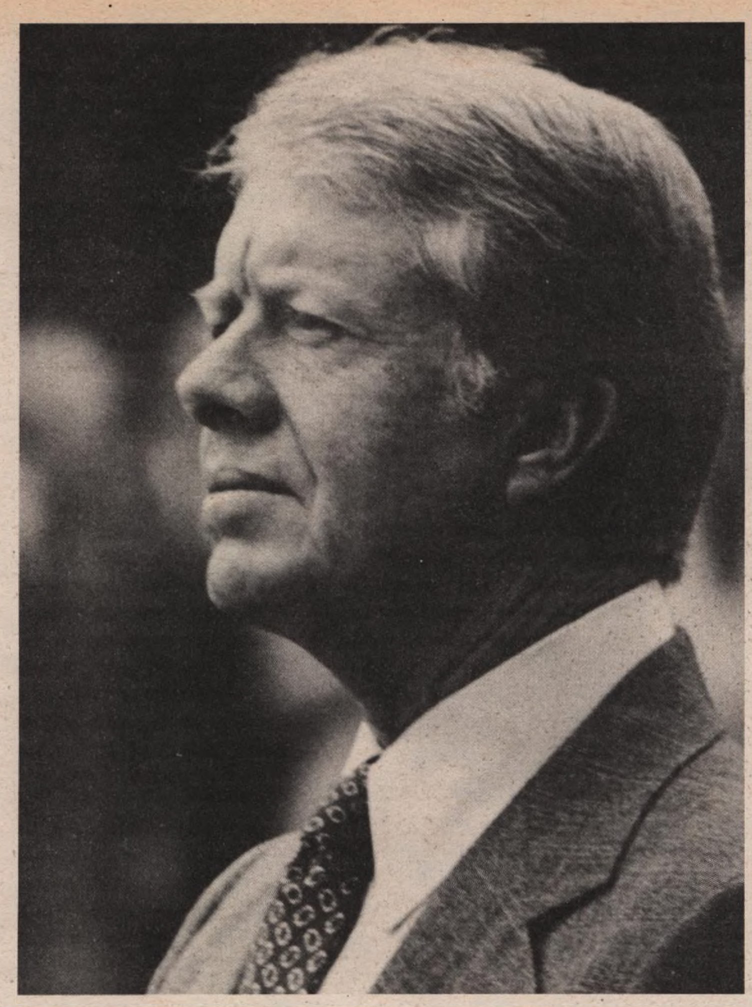
Stattdessen, so der Ausschuß, war es wahrscheinlich ein Naturphänomen – ein winziger Meteor von der Größe eines Sandkorns, der in die Atmosphäre der Erde eingetreten war und eine Explosion verursacht hat.

Wissenschaftler und Geheimdienstexperten, mit denen ich darüber sprach, finden diese Erklärung lächerlich:

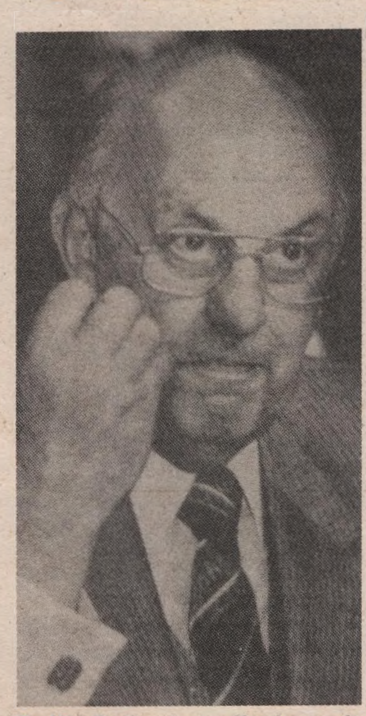
»Doch so ist es in der Politik«, sagte ein Informant. »Wenn die Realität den Politikern zuviel wird, ignorieren sie diese einfach.«

Damit man sich durch solche dummen bürokratischen Ausreden nicht geschlagen gibt, es gibt weitere Beweise dafür, daß Südafrika ein Atomwaffen-Potential entwickelt hat.

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern hat Südafrika ein reiches Uranvorkommen. Es ist sogar einer der führenden Exporteure auf der ganzen Welt für dieses seltene Mineral. Darüber



US-Präsident Carter ließ sich einreden, die südafrikanische Nuklearexplosion sei angeblich ein Naturphänomen.



P. W. Botha hat offenbar mit Israel ein Geheimabkommen über die Zusammenarbeit auf dem Nuklearwaffengebiet.

hinaus ist seine Uran-Anreicherungsanlage in Valindaba, im Nordwesten von Pretoria, eine der modernsten in der ganzen westlichen Welt, und da Südafrika nicht Unterzeichner des Abkommens über Nuklearwaffen-Beschränkungen ist, unterliegt diese Anlage nicht internationaler Kontrolle.

Amerikanische Atomwissenschaftler sind der Meinung, daß man in der Anlage von Valindaba – wo es bekanntermaßen möglich ist, das spaltbare Isotop U-235 des Urans von seinen natürlichen 0,7 Prozent auf 3 bis 4 Prozent anzureichern, die für eine Atomkrafterzeugung erforderlich wären – durch einen intensiven Recycling-Prozeß das Isotop auf 90 Prozent anreichern kann, die für Atomwaffen nötig wären.

Es war kein Zufall, wie einige US-Geheimdienstexperten meinen, daß Valindaba im Jahr 1975 die Arbeit aufnahm, nachdem der damalige US-Präsident Gerald Ford das vom CIA gegebene Versprechen brach, Südafrikas antikommunistische Bemühungen in Angola militärisch zu unterstützen.

Zwei Jahre später – kurz nach dem blutigen Aufstand in Soweto und Präsident Jimmy Carters »Menschenrechts«-Offensive gegen die Südafrikaner – gelangte die Anlage auf die Stufe der Brennstofferzeugung.

Die Waffenproduktion erfolgt wahrscheinlich in dem Werk der höchst abgeschirmten African Explosives Chemicals Industries in Somerset West in der Nähe von Kapstadt.

Im Interesse aller bleibt es ein Geheimnis

Somit hat Südafrika schon lange das Uran, die Möglichkeiten, es für Waffen-Produktion anzureichern und die nötigen Herstellungsmittel zur Erzeugung von Atomwaffen. Das einzige fehlende Stück in dem Puzzle war, wo und wann sie ihre Bombe testen würden.

Angesichts starken internationalen Drucks wurden die Vorbereitungen in der Wüste Kalahari aufgegeben. Doch zwei Jahre danach entdeckte Vela den mysteriösen Doppelblitz vor der Westküste Südafrikas.

Eine nachfolgende streng geheime Überprüfung aller verfügbaren Informationen, die vom Livermore-Labor in New Mexico – einem staatlich geförderten Nuklearforschungsinstitut – für den amerikanischen Geheimdienst vorgenommen wurde, ergab, daß auf den Vela-Photos tatsächlich eine atomare Detonation zu sehen war.

Der Bericht enthüllte auch den Bereitstellungsraum für den geheimen Test, ein obskurer Fischereihafen in der Saldanha Bay.

Bis zum heutigen Tag jedoch hat die US-Regierung diese Informationen dem amerikanischen Steuerzahler und der Weltöffentlichkeit nicht zugänglich gemacht und die südafrikanische Regierung hat es vorgezogen, zu dem Thema Stillschweigen zu bewahren.

»Offenbar«, so ein früherer CIA-Beamter, der einst in Südafrika stationiert war, »liegt es im Interesse aller Beteiligten, einschließlich der Sowjets, das Geheimnis um die ›Afrikaner Bombe‹ für sich zu behalten.« □

Südafrika

Gemeinsamer Atomtest mit Israel

Victor Marchetti

Nach Meinung von Experten gibt es Indizienbeweise dafür, daß es zwischen der Nuklearentwicklung in Südafrika und der Israels einen Zusammenhang gibt. Als Carl Duckett, der damalige CIA-Chef für Wissenschaft und Technologie in einer Anhörung im amerikanischen Senat 1976 enthüllte, er sei der Meinung, Israel stände unmittelbar vor der Produktion einer Nuklearwaffe, traf diese Aussage auf Überraschung und Bestürzung. Die Israelis wiesen die Vermutung des Geheimdienstes rasch zurück.

Die amerikanische Regierung behauptete ebenso schnell, sie habe keinen sicheren Beweis, um Ducketts Aussage stützen zu können. Duckett nannte das Werk in Dimona in der Negev Wüste als wahrscheinliche Produktionsstätte für die israelische Atombombe. Später wurden Anfragen von Journalisten und besorgten Wissenschaftlern zur Besichtigung der Anlage in Dimona von der israelischen Regierung abgelehnt mit dem Argument, man sei kein Unterzeichner des Abkommens über die Nichtweitergabe von Atomwaffen.

Gemeinsamer Nuklartest

Schließlich gerieten Ducketts Enthüllungen in Vergessenheit, außer bei einigen wenigen Interessierten. Im letzten Jahr allerdings – ein Jahrzehnt, nachdem der CIA-Beamte die Welt erstmals aufschreckte – wurde er bestätigt, als Mordechai Vanunu, ein ehemaliger Techniker von Dimona, der australischen Presse und auch den Nachrichtenmedien in Großbritannien enthüllte, daß Dimona tatsächlich Israels Atombombenfabrik sei.

Für seine Indiskretion wurde Vanunu in Italien vom israelischen Geheimdienst Mossad gekidnappt und wartet jetzt auf seine Verurteilung wegen »Landesverrat« in Jerusalem.

Seltsamer ist allerdings, daß innerhalb eines Jahres nach Ducketts erster Enthüllung Südafrika sich anschickte, seine eigene Atombombe in der Kalahari-Wüste zu testen und zwei Jahre danach zündeten sie eine Atomwaffe vor ihrer Westküste im Atlantischen Ozean.

Die Geschwindigkeit, mit der die Südafrikaner ihr Nuklearprogramm absolvierten, ist für wissenschaftliche Beobachter höchst erstaunlich und viele vermuten, daß sie dabei Hilfe von außen hatten. Diesen Experten zufolge hat Südafrika mit Israel einen Handel abgeschlossen. Im Gegenzug für Israels technologische Unterstützung gab Südafrika dem zionistischen Staat eine Gelegenheit, an einem gemeinsamen Nukleartest teilzunehmen. Südafrika willigte wahrscheinlich auch ein, die Israelis ständig mit angereichertem Uran zu versorgen.

Südafrikas Waffen kommen aus Israel

Wissenschaftler und Militärs beider Länder erkannten, daß keiner von beiden seiner Nuklearmacht sicher sein würde, wenn man keinen richtigen Test durchführt. So war das, was der Vela-Satellit gesehen hat, sehr wahrscheinlich nicht nur ein südafrikanischer Test, sondern auch ein isrealischer.

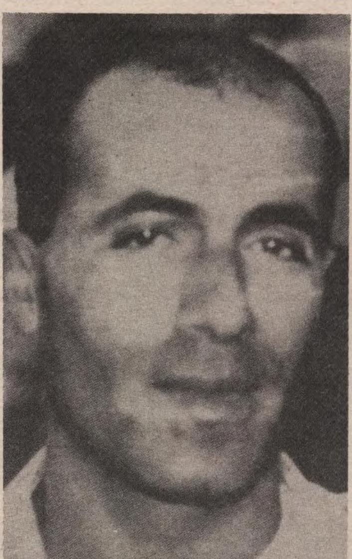
Diese These wird unterstützt durch die Tatsache, daß Südafrika und Israel seit langem enge militärische und geheimdienstliche Beziehungen unterhielten. Israel ist Südafrikas Hauptwaffenlieferant. Ihre geheimdienstlichen Verbindungen sind, obwohl im Dunkel, offenbar ähnlich enger Natur.

Im Jahr 1978, auf der Höhe südafrikanisch-israelischer atomarer Zusammenarbeit, kam es zu einem seltsamen Austausch von Spionen, bei dem die Vereinigten Staaten einen berüchtigten ostdeutschen Agenten eintauschten, der tief in den amerikanischen Militärbereich eingedrungen war und die Identität eines Robert Thompson angenommen hatte.

Im Gegenzug bekamen die Vereinigten Staaten einen unbedeutenden Vertragsagenten, Alan Van Norman, zurück. Um das Ganze aufzuwerten, deuteten die Sowjets an, daß sie eventuell bereit wären, schließlich einen Handel mit Anatoly Scharansky, den in den Medien intensiv behandelten jüdischen »Dissidenten« zu machen, der dann Jahre später eingetauscht wurde.

Der Thompson-Van Norman-Austausch war von Samuel Flatto-Sharon arrangiert worden, einem Mitglied des israelischen Knesset und einem in Frankreich gesuchten Verbrecher.

Ein kaum bekanntes Detail dieses Spionen-Austausches verlangte die Freilassung von Miron Marcus, einem israelischen Agenten, der damals in Mozambique im Gefängnis saß. Als er von Marxisten in Mozambique festgenommen wurde, hatte Marcus von Südafrika aus operiert. □



Mordechai Vanunu, ehemaliger Techniker von Dimona, hat die israelischen Atomgeheimnisse verraten.



Südafrika

Anton Rupert – Wunderknabe oder Abtrünniger?

S. E. D. Brown

Viel könnte über das südafrikanische Volk und ihr politisches Instrument, die Nationalpartei, geschrieben werden. Doch was immer auch geschehen sein mag bis zu dem Zeitpunkt, als Mr. Vorster Dr. Verwoerd im Jahr 1966 als Premierminister ablöste, es war etwas, das seinen Ursprung in der Antike hatte und mit dem sie weit gekommen waren. Sie besaßen einen scharfen Sinn für Identität, einen Instinkt für die Erhaltung jener Dinge, die sich in der Vergangenheit als gut erwiesen hatten, einen vorsichtigen Hang zur Tradition, die Entschlußkraft, als Weiße ihre Rasse und nationale Integrität zu bewahren; mit anderen Worten, eine natürliche Begabung dafür die Lebenseinheit zu erhalten. Bei all dem besaßen sie aber auch immer noch die Stärke, eine eigene Meinung zu vertreten.

Die ehemaligen Führer der Nationalpartei Südafrikas, von General Hertzog bis Dr. Malan, Mr. Strijdom und Dr. Verwoerd waren Männer, die der Weltmeinung unbeugsam entgegengetreten sind und ihr Werk vertreten haben. Es waren große Führer ihres Volkes, die den tiefen Wunsch nach Selbsterhaltung und Selbsterfüllung, der der Natur des Menschen innewohnt, artikulierten und ihm einen praktischen Ausdruck verliehen. Dieser innewohnende Instinkt ist einfach der Wille zu leben und der den gesunden, lebenden Organismus vom kranken und sterbenden Organismus unterscheidet.

Den Prozeß zu Ende führen

Und heute? Die Erhaltung, die Kultur, die Kirche, Politik und Presse des südafrikanischen Volkes einst zu einer festen und exklusiven Einheit zusammengefügt hat, dieser Konservatismus wird jetzt von der gegenwärtigen Parteiführung absichtlich zerstört.

Pragmatismus und materieller Wohlstand haben blind gemacht für die Realität, daß die Menschen, die es zulassen, von der Vergangenheit abgeschnitten zu werden, auch von der Zukunft abgeschnitten werden. Heute sehen wir wie die einst mächtige Nationalpartei ihren wahren Charakter, ihren Idealismus und ihren Genius der Vergangenheit verliert. Sie besitzt zwar weiterhin ihre äußere Form, doch nichts mehr von ihrem Wesensgehalt und ihrer Lebenskraft.

Was wir hier wirklich beobachten, ist, wie ihr Nationalismus und Konservatismus – und das südafrikanische Volk selbst – absichtlich von jenen zerstört wird, die es wagen sich immer noch als Nationalisten und Konservative zu bezeichnen.

Der Führer, der den Niedergang des südafrikanischen Volkes und den der Nationalpartei begonnen hat – sowie den des weißen Mannes in Südafrika –, war der frühere Premierminister B. J. Vorster, der zum Zeitpunkt seiner Ernennung auf den Stufen zum Senat versprach, er würde »mit Gottes Gnaden« den Weg weiterverfolgen, den Hendrik Verwoerd eingeschlagen hat. Er hat es nicht getan.

Der Wunderknabe des Afrikanertums

Der Führer, der heute den Prozeß nationaler Disintegration zu Ende führt, ist der gegenwärtige Premierminister P. W. Botha, der gewissenhaft in die Fußstapfen – die mehrrassigen Fußstapfen – seines Vorgängers und Mentors Mr. Vorster getreten ist.

Doch wenn die Geschichte unserer Gegenwart einst geschrieben wird, so wird ein weiterer prominenter Südafrikaner erwähnt werden, der in keinem geringeren Maß zum Untergang des südafrikanischen Volkes beigetragen hat und noch dazu beiträgt.

Es handelt sich dabei um den gleichen, der in den fünfziger Jahren das Afrikanertum dem amerikanischen und westlichen Liberalismus geöffent hat und es seither dafür weit offenhielt.

Es ist kein anderer als der »Wunderknabe« des Afrikanertums, Dr. Anton Rupert, der Multimillionär, Zigarettenkönig, Bier- und Brandybaron, Bewahrer nationaler Monumente und nicht zu vergessen ein Banker und Förderer der Künste.

Rupert stieg von einem kleinen Tabakgeschäft in Braamfontein in den Kriegsjahren und einer Reinigungsfirma nach dem Krieg zum heutigen Multimillionär auf, der die Rockefellers und Rothschilds sowie andere führende Bilderberger, Trilaterale und Angehörige des Council on Foreign Relations (CFR) zu seinen persönlichen Freunden zählt, die samt und sonders die kollektivistische »neue Weltordnung« zum Ziel haben.



In einer außergewöhnlichen Rede anläßlich des Jahreskongresses des Afrikaanse Handelsinstitut im Jahr 1979 wich Anton Rupert von seinem gewohnten Weg ab und verurteilte die Angriffe auf Senator Owen Horwood wegen dessen Rolle, die er im Informationsskandal gespielt hat; sie seien ausgelöst worden von den »logischen Nachfolgern eines Cecil John Rhodes, dem Mann, der den Jameson-Angriff organisiert und mitgeholfen hat, den Krieg zwischen Engländern und Buren zu entfachen«.

Es waren auch, so sagte er, die Nachfolger jener, die die Diamantenfelder des »Freien Staates« annektiert hatten und Transvaal wegen seines Goldes annektieren wollten, und »jene, die immer noch versuchten, unser Land zu kontrollieren durch die Finanzierung linksgerichteter politischer Parteien und Zeitungsgruppen«.

Verbindung zu den Rothschilds

Rupert sagte, auch Senator Horwood sei das Ziel persönlicher Angriffe, weil er ein »Freund der Afrikaner« sei. Doch könnte es etwas zynischeres geben als Ruperts Lage und diese Aussage?

Rupert war ein Mitglied des Abe Bailey Trust, eines Organs, das praktisch die Kontrolle über die englische Presse in Südafrika ausübt. Diese Mitglieder werden vom Rhodes Trust ernannt, genau den Leuten, die Rupert zu jener Zeit plötzlich angegriffen hat. Es sind genau die gleichen Leute, die soviel Vertrauen in Anton Rupert hatten, daß sie ihn zum Mitglied des Abe Bailey Trust ernannten.

Außerdem steht Rupert heute in enger Verbindung mit den Nachfolgern der Partner von Cecil Rhodes, nämlich den Rothschilds. Es ist bekannt, daß die Rothschilds ungeheuere Macht und Einfluß auf Cecil Rhodes bei dessen Erwerb der De Beers-Diamantenminen und einem großen Teil der Goldgewinnungsindustrie hatten.

Heute befinden sich Mitglieder der Familie Rothschild in zahlreichen Vorständen von Ruperts Firmen und sie sind – ebenso wie die Rockefellers – Gäste von Rupert in Stellenbosch, wann immer sie in Südafrika weilen.

Ruperts Aussage, Senator Horwood würde angegriffen, weil er ein »Freund der Afrikaner« sei, war natürlich auch der größte Unsinn. Was er vergaß zu erwähnen, war die Tatsache, daß Senator Horwood seit langem ein enger, ideologischer Freund von ihm war – und zwar seit den fünfziger Jahren, als sie beide Berater von Chief Jonathan von Lesotho waren.

Es waren auch diese beiden Männer, die im Januar 1967 das große Essen für Chief Jonathan im Mount Nelson Hotel in Kapstadt arrangierten, an dem der Außenminister und andere prominente Regierungsmitglieder teilnahmen – ein Ereignis, das den Beginn von Vorsters Mehrrassen-Ära markierte.

Als Senator Horwood noch Mitglied des weit links stehenden Südafrikanischen Instituts für Rassenbeziehungen war, wurde er dann von Rupert in dessen Management-Ausschuß berufen und später noch in den internationalen Ausschuß des weit links stehenden amerikanisch-südafrikanischen Manager-Austausch-Programmes.

Danach dauerte es nicht mehr lange, bis Senator Horwood – immer noch Mitglied des Südafrikanischen Instituts für Rassenbeziehungen – durch Ruperts Einfluß Mitglied der Nationalpartei wurde und rasch in das Vorster-Kabinett gelangte, erst als Wirtschaftsminister und später als Finanzminister – was in beiden Fällen von Harry Oppenheimer und anderen Männern des großen Geldes sehr begrüßt wurde.

Der tödliche politische Einfluß

Kein Wunder also, daß Rupert den Senator stark unterstützte, einen Mann, der den innersten Kabinettskreisen angehörte und der über Geld und Steuern die gesamte Innen- und Außenpolitik Südafrikas beeinflussen konnte und dies auch tat.

Dies schließt auch die »neue Mehrrassen-Ära« ein, die für das Land jetzt begonnen hat und die Milliarden von Rand, die von den Banken in New York geliehen wurden und die Südafrika heute wirksam unter Druck setzen und ausquetschen in ihrem Entschluß, den weißen Mann und sein Land zu Fall zu bringen – koste es, was es wolle.

Mit Hilfe des amerikanisch-südafrikanischen Manager-Austausch-Programmes öffnete Rupert zuerst die Türen des Afrikanertums für den amerikanischen und westlichen Liberalismus und hat seither intensiv dazu beigetragen, sie weit offen zu halten.

Es handelte sich dabei um das Austausch-Programm, in dem einst erklärte afrikanische Nationalisten und Konservative aktiv mit erklärten amerikanischen Feinden des weißen Südafrikas zusammengearbeitet haben.

Das Programm, das im Jahr 1958 von Rupert und seinen amerikanischen Freunden gegründet und vorgeblich dazu gedacht war, »Brücken des Verstehens« zwischen Südafrika und den Vereinigten Staaten zu bauen, erwies sich allerdings rasch als das, was es wirklich war, nämlich ein höchst geschicktes amerikanisches Unternehmen, das von amerikanischen, totalitären Liberalen ausdrücklich dazu bestimmt war in Südafrika eine Organisation zu schaffen, um erstens in afrikanische Führungskreise einzudringen; zweitens, Druck und Einfluß an den richtigen Stellen auszuüben, um in der südafrikanischen Regierung einen raschen wirtschaftlichen und sozialen Wandel und in der Politik der separaten Entwicklung eine Veränderung herbeizuführen.

Wenn man sich nun heute in Südafrika umschaut – wie erfreut müssen diese totalitären Liberalen in Amerika dann wohl sein, wenn sie feststellen, daß ihre Bemühungen so rasch von Erfolg gekrönt sind.

Und die ganze Zeit war dabei die Hand und der tödliche Einfluß von Anton Rupert in der politischen Richtungsänderung der Nationalpartei und der Gestaltung ihrer Politik seit der Ermordung von Dr. Verwoerd erkennbar.

Ruperts Hand und Einfluß waren ebenfalls deutlich erkennbar in der neuen Mehrrassen-Verfassung der Regierung; in deren Annahme der Wiehahn- und Riekert-Empfehlungen; in deren Engagement jegliche Rassendiskriminierungen zu beseitigen; in ihrer Politik des Verzichts von seiten des weißen Mannes in Rhodesien und Südwestafrika; und in ihrer Nichteinmischung in den kommunistischen »Wandel« in Mozambique und Angola.

Die wahren Feinde der Menschheit

Darüber hinaus war sein schädlicher Einfluß seit langem erkennbar in der Planung eines wirtschaftlichen gemeinsamen Marktes für das ganze südliche Afrika von seiten der Regierung und über die – in einer Art Gehirnwäsche war der Glaube entstanden – wirtschaftlichen Überlegungen alle sozialen, Rassen- und politische Probleme des südlichen Afrika einschließlich Südafrika zu lösen.

Die gesamte politische Kontrolle in Südafrika würde dann allerdings in die Hände von Männern mit dem großen Geld fallen: die Harry Oppenheimers und Konsorten und die neureichen Afrikaner wie Anton Rupert und seinesgleichen. Und schließlich und unweigerlich wird sie in die Hände ihrer finanziellen Oberherren, der Männer der internationalen Finanzwelt gehen.

Die schrecklichsten dieser Männer der internationalen Finanzwelt, die heute an der Spitze der Weltmacht stehen – und die hinter einer Fassade von Menschenliebe und Anständigkeit agieren und teuflischer sind als jeder Kommunist –, ist David Rockefeller und sein Clan, das sind die Rothschilds und ihre Sippe, die letztendlich die Kontrolle politischer, wirtschaftlicher und militärischer Macht über die gesamte menschliche Rasse mittels einer neuen Weltordnung und Weltregierung anstreben.

Dies sind die Männer – die wahren Feinde der Menschheit –, die die Menschen auf der Welt systematisch aller Macht für eine Selbstverwaltung berauben und den weißen Mann, seine Nationen und seine Zivilisation zwischen dem goldenen Amboß in New York und dem Hammer von Moskau erbarmungslos zermalmen.

Denk-Tanks, die den Weltinteressen der Rothschilds, der Rokkefellers und der internationalen

Anton Rupert – Wunderknabe oder Abtrünniger?

Finanzkabale in New York dienen, sind in der westlichen Welt wie Pilze aus dem Boden geschossen. Ihre Einführung in Südafrika durch politische Freunde und Verbündete der Rothschilds und Rockefellers war nur eine Frage der Zeit und Anton Rupert, ein ehrgeiziges Mitglied des »neuen Priestertums« der Finanzwelt, hat in Stellenbosch bereits seinen eigenen futuristischen Denk-Tank gegründet.

Insgesamt bringen diese Denk-Tanks Berge von Monographien, Berichten, Büchern, Papieren und Umfragen über Themen hervor, die von einem neuen Werbeslogan für Rupert-Zigaretten, -Bier oder -Brandy bis zum Anschließen eines menschlichen Gehirns an einen Computer reichen. Ihre Bedeutung für das internationale Finanzestablishment ist von unermeßlicher Größe.

Ablehnung von Nationalismus

Viele Südafrikaner und alte Rhodesier werden sich noch an den Schock und die Überraschung erinnern, als im Jahr 1965 bekannt wurde, daß eine der beiden großen Zigarettenfirmen in Rhodesien, die Zigaretten an die schwarzen Widerständler in Gonakudzinga verschenkte, keine andere war als die Rothmans (Rhodesia) Ltd., deren Muttergesellschaft Anton Ruperts Rembrandt-Organisation ist.

In der Geschäftsleitung der rhodesischen Firma saßen Rupert, Lord Malvern und Sir Francis de Guingand, der Vorsitzender der südafrikanischen Stiftung war sowie Vorsitzender von Rothmans und Pall Mall und einer jener Männer, die zu Ruperts »rechter Hand« zählten.

Bei diesen Widerständlern handelte es sich um einige Gauner, die der Einschüchterung, Brandstiftung, des Mordes, Bombenlegens und aller möglichen anderen Arten von Gewalt in Rhodesien beschuldigt wurden.

Nach Sharpeville im Jahr 1960 zeigte Rupert zum ersten Mal eine empfindliche Reaktion darauf, daß er mit der Nationalpartei und der aktuellen Regierung in Zusammenhang gebracht wurde. Es erging ein allgemeiner Aufruf zum Boykott sämtlicher »nationalistisch kontrollierter« Firmen und Rupert verlor keine Zeit, eine ganzseitige Anzeige in einer Kapstadter Tageszeitung zu veröffentlichen, in der er gerichtliche Schritte gegen jedermann androhte, der behaupten würde, seine Firmen seien von Nationalisten kontrolliert.

Dieses Zurückweisen von Verbindungen zum afrikanischen Nationalismus hat der Nationalpartei damals sehr geschadet, und von da an betrachteten ihre Führer ihn nicht mehr als Nationalisten, sondern als Liberalen und Internationalisten.

Rupert war der Nationalpartei von Strijdom und Dr. Verwoerd immer feindlich gesonnen und hegte Argwohn gegen deren Tagespolitik. Da war zum Beispiel seine Rede in New York in den sechziger Jahren, in der er von Verwoerd spöttisch als dem »in Amsterdam geborenen Apostel der Apartheit« sprach, während er Albert Luthuli, einen Gegner der Regierung, in äußerst schmeichelhaften Worten beschrieb.



»Wenn der Lümmel so weiter wächst, werde ich ihm bald nicht mehr in die Tasche greifen können!«

Während der Führung von Verwoerd gab es tatsächlich keine große oder gar keine Zuneigung zwischen den beiden Männern und bei ihrem letzten Treffen, kurz vor seinem Tod, beorderte Dr. Verwoerd Anton Rupert aus seinem Büro in den Union Buildings.

Rupert war es auch, der Bobby Kennedy zu einem Frühstück zu sich nach Hause eingeladen hat und ihm den Sherry für alle seine Partys lieferte, als sich Bobby – in seiner Eigenschaft als amerikanischer Justizminister – ein wenig frei genommen hatte von seiner Aufgabe, Aufruhr und Revolution in den USA anzuheizen und nun dies in Südafrika versuchte zu tun, indem er vor Studenten der Witwatersrand-Universität und auch der Stellenbosch-Universität – in Ruperts Heimatstadt – sprach.

Die Führer der Verwoerd-Regierung hatten es damals abgelehnt, auch nur irgend etwas mit dem Kennedy-Besuch zu tun zu haben.

Geübt in liberaler Politik

Es muß nicht erwähnt werden, daß Rupert ein Geschick entwikkelt hat, in der liberalen Art alles, je nachdem wie es ihm paßt, auf zweierlei Art zu betrachten und dabei zu hoffen, daß der Zuhörer oder Leser nach einigen Absätzen oder Seiten vergessen hat, was zuvor zu einem bestimmten Thema gesagt wurde.

Rupert hat seinen Zuhörern mit einer Art feierlicher Warnung immer gern versichert, daß »wir Weißen überall – und natürlich vor allem in Südafrika – eine ›wahre Partnerschaft‹ mit anderen Rassen eingehen müssen«, denn »weil wir das an anderen Orten nicht taten, mußten wir gehen: die Holländer aus Indonesien, die Briten aus Indien, die Franzosen aus Indochina«.

Solche Reden haben natürlich unkritische Geister beeindruckt, die vergessen haben, daß die Holländer von den Briten und Amerikanern aus Indonesien vertrieben worden sind, die ihre militärische Stärke zu Lande und zu Wasser nutzten, um die Holländer daran zu hindern, ihren Besitz nach der Niederlage Japans wieder einzunehmen; daß die Briten von Verrätern in London aus Indien vertrieben wurden und daß die Franzosen in Indochina wiederholt von akkreditierten Vertretern der Regierung in Washington hinterrücks überfallen worden sind – das gleiche, was den Weißen heute in Rhodesien, Südwestafrika und Südafrika passiert.

Rupert beherrscht seit langem die Kunst, ohne mit der Wimper zu zucken, die unverschämtesten Behauptungen aufzustellen und auf die Höflichkeit seiner Zuhörer zu rechnen, um einem Angriff zu entgehen.

»Wir brauchen in unserem Land einen Rassendurchbruch. Wir müssen ein kompetentes Gremium von ausgezeichneten Beamten und Wissenschaftlern in jedem neu entstehenden Staat in Afrika schaffen und bezahlen.«

Solche großartigen Sprüche würzen seine scheinbar trivalen und langweiligen Reden und Bücher mit immer wieder gleichen Inhalten, getragen natürlich vom kalkulierten Risiko, daß jemand aus dem Publikum, der es sich noch nicht abgewöhnt hat, seinen gesunden Menschenverstand einzusetzen – was heute nur noch bei wenigen afrikanischen Nationalisten und Konservativen der Fall ist – so unverschämt sein könnte und fragt: »Warum? Bitte, warum?«

Vor einigen Jahren kokettierte Rupert vor Studenten der Universität von Pretoria als Nationalist und Konservativer und versicherte ihnen, daß man »den Wohlstand überall teilen müsse«, um »den Kommunismus zu bekämpfen«, und soweit wir erfahren konnten, brachen die anwesenden Studenten nicht in schallendes Gelächter aus.

Das veranlaßte Rupert wahrscheinlich, das gleiche Geschwätz bei südafrikanischen Geschäftsleuten zu führen, und soweit wir erfuhren, brachen auch sie nicht in Gelächter aus.

»Ich bin ein Weltbürger«

Außerdem hat Rupert oft gesagt, er »könne nicht schlafen, wenn die Schwarzen jenseits un-

serer Grenzen nichts zu Essen haben« – wahrscheinlich, wenn sie seine Zigaretten nicht rauchen können.

Er hat uns auch gesagt, wir sind von Afrika, wir müssen Afrika mit den Augen Afrikas anschauen und nicht mit den Augen von Schwarzen, Farbigen und Weißen. Wir sind alle »weißhäutige Afrikaner«, hat er uns immer gerne erzählt.

Offenbar ist die Geschichte Afrikas in den letzten zwei Jahrhunderten ihm nicht ganz gefolgt: wenn die Weißen die Schwarzen wie Weiße behandeln, dann beginnen die Schwarzen die Weißen wie Schwarze zu behandeln.

Rupert ruiniert auch die Wirkung seiner Reden immer wieder, wenn er ständig stolz damit herausplatzt: »Wir haben eine moralische Pflicht unsere Reichtümer mit den Unterentwickelten zu teilen.« Aber auch andere mitreißende liberale Behauptungen sind interessant, bis man sich fragt, wer seine »moralische Pflicht« vorschreibt und wie seine Art des »Gebens durch Teilen« wohl zu einem anderen Ergebnis in Afrika führen wird, das wir nie erfahren werden.

Südafrikas Wunderknabe der kosmopolitischen Finanzwelt erzählt uns in seinen Reden auch wieder und wieder: »Ich bin ein Weltbürger.« Wir können sicher sein, daß Südafrikaner sehr gut wissen, daß ein »Weltbürger« im Geiste oder in irgendeiner anderen Art, außer in einer juristischen Definition, kein Bürger irgendeiner Nation sein kann. Per Definition ist ein Kosmopolit laut dem Oxford Dictionary »ein Bürger der Welt; jemand ohne nationale Bindungen oder Voreingenommenheit. Oft im Gegensatz zu einem Patrioten«.

Um festzustellen, was Rupert unter einem »Weltbürger« versteht, muß man nur seine Aussagen sorgfältig lesen. Obwohl er viel von verschiedenen Ländern und den Freuden der »Verschiedenartigkeit« unter ihnen redet, ist doch die einzige Nation im Sinne von Rassen- und kultureller Einheit, der er Achtung entgegenbringt, Israel, das er immer in liebevoller Verehrung erwähnt.

Die anderen sind einfach Territorien oder allerhöchstens ephemere Ansammlungen, die durch die unwiderstehliche Kraft historischen Fortschritts unvermeidlich zerstört werden. Er sagt nicht direkt, daß eine Weltregierung erforderlich ist, er nimmt das einfach für selbstverständlich.

Multirassismus und Internationalismus

Rupert behauptet natürlich immer, er sei kein »Liberaler« und sagt rundherum, »es ist tragisch, wie Linksliberale ihre eigene Verantwortung für den gegenwärtigen Stand der Dinge nicht verstehen.«

Doch niemals in seinen ganzen Reden weist er die Wahnvorstellungen, die diese »Liberalen« entweder aus Dummheit oder aus Bosheit uns aufzuzwingen versuchen, zurück oder stellt sie bloß.



»Wir werden die Welt beherrschen!«

Die schrecklichsten dieser Wahnvorstellungen sind natürlich der »Internationalismus«, der »Multirassismus«, der »Multinationalismus« und die »Machtteilung«, die er beschreibt, wenn er durch die Welt reist, um nach seinen einunddreißig Fabriken in einundzwanzig Ländern und deren Milliarden Dollar-Gewinnen zu sehen – während die armen Sterblichen in Südafrika sitzen müssen und zu Hause seine Zigaretten rauchen dürfen, jede ein »Meisterstück« und ein »internationaler Freibrief für Raucherfreuden« – oder vielleicht über seinen Internationalisten-Freibrief für Südafrikas nationalen Niedergang nachdenken zu dürfen.

Obwohl Ruperts Äußerungen und seine Pläne für Südafrika zweifellos die Zustimmung seiner mächtigen Freunde finden, den Multimillionären der Rothschilds und Rockefellers – die als Geschäftsherren oder Makler jetzt so viel auf dem Globus ihr eigen nennen und hoffen irgendwann alles zu besitzen, einschließlich Südafrika und das ganze südliche Afrika – ist doch die unmittelbare und ernste Frage, ob Ruperts Erscheinen am internationalen Finanzfirmament die Aushöhlung und den nahenden Zusammenbruch seiner eigenen weißen Nation und deren politischen Werkzeug, der Nationalpartei, ankündigt.

Die Antwort darauf lautet: Ja.

Anton Ruperts tödlicher Liberalismus und Internationalismus hat sich seit nunmehr über fünfundzwanzig Jahren in jeder Ekke und jedem Winkel des Afrikanertums ausgebreitet, einschließlich der Deutsch-Reformierten Kirchen und in jedem Bereich des nationalen Lebens Südafrikas. Damit wurde die rassische und nationale Integrität Südafrikas unterminiert.

Dazu ein Beispiel: In den vierziger Jahren, als die Rembrandt-Gruppe ihren Hauptsitz in Stellenbosch gründete, war die Stellenbosch-Universität noch die Wiege des afrikanischen Nationalismus und Konservatismus. Heute, unter Ruperts Einfluß, ist die Stellenbosch-Universität zur Wiege des Liberalismus und Internationalismus geworden – und Stellenbosch selbst wird von vielen als »Ruperts Stadt« angesehen.

Als jahrelanger »Königsmacher« der Nationalpartei hinter den Kulissen wurde sein schädlicher Einfluß auch offenbar bei der außergewöhnlichen Ernennung von Dr. Denis Worrall zum Senator der Nationalpartei in Kapstadt im Jahr 1974.

Worrall, ein waschechter Internationalist, zeit seines Lebens ein Anti-Nationalist und Anti-Konservativer, wurde plötzlich Harry Oppenheimers Progressive Federal Party entrissen und zum Senator der Nationalpartei gemacht, angeblich wegen seines »Fachwissens« in Angelegenheiten der Farbigen.

Ein neues Pharisäertum

Worrall wurde bald Abgeordneter der Nationalpartei und so dann der Verfassungsexperte seiner Partei, später auch noch der Vorsitzende des Verfassungsausschusses des Rats des Präsidenten, deren sämtliche Mitglieder von P. W. Botha selbst ausgewählt werden. Dieser Verfassungsausschuß lieferte die Grundüberlegungen, die Inspiration und die Pläne für die neue Verfassung auf der Grundlage der Machtteilung, die heute dem Land verstohlen und mittels Täuschung und wenn nötig auch mit Gewalt aufgezwungen wird.

Worralls Doktorarbeit an der Universität von Kapstadt trug übrigens den Titel: »Ein Umriß und eine Analyse der sowjetischen Rechtstheorien.« Das gibt sicherlich zu denken.

Worralls Frau ist Jüdin, die nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihrer Familie von Rumänien zuerst nach Israel, dann nach Kuba und danach nach Kanada emigrierte. Sie hat in Psychologie und politischen Wissenschaften promoviert.

Anton Ruperts Taktlosigkeiten auf dem Gebiet der Politik spie-

Anton Rupert – Wunderknabe oder Abtrünniger?

geln sich auch auf religiösem Gebiet wider. In seinem Jahresbericht des Vorsitzenden der Rembrandt-Gruppe im August 1986 beispielsweise besaß er die Unverschämtheit Professor Carel Boshoff, einen Theologie-Professor und Führer der Afrikaner-Volkswag aufzufordern, sich mit Dr. Alan Boesak, dem Vorsitzenden des Weltkirchenverbandes, und mit Erzbischof Tutu, dem Friedensnobelpreisträger und Erzbischof von Kapstadt, zu verständigen – und das als »protestantische Glaubensgenossen«.

»Wenn das nicht geschieht«, sagte Rupert, »wird die Folge sein, daß wir im Namen des Christentums die Zerstörung unseres Teils dieser Welt verursachen. Ich flehe darum, daß wir uns in diesen kritischen Zeiten vor dem Allwissenden demütigen. Niemand unter uns besitzt die ganze Wahrheit.«

Doch wie von Professor Boshoff erwartet werden kann, daß er sich mit ganz linksorientierten, revolutionären Kirchenmännern wie Beyers Naude, Boesak und Tutu und deren zionistisch-kommunistisch inspiriertem »sozialem Evangelium« verständigen soll, hat Rupert nicht gesagt.

Rupert weiß offensichtlich nicht, daß der Ausdruck »soziales Evangelium« für die tiefe Spaltung in der Seele des Menschen im Westen heutzutage steht; er steht für das Erliegen und das Nachgeben gegenüber den Versuchungen des Intellekts, ein neues Pharisäertum, wenn man so will, oder das alte Pharisäertum in einem modernen Kontext.

Der Ausdruck »soziales Evangelium« bedeutet auch, daß das Phänomen, das er bezeichnet, letztendlich klar und deutlich erkannt worden ist. Es ist die unvermeidliche Folge religiöser Haltung und des christlichen Glaubens, der zu Politik entartet. Es ist diese Karikatur einer Antwort auf den universellen Appell Gottes, der der fundamentale Grund ist für das Auftreten und das Überleben kollektivistischer, politischer Utopien der Art, wie sie heute von den Beyers Naudes, den Boesaks und den Tutus begriffen werden und zweifellos von Anton Rupert selbst.

Ein »Realist«, der an Wunder glaubt

Ruperts liberale und internationalistische Publizisten und Propagandisten verpassen keine Gelegenheit, um seinem Image als dem »Wunderknaben des Afrikanertums« zu dienen und seinen kometenhaften Aufstieg am internationalen Finanzfirmament als eine der herausragendsten Erfolgsgeschichten in der Geschichte der südafrikanischen industriellen Entwicklung herauszustellen.

Seine Propagandisten erinnern oft an das Motto der Rembrandt Tobacco Corporation: »Derjenige, der nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.« Sie erinnern auch an Ruperts Nachsatz: »Doch man muß eine bestimmte Strecke zurücklegen und auch etwas dafür tun, damit sie passieren.«

Doch diese Publizisten und Propagandisten vermeiden es eifrig, der Öffentlichkeit zu sagen, wie Anton Rupert sein erstes und wichtiges »Wunder« vollbrachte.

Die Rembrandt Tobacco Corporation wurde als höchst patriotisches afrikanisches Unternehmen von einstigen Mitglieder der Ossewa-Brandwag gegründet, die die Bedeutung von afrikanischem Nationalismus und Konservatismus immer verstanden haben; die instinktiv immer wußten, wie sie die wahren Feinde ihrer Rasse und Nation zu identifizieren hatten und die lange Zeit standhaft ablehnten eine Verbindung mit jüdischen Finanz- und Geschäftsinteressen einzugehen. Dann wurde das Wunder vollbracht.

Anton Rupert beeinflußte und zwang schließlich seine Mitdirektoren als Vorsitzender zu einer Verbindung mit Rothmans von London – einer Verbindung mit jüdischen Interessen, die rasch und auf wunderbare Weise alle Türen öffnete, die zum phänomenalen Wachstum der heutigen Rembrandt Tobacco Corporation auf der ganzen Welt geführt hat – und zum Auftreten von Anton Rupert selbst.

Dieses Stück »Rembrandt«-Geschichte wurde uns im Jahr 1957 von Mr. D. W. R. (Dirk) Hertzog, dem zweiten Direktor der Rembrandt-Gruppe, erzählt, der heute selbst ein Millionär, wenn nicht gar ein Multimillionär in der Organisation ist.

Der »Realist, der an Wunder glaubt« und der »Anwalt der Hoffnung«, so wird Anton Rupert in dem neuen Buch beschrieben, das Ende 1986 veröffentlicht wurde und das den Titel »Anton Rupert: Anwalt der Hoffnung« trägt. Autor ist Professor Willie Esterhuyse aus Stellenbosch, selbst ein führender afrikanischer Liberaler. Es ist keine Biographie von Rupert, sondern das Buch handelt ausführlich von den Gedanken und Ideen »eines bemerkenswert erfolgreichen und bescheidenen Mannes«.

Verhöhnung und Respektlosigkeit

Rupert ist »einer von Südafrikas vorrangigsten Denkern des Gemeinwohls. Statt Apartheid bringt er seine Ideen über Partnerschaft vor – und nun, da die Flutwelle harten Nationalismus zurückgewichen ist und die Afrikaner heute weitergehende Ratschläge zur Kenntnis nehmen, ist die Zeit für Ruperts Vision schließlich reif geworden«, schreibt der äußerst überschwengliche Professor Esterhuyse.

»Als ein Philosoph der Partnerschaft und der Koexistenz im weitesten Sinne und ein Realist, der an Wunder glaubt, hat er in der Tat eine besondere Botschaft für Südafrika«, fährt der enthusiastische Professor fort und fügt hinzu:

»Diese Vision hat nichtsdestotrotz unfehlbare nationalistische Empfehlungen: sie geht zurück auf den Gründervater des Nationalismus selbst, General Hertzog.«

Wie muß sich dieser im Grabe gedreht haben. General Hertzogs Nationalismus und seine Ideale für die weiße Nation in Südafrika waren das direkte Gegenteil und die Antithese von allem, was Anton Rupert gesagt und getan hat.

Das gleiche läßt sich über die erstaunliche Verleihung des 1986er Hendrik-Verwoerd-Preises an Anton Rupert Ende 1986 sagen. Rupert war, ist und repräsentiert heute alles, was dem fremd war, ist und gewesen wäre, wofür Hendrik Verwoerd stand, wonach er strebte und wofür er starb.

Wo Dr. Verwoerd wie General Hertzog sich immer seinem Volk und seiner weißen Nation gewidmet und dafür gekämpft haben, hat Anton Rupert mehr als fünfundzwanzig Jahre lang all das eingerissen, wofür Dr. Verwoerd stand und wonach er strebte.

Die Verleihung des Hendrik Verwoerd-Preises an Rupert konnte keine größere Verhöhnung und Respektlosigkeit Dr. Verwoerds von seiten der Mitglieder des Hendrik Verwoerd Trusts darstellen, die den Preis schufen.

Unseres Wissens hat Anton Rupert bereits im Jahr 1956 aufgehört ein afrikanischer Nationalist und Konservativer zu sein. Wir wissen das, weil ich meine Zeitschrift »The South African Observer« zwischen 1955 und 1961 in seiner Druckerei in Stellenbosch drucken ließ. Zu jener Zeit erlebte ich dort die kontinuierliche Aushöhlung seiner nationalistischen und konservativen Prinzipien, die in direktem Verhältnis zu seiner steigenden Verwicklung mit den Rockefellers, den Rothschilds und allen anderen Männern der internationalen Finanzwelt wuchsen.

Es kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß sein Erscheinen in der internationalen Finanzszene schon lange die Aushöhlung und den nahenden Zusammenbruch der weißen Nation in Südafrika angekündigt hat, es sei denn, der Prozeß könnte zu dieser späten Stunde noch aufgehalten werden.

Anton Rupert ist sicherlich nicht der »Wunderknabe« des Afrikanertums. Er ist ein vollständiger Internationalist geworden. Er ist genauso ein Todfeind für die weiße südafrikanische Nation wie es der Staatspräsident Pieter Willem Botha ist und dessen Bande linker Revolutionäre. □

Südafrika

Große Profite für eine kleine Clique

Ivor Benson

Es sind enorme Profite zu machen, weil die Vereinigten Staaten und die Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zunehmend den Handel mit Südafrika einschränken. Die Profite für einige wenige Begünstigte werden noch größer sein, wenn totale Sanktionen auferlegt werden, wie es im Fall Rhodesien geschehen ist.

Während Südafrika ausgequetscht wird wie die sprichwörtliche Zitrone, ist klar, daß es die Israelis sind, die dabeistehen, um den Saft abzufangen. Die anderen Hauptnutznießer der Sanktionen sowie des gegenwärtigen teilweisen Boykotts sind die zionistischen Geschäftsleute in Südafrika, deren Macht und Einfluß in Handel und Industrie einschließlich dem Bergbau in keinem Verhältnis steht zu ihrer Anzahl in der weißen Gemeinde.

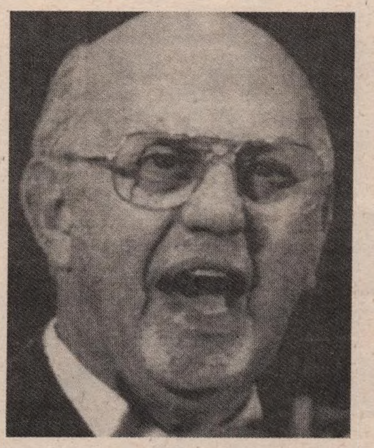
Geld aus dem Unglück Südafrikas

Es gibt sogar ein lustiges Element in dem sich entwickelnden Drama eines wirtschaftlich belagerten Südafrika. So wie wir über die Gewandtheit und Frechheit der jugendlichen Taschendiebe in den Straßen von Alexandria und Kairo lachen können – vorausgesetzt, wir sind nicht das Opfer –, so können wir – auch hier, wenn wir nicht direkt darin verwickelt sind – über die große Unverschämtheit lachen, mit der die Israelis aus dem Unglück Südafrikas Geld machen, während sie gleichzeitig Südafrikas lauthalseste Feinde, die Anti-Apartheid-»Idealisten« hinters Licht führen.

Jane Hunter, die in dem maßgebenden Newsletter »Israeli Foreign Affairs« schreibt, liefert herausragende Tatsachen, die in Südafrika bereits größtenteils sehr gut bekannt sind, doch im Ausland nicht sehr verbreitet wurden. Sie schreibt:



Ivor Benson war Informationsberater der rhodesischen Regierung Ian Smith und ist ein scharfer Beobachter der Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent.



Der südafrikanische Präsident P. W. Botha eröffnete ein Amt für unkonventionellen Handel in Zusammenarbeit mit Israel, um den Sanktionen so zu begegnen.

»Israel hat seine Handelsprivilegien mit den Vereinigten Staaten und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu einem ›Sprungbrett‹ in die Weltmärkte für südafrikanische Waren umgewandelt. Obwohl Israel schon seit langem als Kanal diente, über den südafrikanische Produkte die Vereinigten Staaten erreichen, wird der Free Trade Act, der im September 1985 in Kraft trat und der israelischen Waren zollfreien Zugang gewährt, diese israelische Praktik nur noch verstärken.

Seit dem Jahr 1976, als sie eine Reihe von Vereinbarungen unterzeichneten, die den Grundstein legten für ihre gegenwärtige militärische, technologische und wirtschaftliche Kooperation auf höchster Ebene, arbeiten Tel Aviv und Pretoria darin zusammen, Israel als Stapelplatz oder ›Sprungbrett‹ in die Vereinigten Staaten und die EG zu benutzen; auch hier hat Israel Zugang mit all seinen Industrieerzeugnissen auf Freihandelsbasis.«

An Gewinnen beteiligt

Nach dieser Vereinbarung aus dem Jahr 1976 muß ein südafrikanischer Exporteur lediglich ein Unternehmen in Israel eröffnen oder eine Partnerschaft mit einem israelischen Konzern eingehen, um sich an den Gewinnen einer Vereinbarung zu beteiligen, die Israel zollfreien Zugang zu den Vereinigten Staaten und den Ländern der Europäischen Gemeinschaft gewährt.

Viele der bedeutendsten südafrikanischen Hersteller haben in Israel bereits festen Fuß gefaßt. Lange bevor das amerikanische Free Trade Act verabschiedet wurde und selbst vor der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Pretoria und Tel Aviv konnte ein Johannesburger Finanzblatt berichten, daß die Transvaal Mattress Co. Verbindungen hat zu Greenstein and Rosen in Israel, und daß Israels Muenster Foods eine Reihe bekannte südafrikanischer Marken unter seinen Exporten nach Europa und in die Vereinigten Staaten hat.



Eines der bedeutendsten Industrieunternehmen mit einem Fuß in Südafrika und dem anderen in Israel ist die riesige staatseigene südafrikanische Iron and Steel Corp. (Iscor). Iscor ist mit 49 Prozent an Iskoor beteiligt, die anderen 51 Prozent werden von Koor gehalten, das Histadrut gehört, der Gewerkschaft Israels. Koor ist auch einer der führenden Investoren in Südafrika.

Aufgrund dieses Vertrages werden eine beträchtliche Menge halbfertiger Stahlerzeugnisse nach Israel versandt, wo sie mit lokalen Anteilen zu Fertigerzeugnissen mit der Aufschritt »Made in Israel« werden.

Auch Zimcorn beispielsweise ist eine Kombination der südafrikanischen Unicorn Shipping Line (Schiffahrtsgesellschaft) und Israels Zim.

Jane Hunter fügt hinzu: »Im November 1985 machte das südafrikanische Handels- und Industrieministerium die Leser seines ›Export Bulletin‹ auf die Vorteile aufmerksam, von der neuen freien Handelsvereinbarung zwischen Israel und den Vereinigten Staaten Gebrauch zu machen.«

»Business Day«, eine einflußreiche Johannesburger Zeitung, berichtete, daß »hohe israelische Beamte« ortsansässige Firmen ermutigen würden, ihre Exporte in die Vereinigten Staaten über Israel zu leiten.

Ebenfalls im November sagte Präsident Pieter Botha, seine Regierung würde ein Amt für »unkonventionellen Handel«, der über andere Länder führen würde, eröffnen.

Der Mammon der Gottlosigkeit

Das Bild, das präsentiert wird, wenn Fragen gestellt werden, ist das eines »belagerten Israels«, das gemeinsame Sache macht mit einem anderen »ausgestoßenen« Land auf dieser Welt. Die Realität, die für jeden offensichtlich sein sollte, dessen Verstand nicht verwirrt ist von Propaganda, ist eine ganz andere.

Südafrika

Große Profite für eine kleine Clique

Israel – weit davon entfernt, das Unglück Südafrikas zu teilen – ist zweifellos der privilegierteste Staat dieser Erde, der einzige mit freiem Handelszugang zu den Vereinigten Staaten und den Ländern der EG. Auch als Militärmacht – nach dem Britischen Institut für Strategische Studien – rangiert Israel an vierter Stelle weltweit hinter den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und dem chinesischen Mutterland. Im Oktober 1986 wurde enthüllt, daß Israel auch ein beträchtliches Nuklearwaffen-Arsenal besitzt; ganz zu schweigen von dem Privileg, in der Lage zu sein, mit dem Zorn der US-Marine und Luftwaffe über einen Feind herfallen zu können, wie im vergangenen Jahr mit Libyen geschehen.

Das Szenario, das wir brauchen, um uns von so vielen verwirrenden Widersprüchen freizumachen, muß auch das außergewöhnliche Hervortreten der Zionisten bei der Propagierung des derzeitigen nicht erklärten Krieges gegen Südafrika erläutern; während sie ihren ungeheuren Einfluß – insbesondere in den Vereinigten Staaten – benutzen, um totale Sanktionen durchzusetzen, sind die Zionisten gleichzeitig eifrige Protagonisten Israels.

Ebenfalls aufgenommen und erläutert werden muß die unverhältnismäßig starke Beteiligung der südafrikanischen jüdischen Gemeinde an subversiver Aktivitäten all die Jahre hindurch, mit dem Ziel des Umsturzes der existierenden Ordnung, was offen zugegeben wird von Dr. Gideon Shimoni, einem jüdischen Historiker, und dem amerikanisch-jüdischen Schriftsteller Dr. Nathaniel Weyl.

Man kann der derzeitigen südafrikanischen Regierung kaum einen Vorwurf machen, daß sie Hilfe, aus welchem Lager auch immer, angenommen hat, ebenso wie den Rhodesiern bei der Vereitelung der Sanktionen geholfen wurde und ebenso wie den Ägyptern wahrscheinlich von der Sowjetunion geholfen wurde. Was sie jedoch brauchen, wenn sie überhaupt eine Chance haben, ihr eigenes Land zu retten, ist ein volles Verstehen über die höheren Zielsetzungen der höchst widersprüchlichen israelischen Politik.

Geldimperialismus durch Neokolonialismus

Richtig verstanden ist diese »Hilfsbereitschaft« nur ein weiterer Aspekt oder ein weiterer Bestandteil des nicht erklärten Krieges der gegen Südafrika geführt wird. Die Beseitigung der Macht der Weißen in Südafrika wird nicht als ausreichend angesehen: es muß ein Sturz sein, der jenen, die dabei geholfen haben, diese Macht und Herrschaft der Weißen zu schaffen, so wenig wie möglich schadet und der Israel in eine Lage bringt, die Herrschaft zu übernehmen, nachdem das gegenwärtige Regime beseitigt wurde.

Mit anderen Worten: Es ist einfach ein Teil einer Gesamtstrategie von Geldimperialismus oder Neokolonialismus, der bereits einen großen Teil von Afrika in ein Disaster verwandelt hat.

Eine der schwerwiegendensten Folgen der gegenwärtigen Bezeugung israelischer Freundschaft und Hilfsbereitschaft, die sich sogar auf Kultur und Sport erstreckt, ist die Tatsache, daß es die südafrikanische Bevölkerung daran hindert die wahre Natur des Kampfes zu verstehen, in den sie verwickelt sind und sie können diese Realität dann nicht voll berücksichtigen, wenn sie ihre Verteidigungsstrategien und -haltungen entwikkeln.

Ist die Veröffentlichung dieser Informationen ein Verrat der geplanten Sanktions-Vereitelungsstrategie Südafrikas? Nein, sicher nicht. Alle jene, die die Macht haben, einzugreifen, sind bereits gut informiert. Lediglich jene, die das Monopol Israels schmälern wollen, werden Gefahr laufen, geschnappt zu werden und nur jener große Tölpel, die Öffentlichkeit, wird an der Nase herumgeführt. Wenn diese Informationen zu nichts weiter dienen, so mögen sie vielleicht zumindest dazu beitragen, die Rolle der Täuschung in der modernen Machtpolitik aufzudekken, insbesondere im gegenwärtigen nicht erklärten Krieg gegen Südafrika. □

Philippinen

Wer hat die Wahlen gewonnen?

William Carmichael

Dies ist der erste Artikel einer Reihe von Beiträgen über die Philippinen, Ferdinand Marcos, Corazon Aquino und die Zukunft der belagerten Insel. Trotz der Bemühungen der westlichen Establishment-Medien, die Sache durcheinander zu bringen beziehungsweise falsch auszulegen, ist Ferdinand Marcos der rechtmäßige, verfassungsmäßige Präsident der Philippinen. Mrs. Benigno Aquino ist die unrechtmäßige Amtsinhaberin, die mit offener und verstecker Hilfe durch die Vereinigten Staaten an die Macht kam.

Gestützt von der öffentlichen Meinung, die durch das Geschrei der einflußreichen westlichen Establishment-Zeitungen geschürt wurde, verkündeten in den USA zum Beispiel mehrere Kongreßmitglieder, sie würden auf die Philippinen reisen, um der dortigen Bevölkerung zu zeigen, wie man wahre Präsidentschaftswahlen abhält. Sie übernahmen die »Bürde des weißen Mannes« für »unsere kleinen braunen Brüder«.

Den kleinen Bettlern zeigen, wie man wählt

»Unsere kleinen braunen Brüder«, ist ein Ausspruch, der William Howard »Big Bill« Taft zugeschrieben wird, dem Gouverneur der Philippinen unter William McKinley, und der später selbst Präsident war. Während der heißen Aufstände auf den Philippinen sollen amerikanische Soldaten gesagt haben – mit Bezug auf die feindlichen Soldaten –: »Er mag vielleicht ein Bruder von Big Bill Taft sein, aber er ist nicht mein Bruder.«

Niemand – am wenigsten die wahren Leuchten des Establishments – schien die rassistischen Untertöne solch internationalistischer Verfechter wie Senator Richard Lugar und Stephen Solarz zu bemerken, den Führern der Clique, die »den kleinen Bettlern zeigen wird, wie man wählt«.

Doch wie sehr sie sich auch bemühten, Lugar, Solarz und Company gelang es nicht, die Wähler dazu zu bringen, Corazon Aquino ihre Stimme zu geben. Und sobald sie »Stimmbetrug« feststellten, wurden sie widerlegt. Nehmen Sie zum Beispiel die inszenierte Arbeitsniederlegung von Computer-Operators in einer zentralen Stimmauszählungsstelle.

Die Tatsachen zeigen, daß der Anführer der Arbeitsniederlegung ein Verfechter Aquinos war. Dies schien Lugar, Solarz und den anderen nichts auszumachen. Wenn die amerikanischen Kongreßmitglieder nach Stimmenbetrug suchen, müssen sie nicht bis auf die Philippinen reisen. Es gibt auch eine Menge Stimmenbetrug innerhalb Amerikas.

Trotz genauester Beobachtungen und Untersuchungen der Situation auf den Philippinen, konnten Lugar und Solarz ihren eigenen Angaben zufolge nicht den leisesten Touch von Kommunismus im Aquino-Lager entdecken.

Wer hat Stimmen gestohlen?

Hätten sie sich die Mühe gemacht, hätten sie einiges von Leuten wie Joker Arroya, Aquinos Sekretär, erfahren. Er hat sich selbst zum »Anwalt der

Kommunisten« ernannt. Marcos zufolge unterzeichnet Aquino alles, was Arroyo ihr schickt.

»Es ist keine Übertreibung, wenn man behauptet, daß die Kommunisten tatsächlich die Regierung auf den Philippinen übernommen haben«, sagte Marcos.

Es ist erstaunlich, daß Lugar und Solarz keine von diesen Kommunisten ausfindig machen konnten. Andererseits, seit wann haben Lugar und Solarz etwas Schlechtes über die Kommunisten zu sagen?

Unparteiische Beobachter berichteten, daß zwar von den Kräften um Mrs. Aquino Behauptungen erhoben wurden, es seien »Stimmen gestohlen« worden, doch in Wirklichkeit gibt es keinerlei Beweise dafür, daß Marcos direkt oder indirekt versucht hat, die Wahlen zu torpedieren. Das Gleiche läßt sich von den Pro-Aquino-Kräften nicht sagen.

Was an der Wahlurne nicht erreicht werden konnte, wurde über die Medien erreicht. Jegliche Unterrichtungen erfolgten durch Aquino-Leute und hinterließen bei dem amerikanischen Untersuchungsteam lediglich einen Eindruck. Amerikanische Journalisten schienen alles, was ihnen erzählt wurde, für Titelseiten-Geschichten zu halten und ignorierten, verdrehten und verunglimpften die Kommentare von Marcos und seinen Gefolgsleuten.

Die Wahrheit hinter den Zahlenspiegeln der Establishment-Medien ist, daß Marcos Mrs. Aquino mit 10 807 179 zu 9 291 716 Stimmen – also mit einem Vorsprung von über 1,5 Millionen Stimmen – geschlagen hat. Angesichts des Wahlverfahrens und der Anzahl von Leuten, die dabei waren, dürfte es einfach zu viel sein, 1,5 Millionen Stimmen zu stehlen.

Unmittelbar nach den Wahlen war Mrs. Aquino unschlüssig und gab klein bei, kaum eine Haltung für jemand, der beweisen könnte, daß er die Wahlen tatsächlich gewonnen hat.

Über einen Bericht einer nach den Wahlen abgehaltenen Versammlung heißt es in der »New York Times«: »In ihrer Haltung und in ihrem Wesen hat Mrs. Aquino die Menschenmenge nicht so mitgerissen, wie es möglich gewesen wäre.«

Zwischen den Zeilen lesen

Die »Washington Post«, eine andere amerikanische Zeitung, die sich der Sache Aquinos verschrieben hat, berichtete: »Es hat bereits Anzeichen dafür gegeben, daß sich einiges von dem intensiven Wahlfieber angesichts der sicheren Proklamation von Marcos verflüchtet hat.

Die Mengen von Protestierenden vor der Nationalversammlung sind in den vergangenen Tagen immer weniger geworden, und es wird kaum mehr Interesse gezeigt an den Nachzählungen einer unabhängigen Gruppe, die die Stimmabgabe überwacht und den Namen Namfrel trägt.«

Verschiedene Punkte in diesem Artikel der »Post« bedürfen der weiteren Erklärung. Zunächst einmal waren die massiven Unruhen nicht die Folge der Wahlen oder zumindest nicht die unmittelbare Folge davon, denn nach den Wahlen kehrte Ruhe in die größeren Städte des Landes sein. Marcos hatte gewonnen.

Die Unruhen begannen Tage später durch eine Kabale der Aquino-Anhänger im amerikanischen Außenministerium, durch die philippinischen Kommunisten und westliche Establishment-Medien.

Zweitens, obwohl Namfrel in den USA weithin zitiert wurde, wurde niemals im Detail erläutert, daß die Organisation – weit davon entfernt, unparteiisch zu sein – eine Aquino-freundliche Gruppe war.

Drittens, nach den Wahlen sagte Marcos angesichts der scharfen Kritik aus dem amerikanischen Kongreß und den Massenmedien, daß es keinerlei Beweise zur Stützung der Anschuldigungen gegenüber einem systematischen Betrug gegeben habe. Wenn es derartige Beweise gegeben hätte, so Marcos, wären sie auch vorgebracht worden.

Man hat der Öffentlichkeit erzählt, daß Marcos-feindliche

Philipinen

Wer hat die Wahlen gewonnen?

Kräfte um große Gewinne in der Nationalversammlung gebracht worden sind. Doch I. A. Lewis hat in der »Los Angeles Times« etwas anderes berichtet. Er schreibt, daß er im Jahr 1978 – als er für die Roper-Organisation (ein wohlbekanntes und angesehenes Meinungsforschungsinstitut) gearbeitet hat, von Benigno Aquinos Stellvertreter, Aquino selbst war damals im Gefängnis – beauftragt wurde, für die Marcos-Opposition vor den Wahlen zur Nationalversammlung eine Meinungsumfrage durchzuführen. Sie waren sicher, so Lewis, daß die Opposition gewinnen würde, wenn die Wähler wirklich gehört würden.

Doch als Lewis sie am ersten Tag der Meinungsumfrage begleitete, kam er zu dem Ergebnis: »Die Ergebnisse waren überraschend. Obwohl nur die Hälfte der in Frage kommenden Personen befragt worden waren, wurde klar, daß die Regierung mit hohem Stimmenzuwachs den Sieg davontragen würde. Als ich meinen Auftraggebern dies erklärte, schrien sie mich in einer Mischung aus Tagalog und Englisch an. Ich verstand so etwas wie, daß ich so ein ›Schwein dieser faschistischen Verschwörung‹ sei.

Wahlbeobachter einseitig engagiert

Die Kräfte um Mrs. Aquino besprachen sich etwa eine Stunde lang und faßten zwei Beschlüsse: Sie würden die Meinungsumfragen vernichten, weil sie gegen die Opposition verwendet werden könnten, wenn sie in Marcos' Hände fallen würden, und sie wollten das Ergebnis geheimhalten, weil dies die gute Stimmung und den Kampfgeist zerstören würde.«

Lewis verließ mit dem nächsten Flugzeug die Philippinen. Doch das war noch nicht das Ende des Zwischenfalles.

»Am nächsten Morgen«, sagte er, »las ich in Tokioer Zeitungen, daß der Untergrund eine Meinungsumfrage durchgeführt habe, aus der hervorging, daß die Opposition mit großer Mehrheit gewinnen würde. Natürlich gewannen Mrs. Marcos und ihr Mann mit überwältigender Mehrheit.«

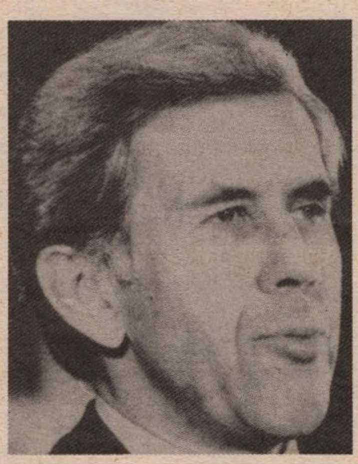
Lewis weiter: »Viele Beobachter berichteten in dieser Zeit von Wahlbetrug. Die Frage war deshalb: Wenn Marcos die Wahlen sowieso gewinnen würde, warum sollte er dann das Ergebnis frisieren?« Eine gute Frage und eine, um deren Beantwortung sich weder die »Beobachter« noch die westlichen Medien gekümmert haben.

Und was ist mit den angeblich »unabhängigen« Wahlbeobachtern, der Namfrel? In der Öffentlichkeit wurde Namfrel als eine »gute Regierungs«-Organisation dargestellt. Doch zumindest ein US-Beobachter der Wahlen auf den Philippinen sagte, daß die Wahlbeobachter »offenkundig für Mrs. Aquino Partei ergriffen hätten.« Diese Aussage stammt von dem republikanischen amerikanischen Abgeordneten Jerry Lewis.

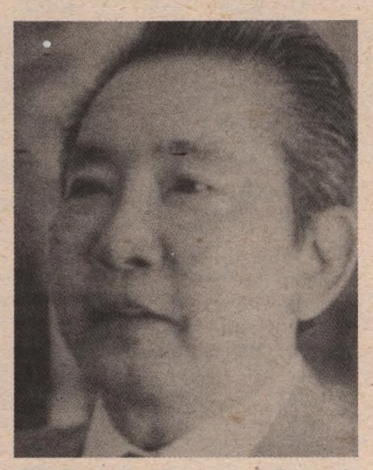
Unvergessen ist der dramatische Zwischenfall unmittelbar nach der Wahl, den Marcos-Gegner in den Establishment-Medien und im US-Kongreß dazu benutzten, ihre Behauptungen, daß Marcos Wahlbetrug begangen habe, zu »bekräftigen«.

Etwa drei Dutzend Computer-Operators verließen bei der Stimmenzählung ihre Arbeitsplätze und beschwerten sich, daß die Zahlen von den Wahlbeamten nicht mit denen auf der Kontrolltafel übereinstimmten. Sollten die Computer-Fachmänner nicht gewußt haben, daß die Zahlen auf der Kontrolltafel inoffizielle Zahlen sind? War das ein Zufall – ein glücklicher für die Aquino-Leute –, daß amerikanische Beobachter und Reporter sowie Fotografen zugegen waren, als der Vorfall passierte?

In einem Fernsehinterview schien Marcos erstaunt. Er wies daraufhin, daß die Kontrolltafeln leicht hätten überprüft werden können. Doch diese Tatsache schien den amerikanischen Kongreß und den Medien entgangen zu sein.



US-Senator Richard Lugar versuchte es »intensiv«, doch fand keinen Nachweis für einen Wahlbetrug.



Ferdinand Marcos wäre eigentlich der rechtmäßige, verfassungsmäßige Präsident der Philippinen.



Corazon Aquino trifft kurz vor den Präsidentschaftswahlen mit dem amerikanischen Abgeordneten Stephen Solarz zusammen.

Inszenierter Angriff auf Marcos

Interessanterweise war es die Aquino-freundliche »Washington Post«, die den Vorfall erklärte, obwohl die Zeitung vielleicht nicht gerade dies damit im Sinn hatte. Der »Post« zufolge war die Arbeitsniederlegung von der Frau eines führenden »Reformisten« angeführt, der Marcos-feindlichen Gruppe der philippinischen Armee, die an der Meuterei am 22. Februar 1986 beteiligt war.

Die Zeitung schreibt: »Linda Kapunan, 33 Jahre, die Frau eines reformistischen Oberst, sagte Oberst Pedro Baraoidan (Leiter des Nationalen Computer-Zentrums) war in die Abänderung von Computerausdrucken über die Gesamtstimmenzahl verwickelt, die Marcos in Führung zeigten. Baraoidan wies die Anschuldigungen zurück und beschuldigte seinerseits die Angestellte, ein hartes Mitglied der Opposition zu sein, das darauf aus ist, die Stimmenzählung zu sabotieren.«

Es ist schon seltsam, daß die Computerleute, die ihre Arbeitsplätze verließen, in die Kirche gingen und genau zu dem Zeitpunkt dort ankamen, als Aquino-Kräfte eine Pressekonferenz einberufen hatten, um sich über Marcos zu beschweren. Irgendwie fällt es schwer, das Wort »spontan« für die Arbeitsniederlegung zu gebrauchen.

Ein offenbar unisono inszenierter Angriff auf Marcos, der »gleichzeitig« geschah zu dem Zeitpunkt, als der US-Kongreß einen öffentlichen Tadel des philippinischen Präsidenten wegen der Militärs in Erwägung zog. Diese Sache wird in einem anderen Zusammenhang im Detail geschildert werden.

Tatsache ist, daß nur der äußerst Naive hier kein Verdunkelungsmanöver vermutet. Die Argumentation der Marcos-Gegner bestand darin, daß der philippinische Präsident versuchen würde, Wahlen zu torpedieren, wenn er über den Militärbereich Lügen verbreitet. □

In der nächsten Ausgabe wird die Rolle des amerikanischen Außenministeriums beim Sturz von Ferdinand Marcos analysiert.

Philippinen

Aquinos gelbe Armee

James Harrer

Fünfzehn Landarbeiter wurden getötet und fast 100 verwundet, als die Polizei von Manila und paramilitärische Kräfte, die von Israelis geschult worden sind, in der Nähe des Palastes von Präsidentin Corazon Aquino das Feuer auf eine Gruppe demonstrierender Farmer eröffneten.

Der Zwischenfall wurde nach Augenzeugenberichten von einer Einheit der neuen paramilitärischen Streitmacht ausgelöst, die bei den Filipinos unter dem Namen »die gelbe Armee« bekannt ist und die von einem neu angekommenen Team von Mossad-Spezialisten organisiert und trainiert wird.

Der Sieg der Roten

Die Spannung und Unzufriedenheit wächst auf den Philippinen, behaupten UNO-Quellen aufgrund der »Versäumnisse und Mißstände des Aquino-Regimes«, wie es Oberst Muyla Siregar, ein indonesischer Berater unumwunden beschrieb.

Militärbeobachter und Geheimdienstexperten aus verschiedenen südostasiatischen Ländern brachten ihre besondere Sorge zum Ausdruck über die scheinbaren Verhandlungen mit dem Ziel einer Koalitionsregierung mit den Kommunisten.

Nach mehr als 15 Jahren brutaler Guerillakriegsführung hat sich der militärische Zweig der philippinischen kommunistischen Partei, der unter dem Namen New People's Army (NPA) bekannt ist, im Dezember 1986 zu einem Waffenstillstand bereiterklärt.

»Jetzt treten kommunistische Parteiführer im philippinischen Fernsehen fast genauso oft auf wie Sportreporter«, sagte ein Thai-Diplomat. »Die Verhandlungen zwischen Präsidentin Aquino und den Kommunisten haben bereits mindestens zu einer Vereinbarung geführt, die die US-Interessen bedroht: die neue Nationalverfassung, die von Aquino-Beratern entworfen wurde, wird ein spezielles Verbot enthalten, Atomwaffen auf die Philippinen zu bringen. Diese Klausel allein wird ausreichen, um amerikanische Kriegsschiffe und Flugzeuge von ihren strategischen Stützpunkten in Subic Bay und Clark Field fernzuhalten.«

In einer Meldung im »Philippine Daily Express« heißt es: »Ein Sprecher des Generalstabs der NPA sagte, die NPA sei offen für Bündnisse mit ›jeder Armee‹ oder politischen Partei, um einen Putschversuch gegen die Regierung Aquino zu vereiteln.«

Die Annahme dieser Schlüsselklausesl ist in sich selbst ein großer Sieg der Kommunisten, behaupten asiatische Beobachter und könnten die Kommunisten veranlassen, die Verhandlung für eine Zeitlang auszusetzen. Diese Quellen zitieren auch mit Sorge den jüngsten Besuch des demokratischen amerikanischen Abgeordneten Stephen Solarz in Manila, der unter anderem Gespräche mit führenden Kommunisten hatte.

Und wieder Berater aus Israel

»Mr. Solarz führte inoffizielle Gespräche mit Satur Ocampo und José Zumel – den beiden wichtigsten Sprechern der Kommunisten –, als ob er ihnen im Namen der US-Regierung ein Geschäft vorschlagen würde«, sagte ein ehemaliger philippinischer Konsularbeamter, der jetzt in New York ein eigenes Handelsunternehmen besitzt. »Beunruhigt es Solarz nicht, daß Amerika wird kämpfen müssen – zumindest politisch –, um sich seine langjährige strategische Bastion in dieser Region zu erhalten?«

Gerüchten in Diplomatenkreisen der UNO zufolge hat Solarz eine sogenannte »stille Teilhaberschaft« in einem Konsortium erworben, das große Landstriche unerschlossenen Bodens auf Guam hält. »Dieser Kongreßabgeordnete mag einer der wenigen Amerikaner sein, der nicht beunruhigt ist über die Aussichten, daß die US-Stützpunkte von den Philippinen nach Guam verlegt werden«, sagt ein altgedienter Pressebeamter der Vereinten Nationen. »Solarz wird ein solches Debakel vielleicht sogar begrüßen. Die Bodenwerte auf Guam würden enorm steigen und jeder, der klug genug war, dort vorher zu investieren, wird ein Riesenvermögen machen.«

Ob die Gerüchte, die Solarz mit solch manipulativen Grundstücksspekulationen im Pazifik in Zusammenhang bringen, wahr oder falsch sind, seine Intervention in die philippinische Politik hat bereits zur gegenwärtigen Krise beigetragen.

»Solarz, ein führender Israel-Verfechter, war einer der hartnäckigsten Befürworter, daß israelische Berater der Gegenrevolte auf die Philippinen geholt wurden«, sagte der ehemalige Konsularbeamte.

»Jetzt haben die ersten Einheiten der sogenannten ›gelben Armee‹, die von Mossad-Agenten trainiert werden, ihr erstes Blutbad unter unbewaffneten Farmern inszeniert, die für Landreform demonstrierten.«

Die Landreform wurde auf den Philippinen zum ersten Mal in den siebziger Jahren verwirklicht, als der damalige Präsident Ferdinand Marcos eine Reihe von Maßnahmen einleitete, mittels derer Millionen von den ärmsten Farmarbeitern und Zuckerrohrschnittern zu Eigentümern von kleinen Stücken Land gemacht werden sollten.

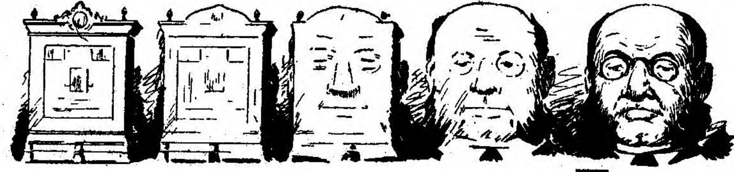
»Marcos war der erste, der sich wirklich um die arme, landlose Bevölkerung gekümmert hat«, sagt Dr. Vicente Galonga, ein Historiker, der an einer Monographie über den Agraraspekt der Philippinen arbeitet. »Doch Mrs. Aquino und ihre Familie, die zu der Handvoll größter Landeigner gehört, war von Anfang an gegen solche soziale Reformen. Heute sieht man zwar noch Leute auf den Straßen in gelben Hemden – der Farbe von Mrs. Aquinos Bewegung –, die ihre Regierung in den Großstädten unterstützen. Doch auf dem Land, wo die Farmer langsam erkennen, daß die großen Landbesitzer jetzt an der Macht sind, ist die öffentliche Unterstützung von Marcos stärker denn je.«

Großgrundbesitzer sind an der Macht

Um den sich ausweitenden Protest unter den Millionen von Farmarbeitern zu unterdrücken, hat sich die philippinische Regierung an israelische »Unterdrükker« gewandt, die eine Streitmacht politischer, starker Truppen trainieren sollen, die Mrs. Aquino gegenüber loyal sind.

Augenzeugenberichten zufolge kamen die ersten Schüsse, die das Massaker auslösten, von Schützen dieser gelben Armee, die um den Präsidentenpalast herum Wache stehen.

»Wir werden auf den Philippinen sehr bald den totalen Bürgerkrieg haben – eine Feuersbrunst, die sich auf einen großen Teil Südostasiens erstrecken wird –, wenn Solarz und seine Clique Washingtoner Marcos-Gegner nicht aufhören, sich in die philippinische Politik einzumischen«, sagte der ehemalige Konsularbeamte. »Das ist eine ernste Krise. Sie hat bereits begonnen, die amerikanischen Stellungen in dieser wichtigen Region zu unterminieren. Letztlich wird der Aufruhr und der Kampf auf den Philippinen auch Amerika betreffen, ebenso wie den größten Teil von Südostasien.« □



ADL

Verschwörung gegen die Freiheit

Victor Marchetti

Die Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith Loge (Anti-Verleumdungs-Liga) ist keine humanitäre Organisation, die sich nur mit dem Schutz der Bürgerrechte der amerikanischen Juden befaßt, was sie von sich behauptet. Das Buch von Liberty Lobby mit dem Titel »Conspiracy Against Freedom« (»Verschwörung gegen die Freiheit«) wird den Leser rasch eines Besseren belehren.

»Verschwörung gegen die Freiheit« mit dokumentarischem Beweismaterial der ADL selbst zeigt, daß es sich bei der ADL um ein Instrument politischen Terrors handelt, das dazu dienen soll, jeden zum Schweigen zu bringen, der es wagt, sich für eine Außenpolitik einzusetzen, bei der Amerika an erster Stelle steht. Dieses äußerst wichtige Buch enthüllt die wahre Mission der ADL, die darin besteht, die US-Regierung und den amerikanischen Steuerzahler so zu übervorteilen, daß er die Expansion des Staates Israel blindlings unterstützt und finanziert.

Ein unheimliches Gefühl der Unsicherheit

Somit ist die ADL in Wirklichkeit, wenn nicht gar offiziell, ein illegaler und nicht registrierter Agent einer ausländischen Regierung, eine Tatsache, die sie naiv leugnet und die von den meisten Politikern und Beamten in Amerika vorzugsweise ignoriert wird.

Die Autoren dieses erstaunlichen Buches decken auf, wie die ADL in den siebziger Jahren die vielen Rundfunkstationen traktierte und schikanierte, die das kühne und informative Programm »Das ist Liberty Lobby« sendeten, bis es schließlich praktisch herausgedrängt wurde.

Als eine Zielscheibe einer der meisterhaftesten Verleumdungskampagnen der ADL sind die Mitarbeiter von Liberty Lobby in besonderer Weise dafür qualifiziert, die versteckten Methoden und Techniken dieser Organisation zu analysieren. Sie tun dies, indem sie sämtliche Fakten offenlegen und es dem Leser überlassen, sich sein Urteil über die Aktionen der ADL in dieser Fall-Studie selbst zu bilden. Bei mir beispielsweise hinterließ das Buch das unheimliche Gefühl, einen Bericht über die Machenschaften einer Geheimdienstorganisation gelesen zu haben.

Könnte es sein, daß der Mossad, Israels gewissenloser und niederträchtiger Geheimdienst, hinter der ADL steht? Könnte es sein, daß die ADL einen Greifarm dieser über die ganze Welt verbreiteten Krake darstellt? Ist es der Grund, warum die ADL so erpicht darauf ist, die öffentliche Meinung in Amerika zu verdrehen und die US-Außenpolitik dahingehend zu verformen, daß sie den Ambitionen der israelischen Zionisten zugute kommt?

Die Wahrheit wurde zum Schweigen gebracht

Die ADL wurde auf Liberty Lobby zum ersten Mal im Jahr 1968 aufmerksam, als erstere ein Merkblatt – damals »Fakten«-Papier genannt – über die patriotische Organisation herausgab. Liberty Lobby kam auf die ADL-Beobachtungsliste, weil ihr Einfluß und ihre Bedeutung auf dem Kapitol-Hügel in Washington rapide zunahmen. Liberty Lobby hatte häufig die Klugheit der amerikanischen Nahostpolitik, insbesondere im Hinblick auf Israel, hinterfragt.

Ein Thema, das Liberty Lobby aufbrachte, war eine vollständige Untersuchung des kaltblütigen israelischen Angriffs gegen das amerikanische Kriegsschiff »USS Liberty« und des Mordes an vielen amerikanischen Seeleuten zu verlangen. Der Angriff fand während des Jom-Kippur-Krieges im Sommer 1967 statt. Das war dann auch der eigentliche Anlaß, warum Liberty Lobby auf die ADL-Liste kam.

Wenige Jahre später, als der Einfluß von Liberty Lobby auf dem »Hügel« in Washington immer spürbarer wurde und als die Rundfunksendungen »Das ist Liberty Lobby« begannen, in der amerikanischen Öffentlichkeit ihre Wirkung zu zeigen, beschloß die ADL im Jahr 1974, diese Stimme der Außenpolitik, in der die amerikanischen Interessen an erster Stelle standen, zum Schweigen zu bringen. Die Stimme von Liberty Lobby hatte sich fast über Nacht von vier Rundfunksendern auf 107 Sender im Jahre 1973 ausgeweitet und sollte bis Mitte des Jahres 1974 von 182 Rundfunkstationen ausgestrahlt werden.

Kein Wunder, daß die ADL und ihre Mutterorganisation, die B'nai B'rith Loge, zusammen mit ihrem obersten Meister, dem Mossad, sich darüber Sorgen machten. Es mußte etwas geschehen mit dieser anstößigen Stimme für ein ehrliches, populistisches Amerika. Liberty Lobby wurde in den Augen der Zionisten zu einem Alarmsignal, das zum Schweigen gebracht werden mußte.

So geriet man aneinander. Da war die ADL auf der einen Seite mit ihren Geheimaktionen und Gaunereien und Liberty Lobby auf der anderen Seite, bewaffnet nur mit der Wahrheit und einem beständigen Glauben an das amerikanische System. Man kann sich leicht vorstellen, was passierte.

Druck auf die Sponsoren

Als die Popularität von »Das ist Liberty Lobby« weiter wuchs und sich Mitte 1974 auf 182 Radiosender erstreckte, ging die ADL aufs Ganze. Das Mutual Broadcasting System hatte sich bereit erklärt, die immer populärer werdende und informative Sendung in ihrem landesweiten Rundfunknetz auszustrahlen. Offensichtlich war das etwas, was die ADL und ihre Meister im Hintergrund nicht dulden konnten. Irgendwie mußte »Das ist Liberty Lobby« zum Schweigen gebracht werden.

Die ADL erreichte das schließlich damit, daß sie eine Störkampagne gegen die örtlichen Rundfunkstationen und Sponsoren führte. Doch ihr größter Erfolg bestand darin, das Mutual Broadcasting System dazu zu zwingen, den Vertrag über die Verbreitung des Programms über das landesweite amerikanische Rundfunknetz zu verletzen.

Ich möchte hier nicht in die Einzelheiten gehen über den schmutzigen Ausverkauf durch führende New Yorker Rundfunkleute. Sie können dies in dem verblüffend offenen Buch nachlesen. Ich ziehe es vor, die positive Seite dieser schmachvollen ADL-Leistung zu betrachten. Obwohl dieser Handlanger einer ausländischen Regierung in der Lage war, Mutual Broadcasting System dazu zu zwingen, seinen Vertrag mit Liberty Lobby zu brechen, lebte die Stimme der Freiheit weiter und dehnte sich sogar noch auf ein paar hundert Sender weiter in den USA aus.

Erst viele Jahre später verschwand »Das ist Liberty Lobby« ganz aus dem Äther und dann aus anderen Überlegungen heraus, die nichts mit den Intrigen der ADL zu tun hatten. □



»Conspiracy Against Freedom: A Documentation of One Campaign of the Anti-Defamation League Against Freedom of Speech and Thought in America«, von Mitarbeitern von Liberty Lobby, 228 Seiten. Zu beziehen über Liberty Library, 300 Independence Ave. SE, Washington D. C. 20003, USA. 12,95 US-Dollar.

Sri Lanka

Mossad-Agenten vor Gericht

Martin Mann

In einem geschichtlich einmaligen Ereignis sehen sich altgediente Mossad-Beamte Anklagen wegen »Kriegsverbrechen« gegenüber, die von Folterungen bis zum Massenmord reichen und in Sri Lanka – früher Ceylon – begangen worden sein sollen, wo ein brutaler Krieg der »Pazifizierung« gegen die Minderheit der Tamilen mehr als 10 000 Todesopfer gefordert hat, seit die israelischen Geheimdienstagenten im Jahr 1983 das Kommando übernahmen.

Im UNO-Hauptquartier in New York äußerten asiatische Diplomaten wachsende Kritik über die blutige und gesetzlose Kampagne der »ausländischen Strategen« – wie sie von einem Informanten bezeichnet wurden – mit dem Ziel, den Wunsch nach Selbstregierung, der von den drei Millionen Tamilen, der größten ethnischen Minderheit der Insel vorgebracht wird, zunichte zu machen. Die Bevölkerung Sri Lankas setzt sich im wesentlichen aus 69 Prozent buddhistischen Sinhalesen zusammen. Die Tamilen, die dem Hindu-Glauben angehören, machen etwa 23 Prozent aus und dann gibt es noch kleinere Gruppen von Mooren, Weißen und Eurasiern.

Experten der Gegenrevolte

Die ausländischen Strategen wurden in jüngsten europäischen Presseberichten als israelische »Experten der Gegenrevolte« identifiziert, und hier war auch die Rede von den Grausamkeiten und Attacken nach dem Muster der verbrannten Erde von seiten der Spezialkampfverbände (STF), einer paramilitärischen Einheit auf Sri Lanka, die von Mossad-Beratern organisiert und geführt wird.

Sri Lanka liegt kaum 50 Meilen östlich von der Südspitze Indiens und der indische Premierminister Rajiv Ghandi setzte sich für Friedensgespräche zwischen der regierenden sinhalesischen Mehrheit und Führern der sezessionistischen Tamilen ein.

Zwei Rekruten der Armee von Sri Lanka machen ein sogenanntes »Pazifierungs«-Training.

Eine der Vorbedingungen, die von den Sprechern der Tamilen vorgebracht wurde, war die Anklage und Strafverfolgung von STF-Kommandanten und deren israelischen Beratern, die »der Folterung und des Mordes von Tausenden von Menschen« beschuldigt werden.

Umgeben von gewalttätigen Unruhen zu Hause und ängstlich bestrebt, dem Blutvergießen im benachbarten Sri Lanka Einheit zu gebieten – die tamilischen Insurgenten unterhalten Basiscamps im indischen Südstaat Tamil Nadu –, erklärte Ghandi sich damit einverstanden, ein Sondertribunal einzuberufen. Dies würde ermächtigt, gegen die »regionalen Distrikt- oder Sektionsbefehlshaber und deren ausländische Verbindungsoffiziere der STF« formell Anklage wegen Kriegsverbrechen zu erheben. Diese sind nach Augenzeugenberichten in zahlreichen Kriegsverbrechen verwickelt.

»Ich bezweifle, daß auch nur ein Israeli ins Gefängnis gehen wird«, sagte Oberst Abdul Kahim Kuntjoro, ein indonesischer Attaché bei den Vereinten Nationen. »Man wird sie zurück beordern, bevor irgendwelche Anklagen erhoben werden, und man wird sie niemals nach Sri Lanka ausliefern.

Doch die Tatsache allein, daß – sollte ein Waffenstillstand erzielt werden – Mossad-Agenten Gegenstand von Auslieferungsanträgen wegen Kriegsverbrechen sein werden, wird ein historisches Ereignis an sich und eine Titelgeschichte wert sein.«

Die Aussicht, daß die von den Israelis geführten STF-Einheiten gegen die tamilischen Zivilisten eingesetzten Taktiken der Aufspürung und Vernichtung in formellen Anklagen erscheinen werden, wurde um so wahrscheinlicher, als Amnesty International, die internationale Menschenrechtsorganisation, einen ungeheuerlichen Bericht über neue Greueltaten in Sri Lanka veröffentlichte.

»Hunderte von Bewohnern der Insel sind ›verschwunden‹, während staatliche Sicherheitskräfte die Menschenrechte der tamilischen Minderheit systematisch verletzen«, enthüllte Amnesty (AI). »Beweise, die von AI gesammelt wurden, weisen darauf hin, daß viele der ›verschwundenen‹ Tamilen an Schußwunden oder den Folgen der Folter starben und ihre Leichname verbrannt oder in geheimen Gräbern beerdigt wurden.«

Aus dem Bericht geht weiter hervor, daß in einem Fall AI-Rechercheure herausfanden, daß »etwa 40 junge Tamilen am 17. Mai 1985 von einer STF-Einheit festgenommen wurden, in eine abgelegene Gegend gebracht und veranlaßt wurden Gräber auszuheben und dann von ihnen erschossen wurden.«

»Bei einem weiteren Vorfall, der von AI dokumentiert ist«, heißt es weiter im Bericht, hat die STF etwa 100 Tamilen aus ihren Wohnungen geholt. Dies geschah am 2. Dezember. »Die Männer blieben verschwunden.«

Amnesty beschuldigt die Sicherheitskräfte Sri Lankas der Entführung junger tamilischer Männer, die aus ihren Dörfern verschleppt wurden und nie wieder lebend gesehen wurden. Mindestens eines der Opfer war erst 13 Jahre alt.

Auch die USA werden beschuldigt

Diese weitreichenden Verletzungen der Menschenrechte durch israelische Berater der Gegenrevolte auf Sri Lanka sind die direkte Folge geheimer US-Intervention, behaupten bestinformierte UN-Kontakte.

Generalleutnant Vernon Walters, ein ehemaliger stellvertretender CIA-Direktor, besuchte Sri Lanka im Frühjahr 1982 in einer vertraulichen Mission für Präsident Ronald Reagan. Walters »überredete« Sri Lankas Präsident Junius Richard Jayawardene, den Führer der Sinhalesen dazu, »Israel das Tamilen-Problem lösen zu lassen«, wie diese Quellen behaupten.

Auf Drängen der USA willigte die Regierung von Sri Lanka in einen Vertrag in der ursprünglichen Höhe von 28 Millionen Dollar – der sich inzwischen auf 180 Millionen Dollar beläuft – mit einem Team israelischer »Experten« ein, die einen Feldzug gegen die Tamilen führen sollten.

Ein Thai-Diplomat: »Innerhalb von drei Jahren hat Israels brutale und willkürliche Unterdrükkung eine flackernde nationale Auseinandesetzung in einen lodernden Bürgerkrieg verwandelt. Jetzt droht der Skandal über Israels schändliche Menschenrechtsverletzungen das Prestige der Amerikaner zu beschmutzen. Das war ein tragischer Fehltritt.« □

Revisionismus

Was Marx über Rußland schrieb

Wer das Buch von Karl Marx »Über den asiatischen Ursprung der russischen Despotie« liest, wundert sich nicht, daß Josef Stalin den Mann, der den Text als erster veröffentlichte, ein gewisser Rjasanow, ermorden ließ. Die kuriosen Zitate über die Motive, Ziele und Methoden Rußlands, die man gern verschweigt, sollten darum der Vergessenheit entrissen werden.

Karl Marx schrieb zum Thema russische Expansion: »Um Rußlands ›Antipathie‹ gegen Gebietsvergrößerungen zu illustrieren, führe ich folgende Daten aus der großen Zahl der Eroberungen an, die Rußland seit Peter dem Großen gemacht hat. Die russischen Grenzen sind vorgerückt: In Richtung auf Berlin, Dresden und Wien um etwa 700 Meilen; in Richtung auf Konstantinopel um etwa 500 Meilen; in Richtung Stockholm um etwa 630 Meilen; in Richtung Teheran um etwa 1000 Meilen.

Rußlands Eroberungen in Schweden sind an Flächeninhalt größer als das von diesem Königreich noch übriggebliebene Stück; in Polen sind sie fast so groß wie das ganze österreichische Königreich; in der europäischen Türkei größer als Preußen.Die gesamten Eroberungen Rußlands in den letzten 60 Jahren sind an Ausdehnung und Wichtigkeit dem ganzen Reich ebenbürtig, das es vor dieser Zeit in Europa besaß.«

Kein einiges Deutschland ohne ein freies Polen

Zu den Zielen der russischen Politik schreibt Karl Marx: »Es gibt keinen auffallenderen Zug in der russischen Politik als diese traditionelle Übereinstimmung nicht nur in ihren Zielen, sondern auch in den Mitteln, mit denen sie sie zu erreichen strebt. Es existiert in der jetzigen orientalischen Frage keine Komplikation, keine offizielle Note, die man nicht schon auf irgendeiner Seite der Weltgeschichte nachlesen kann.«

Weiter heißt es bei ihm: »So wurde in den Studierstuben einer Handvoll slawischer Dilettanten der Geschichtswissenschaft jene lächerliche antihistorische Bewegung aufgezogen, eine Bewegung, die sich kein geringeres Ziel setzte, als die Unterjochung des zivilisierten Westens durch den barbarischen Osten.Aber hinter dieser lächerlichen Theorie steht die furchtbare Wirklichkeit des russischen Reiches, jenes Reiches, das mit jedem seiner Schritte den Anspruch erhebt, ganz Europa als Domäne der slawischen Rasse, insbesondere des einzigen kraftvollen Teils dieser Rasse, der Russen, zu betrachten.«

Und an anderer Stelle schreibt Marx: »Es ist aber anzunehmen, daß diese bis ins riesenhafte gewachsene und ausgedehnte Großmacht auf halbem Wege stehenbleiben wird, wenn sie schon auf dem Wege ist, ein Weltreich zu werden. Noch etwas wäre möglich, ja sogar wahrscheinlich: Die zerrissene und gewundene Westgrenze des Reiches, die nicht mit einer natürlichen Grenzlinie zusammenfällt, würde einer Berichtigung bedürfen, und es würde sich herausstellen, daß die natürliche Grenze Rußlands von Danzig oder etwa Stettin bis Triest geht. Und so gewiß eine Eroberung der anderen folgt und eine Annexion die andere nach sich zieht, so gewiß würde die Eroberung der Türkei durch Rußland nur das Präludium zur Annexion Ungarns, Preußens, Galiziens sein... Rußland ist entschieden eine Erobererernation.«

»Die traditionelle Art jedoch, wie Rußland diese Ziele verfolgt, verdient bei weitem nicht den Tribut der Bewunderung, den ihr die europäischen Politiker zollen. Der Erfolg dieser ererbten Politik ist zwar ein Beweis für die Schwächen der Westmächte, gleichzeitig aber dokumentiert sich in der sterotypen Gleichförmigkeit dieser Politik die innere Barbarei Rußlands.«

Karl Marx zu den diplomatischen Manövern der Russen: »Wie man den Hunden Knochen zuwirft, so wirft Rußland den westlichen Diplomaten wohl deshalb soviele Noten zu, damit sie eine unschuldige Unterhaltung haben, während es den Vorteil genießt, dadurch mehr Zeit zu gewinnen.«

»Trotz seiner zahlreichen und gut besoldeten Agenten ist Rußland in ärgster Täuschunng befangen, wenn es, durch Erinnerungen an die sogenannten Freiheitskriege Sympathien im Jahr 1948 zu erwecken wähnt. Und Rußland hätte sein Blut für uns Deutsche vergossen? Ganz abgesehen davon, daß Rußland vor 1812 Deutschlands ›Integrität und Unabhängigkeit‹ durch offenes Bündnis und geheime Traktate mit Napoleon unterstützte, so hat es sich später für seine sogenannte Hilfe durch Raub und Plünderung hinreichend entschädigt.«

»Die polnische Frage ist die deutsche Frage .Ohne ein unabhängiges Polen kein unabhängiges und einiges Deutschland; keine Emanzipation Deutschlands von der russischen Oberherrschaft, die mit der ersten Teilung Polens begann.«

»Wenn die Arbeiterklasse Rußlands – vorausgesetzt, daß es in diesem Land etwas Derartiges in dem Sinn gibt, was man in Westeuropa darunter versteht – ein politisches Programm aufstellen wird und dieses Programm die Befreiung Polens enthält –, dann, aber erst dann, wird auch Rußland als Nation aus unseren Betrachtungen ausscheiden, und allein die zaristische Regierung wird weiter unter Anklage stehen.«

Diplomatie aufgrund der Feigheit der anderen

Schließlich schreibt Karl Marx: »So steht vor Europa nur eine Alternative: Entweder wird die asiatische Barbarei unter Führung der Moskowiter wie eine Lawine über Europa hereinbrechen, oder Europa muß Polen wieder herstellen und schützt sich so durch einen Wall von 20 Millionen Helden vor Asien, um Zeit zu gewinnen für die Vollendung seiner sozialen Umgestaltung.«

»Die russische Diplomatie beruhte also auf der Feigheit der Staatsmänner des Westens, und ihre diplomatische Kunst ist allmählich so sehr zu einer ausgesprochenen Manier geworden, daß man die Geschichte der jetzigen Transaktionen fast buchstäblich in den Annalen früherer Jahre verfolgen kann . . .

Auf die Feigheit und Furchtsamkeit der Westmächte zählend, schüchtert er (der Russe) Europa ein und schraubt seine Forderungen so hoch wie möglich, um nachher edelmütig zu erscheinen, wenn er sich mit dem zufrieden gibt, was er eigentlich unmittelbar erreichen wollte.«

»In wenigen Wochen, in wenigen Tagen vielleicht schon, werden sich die Heeresmassen des republikanischen Westens und die des geknechteten Ostens gegeneinander heranwälzen, um auf deutschem Boden den Kampf auszufechten. Doch Deutschland wird gar nicht gefragt werden, ob es dies auch erlaubt. Deutschland macht den Krieg nicht, es wird ohne seine Zustimmung und ohne, daß es dies verhindern kann, mit Krieg überzogen... Von deutschen Interessen, von deutscher Freiheit deutscher Einheit, deutschem Wohlstand kann gar nicht die Rede sein, wo es sich um die Freiheit oder Unterdrückung, das Wohl und Wehe von ganz Europa handelt. Hier hören alle Nationalitätsfragen auf, hier gibt es nur eine Frage! Wollt ihr frei sein, oder wollt ihr russisch sein? Es gibt nur einen Weg, um mit einer Macht wie Rußland umzugehen, und das ist der Weg der Furchtlosigkeit.« □

USA

Reagan und Roosevelt – zwei vom gleichen Stamm

R. T. Travler

Die Geschichte wiederholt sich immer wieder. Sollten darüber irgendwelche Zweifel bestehen, nehmen Sie dieses kleine Quiz und schauen Sie sich die hierin präsentierten Fakten an.

Welcher amerikanische Präsident hat seinem Vorgänger vorgeworfen, der »Reglementierungen schrankenlos Vorschub zu leisten«? Ronald Reagan oder Franklin Roosevelt?

Welcher amerikanische Präsident hat mit einem hohen Sieg gewonnen, als er seinen Gegner und Amtsvorgänger den »größten Verschwender in der Geschichte« und dessen Regierung die »Regierung mit den höchsten Ausgaben in Friedenszeiten in der ganzen Geschichte« nannte? Welcher Präsident führte seine Wahlkampagne unter den Slogans »Stopp den Defiziten«, »Ausgleich im Staatshaushalt« und »Senken der Steuern«? Welcher US-Präsident versprach »echte Sparsamkeit« und gelobte »Kosteneinsparungen der Regierung um 25 Prozent«? Ronald Reagan oder Franklin Roosevelt?

Schöne Reden, schlechte Taten

Ein ergänzender Hinweis: Einer seiner Siege als amerikanischer Präsident trug ihm den Ruf eines »vorsichtigen Steuerpolitikers« ein, obwohl die Realität diesen Ruf Lügen strafte.

Die Antwort auf alle gestellten Fragen lautet: Franklin D. Roosevelt.

Im Jahr 1932 führte Franklin D. Roosevelt seine Kampagne auf der Plattform der Demokratischen Partei und versprach: »Eine unmittelbare und drastische Reduzierung der Regierungsausgaben durch Abschaffung unnötiger Ausschüsse und Ämter (bürokratische Einrichtungen und Abteilungen), Beseitigung von zu hohem Aufwand, um die Kosten um mindestens 25 Prozent zu senken. Ein ausgeglichener Jahreshaushalt und eine Steuerreform.«



Anläßlich seiner Wahlkampfrede in Sioux City im Bundesstaat Iowa im September 1932 erklärte Roosevelt: »Ich beschuldige die gegenwärtige Regierung, die verschwenderischste Regierung in Friedenszeiten in unserer ganzen Geschichte zu sein. Es ist eine Regierung, die Amt um Amt, Ausschuß um Ausschuß angehäuft hat und dabei die Grundbedürfnisse und die sinkende Kaufkraft im Volk nicht voraussah.«

Doch genau im Gegensatz zu seinen Worten und seinem Image hat dieser amerikanische Präsident die Staatsschuld mehr vergrößert als alle seine Vorgänger zusammengenommen.

Selbst nachdem er zum Präsidenten gewählt worden war, wandte Roosevelt sich in der Öffentlichkeit weiterhin gegen zu hohe Regierungsausgaben, staatliche Kontrolle und öffentliche Arbeiten. Seine Politik jedoch, die von seinem Anhänger Harry Hopkins mit den Begriffen »Ausgabe, Steuern, Wahlen« zusammengefaßt wurde, war das genaue Gegenteil.

Das ist genauso unglaublich, als wenn in heutiger Zeit ein Kandidat teilweise deshalb gewählt werden würde, weil er sich hart gegen die Trilateralen stellt, doch der nicht nur einen »Ex«-Trilateralen zum ständigen Begleiter hat, sondern Trilaterale in jede Schlüsselposition seiner Regierung beruft.

Aber natürlich könnte dies in unserer heutigen Zeit niemals passieren. Und wenn das tatsächlich so wäre, dann sind wir natürlich viel zu klug und gebildet, als daß wir so jemanden auch noch ein zweites Mal wählen würden, wie damals zu Roosevelts Zeiten.

Wir sind heute viel zu schlau, als daß wir jemanden das Verdienst anrechnen würden, »die Steuern gesenkt zu haben«, wohingegen er sie in Wirklichkeit erhöht hat.

Wenn heute ein amerikanischer Präsident – nachdem er einen Wahlkampf mit dem Versprechen geführt hat, den Haushalt binnen zwei oder drei Jahren auszugleichen, das Defizit sogar noch erhöhte, und zwar nicht nur um mehr als sein Vorgänger, den er einen »Verschwender« nannte, sondern um mehr als seine ganzen Vorgänger zusammengenommen – versuchen würde, sich als »vorsichtiger Steuerpolitiker (oder steuerpolitisch Vorsichtiger) zu geben, der Sparmaßnahmen einführen will, dann würden wir loslachen.

Zurückblickend läßt sich leicht feststellen, was für ein ungeheurer Schwindler Franklin D. Roosevelt war, und wir fragen uns, wie das Volk damals so leichtgläubig sein und auf ein solch zweitklassiges Stück hereinfallen konnte.

Reagan spielt die Rolle Roosevelts

Wir können uns heute glücklich schätzen, daß wir nicht so dumm sind und auf einen solch billigen Schwindel hereinfallen, der sich direkt vor unseren Augen abspielt. Sind wir wirklich so schlau, wie wir meinen?

Ronald Reagan redet wie Franklin D. Roosevelt, und was noch schlimmer ist, er handelt auch so wie Franklin D. Roosevelt.

Reagan folgt dessen Drehbuch fast so, als würde es sich um die Neuauflage eines schlechten alten Films handeln. Reagans »neuer Konservatismus« ist die exakte Parallele von Roosevelts in Verruf geratenem »New Deal«.

Reagan spielt die Rolle von Roosevelt II. bis ins Detail. □

Kolonisierung des Sonnen-Systems

Victor Marchetti

Anfang des kommenden Jahrtausends, um das Jahr 2035 herum, werden unsere Kinder und Enkel Zeugen großer Ereignisse wie der Festlegung der Grenzen im Weltraum werden. Wenn alles gutgeht, erleben sie die Einrichtung menschlicher Kolonien auf dem Mond und auf dem Mars oder werden in manchen Fällen sogar daran beteiligt sein.

Aus diesen aufregenden Exkursionen ins All werden sich noch kühnere Vorstöße in die Zukunft ergeben. Amerikanische Astronauten werden in den nächsten 50 Jahren nicht nur Stützpunkte auf Mond und Mars errichten, sie werden auch Raumstationen schaffen, von denen aus sie in der Lage sind, unser Sonnensystem noch weiter zu erforschen – und so neue Siedlungsräume für die Menschheit kreieren und wahrlich nach den Sternen greifen.

Ein gewagter Kurs, ein erreichbares Ziel

Das sind keine Phantasien von verrückten Tagträumer. Es sind die wohlüberlegten Gedanken und Meinungen einiger der geachtesten Wissenschaftler und Denker der westlichen Welt, den Mitgliedern des Nationalen Weltraum-Ausschusses des amerikanischen Präsidenten, die damit beauftragt waren, einen Plan für die »Weltraumziele Amerikas im 21. Jahrhundert« zu erarbeiten.

Ihr Bericht wurde vor einigen Monaten veröffentlicht, Präsident Ronald Reagan und dem amerikanischen Kongreß vorgelegt, doch leider von der »Challenger«-Katastrophe überschattet. Der Bericht ist übrigens jenen sieben tapferen Astronauten gewidmet, die bei diesem Unglück in Pflichterfüllung für ihr Land starben. Seither scheint der Bericht allerdings im »bürokratischen und politischen Gerangel« verlorengegangen zu sein, klagte ein Sprecher der NASA.

»Wir sind jedoch mit Plänen zur Durchführung des Programms befaßt«, so der NASA-Beamte Edward Campius. Es ist, wie Dr. James Fletcher, ein anderer NASA-Mann, es nannte, »ein gewagter Kurs, doch ein erreichbares Ziel«, und wir haben vor, es zu erreichen.

Campius erläuterte weiter, Fletcher habe »die theoretische Studie bereits in einzelne Arbeitsschritte aufgeteilt und sie den einzelnen NASA-Abteilungen – Raumflüge, Weltraumwissenschaft und Weltraumstationen – zugeordnet, damit dort detaillierte Berichte erarbeitet werden können. Auch in anderer Hinsicht arbeiten wir an dem Projekt.«

»Das große Problem der NASA ist noch immer das ›Challenger‹-Unglück«, meinte Campius. »Damit müssen wir fertig werden und dann wieder mit den Flügen starten. Sobald wir wieder soweit sind, werden sie sehen, wie rasch das Mond-Mars-Projekt voranschreiten wird.«

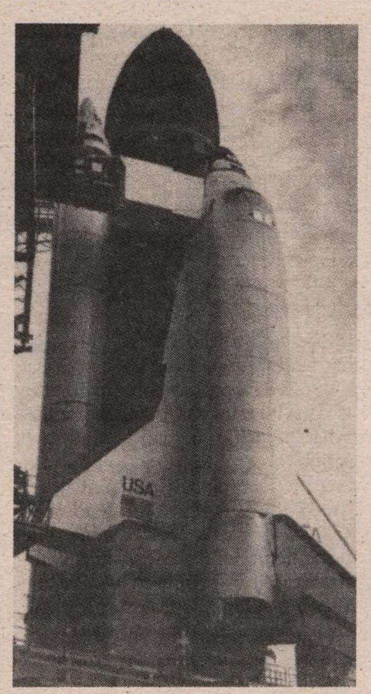
Hoffnung auf wirtschaftlichen Gewinn

Das Programm für Amerikas Weltraumzukunft, wie es im Bericht des internationalen Ausschusses beschrieben ist, ist kühn und atemberaubend zugleich. Es verlangt nicht weniger als die Aufmerksamkeit der ganzen Technologie und Wissenschaft Amerikas und ein finanzielles Engagement über die nächsten 50 Jahre von ungefähr einer Billion Dollar (etwa ein Drittel der geschätzten Kosten der Strategischen Verteidigungs-Initiative, SDI), so daß man schließlich Kolonien auf Mond und Mars – und vielleicht auch auf den Asteroiden – errichten kann.

Der Antrieb hinter dem Mond-Mars-Asteroiden-Programm ist der von Abenteuer und Erforschung des Unbekannten verbunden mit der Hoffnung auf neue Entdeckungen und wirtschaftlichen Gewinn.

Das sind natürlich die Grundmotive, von denen alle gewagten und risikoreichen Forschungsunternehmen getragen werden. So war es vom Aufstieg des Menschen an über das Zeitalter der Wikinger bis hin zu den ersten amerikanischen Siedlern. Die Herausforderung ist das Wichtigste dabei. Doch hoffentlich schaut auch Geld am Ende des Regenbogens dabei heraus, sagt der Ausschuß.

So befaßt sich die Studie ausführlich damit, zu beweisen, daß der Bau gigantischer Raumstationen mit enormen Kosten für den Steuerzahler schließlich zu einem wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Gewinn führen wird, der den Einsatz rechtfertigt. Es wird dabei häufig beispielhaft auf die Entdeckung Amerikas verwiesen.



Sobald das »Challenger«-Unglück überwunden ist und die Space Shuttles ihre Flüge wieder aufnehmen, werden die Amerikaner an das Mond-Mars-Projekt herangehen.

All diese Versprechen werden nur in allgemeinster Form in der Studie gegeben. Tatsache ist, daß wir, die Steuerzahler, den Träumen des Präsidenten-Ausschusses in den USA Glauben schenken müssen. Doch es sind Träume, die es wert sind, geträumt zu werden – und wahrscheinlich auch Risiken, von denen es sich lohnt, sie einzugehen.

Die futuristische Weltraumstudie der NASA ist nicht das Werk einiger freischaffender, überspannter Wissenschaftler. Es sind die tiefgründigen Überlegungen einiger der schlauesten Köpfe, die dieses Land zum Thema weitreichender Erforschung des Weltraums einsetzen konnte.

Zusatz zum SDI-Konzept

Dem Ausschuß unter der Leitung von Dr. Thomas O. Paine, der vormals der Northrop Corp. angehörte und früher bei der NASA angestellt war, haben die verschiedensten bedeutenden Persönlichkeiten angehört – von dem ehemaligen Brigadegeneral Chuck Yeager bis zur einstigen Vertreterin bei den Vereinten Nationen, Jeane J. Kirkpatrick, und zahlreiche Wissenschaftler, von denen einige Nobelpreisträger sind.

Obwohl der Bericht des Ausschusses die militärischen Implikationen des Mond-Mars-Programms herunterspielt, wurden diese Faktoren in den Überlegungen der Ausschuß-Mitglieder nicht ignoriert, so ein NASA-Informant.

»Offiziell handelt es sich um eine ausschließlich zivile Studie und das Militär war an dem Projekt nicht interessiert«, sagte der NASA-Informant, »und das bleibt auch die offizielle Position der NASA. Doch wir alle wissen, daß sich das Pentagon immer in alle Weltraumprojekte einmischt – wie es das auch im Fall des Shuttle-Programms getan hat – und schließlich die Kontrolle darüber an sich zieht.

Ich sehe keinen Grund, warum es hier eine Ausnahme geben sollte. Das Programm steht mit SDI schließlich in engem Zusammenhang. Es könnte sogar sehr leicht als Zusatz zum SDI-Konzept gesehen werden. □

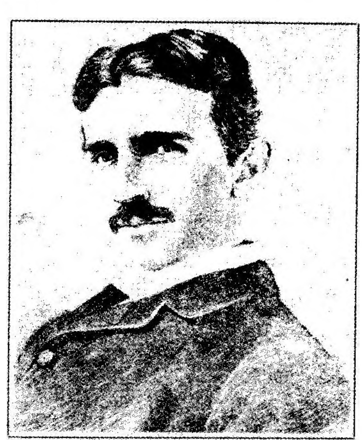
Nikola Tesla

Geheimer Krieg der Supermächte

George Millett

Nikola Tesla, einst ein obskurer in Kroatien gebürtiger amerikanischer Elektrotechniker und weniger bekannter Erfinder, der von 1856 bis 1943 gelebt hat, ist derjenige, der sowohl die Sowjetunion als auch die Vereinigten Staaten mit der grundlegenden Technologie zur Herstellung von Waffen versorgt hat, die sich als die »ultimativen« Kriegswaffen erweisen könnten.

Entwicklungen und Fortschritte in der Elektronik haben uns Radarsysteme sowie selbstgesteuerte und ferngelenkte Waffen in großer Vielfalt beschert. Wenn wir hier noch einen Schritt weitergehen, stellen wir fest, daß die Supermächte Teslas Technologie für eine elektromagnetische Kriegführung verwenden.



Nikola Tesla, ein erst heute geschätzter Erfinder. Seine Theorien und Erfindungen beschäftigen Ost und West.

Betrachten wir uns nur den Tesla-Vergrößerungs-Transmitter (TMT), seine wichtigste Erfindung. In seinen ersten Experimenten mit dem TMT erzeugte Tesla einen elektrischen »Druck«, wie er es nannte, von vier Millionen Volt und Funken, die in seinem Labor in New York City eine Höhe von fast fünf Metern erreichten. Das war um 1890 herum. Doch für ihn waren das Kindergartenspiele.

Tesla wollte Größeres und so richtete er sich im Jahr 1899 in der Nähe von Colorado Springs, Colorado, in den Rocky Mountains, ein riesiges Labor ein. Dort verbesserte er den TMT dahingehend, daß er künstliche Blitze stattlichen Umfangs erzeugte und Energie über große Entfernungen hinweg drahtlos übertragen konnte.

Tesla sagte, es sei machbar, einen Resonanz-Transmitter zu verwenden und ihn auf einer beliebigen Frequenz des elektromagnetischen Spektrums von einigen wenigen bis vielen Tausend Hertz zu betreiben, und daß er zur Erzeugung von Strom eines ungeheueren Volumens und gemäßigten Drucken sowie für kleinere Stromstärken und immense Wellen elektromagnetischer Kraft benutzt werden könne.

Seiner Meinung nach »wäre der TMT in der drahtlosen Energieübertragung höchst effizient und leistungsfähig«. Auch die Entfernung sei kein Problem, da die Intensität der Sendeimpulse nicht abnimmt. Es sei sogar möglich, diese über den Transmitter mit zunehmender Entfernung zu erhöhen.

Tesla war mit seinen Experimenten in Colorado zufrieden. Im Jahr 1900 kam er zurück nach New York mit Träumen über den Einsatz seiner Erfindungen zu friedlichen Zwecken.

Tesla wollte, daß die ganze Welt von seinen Entdeckungen profitiert. Er suchte sich finanzielle Unterstützung und im Jahr 1903 war auf Long Island ein Turm zur drahtlosen Übertragung von Energie fertiggestellt. Er war ungefähr 57 Meter hoch und mit einer kuppelartigen Antenne versehen. Das war der Anfang dessen, was er sich als ein weltweites System der drahtlosen Übertragung von freier Energie vorstellte.

Der Turm wurde im Jahr 1917 abgerissen und der TMT verschwand aus dem Gedächtnis westlicher Wissenschaftler und Industrieller.

Tesla war fast völlig in Vergessenheit geraten und außer acht gelassen, bis zu dem Zeitpunkt, wo Gerüchte und Berichte aus der Sowjetunion auftauchten, daß die Sowjets Teslas Erfindungen zur Steuerung des Wetters durch Ablenkung des Westwindes und anderer Dinge benutzen würden und daß sie durch Herumspielen mit Gehirnwellen menschliche emotionale Verhaltensmuster und sonstiges menschliches Verhalten abändern würden.

Seit 1976 stören sie Rundfunkübertragungen durch rasche Schwankungen, die den »Holzfäller-Effekt« erzeugen, wodurch alle Übertragungen auf ihren gewählten Frequenzen erstickt werden.

Es ist auch wohlbekannt, daß sie die amerikanische Botschaft in Moskau mit Mikrowellen bombardiert haben, um dortige Vorgänge abzuhören.

Mehr und mehr erfährt die westliche Öffentlichkeit inzwischen über diese neue Art der Kriegführung von seiten der Supermächte. Einige Wissenschaftler im Westen sind nun endlich dabei, die Wirkungen extrem niedriger Frequenzen auf die Umwelt und die Menschen zu untersuchen.

Nach sieben Jahren Forschungsarbeit hat die amerikanische Marine im Jahr 1982 einen Bericht veröffentlicht, daß Funksignale auf äußerst niedriger Frequenz, die irgendwo in der UdSSR erzeugt werden, psychoaktiv wirken würden, das heißt, sie greifen in normale menschliche Verhaltensmuster ein. □

Wetterkrieg

Eine neue Attacke der Sowjets

P. Samuel Foner

Im Januar 1987 wurde die amerikanische Hauptstadt Washington völlig lahmgelegt, nachdem zwei große Schneestürme innerhalb einer Woche die Stadt unter einer zwanzig Zentimeter hohen Schneedecke vergruben. Doch dies war nicht nur ein lokales Phänomen, denn die schlimmste Kältewelle dieses Jahrhunderts überflutete Europa und Westasien.

Überall sah es in diesem Winter schlimm aus: Todeslawinen folgten auf die schlimmsten Schneestürme seit 50 Jahren im sowjetischen Georgien. Temperaturen von minus 45 Grad in Leningrad zwangen zur Ergreifung von Notmaßnahmen. Schwere Schneefälle wüteten in kleinen Dörfern in der Türkei. In London brachten Temperaturen von minus 30 Grad den Big Ben zum Stillstand. Schnee vertrieb Jet-Setter von den französischen Mittelmeerstränden.

Experimente in Klimaveränderung

Stadtarbeiter in Bukarest setzten Handkarren zur Beseitigung des Schnees von den Straßen der Stadt ein, nachdem ein Kälteeinbruch und schlimme Schneestürme große Teile des Landes lahmgelegt hatten und landesweit zum Verbot der privaten Nutzung von Kraftfahrzeugen geführt hatte.

In Stockholm fielen die Temperaturen auf minus 20 Grad. Andere Temperaturen in Europas Hauptstädten: Warschau – 18 Grad, Amsterdam – 15 Grad, Paris – 10 Grad, Wien – 20 Grad, Dublin null Grad und Madrid + 5 Grad.

War das alles reiner Zufall oder eine Reihe von Zufällen? Viele Experten behaupten, es sind eher Beweise für sowjetische Experimente in Klimaveränderungen, die seit 20 Jahren durchgeführt werden.

Die Tatsache, daß das rauhe Wetter in der gesamten UdSSR sowie Westeuropa und den Vereinigten Staaten zu äußersten Notlagen geführt hat, weist auf zwei Dinge hin:

Erstens: Führer in einer Diktatur verwenden nicht allzuviel Zeit darauf, sich darüber Gedanken zu machen, was mit den Bauern passiert; zweitens: das Wetter ist schwer zu kontrollieren und die Ergebnisse von Experimenten sind oft unerwartet.

Die Beweise deuten darauf hin, daß weltweite Wetterstörungen das Ergebnis absichtlicher Manipulationen sind, die die Sowjetunion seit Jahren durchführt. Mit Hilfe von Niedrigst-Frequenzwellen in die obere Atmosphäre konnten die Sowjets, so meinen Experten, den Weg wichtiger Luftströme blockieren oder abändern.

Ergebnis von Manipulationen

Das wiederum verändert das Wetter auf dem ganzen Erdball, bringt Regen in normalerweise trockener Jahreszeit, Eiseskälte oder Dürre, wo nicht damit gerechnet wird, und Überschwemmungen, die zu Schäden in Millionenhöhe führen.

Was wollen die Sowjets damit erreichen? In erster Linie eine längere Wachstumsphase in der Ukraine, dem Brotkorb der UdSSR, und eine längere eisfreie Saison in einigen Schlüsselhäfen im Norden.

Wahrscheinliche Klimaveränderungen, die erstmals in den Jahren 1966/67 beobachtet wurden, sind von der amerikanischen Regierung als »Science Fiction« abgetan worden. Stimmt das wirklich?

Die Sowjets, die dringend weiteres kulturfähiges Land benötigen, haben seit Beginn der kommunistischen Diktatur mit Klima-Manipulationen experimentiert. Innerhalb der letzten 20 Jahre haben die Vereinigten Staaten offene und versteckte Versuche unternommen, das Wetter zu verändern und gingen dabei so weit, mit der UdSSR Gespräche über mögliche gemeinsame Wetterprojekte zu führen.

Von launenhaften Wetterbedingungen und Störungen in der oberen Atmosphäre wird in den Establishment-Medien zwar immer wieder berichtet, doch eine rationale Erklärung wird niemals dafür gegeben.

Am 27. Februar 1983 berichtete die »News« von Buffalo, eine Hauptstütze des Establishment-Journalismus: »Der starke Westwind, ein Luftstrom aus der oberen Atmosphäre, der zur Lenkung des Wetters darunter beiträgt, hat sich noch weiter verstärkt. Die harten und manchmal tödlichen Folgen sind die kürzlichen fünfzig Zentimeter hohen Schneefälle im Nordosten, rekordartige Regenfälle in der Trockenzeit von Südflorida, Erdrutsche in Kalifornien, Überschwemmungen in Louisiana, wolkenbruchartige Regenfälle sogar in Ecuador.«

Hat sich der Westwind von ganz alleine verstärkt? Die »News« ist offenbar dieser Meinung.

Was die Establishment-Medien nicht berichten, ist die Tatsache, daß vor neun Jahren über eigenartige Wetterauswirkungen berichtet worden ist und auch eine Erklärung dafür gegeben wurde. Dr. Andrew Michrowski vom kanadischen Außenministerium enthüllte im Jahr 1978 den »Krieg« der Sowjets mit den Niedrigst-Frequenzwellen gegen Nordamerika.

Ergebnis war eine weltweite Klimaveränderung

In einem Brief schrieb Michrowski: »Im Winter 1976/77 gelang es den Sowjets, eine terrestrische elektrische Resonanz herzustellen und dann herauszufinden, wie man relativ stabile und lokal begrenzte Magnetfelder aus Niedrigst-Frequenzwellen errichtet, mittels derer der Westwind in der nördlichen Hemisphäre eingedämmt oder umgelenkt werden konnte.«

Michrowski beschrieb, wie stationäre Fronten über der Westküste von Nordamerika, zwischen Baja Kalifornien und Alaska, errichtet wurden, die eine starke Umleitung von Luftbewegungen ermöglichten, sowie Gebiete von Hoch- und Niederdruck.

Weiter sagte er: »Im Winter 1977/78 hatten die sowjetischen Wissenschaftler die geniale Idee, eine Reihe stehender Wellen zu errichten, die sich von der westlichen Spitze Alaskas bis Valparaiso in Chile erstreckten. Die Wellen gingen von Angarsk in Sibirien aus. Das führte zu einer weltweiten Klimaveränderung. Östlich dieser Formation war das Wetter trockener, westlich davon verstärkte sich der Niederschlag.

Da diese Welle sich im Uhrzeigersinn drehte, wurden die Westwinde entgegen dem Uhrzeigersinn in die obere Atmosphäre gedrückt, während durch den Luftwiderstand die Luft aus der oberen Atmosphäre auf die entgegengesetzte Seite gelangte.«

Anfang des Jahres 1977 behauptete ein amerikanischer Wissenschaftler, es gäbe Beweise dafür, daß die Sowjets Radiowellensender hoher Intensität dazu benutzen würden, arktische Luftmassen von ihrer Küste weg in Richtung Nordamerika zu verschieben.

Im Jahr 1979 schrieb Harry T. Everingham, Herausgeber des »Fact Finder«: »Stimmt es, daß es sowjetischen Wissenschaftlern mit unserer Hilfe und Technologie gelungen ist, den Westwind so zu verschieben, daß das Winterwetter, das es normalerweise in Sibirien gibt, statt dessen nun die Vereinigten Staaten heimsucht, um uns bewegungsunfähig zu machen?«

Dr. Walter Orr Roberts vom Aspen Institute in Colorado sagt: »Die Idee, das Leitungsvermögen der Atmosphäre als ein Experiment der Klimaveränderung

abzuwandeln, ist nicht lächerlich.«

Das Wetter wird durch den Westwind sieben bis zehn Meilen über der Erde beeinflußt. Wetterveränderungen lassen sich erreichen durch Regulierung der Bewegung der elektrisch geladenen Teilchen in der oberen Atmosphäre. Dies führt zu gewissen Richtungsveränderungen des Westwindes, schrieb Everingham in »Fact Finder«.

Die Theorien von Nikola Tesla

Es ist kein Geheimnis, daß die Sowjets die Theorien von Nikola Tesla, dem slawischen Genie, untersuchen, der im heutigen Jugoslawien geboren ist, in die Vereinigten Staaten kam und schließlich vom Establishment vernichtet wurde, weil er eine billige Verfügbarkeit von Energie und deren Nutzung nachgewiesen hat. Er starb im Jahr 1943.

Im Jahr 1900 wies Tesla nach, daß die Erde als ein Leiter von Elektrizität genutzt werden könne und auf elektrische Vibrationen einer bestimmten Frequenz reagieren würde. In seinen Experimenten schaffte er es, in 25 Meilen Entfernung ohne irgendwelche Drähte 200 elektrische Lampen zum Leuchten zu bringen.

Tesla nannte eine Reihe möglicher Verwendungen für seine Entdeckungen, darunter die Klimaveränderung.

Im Laufe des Jahres 1983 berichteten die Establishment-Medien von vielen Störungen in der oberen Atmosphäre, die immer mit launenhaften Wetterbedingungen in Zusammenhang gebracht wurden. Michrowski, der bei der Gründung der Planetary Association for Clean Energy – PACE – (Weltverband für saubere Energie) mithalf, sagte im Jahr 1982, die neue Frequenz der sowjetischen Niedrigst-Frequenzimpulse bei 31,5 Hertz würden »riesige stehende Wellentäler in den Rocky Mountains« von Alberta bis New Mexico und ein riesiges Wellental im Osten hervorrufen.

Dieser Wissenschaftler berichtete, daß diese neuen sowjetischen Wellen höher reichen und »bei dem Westwind, der normalerweise bei Erddrehung von Westen nach Osten geht, Verwüstung anrichtet«.

Obwohl Tesla bestenfalls ignoriert und schlimmstenfalls verleumdet wurde von dem Establishment in den Vereinigten Staaten, seiner zweiten Heimat, wurden seine Ideen in der Sowjetunion um so wärmer aufgenommen. Viel von Teslas Werk wurde nie zu Ende gebracht. Seine Aufzeichnungen befinden sich im Tesla-Museum in Belgrad.

Doch aus Kanada kommen Berichte, daß ein sowjetischer Wissenschaftler – dessen Name bisher unbekannt ist – im Jahr 1976 mehrere Monate in Quebec zubrachte und Teslas letzten, noch lebenden Assistenten, Arthur Matthews, interviewt hat.

Im Jahr 1977, so Matthews, haben ihm »eine Menge Leute viele Fragen gestellt«, darunter einige »mit russisch klingenden Namen«.

Es ist also nicht schwer, einen Zusammenhang herzuleiten zwischen dem Interesse der Sowjets an Teslas Werk und dessen Behauptung, daß die obere Atmosphäre verändert werden könne sowie einem Bericht anläßlich der Konferenz der amerikanischen psychotronischen Vereinigung (USPA). Der Elektronikingenieur Al Bielek hielt bei dieser Konferenz einen Vortrag mit dem Titel »Natürliche und künstliche Niedrigst-Frequenzsignale im nordwestlichen Pazifik und psychische Phänomene«.

Führten diese Manipulationen zum Absturz der KAL 007?

In dieser Rede diskutierte Bielek die Änderungen in der sowjetischen Niedrigst-Frequenz. Der Ingenieur berichtete auch darüber, daß die Sowjets einen zusätzlichen Standort für ihre Tesla-Niedrigst-Frequenz-Vergrößerungs-Transmitter eingerichtet haben. Er sagte, die ursprünglichen Standorte seien Riga in Lettland und Gomel in Weißrußland. Laut Bielek wurden im Juli 1979 im Nordwestpazifik elektromagnetische Signale von 30 und 15 Hertz gemessen.

»Eine spätere Untersuchung einiger der Wellencharakteristikas in Nikola Teslas Beschreibung seines Vergrößerungs-Transmitters führte zu Berechnungen, die darauf schließen ließen, daß eine sowjetische Vergrößerungseinrichtung in der Nähe des Usts/Urt oder Usturt-(Ustyurt)-Plateaus (zwischen Kaspischem Meer und Aralsee) – wie es jetzt heißt – die im Nordwestpazifik festgestellten 30-Hertz-Wellen erzeugt haben könnte«, sagte er.

Im Februar 1981 berichtete der PACE »Newsletter«, daß die Sowjets ihre Niedrigst-Frequenzsignale im Jahr 1980 zwei Wochen lang unterbrochen hatten. »In dieser Zeit war der Westwind in der nördlichen Hemisphäre normal«, hieß es in der Veröffentlichung.

Von einem vielleicht nicht so zufälligen Zwischenfall wird berichtet, daß der KAL Flug 007, der von den Sowjets abgeschossen wurde und bei dem der amerikanische demokratische Abgeordnete Larry McDonald sowie viele andere, darunter auch Frauen und Kinder ums Leben kamen, vom Kurs abgekommen war aufgrund einer Fehlfunktion aller drei seiner Navigationssysteme. Die Boeing-Company, der Flugzeughersteller, berichtet, daß es in künstlichen Niedrigst-Frequenzfeldern zu Fehlfunktionen der Navigations- und Kommunikationsgeräte kommt.

Im PACE »Newsletter« wird beschrieben, wie Niedrigst-Frequenzen in Flugzeugnavigationssysteme eingreifen können.

Offenbar versagten KALs Navigations- und Kommunikationssysteme gleichzeitig, was durch die Niedrigst-Frequenzen verursacht worden sein könnte. Diese Möglichkeit wurde vor dem Absturz in der Ausgabe vom Dezember 1981 veröffentlicht, also ein Jahr vor dem Abschuß der KAL.

Inzwischen haben die launenhaften Wetterbedingungen in den Vereinigten Staaten die landwirtschaftlichen Erträge stark beeinträchtigt und Schäden in Millionenhöhe verursacht. Im Oktober 1986 haben starke Regenfälle zu riesigen Überschwemmungen im gesamten mittleren Landesteil der Vereinigten Staaten geführt und Tausende von Bewohnern des Staates Illinois gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. Ein Damm in Wisconsin drohte zu zerbrechen und das Wasser lief durch die Fenster in die Häuser von Tahlequah in Oklahoma.

Die Sowjets sind die »höhere Gewalt«

Süd-Dakota registrierte im September in Sioux Falls Rekordregenfälle von 23 Zentimeter. Missouri Rekordregenfälle in Springfield von 29 Zentimeter und Grandview von 37 Zentimeter, während es in Lansing im Bundesstaat Michigan zu Rekordregenfällen im September von 20 Zentimeter kam. Dies sind nur einige wenige Beispiele.

Im Juli 1986 gab es eine Rekordhitzewelle. Verdorbene Pfirsiche und Äpfel in West-Virgina, Vernichtung von 90 Prozent der Weizenernte in Alabama sowie der Erdnuß- und Baumwollproduktion, zehn Prozent der Hühner in Georgia kamen um, und die Hälfte der Maisernte in Virginia wurde vernichtet.

Im April 1986 wurden Feldfrüchte durch eine Kältewelle zerstört.

Einzeln betrachtet könnte man diese Begebenheiten als »Launenhaftigkeiten« oder »höhere Gewalt« hinstellen. Doch wenn man sie zusammengenommen betrachtet, läßt sich die Möglichkeit massiver sowjetischer Eingriffe in die klimatischen Verhältnisse nicht leugnen. □

Zwei Bücher von und über Nikola Tesla sind derzeit bei Liberty Library erhältlich: »My Inventions« ist Teslas autobiographisches Vermächtnis. Es ist ein Taschenbuch, Preis: 7,95 Dollar. Das zweite Buch trägt den Titel »Tesla Coil Secrets«. Es gibt einige grundlegende Hinweise darüber, wie man in die Fußstapfen des Genies treten könnte, der auf dem gesamten Gebiet elektrischer und magnetischer Phänomene Pionierarbeit geleistet hat. Es ist ebenfalls ein Taschenbuch, Preis: 6,95 Dollar. Zu bestellen bei Liberty Library, 300 Independence Ave. SE., Washington, D. C. 20003, USA.



Vertrauliches

Europa

Wirtschafts-experte sieht große Depression voraus

»Wir sehen uns der zweitgrößten Krise gegenüber. Heute gibt es in Europa eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit wie im Jahr 1929. Sie liegt bei 11 Prozent. In den fünfziger und sechziger Jahren betrug sie in den gleichen Ländern 2 Prozent. In Italien waren es 5 Prozent«, so der Wirtschaftsexperte Franco Modigliani vom MIT bei einer Konferenz an der Universität von La Sapienza in Rom. Modigliani hat die zweifelhafte Auszeichnung, 1985 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalten zu haben.

Er wies auf die ernsten Folgen hin, die solche Arbeitslosenzahlen auf ein Land haben: »Wir müssen berücksichtigen, wieviel Einkommen hier gefährdet ist. Eine Arbeitslosenrate von 10 Prozent verursacht in einem Land einen jährlichen Verlust von 15 bis 20 Prozent des Volkseinkommens. Und es senkt die Steuereinnahmen, was wiederum dem Staat Schaden zufügt.

In Italien ist die Situation verheerend: Ein Drittel der Bevölkerung unter 25 Jahren ist ohne Beschäftigung. Wenn die Wachstumsrate der Wirtschaft bei 2,5 bis 3 Prozent bleibt, werden wir bis zum Jahr 1990 in Europa eine Arbeitslosenrate von 11 Prozent haben. Ein solcher Prozentsatz ist nur kurze Zeit tolerierbar.«

Modigliani machte die USA für die Situation verantwortlich: »Der große Fehler von Präsident Reagan, der das amerikanische Defizit in die Höhe trieb.«

Modigliani schlug gemäßigte wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter und Angestellten vor und schloß mit einem Hieb in Richtung auf die Gewerkschaften: »Eine 7prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung zu verlangen, wie es die italienischen Gewerkschaften tun, ist nicht akzeptabel und jenen gegenüber ungerecht, die keine Arbeit haben.« □

Ägypten

Die Nation wichtiger als die Schulden

»Die politische Stabilität Ägyptens ist wichtiger als die Ansprüche des IWF«, erklärte der ägyptische Präsident Mubarak in einem Interview. »Was wollen diese Leute?« fragte er. »Revolten provozieren? Ihre Politik wurde in Marokko durchgesetzt, sie provozierte Aufstände, das gleiche in Tunesien.«

Mubarak schimpfte auch auf die Vereinigten Staaten, zunächst auf deren Wirtschaftspolitik: »Ich werde wütend über jene, die die Zustände meines Volkes verschlimmern. Wenn Sie mir 800 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe geben und dann 600 Millionen Dollar Zinsen für die Militärschuld von mir nehmen, was ist das dann wirklich?«

Der ägyptische Präsident betonte, daß »die Konfrontation zwischen Ägypten und den USA über die Achille-Lauro-Affäre« die größte Nichtübereinstimmung in den letzten 12 Jahren war.

Über den Iran: »Ich konnte es nicht glauben, als ich davon erfuhr. Dieses Vorgehen hat die Glaubwürdigkeit der USA, wenn nicht sogar weltweit zerstört, zumindest aber in der arabischen Welt. Ich habe Botschaften nach Washington geschickt, um meine Ansichten zum Ausdruck zu bringen, doch offenbar hat man dort jetzt andere Probleme.« □

Eureka

Lob aus der DDR

Der Direktor eines DDR-Denk-Tank hat dem europäischen Parlament in Straßburg berichtet, das von den Franzosen geförderte Eureka-Projekt sollte in ein gemeinsames Ost-West-Projekt umgewandelt werden. In einer ungewöhnlichen Ansprache im europäischen Parlament schlug Dr. Max Schmidt, Direktor des DDR-Instituts für internationale Poltik und Wirtschaft vor, die EG solle das Eureka-Programm als eine »wichtige Möglichkeit für Technologieaustausch zwischen Ost und West« ansehen. □

NATO

Buckley verlangt den Austritt der USA

»Sollten die USA die NATO verlassen?« So lautet die Titelschlagzeile auf der Zeitschrift von William F. Buckley »National Review«. Der bekannte »Konservative« hat schließlich Farbe bekannt, nämlich Westeuropa den Sowjets auszuliefern.

Die lächerlichsten »konservativen« Argumente werden ins Feld geführt, um das »In-Stich-lassen« der Verbündeten Amerikas den amerikanischen Verbündeten schmackhaft zu machen, ihnen sogar vorzugaukeln, es geschähe aus Prinzipien heraus.

Der Autor der Story, Tom Bethell, führt Irving Kristol, Zbigniew Brzezinski, Henry Kissinger und andere an, die den amerikanischen Rückzug aus der NATO fordern. In einem Appell an die Konservativen der USA vergleicht Bethell Westeuropas Abhängigkeit von amerikanischen Verteidigungshilfen mit der Abhängigkeit des armen Sozialhilfeempfängers von den Sozialleistungen.

»Ebenso wie jene Abhängigkeit von Sozialhilfe die Landstreicher in den Städten korrumpiert hat, so hat die militärische Abhängigkeit unsere europäischen Verbündeten korrumpiert.«

Er behauptet auch, daß der antikommunistische Zweck der NATO ein »kollektivistisches Prinzip verbirgt, das in kollektivierten Organisationen vorhanden ist«. »Die NATO«, schreibt er, »sollte als das Produkt einer Zeit angesehen werden, das Senator McCarthy, die Weltföderalisten, die UNO, UNESCO hervorbrachten und die Amerikaner zu demokratischen Aktionen anhielt.« □

Weißes Haus

Ronald Reagan braucht Brzezinski

Die »Washington Times« kritisiert, daß US-Präsident Reagan keine Strategie habe und daß die Politik des Austausches von Waffen gegen Geiseln mit dem Iran »die Grundelemente strategischer Denkweise außer acht gelassen habe; das sei auch der Grund, warum das Ganze mit der Erschütterung der Glaubwürdigkeit und des Einflusses Amerikas endete«.

Die von der Moon-Sekte kontrollierte Zeitung, die die Politik von Carters nationalem Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski als die Reagans beschrieb, gab auch eine Antwort:

»Mr. Reagans Herumgeplätscher im warmen Wasser des Indischen Ozeans kann das kurzsichtige Denken nicht verdekken, mit dem sich seine Regierung in diese schrecklichen Verwicklungen ziehen ließ und die beunruhigende Wahrheit über diesen oft so scharfsinnigen Präsidenten ist, daß vernachlässigt und scheinbar gar nicht einmal wahrgenommen wird, was er am dringendsten braucht – nämlich einen strategischen Denker im Stile Kissingers oder Brzezinskis.« □

Edward Teller

Sowjets haben Monopol auf Verteidigung

Die Sowjets sind den Vereinigten Staaten in der Zivilverteidigung weit voraus, meint der Physiker und Nobelpreisträger Edward Teller. »Heute haben die Sowjets ein Monopol auf die Verteidigung und das wollen sie behalten. Wir haben auf dem Gebiet der Zivilverteidigung praktisch nichts getan.«

Teller meinte, das Problem mit der Strategischen Verteidigungs-

Initiative (SDI) ist, daß amerikanische Weltraumverteidigungswaffen verwundbar sind. Er sagte, die Sowjets haben in den letzten zehn Jahren an der Perfektionierung von Laserwaffen gearbeitet und besitzen jetzt einen Laser mit einer Schußweite von 1000 Meilen, ohne daß sein Strahl sich über mehr als fünf Fuß ausbreitet.

Bernard Blake, der Herausgeber von »Jane's Weapon Systems« schrieb dazu: »Jeder, der glaubt, daß die Sowjetunion kein vergleichbares SDI-System hat, sollte noch einen zweiten Gedanken daran verschwenden.« Indem er amerikanische Verteidigungsexperten zitierte, berichtete Blake, daß Moskau über ein umfangreiches Laserprogramm verfügt, das 10 000 Wissenschaftler und Ingenieure beschäftigt, sowie weitere Forschungsprojekte über moderne Waffen.

Er fügte hinzu, die Sowjets hätten das einzige ASAT-System: »Hier tritt eine Offensiveinrichtung in die gleiche Umlaufbahn wie der Satellit ein und zerstört ihn, indem ein konventioneller Sprengkopf zur Explosion gebracht wird.« □

UdSSR

Neue Wirtschaftspolitik beeinflußt den Handel

Die »neue Wirtschaftspolitik« des Sowjetführers Michail Gorbatschow wird bald anfangen, Auswirkungen auf die sowjetische Außenhandelspolitik zu haben. Auf einer amerikanisch-sowjetischen Handelskonferenz in Moskau wurden verschiedene Formen von »joint ventures« diskutiert, unter anderem auch gemeinsame Produktionseinrichtungen in der Sowjetunion.

Ein Sprecher der Konferenz: »Die Sowjets organisieren auch ihr Außenhandelssystem neu, indem sie einigen regionalen Firmen und Ministerien direkte Export- und Importbefugnisse erteilen. In der ersten Phase werden einer Gruppe von 20 Ministerien und 67 Firmen direkte Handelsbefugnisse erteilt« □

Südafrika

Kodak-Rückzug schadet der Wirtschaft

Eastman Kodak zieht sich unter Bedingungen zurück, die ein Experte »die härtesten« nannte, die bei einer amerikanischen Firma bisher vorkommen. Kodak, eine der am längsten in Südafrika etablierten, ausländischen Firmen, kündigte an, daß ihr Vermögen am 30. April 1987 liquidiert würde und kein Kodakwerk auf der Welt Produkte nach Südafrika liefern dürfe.

Azar Jammine, der Top-Ökonom der Econometrix Marketing und Marktforschungsfirma mit Sitz in Johannesburg, sagte, daß es inländischen Firmen praktisch unmöglich sein würde, Kodaks Produkte und Technologie zu ersetzen.

Dies ist ein Beispiel für den »technologischen Abstieg, den das Land als Folge der Zurückziehung von Anlagenkapital voraussichtlich erleben wird«, sagte Jammine.

Im Zusammenhang mit den Bedingungen, die von dem Leiter der Barclays Bank für den Verkauf ihres Vermögens an die südafrikanischen Oppenheimer-Interessen ausgehandelt wurden, sagte ein Berater der südafrikanischen Federal Reserve Bank: »Bei Freunden wie diesen braucht man keine Feinde mehr.«

Doch ein Rückzug dieser Größenordnung muß etwas Großes im Hintergrund haben. Es wird erwartet, daß Barclays den sogenannten Schuldenstop zwischen Südafrika und seinen kurzfristigen Gläubigern aufheben wird, was eine mögliche Eskalation des Finanzkrieges signalisiert.

Südafrika hat angekündigt, ernste Wirtschaftskriegsführung mit einem Schulden-Moratorium zu beantworten. Verhandlungen über dieses Thema sind für April geplant. □

Dritte Welt

Ghandi organisiert Afrika-Fonds

Der indische Ministerpräsident Rajiv Gandhi hat auf dem Gipfel des Non-Alignet-Movement in Harare, Zimbabwe, einen »Afrika-Fonds« gegründet. Der Zweck, so sagte er, besteht darin, die Frontlinienstaaten – jene afrikanischen Länder, die eine gemeinsame Grenze mit Südafrika haben – mit Infrastruktur und Kommunikationen zu versorgen, um ihre Volkswirtschaften von der totalen Abhängigkeit von Südafrika zu befreien.

Gandhi hat einen seiner Spitzenleute mit dem Fonds betraut und indische Ingenieure befinden sich bereits in diesen Ländern und erstellen Studien für Infrastruktur-Projekte.

Dem Afrika-Fonds gehören Länder an wie Indien, Peru, Algerien, Nigeria, Kongo, Zambia, Zimbabwe und Jugoslawien. Bemühungen der Kubaner und Nordkoreaner, dem Fonds beizutreten, wurden von Gandhi gestoppt, da er vorhat, von den USA und Westeuropa Geldmittel für afrikanische Entwicklung zu organisieren.

Kritiker behaupten, daß der Zweck des Fonds ist, Waffen für die Frontstaaten zu organisieren, was jedoch Gandhi bestreitet. □

Japan

Tausende haben AIDS

Laut Takashi Kitamura, dem Direktor der Abteilung für Enteroviren am Nationalen Institut für Gesundheit, gibt es 11 000 AIDS-Virusträger. Kitamuras Aussagen wurden in der »Japan Times« gedruckt.

Bis heute sind 21 Fälle aufgetreten, von denen 13 starben. Kitamura rechnet damit, daß sich die Zahl der AIDS-Erkrankten innerhalb der nächsten drei Jahre auf 1500 erhöhen wird. Zu den bekannt gewordenen Fällen gehören 10 Homosexuelle und 11 Bluterkranke, doch die Weigerung japanischer Homosexueller zuzugeben, daß sie AIDS-Virusträger sein könnten, behindert die Kontrollbemühungen.

Das japanische Gesundheits- und Sozialministerium hat die Herstellung eines AIDS-Testmedikaments genehmigt. Dieses Medikament, das von Fuji Rebio Inc. in Zusammenarbeit mit der Yamaguchi Universität entwickelt wurde, reduziert die Zeit der Entdeckung der Krankheit von dreieinhalb Stunden – mit herkömmlichen Methoden – auf zwei Stunden. □

Mexiko

Die Schulden steigen

Mexiko wird in diesem Jahrzehnt Zinszahlungen in Höhe von 100 Milliarden Dollar ins Ausland schicken, wenn es seine Schulden vertragsgemäß zahlt. Das ist weit mehr als sämtliche Kredite, die es zwischen 1976 und 1986 erhalten hat.

Die mexikanische Regierung plant dem Programm des Finanzministers Gustavo Petricioli zufolge, 40 Milliarden Dollar an neuen öffentlichen Schulden aufzunehmen. Ein Beamter dazu: »Es wurde beschlossen, eine Reihe von Abmachungen zu treffen, um genügend Geldmittel für den neuen Plan zu bekommen.« □

Norwegen

Kritik an Abkopplung der USA von der NATO

Der Pressesprecher für den norwegischen Oberbefehlshaber General Fredrik Bull-Hansen, Oberst Gjeseth, meinte, der Vorschlag des Rückzugs amerikanischer Truppen aus Mitteleuropa bedeute, daß in einer Notsituation die Bedrohung der Nordflanke der NATO wesentlich größer sei als heute.

Nach NATO-Vereinbarungen mit Norwegen sind in Friedenszeiten keine ausländischen Truppen auf norwegischem Boden stationiert. Die Verteidigung der

NATO-Nordflanke hängt deshalb völlig davon ab, wie rasch NATO-Streitkräfte aus anderen Teilen Europas oder den USA überführt werden können. Wenn andernorts in Europa erhöhte Nachfrage nach solchen Streitkräften besteht, was eine solche Reduzierung der US-Truppenpräsenz implizieren würde, so wird es schwieriger, die erforderlichen Streitkräfte für den Schauplatz im Norden freizusetzen.

Deshalb, so Oberst Gjeseth, ist Norwegen sehr daran interessiert, die derzeitige Zahl amerikanischer Truppen in Mitteleuropa beizubehalten. Er betonte auch, daß jede Diskussion über eine Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands und eine entsprechende Verschiebung in der westdeutschen Position gegenüber der NATO in Norwegen großen Anlaß zur Sorge gäbe. □

Kreml

Lob für eine atomwaffenfreie Zone

Der sowjetische Chefideologe und Gorbatschows rechte Hand im Politbüro, Yegor Ligachov, kündete einen »Vierstufenplan« für eine nordeuropäische »nuklearfreie Zone« an. Die Stufen eins und zwei seien von Moskau bereits durchgeführt.

Stufe eins: Die Sowjetunion hat alle »Mittelstreckenraketen«, das heißt, auf dem Lande stationierte Raketen mit einer Reichweite über 1000 Kilometer hinaus, von der Halbinsel Kola entfernt.

Zweite Stufe: Die Sowjetunion hat »einen großen Teil« ihrer Kurzstreckenraketen, das heißt, auf dem Land stationierte Raketen mit einer Reichweite bis 1000 Kilometer, von Leningrad und den baltischen Militärdistrikten entfernt. Ligachov sagte nicht, wo sich die »entfernten« Raketenbataillone jetzt befinden.

Moskau ist bereit, »alle U-Boote mit ballistischen Raketen« aus der Ostsee zu entfernen, sagte er, wenn die NATO zustimmt, Skandinavien und die Ostsee atomwaffenfrei zu halten.

Dieser Vorschlag kostet Moskau nichts, denn er entspricht einem sowjetischen Militärplan aus dem Jahr 1983, demzufolge alle U-Boote mit ballistischen Raketen in der Ostsee durch U-Boote mit Marschflugkörpern ersetzt werden sollen.

Der vierte Punkt war ein Angebot zur Begrenzung des Umfanges sowjetischer Militärmanöver in der Region, wenn auch die NATO dies täte. □

Frankreich

Milliardär verlangt einseitige Abrüstung

Die angesehene französische Tageszeitung »Le Monde« überließ dem »roten Milliardär«, Jean-Baptiste Doumeng, eine halbe Seite ihrer Ausgabe, um einseitige französische Nuklearabrüstung und einen einseitigen Rückzug französischen Militärs aus Afrika zu fordern. Doumeng verbindet diese Forderung mit einem Vorschlag zur Erhöhung der Beschäftigung und der Löhne in Frankreich, doch die Finanzierung des Vorschlags würde folgende Notwendigkeiten mit sich bringen:

»Liquidierung aller Atomwaffen, denn sie dienen weder der Abschreckung noch im Ernstfall dem nationalen Schutz. Sie sind ein militärischer und politischer Wahnsinn, der gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Ich bin überzeugt, daß es für Frankreich weder ein militärisches Kriegsrisiko noch ein Risiko der Invasion durch die Sowjets gibt. Mehrfache Erklärungen von seiten sowjetischer Behörden und auch jenen höchster französischer Stellen erhärten diesen Gesichtspunkt. Schließlich würde der Stop französischer Atomwaffen eine Politik nuklearer Abrüstung auf der Welt in Beziehung zu der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten in Gang setzen.

Unterdrückung aller militärischen Interventionen Frankreichs in Afrika, Nahost und anderswo. Es geht darum, alle Vereinbarungen über Militärhilfe zu Ende zu bringen, denn Frankreich besitzt sicher andere Mittel als Waffen, um seine Zivilisation gegenüber den Ländern der dritten Welt zu rechtfertigen –, und zwar auf kultureller wie wirtschaftlicher Ebene. Die französische Armee sollte nur zur Sicherheitsgewähr unseres Landes verstärkt werden.« □

Raketen

Sowjets loben die Präzision

Die sowjetischen Raketen haben an »Präzision und Effektivität deutlich zugenommen«, meinte General Vladimir Vishenkov, Generalstabschef der sowjetischen strategischen Raketenstreitkräfte. Vishenkov lobte die »hohe Bereitschaft« dieser Streitkräfte.

Er fügte hinzu: »Die technologische Zuverlässigkeit, die Präzision und ihre Effektivität bei der Zerstörung der Ziele hat erheblich zugenommen.«

Vishenkov zitiert zur Bekräftigung das Programm der Kommunistischen Partei: »Es wird alles getan werden, um die Kräfte des Imperialismus keine strategische Überlegenheit bekommen zu lassen.« □

China

Ehen mit Ausländern steigen

Über 22 000 Ausländer haben seit 1984 Chinesen geheiratet, ein starker Anstieg gegenüber den Vorjahren. Man nannte keine Zahlen, doch führte man den Anstieg auf die »Politik der offenen Tür« zurück, die im Jahr 1979 begann und die »Erhöhung der Kommunikation zwischen China und dem Rest der Welt«.

Eine Regierungsumfrage zeigte, daß viele Chinesen Ausländer geheiratet haben, um aus dem Land herauszukommen, und sie gaben zu, daß die Liebe oft nur ein sekundärer Faktor sei. Aus der Umfrage ging auch hervor, daß 95 Prozent der Chinesen, die Ausländer heiraten, Frauen waren und bis zu 99 Prozent davon ins Ausland gingen. □

Japan

Fakten einer Wirtschaftssupermacht

Tatsachen sind: Nomura Securities sind jetzt der Welt größte Wertpapierhändler. Japan hat die USA als erster Weltbanker übertroffen; sie halten 26 Prozent des internationalen Bankensektors. Sieben von 10 der Welt größten Hochöfen befinden sich in Japan.

Von den 30 größten Banken auf der Welt sind 11 japanisch mit Vermögenswerten von fast 1000 Milliarden Dollar.

Japan ist das größte Produktionsland auf der Welt. Japan produziert 65 Prozent der Kohlenstoffaser auf der Welt. Das Land ist der größte Automobilhersteller auf der Welt. Dentsu von Tokio ist die weltgrößte Werbeagentur.

Das japanische Reinvermögen in Übersee betrug Ende 1985 129,8 Milliarden Dollar, 1984 waren es 74,3 Milliarden Dollar. Japan ist damit die reichste Nation.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte Ende 1985 schätzungsweise ein Reinvermögen von 60 Milliarden Dollar, während die Vereinigten Staaten Schulden zu der Zeit in Höhe von 60 Milliarden hatten und ein Vermögen von 28,3 Milliarden Dollar. □

Weltkirchenrat

Weitere Gelder für Kommunisten

Der Weltkirchenrat hat jetzt die Zuwendungen aus dem Sonderfonds des Anti-Rassismus-Programms bekannt gegeben. Von einer Gesamtsumme von 400 000 Dollar bewilligte er zwei Drittel, das heißt rund 265 000 Dollar, an »rassisch Unterdrückte« im südlichen Afrika.

Direkte Zuwendungen gingen an: die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) 110 000 Dollar; den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) 80 000 Dollar; den Pan-Afrikanistischen Kongreß (PAC) 26 000 Dollar; den Südafrikanischen Gewerkschaftskongreß (SACTU) 10 000 Dollar. Indirekte Zuwendungen gingen an die Anti-Apartheidsbewegungen in Frankreich, Deutschland, England, Irland, Wales, Japan, Neu-Seeland und USA mit insgesamt 40 000 Dollar.

Seit 1970 hat der Weltkirchenrat aus dem Sonderfonds des Anti-Rassismus-Programms insgesamt 6 906 500 Dollar ausgezahlt. Er betont, daß »der Zweck der Empfänger-Organisationen nicht mit den allgemeinen Zwecken des Weltkirchenrates in Konflikt stehen darf«, und daß er die Gelder »ohne Kontrolle über die Art, wie sie verwendet werden«, verteilt. □

Südafrika

Wachsender Unmut über Erzbischof Tutu

Unter den rund zwei Millionen südafrikanischen Anglikanern wächst der Unmut über die politischen Äußerungen des Oberhaupts ihrer Kirche, Erzbischof Desmond Tutu. Dies geht aus einem Bericht der in Johannesburg erscheinenden Zeitung »Sunday Times« hervor, eines der größten Sonntagsblätter Südafrikas.

Insbesondere Tutus Eintreten für Wirtschaftssanktionen habe dazu geführt, daß zahlreiche Kirchenmitglieder aus Protest ihre Beiträge zurückhielten und dadurch ihre Kirche in finanzielle Schwierigkeiten brächten.

Manche Gemeinden stünden nahe vor einer Spaltung. Viele seien bereits zu einer anglikanischen Schwesterkirche übergewechselt.

Kürzlich habe eine anglikanische Gruppierung, die sich »Um Wahrheit und Spiritualität besorgte Afrikaner« (ACTS) nennt, an alle Bischöfe geschrieben und sie auf die »tiefe Sorge« über den politischen Kurs ihrer Kirche aufmerksam gemacht.

Der Vorsitzende von ACTS, der Johannesburger Rechtsanwalt Alasdair Macaulay, wies darauf hin, daß seine Gruppe keine »weiche Linie« gegenüber Apartheid vertrete. Man begrüße die Verurteilung der Rassentrennung als Gotteslästerung, aber man wende sich gegen »das Eindringen von Ideologien in das Leben der Kirche«. □

Pan-Europa

Etikettenschwindel mit Europa

Otto von Habsburg, Sohn des letzten österreichischen Kaisers, Mitglied des Europäischen Parlaments als Abgeordneter der CSU, lenkt nebenbei die Geschicke der Pan-Europa-Union, die Graf Coudenhove-Kalergi 1923 gegründet hat. Coudenhove-Kalergi schrieb in seinem Buch »Praktischer Idealismus:

»Der kommende Mensch der Zukunft wird Mischling sein. Für Paneuropa wünsche ich mir eine eurasisch-negroide Zukunftsrasse, um eine Vielfalt der Persönlichkeiten herbeizuführen. Die Führer sollen die Juden stellen, denn eine gütige Vorsehung hat Europa mit den Juden eine neue Adelsrasse von Geistesgnaden geschenkt.« □

Mozambique

Sowjets haben direkte Kommandogewalt

An militärischem Personal hat die Sowjetunion zur Zeit rund 900 Mann in Mozambique stationiert. Weitere 1150 Sowjets sind in zivilen Aufgaben engagiert.

Das militärische Personal trägt die offizielle Bezeichnung »Berater«. Es ist indessen feststellbar, daß verschiedene sowjetische Stabsoffiziere sowohl im Planungs-, als auch im Bereich Operationen direkte Kommandogewalt innehaben.

Die sowjetischen Berater sind nicht nur beim Oberkommando der Streitkräfte, sondern auch bei den Territorialkommandos in den einzelnen Provinzen Mozambiques eingeteilt, und zwar bis hinunter zu den Führungsstäben der Brigaden. Damit ist den Sowjets maßgeblicher Einfluß auf allen Ebenen der Streitkräfte Mozambiques gesichert. □

USA

US-Warenhauskette stoppt Verkauf von Porno-Magazinen

Die Southland-Corporation, die größte Warenhauskette in der Welt mit Sitz in Dallas, stellte in allen 4500 Filialen den Verkauf der Magazine »Playboy«, »Penthouse« und »Forum« ein. Anhörungen der Pornographie-Kommission des höchsten amerikanischen Gerichts hatten einen Zusammenhang zwischen den Pornozeitschriften und wachsender Kriminalität signalisiert.

Auch 3500 weiteren Geschäftshäusern, die mit Southland-Corporation zusammenarbeiten, hat die Geschäftsleitung empfohlen, den Handel mit diesem Genre von Zeitschriften einzustellen. Anstatt eines geschäftlichen Verlustes rechnet man intern sogar mit einem Gewinn infolge dieser Maßnahmen. □

Kirche

Evangelische Pfarrer lassen sich zum Priester weihen

Auf ein lebhaftes Echo ist ein Vortrag des früheren Oldenburger Bischofs Hans Heinrich Harms vor Pfarrern gestoßen, indem er darauf hinwies, daß sich etwa 300 der 18 000 Pfarrer aus dem Bereich der evangelischen Kirchen (EKD) zusätzlich zu ihrer kirchlichen Ordination in hochkirchlichen Bruderschaften heimlich zum »Priester« haben weihen lassen.

Wie Harms sagte, habe er die Zahl von »verantwortlichen Sachkennern«. Der Apostolische Vorsteher der 1929 gegründeten Hochkirchlichen St. Johannes-Bruderschaft, Pfarrer Heinz Joachim Nerger, teilte mit, daß Pfarrer »aus Verunsicherung« in Bruderschaften oft zusätzlich nach einer geistlichen Vergewisserung in Form von Segnungen, Weihen oder Ordination suchten. Grund dafür, so Nerger, sei die Praxis der Ordination in den evangelischen Landeskirchen. Sie werde vielfach nur als ein bürokratischer Akt empfunden. □

Okkultismus

Immer mehr satanische Rockmusik

Vor schweren psychischen Schäden aufgrund okkulter und spiritistischer Betätigung hat das Vorstandsmitglied der Interessengemeinschaft für Grenzgebiete der Wissenschaft in Innsbruck, Professor Ferdinand Zahlner, gewarnt.

Einen Grund für das große Interesse an Okkultismus sieht Zahlner in der »inneren Leere« vieler Menschen, die Theologen mit rationalen Aussagen allein nicht zu füllen vermocht hätten. Eine Folge sei »deshalb die Suche und auch die Sucht nach dem Irrationalen«. Laut Zahlner ist eine spiritistische Praxis oft mit dem Glauben an die Wiederverkörperung, die Reinkarnation, gekoppelt.

Weiter wird auf die »kaum mehr zu überblickende Flut« von Gruppen hingewiesen, die sich okkulter Rockmusik, dem »Black Metal«, verschrieben hätten. In ihren oft gewalt-verherrlichenden Liedern gehe es um satanische Inhalte, etwa um Hölle, Tod und Teufel.

Die meisten Fans dieser Musik seien zwischen 13 und 19 Jahren alt und längst noch nicht »ausgereift«. In einer Einladung zu einem Konzert einer solchen Gruppe heißt es: »Wenn ihr blutgeil seid, müßt ihr auf unser nächstes Slaughter-in-Hell-Konzert kommen. Wir zersägen blutige Köpfe auf der Bühne, erschießen Mönche und Jesus Christus.« Die Texte verherrlichten ferner Drogen und Selbstverstümmelung bis hin zum Selbstmord. □

Zitate

Medien

Richard Burt, US-Botschafter in Bonn: »Die Oberflächlichkeit ist vielleicht charakteristisch für Amerika. Aber während unsere Medien vielleicht zu sehr auf Wettbewerb ausgerichtet sind, werden sie meiner Meinung nach hierzulande zuwenig damit konfrontiert. Das Ergebnis ist eine Konformität der Medien – die Öffentlichkeit bekommt bisweilen nur die eine Seite der Geschichte und nur einen Teil der Tatsachen zu hören, insbesondere im Fernsehen.«

Deutsche Geschichte

Franz Josef Strauß, bayerischer Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender: »Hitler hat in unserem Jahrhundert die Barbarei wieder in die Politik eingeführt. Aber die Deutschen waren nicht die einzigen, die das getan haben. Deshalb gibt es nur eines, und da haben die Historiker recht: Die volle Wahrheit muß auf den Tisch. Die deutsche Geschichte ist keine endlose Folge von Irrtümern, Fehlern, Verbrechen und Katastrophen. Man darf die Geschichte der Deutschen nicht unter dem Blickwinkel der unseligen zwölf Jahre der Hitler-Diktatur isolieren, die Verbrechen der Nazis als ein nur für Deutschland typisches Charaktermerkmal beschreiben und damit die Deutschen für immer mit einem kriminellen Charakter überziehen. Wer das tut, der fälscht Geschichte, der versündigt sich an Deutschland.«

Holocaust

Franz Josef Strauß, bayerischer Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender: »Im Gegensatz zu dem, was mir unterstellt wird, sage ich, wir dürfen nicht die Verbrechen, die von deutscher Hand begangen worden sind, leugnen, bagatellisieren, vergessen oder verdrängen. Wer die Verbrechen der Deutschen leugnet und vielleicht dann noch mit Zahlen der Opfer herumexperimentiert, verfälscht die Geschichte. Es ist nicht zu bestreiten, daß unter dem deutschen Namen schreckliche Dinge geschehen sind. Wer Auschwitz als eine Erfindung der jüdischen Propaganda bezeichnet, ist entweder ein Narr oder ein Verbrecher. Ich sage aber um der historischen Wahrheit willen im gleichen Zusammenhang auch, daß Verbrechen nicht nur durch Deutsche, sondern vor allem am Ende des Krieges und nach dem Krieg in großer Zahl auch an Deutschen und ihren Bundesgenossen begangen worden sind. Das Schicksal der Kossaken-Armee, das Schicksal der kroatischen Armee, das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, das Schicksal der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge ist ein Beweis hierfür.«

Sowjetunion

Winnie Mandela, Frau des inhaftierten ANC-Führers: »Die Sowjetunion ist eine Fackel für alle unsere Hoffnungen und Gedanken. Wir haben Standfestigkeit und Tapferkeit von den sowjetischen Menschen gelernt, die uns in unserem Kampf um die Freiheit als ein Beispiel dienen. Die Unterstützung durch das sowjetische Volk hat für uns eine besonders große Bedeutung; sie beseelt uns und gibt uns neue Kräfte.«

ANC

Oliver Tambo, Führer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC): »Unsere Verleumder behaupten oft, die enge Verbundenheit des ANC mit der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SAKP) bedeute, daß der ANC von der SAKP beeinflußt wird. Diese Erfahrung haben wir nicht gemacht. In der Praxis beeinflussen sich die beiden gegenseitig.«

Südafrika

Desmond Tutu, südafrikanischer Erzbischof: »Mandela ist mein Führer . . . Ist es nicht erstaunlich, daß der ›schwarze Widerstand‹ noch keinen Schulbus mit weißen Kindern in die Luft gesprengt hat? Kinder sind die empfindlichsten Angriffsziele . . . Wenn die Russen kämen, würden die meisten Schwarzen sie als Retter willkommen heißen.«

Märchen

Dr. Beyers Naudé, Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates (SACC): »Der Kommunismus ist nur ein Märchen!«

Swapo

Sam Nujoma, Führer der Südafrikanischen Volksorganisation (Swapo): »Genosse Gorbatschow und Delegierte des sowjetischen Volkes! Lang lebe die russische Kommunistische Partei, die Partei Lenins! Lang lebe der proletarische Internationalismus! Lang lebe die Freundschaft zwischen der Kommunistischen Partei und Swapo! Wir marschieren Schulter an Schulter mit unseren Waffen: Genossen des ANC in Südafrika, der PLO und der Nationalen Farabundo Marti Befreiungsfront in El Salvador.«

Sozialismus

Mario Soares, portugiesischer Staatspräsident: »Es gibt keine notwendige Verbindung zwischen Sozialismus und Marxismus. Marx hat gewiß einen Beitrag zur Gedankenwelt des Sozialismus geleistet. Aber die meisten seiner Ideen sind heute überholt. Er lebte im 19. Jahrhundert, und die Probleme von heute sind mit denen seiner Zeit nicht zu vergleichen. Es gibt zum Beispiel nicht mehr diese Gegensätze der sozialen Klassen. Ich glaube nicht an den Klassenkampf im Sinne von Marx und auch nicht an die Diktatur des Proletariats. Zweitens: Der Marxismus wurde später von Lenin in den Dienst einer Großmacht gestellt. Es entstand der Marxismus-Leninismus. Ich war immer ein entschiedener Gegner des Leninismus und bin es auch heute. Denn ich glaube, daß die Demokratie kein Mittel, kein Instrument sein darf, sondern ein gesellschaftliches Ziel, ein definitives System für das Zusammenleben einer Gesellschaft. Ohne Freiheit, ohne Achtung der Menschenrechte, ohne Opposition, ohne die natürliche Auseinandersetzung in einem pluralistischen System westlichen Musters gibt es keinen Fortschritt. Deshalb stehe ich dem Marxismus-Leninismus und den von ihm bestimmten Gesellschaftsformen sehr kritisch gegenüber. Übrigens werden heute einige Dogmen des Leninismus in Frage gestellt. Ist es nicht bemerkenswert, daß das 20. Jahrhundert mit den Lehren Lenins vom Einparteienstaat und der Allgewalt des Staates begonnen, zu den totalitären Gesellschaftssystemen im Osten geführt hat und jetzt bei einem Pragmatismus vom Schlage Deng Xiaopings endet – daran ändern auch die Studentennunruhen nichts –, der erneut die Privatinitiative und die Anreize für das Individuum in den Vordergrund stellt?«

Zweiter Weltkrieg

Wjatscheslaw Michajlowitz Molotow, verstorbener ehemaliger sowjetischer Außenminister, schrieb am 31. Oktober 1939 in der »Prawda«: »Heute strebt Deutschland nach frühester Beendigung des Krieges und strebt nach Frieden, während Großbritannien und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges und gegen einen Friedensschluß sind.«

Kriegsschuld

Josef Stalin, verstorbener sowjetischer Diktator: »Nicht Deutschland hat Frankreich und England angegriffen . . . das sind Tatsachen!«

Neue Rechte

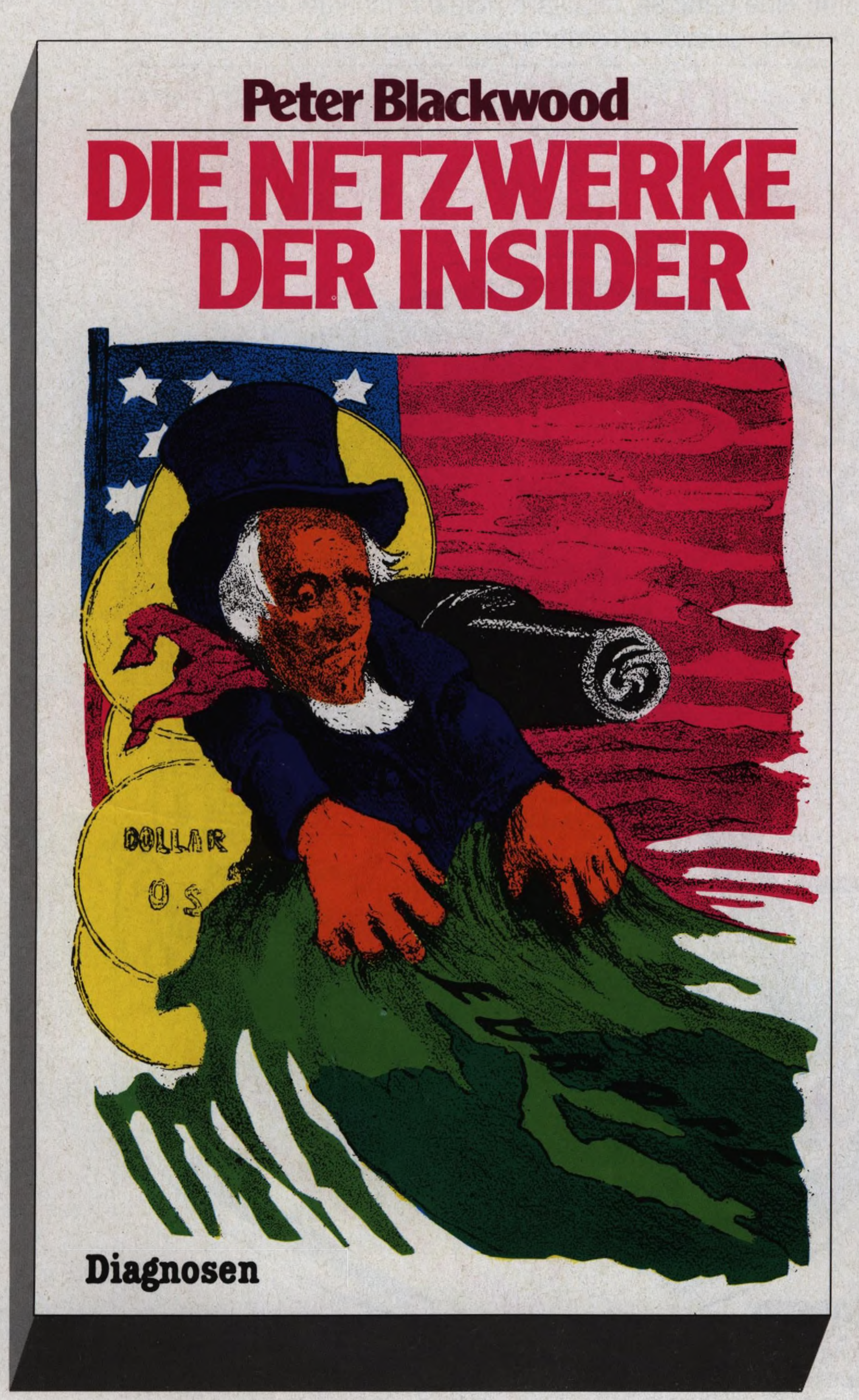
Heinrich Lummer, Berliner CDU-Bundestagsabgeordneter: »Jedes Volk sucht seine Identität und nach wie vor die Kraft der Kategorie ›Nation‹ so stark, daß man sich vor Überfremdung schützen will. Die Deutschen in der Bundesrepublik müssen sich hier keine Vorwürfe machen; sie haben über vier Millionen Ausländer aufgenommen und eine beachtliche Zahl von Asylbewerbern. Bei alledem haben sie ein hohes Maß an Toleranz gezeigt. Aber es gibt Grenzen, die man gewahrt wissen will.«

Strategie

Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG: »Zur Dollar-Prognose kann ich nur sagen: In den letzten 18 Monaten ist er um 1,70 DM gefallen, in den nächsten Monaten wird er nicht mehr um 1,70 DM fallen.« □



Eine gottlose Gesellschaft operiert weltweit, um über die Finanzen und die marxistische Ideologie das politische Ziel einer Weltregierung zu erreichen. Diese internationalistische Gruppe, die die »Neuerschaffung der Welt« will, versteckt sich hinter vielen Namen in verschiedenen Gremien. Mit ihrem Geld wollen sie die ganze Welt unter ihre Herrschaft bringen. Dieses Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.



Peter Blackwood: »Die Netzwerke der Insider«, ein Nachschlagewerk über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.
408 Seiten mit vielen Abbildungen
DM/sfr 30,–
ISBN 3-923864-02-7
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg.
Zu beziehen über den Buchhandel.